

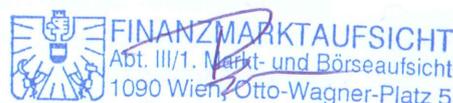
Dieser Prospekt stellt einen Basisprospekt der Volksbank Salzburg eG für sonstige Nichtdividendenwerte im Sinne von Artikel 22 (6) Z 4 der Verordnung (EG) NR 809/2004 der Kommission vom 29.4.2004 zur Umsetzung der Richtlinie 2003/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die in Prospekten enthaltenen Angaben sowie die Aufmachung, die Aufnahme von Angaben in Form eines Verweises und die Veröffentlichung solcher Prospekte sowie die Verbreitung von Werbung (in der Fassung der Richtlinie 2010/73/EU, die "Prospektrichtlinie") in der Fassung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 862/2012 der Kommission vom 4.6.2012 (die "Prospektverordnung") und Nichtdividendenwerte im Sinne von Artikel 22 (6) Z 3 der Prospektverordnung dar.

PROSPEKT VOM 17.06.2013

Job Nr.: 2013-0396

Prospekt gebilligt

17. Juni 2013



Volksbank Salzburg eG

Programm zur Begebung von Schuldverschreibungen

Nach den in diesem Basisprospekt (der "Prospekt") dargestellten Bestimmungen des Programms zur Begebung von Schuldverschreibungen (das "Programm") und im Einklang mit anwendbarem Recht kann die Volksbank Salzburg eG (die "Emittentin") nicht-nachrangige und nachrangige Schuldverschreibungen in Prozentnotiz (die "Schuldverschreibungen") begeben. Die Schuldverschreibungen unterliegen österreichischem Recht.

Jede Emission von Schuldverschreibungen erfolgt unter Verwendung einer der im Abschnitt "Anleihebedingungen" ab Seite 81 des Prospekts beschriebenen Muster-Anleihebedingungen, die für die verschiedenen unter diesem Programm begebenen Kategorien von Wertpapieren in vier unterschiedlichen Varianten (i.e. "Optionen" im Sinne von Artikel 22 (4) lit c der Prospektverordnung) ausgestaltet sind und weitere Unteroptionen enthalten können (die "Muster-Anleihebedingungen"). Die Muster-Anleihebedingungen werden für jede Serie von Schuldverschreibungen durch endgültige Bedingungen im Sinne von Artikel 26 (5) der Prospektverordnung (die "Endgültigen Bedingungen") vervollständigt (zusammen "die Anleihebedingungen"), indem die Endgültigen Bedingungen entweder (i) durch Verweis eine der Varianten der Muster-Anleihebedingungen für die maßgebliche Emission für anwendbar erklären und die in den Muster-Anleihebedingungen optional ausgeführten Informationsbestandteile auswählen und die in den Muster-Anleihebedingungen fehlenden Informationsbestandteile ergänzen oder (ii) durch Wiederholung eine der Varianten der Muster-Anleihebedingungen für die maßgebliche Emission für anwendbar erklären und die optional ausgeführten Informationsbestandteile durch Streichungen auswählen und die in den Muster-Anleihebedingungen fehlenden Informationsbestandteile ergänzen. Ein Muster der Endgültigen Bedingungen findet sich ab Seite 135 des Prospekts. Die maßgeblichen Endgültigen Bedingungen stellen, gegebenenfalls zusammen mit den maßgeblichen Muster-Anleihebedingungen, die für eine bestimmte Serie von Schuldverschreibungen maßgeblichen Anleihebedingungen dar.

Dieses Programm ersetzt mit dem Datum dieses Prospekts den Basisprospekt für das Programm zur Begebung von Schuldverschreibungen an Privatkunden vom 18.6.2012. Schuldverschreibungen der Emittentin, die nach dem Datum dieses Prospekts begeben werden, unterliegen den Bestimmungen dieses Prospekts.

Dieser Prospekt wurde nach Maßgabe der Anhänge V, XI, XII, XXII und XXX der Prospektverordnung erstellt und von der österreichischen Finanzmarktaufsichtsbehörde (die "FMA") in ihrer Funktion als zuständige Behörde gemäß dem österreichischem Kapitalmarktgesetz (das "KMG"), das die Prospektrichtlinie umsetzt, gebilligt.

Die Emittentin ist gemäß Art 16 der Prospektrichtlinie und § 6 KMG dazu verpflichtet, jeden wichtigen neuen Umstand oder jede wesentliche Unrichtigkeit oder Ungenauigkeit in Bezug auf die im Prospekt enthaltenen Angaben, die die Bewertung der Schuldverschreibungen beeinflussen könnten und die zwischen der Billigung des Prospekts und dem endgültigen Schluss des öffentlichen Angebots oder, falls später, der Eröffnung des Handels an einem geregelten Markt auftreten oder festgestellt werden, in einem Nachtrag (ändernde oder ergänzende Angaben) zum Prospekt zu nennen.

Die inhaltliche Richtigkeit der in diesem Prospekt gemachten Angaben ist nicht Gegenstand der Prüfung des Prospektes durch die FMA im Rahmen der diesbezüglichen gesetzlichen Vorgaben. Die FMA prüft den Prospekt ausschließlich auf Vollständigkeit, Kohärenz und Verständlichkeit gemäß § 8a Abs 1 KMG.

Die Zulassung des Programms zur Einbeziehung der Schuldverschreibungen zum Handel in den von der Wiener Börse AG geführten Dritten Markt (der "MTF") wird nicht beantragt.

Jede Serie von Schuldverschreibungen wird ab dem Begebungstag in einer auf den Inhaber lautenden Dauerglobalurkunde (eine "Globalurkunde") verbrieft. Jede Globalurkunde wird entweder von der Emittentin oder von einem oder im Namen eines Clearing Systems verwahrt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen erfüllt sind. Wird die Globalurkunde von einem oder im Namen eines Clearing Systems verwahrt, fungiert als Clearing System die Wertpapiersammelbank der Oesterreichischen Kontrollbank Aktiengesellschaft (CentralSecuritiesDepository.Austria – CSD.Austria) oder deren Funktionsnachfolger.

Zukünftige Anleger sollten bedenken, dass eine Anlage in die Schuldverschreibungen Risiken beinhaltet und dass der Eintritt eines oder mehrerer Risiken, insbesondere eines der im Abschnitt "Risikofaktoren" beschriebenen, zum Verlust der gesamten Anlagesumme oder eines wesentlichen Teils davon führen kann. Ein zukünftiger Anleger sollte seine Anlageentscheidung erst nach einer eigenen gründlichen Prüfung (einschließlich einer eigenen wirtschaftlichen, rechtlichen und steuerlichen Analyse) treffen, da jede Bewertung der Angemessenheit einer Anlage in die Schuldverschreibungen für den jeweiligen Anleger von der zukünftigen Entwicklung seiner finanziellen und sonstigen Umstände abhängt.

WARNHINWEISE

Dieser Prospekt enthält, zusammen mit den durch Verweis aufgenommenen Dokumenten und den jeweils für eine Serie von Schuldverschreibungen maßgeblichen Endgültigen Bedingungen, sämtliche Angaben, die entsprechend den Merkmalen der Emittentin und den Schuldverschreibungen erforderlich sind, damit Anleger sich ein fundiertes Urteil über die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die Finanzlage, die Gewinne und Verluste, die Zukunftsaussichten der Emittentin sowie über die mit den Schuldverschreibungen verbundenen Rechte bilden können.

Zweck des Prospekts – Kein Angebot von Wertpapieren. *Dieser Prospekt wurde ausschließlich zu dem Zweck verfasst, ein öffentliches Angebot der Schuldverschreibungen zu ermöglichen; jegliche andere Nutzung des Prospekts ist unzulässig. Der vorliegende Prospekt dient ausschließlich der Information potentieller Anleger. Bei den im Prospekt enthaltenen Informationen handelt es sich insbesondere weder um eine Empfehlung zum An- oder Verkauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren noch um eine Aufforderung bzw. eine Einladung zur Abgabe eines Angebots zur Zeichnung oder zum An- oder Verkauf derselben. Im Falle von Zweifeln über den Inhalt oder die Bedeutung der im Prospekt enthaltenen Informationen ist eine befugte oder sachverständige Person zu Rate zu ziehen, die auf die Beratung beim Erwerb von Finanzinstrumenten spezialisiert ist.*

Haftung für den Prospekt. *Die Emittentin übernimmt die Haftung für die in diesem Prospekt enthaltenen Informationen und erklärt die erforderliche Sorgfalt angewendet zu haben, um sicherzustellen, dass die in diesem Prospekt enthaltenen Informationen richtig sind und keine Tatsachen ausgelassen wurden, die die Aussage des Prospekts wahrscheinlich verändern können.*

Ausschließliche Maßgeblichkeit des Prospekts. *Keine Person ist berechtigt, Angaben zu einer Begebung oder einem Angebot von Schuldverschreibungen zu machen oder diesbezügliche Erklärungen abzugeben, die nicht in diesem Prospekt enthalten sind. Falls derartige Angaben gemacht oder Erklärungen abgegeben werden, darf nicht davon ausgegangen werden, dass diese von der Emittentin genehmigt wurden. Informationen oder Zusicherungen, die im Zusammenhang mit dem Angebot, der Zeichnung oder dem Verkauf der Schuldverschreibungen gegeben werden und die über die in diesem Prospekt enthaltenen Angaben hinausgehen, sind unwirksam.*

Eingeschränkte Aktualität. *Die Aushändigung des Prospekts oder ein Verkauf hierunter bedeuten unter keinen Umständen, dass die darin enthaltenen Angaben zur Emittentin zu jedem Zeitpunkt nach dem Datum dieses Prospekts oder dem letzten Nachtrag zu diesem Prospekt zutreffend sind. Insbesondere bedeuten weder die Aushändigung dieses Prospekts noch der Verkauf oder die Lieferung der Schuldverschreibungen, dass sich seit dem Datum dieses Prospekts, oder falls dies früher ist, das Datum auf das sich die entsprechende im Prospekt enthaltene Information bezieht, keine nachteiligen Änderungen ergeben haben oder Ereignisse eingetreten sind, die zu einer nachteiligen Änderung der Vermögens-, Finanz- und/oder Ertragslage der Emittentin führen oder führen können. Dies gilt ungeachtet der Verpflichtung der Emittentin, jeden wichtigen neuen Umstand oder jede wesentliche Unrichtigkeit oder Ungenauigkeit in Bezug auf die im Prospekt enthaltenen Angaben, die die Bewertung der Schuldverschreibungen beeinflussen könnten und die zwischen der Billigung des Prospekts und dem endgültigen Schluss des öffentlichen Angebots oder, falls später, der Eröffnung des Handels an einem geregelten Markt auftreten oder festgestellt werden, in einem*

Nachtrag (ändernde oder ergänzende Angaben) zum Prospekt genannt werden müssen (gemäß § 6 KMG).

Verkaufs- und Verbreitungsbeschränkungen. Die Verbreitung dieses Prospekts sowie das Angebot und der Verkauf von Schuldverschreibungen unterliegen in bestimmten Ländern rechtlichen Beschränkungen. Personen, in deren Besitz dieser Prospekt gelangt, sind gegenüber der Emittentin verpflichtet, sich selbst über diese Beschränkungen zu informieren und sie zu beachten. Eine Beschreibung bestimmter rechtlicher Beschränkungen für die Verbreitung des Prospekts sowie Angebote und Verkäufe von Schuldverschreibungen in bestimmten Ländern findet sich ab Seite 151 dieses Prospekts. Die Schuldverschreibungen wurden und werden weder gemäß dem United States Securities Act of 1933 in der geltenden Fassung (der "**Securities Act**") noch von irgendeiner Behörde eines U.S. Bundesstaates oder gemäß den anwendbaren wertpapierrechtlichen Bestimmungen von Australien, Kanada, Japan oder dem Vereinigten Königreich registriert werden, stellen Inhaberschuldverschreibungen dar, die dem Steuerrecht der Vereinigten Staaten unterliegen und dürfen weder in den Vereinigten Staaten noch für oder auf Rechnung von U.S. Personen (wie im Securities Act definiert) oder anderen Personen, die in Australien, Kanada, Japan oder den Vereinigten Staaten ansässig sind angeboten oder verkauft werden.

Keine Finanzanalyse. Weder dieser Prospekt noch irgendwelche anderen im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen und/oder der Emittentin zur Verfügung gestellten Informationen sind zu einer Bonitätsprüfung oder sonstigen Analyse (zB Finanzanalyse) geeignet und sollen nicht als Empfehlung der Emittentin zum Erwerb von Schuldverschreibungen gesehen werden. Anleger haben sich bei einer Entscheidung über eine Investition in die Schuldverschreibungen auf ihre eigene Einschätzung der Emittentin sowie die Vorteile und Risiken, die mit der Investition in Schuldverschreibungen der Emittentin zusammenhängen, zu verlassen.

Entscheidungsgrundlagen für Anleger. Jedwede Entscheidung zur Investition in Schuldverschreibungen der Bank sollte ausschließlich auf dem genauen Studium des Prospekts (einschließlich der durch Verweis inkorporierten Informationen) zusammen mit den jeweiligen Endgültigen Bedingungen beruhen, wobei zu bedenken ist, dass jede Zusammenfassung oder Beschreibung rechtlicher Bestimmungen, gesellschaftsrechtlicher Strukturen oder Vertragsverhältnisse, die in diesem Prospekt enthalten sind, nur der Information dient und nicht als Rechts- oder Steuerberatung betreffend die Auslegung oder Durchsetzbarkeit ihrer Bestimmungen oder Beziehungen angesehen werden sollte. Der Prospekt ersetzt nicht die in jedem individuellen Fall unerlässliche Beratung durch geeignete Berater des Anlegers.

Euro und US Dollar. Sämtliche Bezugnahmen in diesem Prospekt auf "€", "Euro" oder "EUR" beziehen sich auf die dritte Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion gemäß dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft in der Fassung des Vertrags über die Europäische Union und Bezugnahmen auf "\$", "US Dollar" oder "USD" beziehen sich auf die Währung der Vereinigten Staaten von Amerika.

DURCH VERWEIS AUFGENOMMENE DOKUMENTE

Dieser Prospekt enthält keine durch Verweis aufgenommenen Dokumente.

NACHTRÄGE ZUM PROSPEKT

Die Emittentin ist gemäß Art 16 der Prospektrichtlinie und § 6 KMG dazu verpflichtet, einen Nachtrag zu diesem Prospekt zu erstellen (oder einen diesen Prospekt ersetzenden Prospekt zu veröffentlichen, der für spätere Emissionen von Schuldverschreibungen Anwendung finden soll) und der FMA die gesetzlich vorgeschriebene Anzahl an Kopien des Nachtrags (oder des ersetzenden Prospekts) zukommen zu lassen, falls während der Dauer der Gültigkeit des Prospekts ein wichtiger neuer Umstand, eine wesentliche Unrichtigkeit oder Ungenauigkeit in Bezug auf die im Prospekt enthaltenen Angaben, die die Bewertung der Schuldverschreibungen beeinflussen könnten und die zwischen der Billigung des Prospekts und dem endgültigen Schluss des öffentlichen Angebots auftreten bzw. festgestellt werden.

INFORMATIONSQUELLEN

Die in diesem Prospekt enthaltenen statistischen und sonstigen Daten zum Geschäft der Emittentin wurden dem geprüften Jahresabschluss der Emittentin für die Geschäftsjahre 2011 und 2012, die als Anhänge ./A und ./B in diesen Prospekt aufgenommen wurden, entnommen. Angaben zum Volksbanken-Sektor wurden dem Kreditinstitutsverzeichnis der Österreichischen Nationalbank (im Internet unter der Adresse <http://www.oenb.at/isaweb/report.do?lang=DE&report=3.1.1> eingesehen am 05.06.2013) entnommen. Angaben zum Rating der Emittentin wurden den Websites von Fitch Ratings Ltd's (www.fitchratings.com) entnommen. Der Prospekt enthält weiters Daten vom Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (www.bis.org/bcbs/).

Die Emittentin bestätigt, Angaben von Seiten Dritter korrekt wiedergegeben zu haben und – soweit der Emittentin bekannt ist und ihr aus den von dieser dritten Partei veröffentlichten Informationen ableiten konnte – keine Tatsachen fehlen, die die Angaben unkorrekt oder irreführend erscheinen lassen können.

ZUKUNFTSGERICHTETE AUSSAGEN

Dieser Prospekt enthält Aussagen, die zukunftsgerichtete Aussagen sind oder als solche gedeutet werden können. Solche zukunftsgerichteten Aussagen (die "**zukunftsgerichteten Aussagen**") schließen alle Themen ein, die keine historischen Tatsachen sind sowie Aussagen über Absichten, Ansichten oder derzeitige Erwartungen der Emittentin, die unter anderem das Ergebnis der Geschäftstätigkeit, die finanzielle Lage, die Liquidität, Ausblick, Wachstum, Strategien und die Dividendenpolitik sowie den Industriezweig und die Märkte, in denen die Emittentin tätig ist, betreffen.

In manchen Fällen können zukunftsgerichtete Aussagen an der Verwendung von zukunftsgerichteten Ausdrücken, wie beispielsweise "glauben", "schätzen", "vorhersehen", "erwarten", "beabsichtigen", "abzielen", "können", "werden", "planen", "fortfahren" oder "sollen" oder im jeweiligen Fall deren negative Formulierungen oder Varianten oder eine vergleichbare

Ausdrucksweise oder durch die Erörterung von Strategien, Plänen, Zielen, zukünftigen Ereignissen oder Absichten erkannt werden. Die in diesem Prospekt enthaltenen zukunftsgerichteten Aussagen enthalten bestimmte Ziele. Sie können auch Ziele, die die Emittentin zu erreichen beabsichtigt, miteinschließen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind keine Zusicherungen einer künftigen Wert- oder sonstigen Entwicklung oder Zielerreichung. Potentielle Anleger sollten daher kein Vertrauen in diese zukunftsgerichteten Aussagen legen.

Ihrer Natur nach umfassen zukunftsgerichtete Aussagen bekannte und unbekannte Risiken sowie Unsicherheiten, da sie sich auf Ereignisse und Umstände beziehen, die in der Zukunft eintreten oder nicht eintreten können. Manche dieser Faktoren, werden, wenn sie nach Ansicht der Emittentin wesentlich sind, im Abschnitt "Risikofaktoren" genauer beschrieben. Sollte ein oder mehrere der in diesem Prospekt beschriebenen Risiken eintreten oder sollte sich eine der zugrunde liegenden Annahmen als unrichtig herausstellen, können die tatsächlichen Erträge oder sonstigen Entwicklungen wesentlich von den in diesem Prospekt als erwartet, vermutet oder geschätzt beschriebenen abweichen oder zur Gänze ausfallen.

Der Prospekt wurde auf Grundlage der zum Erstellungsdatum geltenden Rechtslage und Praxis der Rechtsanwendung erstellt. Diese können sich jederzeit, auch zum Nachteil der Anleger, ändern.

ZUSTIMMUNG ZUR PROSPEKTVERWENDUNG

Die Emittentin erteilt allen Kreditinstituten als Finanzintermediäre, die im Sinne der Richtlinie 2006/48/EG in einem EWR-Mitgliedstaat zugelassen sind, ihren Sitz in dem betreffenden Mitgliedstaat haben und die zum Emissionsgeschäft oder zum Vertrieb von Schuldverschreibungen berechtigt sind ("**Finanzintermediäre**"), ihre ausdrückliche Zustimmung, diesen Prospekt samt aller im Anhang aufgenommenen Dokumente und allfälliger Nachträge, für den Vertrieb von unter diesem Prospekt begebenen Schuldverschreibungen in Österreich zu verwenden. Die Emittentin erklärt, dass sie die Haftung für den Inhalt des Prospekts auch hinsichtlich einer späteren Weiterveräußerung oder endgültigen Platzierung der Schuldverschreibungen durch die Finanzintermediäre übernimmt. Für Handlungen oder Unterlassungen der Finanzintermediäre übernimmt die Emittentin keine Haftung. Finanzintermediäre dürfen den Prospekt nur im Einklang mit den nachfolgenden Bestimmungen und unter der Bedingung verwenden, dass sie auf ihrer Internetseite angeben, den Prospekt mit Zustimmung der Emittentin zu verwenden. Die Angebotsfrist, während der die spätere Weiterveräußerung oder endgültige Platzierung der Schuldverschreibungen durch Finanzintermediäre erfolgen kann, wird in den endgültigen Bedingungen angegeben.

Die Zustimmung entbindet ausdrücklich nicht von der Einhaltung der für das jeweilige Angebot geltenden Verkaufsbeschränkungen und sämtlicher jeweils anwendbarer Vorschriften. Der Finanzintermediär wird dadurch nicht von der Einhaltung der auf ihn anwendbaren gesetzlichen Vorschriften entbunden.

Wir weisen insbesondere auf das Erfordernis hin, Anleger zum Zeitpunkt der Angebotsvorlage über die Bedingungen eines Angebots von Wertpapieren zu unterrichten und auf der Internetseite des Finanzintermediärs anzugeben, dass er den Prospekt mit Zustimmung der Emittentin und gemäß den Bedingungen verwendet, an die die Zustimmung gebunden ist.

Die Zustimmung wird für die jeweilige Dauer der Gültigkeit des Prospekts erteilt. Ein jederzeitiger und fristloser Widerruf der hier enthaltenen Erklärung mit Wirkung für die Zukunft ohne Angaben von Gründen bleibt der Emittentin vorbehalten.

INHALTSVERZEICHNIS

DURCH VERWEIS AUFGENOMMENE DOKUMENTE	4
NACHTRÄGE ZUM PROSPEKT	4
INFORMATIONSQLUELLEN	4
ZUKUNFTSGERICHTETE AUSSAGEN	4
ZUSTIMMUNG ZUR PROSPEKTVERWENDUNG	5
1. ZUSAMMENFASSUNG	9
A. EINLEITUNG UND WARNHINWEISE	9
B. DIE EMITTENTIN	11
C. WERTPAPIERE.....	15
D. RISIKEN	23
E. ANGEBOT.....	28
2. RISIKOFAKTOREN	30
2.1 RISIKEN IN BEZUG AUF DIE EMITTENTIN UND IHRE GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	31
2.2 ALLGEMEINE RISIKEN IN ZUSAMMENHANG MIT DEN SCHULDVERSCHREIBUNGEN	44
2.3 RISIKEN, DIE MIT BESTIMMTEN AUSSTATTUNGSMERKMALEN UND PRODUKTKATEGORIEN VON SCHULDVERSCHREIBUNGEN VERBUNDEN SIND. SCHULDVERSCHREIBUNGEN KÖNNEN MEHRERE AUSSTATTUNGSMERKMALE BEINHALTEN	54
2.4 RISIKEN IN ZUSAMMENHANG MIT NACHRANGIGEN SCHULDVERSCHREIBUNGEN	57
2.5 RISIKEN IN BEZUG AUF POTENTIELLE INTERESSENSKONFLIKTE.....	60
3. DAS PROGRAMM	61
4. ZUSÄTZLICHE ANGABEN ZU DEN SCHULDVERSCHREIBUNGEN	64
4.1 RANG DER SCHULDVERSCHREIBUNGEN.....	64
4.2 AUSZAHLUNGSPROFILE, VERZINSUNG	65
4.3 METHODE ZUR FESTSETZUNG DES EMISSIONSPREISES DER SCHULDVERSCHREIBUNGEN	67
4.4 RENDITE DER SCHULDVERSCHREIBUNGEN	68
4.5 VERTRETUNG DER ANLEIHEGLÄUBIGER	68
5. DIE EMITTENTIN	69

5.1	GESCHÄFTSGESCHICHTE UND GESCHÄFTSENTWICKLUNG.....	69
5.2	JURISTISCHER UND KOMMERZIELLER NAME, SITZ UND RECHTSFORM.....	69
5.3	AKTUELLE ENTWICKLUNGEN.....	69
5.4	RATING.....	70
5.5	GESCHÄFTSÜBERBLICK.....	71
5.6	HAUPTMÄRKTE.....	72
5.7	ORGANISATORISCHE STRUKTUR.....	72
5.8	TRENDINFORMATIONEN.....	75
5.9	ERWARTETER ODER GESCHÄTZTER GEWINN.....	75
5.10	VERWALTUNGS-, LEITUNGS- UND AUFSICHTSORGANE.....	75
5.11	EIGENTÜMERSTRUKTUR DER EMITTENTIN.....	77
5.12	FINANZINFORMATIONEN ZUR EMITTENTIN.....	77
5.13	RECHTS- UND SCHIEDSVERFAHREN.....	78
5.14	WESENTLICHE VERTRÄGE.....	78
5.15	EINSEHBARE DOKUMENTE.....	80
6.	ANLEIHEBEDINGUNGEN	81
6.1	ANLEIHEBEDINGUNGEN.....	81
6.1.1	VARIANTE 1– FIXER ZINSSATZ.....	82
6.1.2	VARIANTE 2 – NULLKUPON-ANLEIHE.....	95
6.1.3	VARIANTE 3 – VARIABLER ZINSSATZ.....	106
6.1.4	VARIANTE 4 – FIXER UND DANACH VARIABLER ZINSSATZ	120
6.2	MUSTER DER ENDGÜLTIGEN BEDINGUNGEN.....	135
7.	BESTEuerung	145
7.1	BESTEuerung IN ÖSTERREICH.....	145
7.2	ZINSRICHTLINIE.....	148
7.3	FINANZTRANSAKTIONSSTEUER.....	149
8.	ZEICHNUNG UND VERKAUF	151
8.1	VERKAUFSBESCHRÄNKUNGEN.....	151
	HAFTUNGserKLÄRUNG	152
	GLOSSAR UND ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	153
	VERZEICHNIS DER ANHÄNGE	162

1. ZUSAMMENFASSUNG

Die Zusammenfassung besteht aus Elementen, die verschiedene Informations- und Veröffentlichungspflichten enthalten. Diese Elemente sind in die Abschnitte A bis E gegliedert. Diese Zusammenfassung enthält alle Elemente, die für Wertpapiere und Emittenten dieser Art vorgeschrieben sind. Da manche Elemente nicht erforderlich sind, können Lücken in der Nummerierung der Elemente auftreten. Auch wenn ein Element aufgrund der Art der Wertpapiere und der Emittentin für die Zusammenfassung vorgeschrieben ist, kann es sein, dass dazu keine passende Information gegeben werden kann. In diesem Fall ist in der Zusammenfassung eine kurze Beschreibung des Elements mit dem Hinweis "entfällt" enthalten.

A. Einleitung und Warnhinweise

- A.1 Warnhinweise** Diese Zusammenfassung sollte als Prospektinleitung verstanden werden.
- Ein Anleger sollte sich bei jeder Entscheidung, in die Schuldverschreibungen zu investieren, auf diesen Prospekt (der "**Prospekt**") als Ganzes stützen.
- Ein Anleger, der wegen der in diesem Prospekt enthaltenen Angaben Klage einreichen will, muss nach den nationalen Rechtsvorschriften seines Mitgliedstaats möglicherweise für die Übersetzung des Prospekts aufkommen, bevor das Verfahren eingeleitet werden kann.
- Zivilrechtlich sind nur diejenigen Personen haftbar, die die Zusammenfassung samt etwaiger Übersetzungen vorgelegt und übermittelt haben, und dies auch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung verglichen mit den anderen Teilen des Prospekts irreführend, unrichtig oder inkohärent ist oder verglichen mit den anderen Teilen dieses Prospekts wesentliche Angaben (Schlüsselinformationen), die in Bezug auf Anlagen in die Schuldverschreibungen für die Anleger eine Entscheidungshilfe darstellen, vermissen lassen.
- A.2 Zustimmung der Emittentin zur Verwendung des Prospektes** Die Volksbank Salzburg eG (die "**Emittentin**") erteilt allen Kreditinstituten als Finanzintermediäre, die im Sinne der Richtlinie 2006/48/EG in einem EWR-Mitgliedstaat zugelassen sind, ihren Sitz in dem betreffenden Mitgliedstaat haben und die zum Emissionsgeschäft oder zum Vertrieb von Schuldverschreibungen berechtigt sind ("**Finanzintermediäre**"), ihre ausdrückliche Zustimmung, diesen Prospekt samt allen im Anhang angeführten Dokumente und allfälliger Nachträge, für den Vertrieb von unter diesem Prospekt begebenen Schuldverschreibungen zu verwenden. Die Zustimmung wird für die jeweilige Dauer der
- Zustimmung des Emittenten oder der für die Erstellung des Prospekts verantwortlichen Person zur Verwendung des**

Prospekts für die spätere Weiterveräußerung oder endgültige Platzierung von Wertpapieren durch Finanz-intermediäre

Gültigkeit des Prospekts erteilt. Ein jederzeitiger und fristloser Widerruf der hier enthaltenen Erklärung mit Wirkung für die Zukunft ohne Angaben von Gründen bleibt der Emittentin vorbehalten.

Angabe der Angebotsfrist, innerhalb deren die spätere Weiterveräußerung oder endgültige Platzierung von Wertpapieren durch Finanzintermediäre erfolgen kann und für die die Zustimmung zur Verwendung des Prospekts erteilt wird

Die Angebotsfrist, während der die spätere Weiterveräußerung oder endgültige Platzierung der Schuldverschreibungen durch Finanzintermediäre erfolgen kann, wird in den endgültigen Bedingungen angegeben.

Finanzintermediäre dürfen den Prospekt nur im Einklang mit den nachfolgenden Bestimmungen und unter der Bedingung verwenden, dass sie auf ihrer Internetseite angeben, den Prospekt mit Zustimmung der Emittentin zu verwenden. Die Zustimmung entbindet ausdrücklich nicht von der Einhaltung der für das jeweilige Angebot geltenden Verkaufsbeschränkungen und sämtlicher jeweils anwendbarer Vorschriften. Der Finanzintermediär wird dadurch nicht von der Einhaltung der auf ihn anwendbaren gesetzlichen Vorschriften entbunden.

Alle sonstigen klaren und objektiven Bedingungen, an die die Zustimmung gebunden ist und die für die Verwendung des Prospekts relevant sind

Über die bereits dargelegten Bedingungen hinaus, gibt es keine sonstigen klaren und objektiven Bedingungen, an die die Zustimmung gebunden ist und die für die Verwendung des Prospekts relevant sind.

Deutlich hervorgehobener Hinweis für die Anleger, dass Informationen über die Bedingungen des Angebots eines Finanzintermediärs von diesem zum Zeitpunkt der Vorlage des Angebots zur Verfügung zu stellen sind

Wir weisen insbesondere auf das Erfordernis hin, Anleger zum Zeitpunkt der Angebotsvorlage über die Bedingungen eines Angebots von Wertpapieren zu unterrichten und auf der Internetseite des Finanzintermediärs anzugeben, dass er den Prospekt mit Zustimmung der Emittentin und gemäß den Bedingungen verwendet, an die die Zustimmung gebunden ist.

B. Die Emittentin

- B.1 Gesetzliche und kommerzielle Bezeichnung der Emittentin** Der juristische Name der Emittentin lautet "Volksbank Salzburg eG" Der kommerzielle Name der Emittentin ist "Volksbank Salzburg".
- B.2 Sitz und Rechtsform der Emittentin, das für die Emittentin geltende Recht und Land ihrer Gründung** Die Emittentin hat ihren Sitz in Salzburg und ist eine eingetragene Genossenschaft, die österreichischem Recht unterliegt. Die Emittentin wurde in Österreich gegründet.
- B.4b Alle bereits bekannten Trends, die sich auf die Emittentin und die Branchen, in denen sie tätig ist, auswirken** Siehe B.13.
Die globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sowie die Staatsschuldenkrise insbesondere im Euroraum haben auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin in der Vergangenheit wesentliche negative Auswirkungen gehabt und es ist anzunehmen, dass sich auch in Zukunft wesentliche negative Folgen für die Emittentin insbesondere bei einer erneuten Verschärfung dieser Krise ergeben können. Als weitere Konsequenz erfährt die Emittentin eine Verschlechterung der Qualität ihrer Kredite.
- B.5 Beschreibung der Gruppe der Emittentin und ihrer Stellung darin** Die Emittentin ist als zugeordnetes Kreditinstitut Mitglied des Volksbanken-Verbundes gemäß § 30a BWG (Kreditinstitute-Verbund) und indirekt über die Volksbanken Holding eingetragene Genossenschaft an der Österreichische Volksbanken- Aktiengesellschaft („ÖVAG“) als Zentralorganisation des Kreditinstitute-Verbundes beteiligt. Die rechtlich selbstständigen Volksbanken und die ÖVAG haben sich zu einem Kreditinstitute-Verbund gemäß § 30a BWG zusammengeschlossen und bilden seit 18.09.2012 einen gemeinsamen Liquiditäts- und Haftungsverbund.
- B.9 Gewinnprognosen und – schätzungen** Entfällt; es liegen keine Gewinnprognosen oder - schätzungen vor.
- B.10 Art etwaiger Einschränkungen der Bestätigungsvermerke zu den historischen Finanzinformationen** Entfällt; es liegen keine Einschränkungen im Bestätigungsvermerk zu den historischen Finanzinformationen vor. Der Abschlussprüfer weist – ohne den Bestätigungsvermerk des geprüften Jahresabschlusses 2012 einzuschränken, darauf hin, dass zwischen der Genossenschaft und der ÖVAG maßgebliche Geschäftsbeziehungen bestehen.

B.12 Ausgewählte wesentliche historische Finanzinformationen

in EUR Tausend	31.12.2012	31.12.2011
Bilanzsumme	2.074.703	2.054.589
Nettozinsertrag	36.221	38.178
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4.614	7.176
Jahresüberschuss nach Steuern	4.429	1.182

(Quelle: Geprüfte Jahresabschlüsse der Emittentin 2012 und 2011, Zahlen sind auf Tausend EUR gerundet.)

Erklärung zu den Aussichten der Emittentin seit dem Datum des letzten veröffentlichten geprüften Abschlusses

Zum Datum dieses Prospekts haben sich die Aussichten der Emittentin seit dem Datum des letzten geprüften Jahresabschluss 2012 der Emittentin nicht wesentlich verschlechtert.

Beschreibung wesentlicher Veränderungen bei Finanzlage oder Handelsposition der Emittentin nach dem von den historischen Finanzinformationen abgedeckten Zeitraum

Entfällt; es gab keine wesentliche Veränderungen bei der Finanzlage oder der Handelsposition der Emittentin, die nach dem von den historischen Finanzinformationen abgedeckten Zeitraum eingetreten sind.

B.13 Ereignisse aus jüngster Zeit die für die Bewertung der Zahlungsfähigkeit der Emittentin in hohem Maße relevant sind

Umstrukturierungsmaßnahmen der ÖVAG

Die Emittentin ist indirekt über die Volksbanken Holding e.Gen. am Grundkapital der ÖVAG beteiligt. Am 19.09.2012 genehmigte die Europäische Kommission den umfassenden Umstrukturierungsplan der ÖVAG. Diese Genehmigung umfasst nicht nur die Maßnahmen, die bereits 2009 eingeleitet wurden, sondern auch die Ende April 2012 vereinbarten Unterstützungsleistungen der Republik Österreich an die ÖVAG (Herabsetzung des Bundes-Partizipationskapitals um 70 % und Zeichnung einer Kapitalerhöhung im Ausmaß von EUR 250 Mio). Unter anderem sind in dem nunmehr genehmigten Umstrukturierungsplan bis 31.12.2017 (Umstrukturierungsphase) folgende Maßnahmen auf Ebene der ÖVAG vorgesehen:

- Reduzierung der Bilanzsumme der ÖVAG bis zum 31.12.2017 schrittweise auf EUR 18,39 Mrd. (von rund EUR 27,67 Mrd. zum Stichtag 31.12.2012); Reduzierung der Summe der risikogewichteten Aktiva (RWA) bis zum 31.12.2017 schrittweise auf EUR 10,08 Mrd. (von rund EUR 13,44 Mrd. zum

Stichtag 31.12.2012).

- Begrenzung des Kerngeschäftes auf Geschäfte mit Verbundbezug (Fokussierung auf die Funktion als Zentralorganisation im Volksbanken Kreditinstitute-Verbund und auf die Bereitstellung sowie Vermittlung von Produkten und Dienstleistungen für die Volksbanken und deren Kunden). Aufgabe von Geschäftsbereichen außerhalb des Kerngeschäftes wie im Umstrukturierungsplan bezeichnet.
- Veräußerung der Beteiligung an der Raiffeisen Zentralbank, der Volksbank Leasing International, der Volksbank Malta, der Investkredit International Bank (Malta) sowie an der Volksbank Rumänien.
- Verbot der Ausschüttung von Dividenden bis einschließlich für das Geschäftsjahr, das am 31.12.2017 endet (Dividendenverbot auf Aktien und Partizipationskapital, sowie Zertifikate darauf).
- Verbot der Zahlungen auf gewinnabhängige Eigenkapitalinstrumente (wie hybride Finanzinstrumente und Genussscheine), soweit diese nicht zwingend vertraglich oder gesetzlich geschuldet sind.

Ferner hat die ÖVAG alle geeigneten Maßnahmen zu setzen, um die Republik Österreich aus ihrer Stellung als Partizipant bis unmittelbar nach dem 31.12.2017 vollständig zu entlasten.

Mit Eintragung ins Firmenbuch am 28.9.2012 wurden die im April 2012 in der Hauptversammlung der ÖVAG beschlossenen Maßnahmen, nämlich

(i) die Kapitalherabsetzung des Aktien- und Partizipationskapitals der ÖVAG um 70 %; sowie die Kapitalerhöhung der ÖVAG im Ausmaß von EUR 484 Mio durch die Republik Österreich (EUR 250 Mio) und die Volksbanken (EUR 234 Mio) – die Emittentin beteiligte sich mit EUR 13,9 Mio an der Kapitalerhöhung - sowie

(ii) die Verschmelzung der Investkredit Bank AG mit der ÖVAG als übernehmende Gesellschaft,

wirksam.

Abwertung der Beteiligung an der ÖVAG

Die Emittentin ist indirekt über die Volksbanken Holding e.Gen. mit 3,22 % am Grundkapital der ÖVAG beteiligt. Im Dezember 2011 wurde die Beteiligung an der ÖVAG zur Gänze wertberichtigt. Der durch die Emittentin gezeichnete Betrag im Zuge der Kapitalerhöhung der ÖVAG im Jahr 2012 musste zum 31.12.2012 in Höhe von ca. EUR 7 Mio wertberichtigt werden.

B.14 Ist der Emittent von anderen Unternehmen der Gruppe abhängig, ist dies klar anzugeben.

Zu den Angaben zu B.5 siehe B.5 oben.

Entfällt. Die Emittentin ist nicht von anderen Unternehmen der Gruppe abhängig.

B.15 Haupttätigkeiten

Die Emittentin ist eine regionale Bank und hat den Zweck und Unternehmensgegenstand gemäß § 2 Abs 1 der Satzung die Förderung des Erwerbes und der Wirtschaft ihrer Mitglieder. Die Emittentin verwirklicht ihren Förderauftrag im Verbund der gewerblichen Genossenschaften als zur Zentralorganisation zugeordnetes Kreditinstitut des Kreditinstitute-Verbundes der Volksbanken nach § 30a BWG.

Die Emittentin ist vor allem in folgenden Geschäftsfeldern tätig:

- Retail, insbesondere Kontoführung, Veranlagungen, Kreditberatung und – vergabe, sowie die Abwicklung des Zahlungsverkehrs
- Firmenkunden, insbesondere Kreditberatung und Bereitstellung von Unternehmerkrediten.
- Versicherungen, vor allem Vorsorgeprodukte im Privat- und Kommerzgeschäft und Sachversicherungsgeschäft
- Immobiliengeschäft, Immobilienvermittlung und Bausparen
- Leasing, Mobilien-Leasing, Immobilien-Leasing

B.16 Beteiligungen oder Beherrschungsverhältnisse an der Emittentin

Die Emittentin befindet sich im Eigentum ihrer Genossenschafter.

Geschäftsanteile zum 31.12.2012

Anzahl der Mitglieder	6.596
Gezeichnete	
Geschäftsanteile á 22 EUR	327.329
Insgesamt EUR	7.201.238

(Quelle: Eigene Angaben der Emittentin)

- B.17 Ratings der Emittentin oder ihrer Schuldtitel** Die Emittentin ist von Fitch Ratings geratet und hat das Rating A erhalten. Detaillierte Informationen zum Rating können auf der Website der Emittentin (http://www.volksbanksalzburg.at/ihre_regionalbank/volksbank_gruppe/verbund_rating) abgerufen werden. Allgemeine Informationen zur Bedeutung des Ratings und zu den Einschränkungen, die im Zusammenhang damit beachtet werden müssen, können auf der Homepage von Fitch Ratings Ltd (www.fitchratings.com) abgerufen werden.
- Die Schuldverschreibungen verfügen über kein Rating.

C. Wertpapiere

- C.1 Art und Gattung, Wertpapierkennung** Die Emittentin begibt [nicht-nachrangige] [nachrangige] auf den Inhaber lautende [Schuldverschreibungen] [Nullkupon-Anleihen] [mit [fixem Zinssatz] [variablem Zinssatz] [fixem und danach variablem Zinssatz]], die die ISIN [] tragen.
- C.2 Währung** Die Schuldverschreibungen lauten auf [**festgelegte Währung einfügen**].
- C.5 Beschränkungen für die freie Übertragbarkeit** [**Bei Verwahrung bei der Emittentin einfügen:** Im Fall der Verwahrung der Globalurkunde bei der Emittentin, muss der Anleger ein Depot bei der Emittentin eröffnen. Die Schuldverschreibungen können weder von Anlegern ohne Depot bei der Emittentin erworben noch auf ein Depot bei einem anderen Kreditinstitut übertragen werden.]
- [**Bei Verwahrung bei der OeKB einfügen:** Entfällt; die Anleihebedingungen enthalten keine Beschränkungen der freien Übertragbarkeit der Schuldverschreibungen.]
- C.8 Mit den Wertpapieren verbundene Rechte** Die Gläubiger haben insbesondere das Recht, [Zinszahlungen wie in C.9 angegeben und] eine Rückzahlung des Kapitals am Laufzeitende wie in C.9 angegeben zu erhalten.
- Die Rechte und Pflichten der Emittentin und der Anleihegläubiger aus den Schuldverschreibungen ergeben sich aus den Anleihebedingungen (einschließlich der maßgeblichen endgültigen Bedingungen), die der Dauerglobalurkunde, in der die Schuldverschreibungen verbrieft werden angeschlossen werden und die vertragliche Grundlage für die Schuldverschreibungen darstellen.
- Rangordnung** [*Nicht-nachrangige Schuldverschreibungen.* Die Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen begründen

direkte, unbedingte, unbesicherte und nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, haben untereinander den gleichen Rang und stehen im gleichen Rang mit allen anderen bestehenden und zukünftigen direkten, unbedingten, unbesicherten und nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, soweit diesen Verbindlichkeiten nicht durch zwingende gesetzliche Bestimmungen ein Vorrang eingeräumt wird.]

[Nachrangige Schuldverschreibungen. Die Schuldverschreibungen stellen [nachrangiges Kapital gemäß § 23 Abs 8 Bankwesengesetz ("**BWG**") und zukünftig] Instrumente des Ergänzungskapitals ("**Tier 2**") gemäß Art 60 der vom Europäischen Parlament am 16.4.2013 festgelegten Fassung der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (Capital Requirements Regulation¹ – "**CRR**") dar und unterliegen jeweils den dortigen Bestimmungen und Beschränkungen. Die Schuldverschreibungen begründen direkte, unbedingte, unbesicherte und nachrangige (gemäß [§ 45 Abs 4 BWG und] Art 60 lit d CRR) Verbindlichkeiten der Emittentin und haben den gleichen Rang untereinander und im Verhältnis zu allen anderen direkten, unbedingten, unbesicherten und nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, ausgenommen solche nachrangige Verbindlichkeiten, die ausdrücklich als nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen bezeichnet werden. Im Falle der Liquidation oder der Insolvenz der Emittentin stehen die Zahlungsverpflichtungen der Emittentin gemäß den Schuldverschreibungen im Rang nach den nicht-nachrangigen Gläubigern der Emittentin, aber zumindest im gleichen Rang mit allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, welche nicht gemäß deren Bedingungen nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen sind, und vorrangig gegenüber den Ansprüchen der Genossenschafter und den Inhabern von Partizipationsscheinen der Emittentin. Rückerstattungsansprüche der Anleihegläubiger dürfen nicht gegen Forderungen der Emittentin aufgerechnet werden. Die Gläubiger können dem Risiko einer gesetzlichen

¹ Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 16.04.2013 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EU) Nr. .../2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen, wie am Tag der Prospektbilligung veröffentlicht. Diese Fassung kann sich bis zum Inkrafttreten der CRR und danach ändern.

Verlustbeteiligungspflicht ausgesetzt sein. Diese kann die Rechte der Gläubiger maßgeblich beeinflussen und zu einem Verlust des gesamten in die Schuldverschreibungen investierten Kapitals führen und einen negativen Einfluss auf den Marktwert der Schuldverschreibungen haben.]

Beschränkungen dieser Rechte

[Es steht der Emittentin frei, die Schuldverschreibungen an bestimmten Währückzahlungstagen (Call) vorzeitig zurückzuzahlen.]

[Eine vorzeitige Kündigung der Schuldverschreibungen nach Wahl der Anleihegläubiger ist an bestimmten Währückzahlungstagen (Put) möglich.]

[Die Emittentin kann die Schuldverschreibungen jederzeit vor dem Endfälligkeitstag bei Vorliegen [einer Rechtsänderung] [und/oder] [Absicherungs-Störung] [und/oder] [Gestiegenen Absicherungs-Kosten] vorzeitig zurückzahlen.]

[Die Schuldverschreibungen können nach Wahl der Emittentin innerhalb der ersten fünf Jahre vorzeitig gekündigt und zurückgezahlt werden, falls ein Kapital-Aberkennungs-Ereignis oder steuerliche Gründe eingetreten sind. Nach Ablauf der ersten fünf Jahre können die Schuldverschreibungen nach Wahl der Emittentin ohne Vorliegen eines Kapital-Aberkennungs-Ereignisses oder steuerlicher Gründe vorzeitig gekündigt und zurückgezahlt werden.]

Die Schuldverschreibungen unterliegen keiner Negativverpflichtung.

Die Schuldverschreibungen sehen keine ausdrücklichen Verzugsfälle vor; und Ansprüche gegen die Emittentin auf Zahlungen auf die Schuldverschreibungen verjähren, sofern sie nicht innerhalb von dreißig Jahren (im Falle des Kapitals) und innerhalb von drei Jahren (im Falle von Zinsen) ab dem Tag der Fälligkeit geltend gemacht werden.

C.9 nominaler Zinssatz

Siehe C.8 oben.

[Bei fixem, gleichbleibenden Zinssatz einfügen:]

Zinssatz und Zinszahlungstage. Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag ab dem Verzinsungsbeginn (einschließlich) bis zum Verzinsungsende (einschließlich) **[Frequenz einfügen]** mit einem Zinssatz von **[Zinssatz einfügen]** % per annum (der "Zinssatz") verzinst.]

[Bei fixem, ansteigendem Zinssatz einfügen:]

Zinssatz und Zinszahlungstage. Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag ab dem Verzinsungsbeginn (einschließlich) bis zum Verzinsungsende

(einschließlich) jährlich mit den nachstehenden Zinssätzen (jeweils ein "Zinssatz") verzinst:

Zinssatz vom (einschließlich) bis (einschließlich)

[Zinssätze einfügen] **[Daten einfügen]** **[Daten einfügen]**
% per annum]

[weitere Zeilen einfügen]]

[Bei variablem Zinssatz einfügen:

Zinszahlungstage. Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag **[Frequenz einfügen]** ab dem Verzinsungsbeginn (einschließlich) bis zum Verzinsungsende (einschließlich) verzinst.

[falls als Referenzsatz Euribor anwendbar ist, einfügen: *Variablem Zinssatz.* Der Zinssatz (der "Zinssatz") entspricht **[Partizipationsfaktor einfügen]** % vom **[Angebotssatz einfügen]** (der "Referenzsatz") per annum [plus/minus] **[Zu-/Abschlag einfügen]** per annum (die "Marge"), der auf der Bildschirmseite EURIBOR= (die "Bildschirmseite") oder jeder Nachfolgesseite am Zinsfeststellungstag vor **[Beginn/Ende einfügen]** der maßgeblichen Zinsperiode ab ca. 11.00 Uhr Brüsseler Zeit (die "festgelegte Zeit") angezeigt wird, wobei die Festlegung durch die Berechnungsstelle vorgenommen wird.]

[falls als Referenzsatz CMS anwendbar ist, einfügen: *Variablem Zinssatz.* Der Zinssatz (der "Zinssatz") entspricht **[Partizipationsfaktor einfügen]** % vom **[[Anzahl]-Jahres Swap-Satz einfügen]** (der mittlere Swapsatz gegen den [•]-Monats Euribor, ausgedrückt als Prozentsatz per annum) (der "[Anzahl]-Jahres Swapsatz") (der "Referenzsatz") per annum der auf der Bildschirmseite ISDAFIX (die "Bildschirmseite") oder jeder Nachfolgesseite am Zinsfeststellungstag vor **[Beginn/Ende einfügen]** der maßgeblichen Zinsperiode angezeigt wird, wobei die Festlegung durch die Berechnungsstelle vorgenommen wird, [plus/minus] **[Zu-/Abschlag einfügen]** per annum (die "Marge").]

[Bei fixem und danach variablen Zinssatz einfügen:

Fixer Zinssatz. Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag ab dem Verzinsungsbeginn (einschließlich) bis zum **[Ende der Fixzinsperiode]** (einschließlich) jährlich mit einem fixen Zinssatz von **[fixen Zinssatz einfügen]** % per annum (der "fixe Zinssatz")

verzinst.

Variable Zinszahlungstage. Ab dem **[letzter fixer Zinszahlungstag einfügen]** (der "Variabelverzinsungsbeginn") (einschließlich) werden die Schuldverschreibungen bezogen auf ihren Nennbetrag **[Frequenz einfügen]** bis zu dem dem Endfälligkeitstag vorangehenden Kalendertag (einschließlich) mit dem variablen Zinssatz (wie nachstehend definiert) verzinst.

[falls als Referenzsatz Euribor anwendbar ist, einfügen:
Variabler Zinssatz. Der variable Zinssatz (der "variable Zinssatz") für jede variable Zinsperiode entspricht **[Partizipationsfaktor einfügen]** % vom **[Angebotssatz einfügen]** (der "Referenzsatz") per annum [plus/minus] **[Zu-/Abschlag einfügen]** per annum (die "Marge"), der auf der Bildschirmseite EURIBOR= (die "Bildschirmseite") oder jeder Nachfolgesseite am Zinsfeststellungstag vor **[Beginn/Ende einfügen]** der maßgeblichen Zinsperiode ab ca. 11.00 Uhr Brüsseler Zeit (die "festgelegte Zeit") angezeigt wird, wobei die Festlegung durch die Berechnungsstelle vorgenommen wird.]

[falls als Referenzsatz CMS anwendbar ist – siehe weitere Details zur Zinssatzfestlegung in C.10]

[falls als Zinssatz entweder der Referenzsatz oder der Zinssatz der Vorperiode anwendbar ist, einfügen:

Variabler Zinssatz. Der variable Zinssatz (der "variable Zinssatz") für jede Zinsperiode entspricht entweder dem Zinssatz der Vorperiode oder dem **[Angebotssatz einfügen]** (der "Referenzsatz") per annum [plus/minus] **[Zu-/Abschlag einfügen]** per annum (die "Marge"), der auf der Bildschirmseite EURIBOR= (die "Bildschirmseite") oder jeder Nachfolgesseite am Zinsfeststellungstag definiert ab ca. 11.00 Uhr Brüsseler Zeit angezeigt wird, wobei die Festlegung durch die Berechnungsstelle vorgenommen wird, wobei der am Zinsfeststellungstag höhere Wert maßgebend ist.]

[falls als Zinssatz das Ergebnis einer Berechnung zweier Zinssätze anwendbar ist – siehe weitere Details zur Zinssatzfestlegung in C.10]

[Zielkupon. Die Summe aller jährlichen Zinszahlungen beträgt maximal **[Zahl einfügen]** % (der "Zielkupon"). Die letzte Zinszahlung ist der Zielkupon minus der Summe aller vorher geleisteten Zinszahlungen.])

[Mindestzinssatz. Wenn der gemäß den obigen Bestimmungen für eine Zinsperiode ermittelte Zinssatz niedriger ist als

	<p>[Mindestzinssatz einfügen] % per annum (der "Mindestzinssatz"), so entspricht der Zinssatz für diese Zinsperiode dem Mindestzinssatz.]</p>
	<p>[Höchstzinssatz. Wenn der gemäß den obigen Bestimmungen für eine Zinsperiode ermittelte Zinssatz höher ist als [Höchstzinssatz einfügen] % per annum (der "Höchstzinssatz"), so entspricht der Zinssatz für diese Zinsperiode dem Höchstzinssatz.]</p>
<p>Datum, ab dem die Zinsen zahlbar werden und Zinsfälligkeitstermine</p>	<p>[Entfällt; die Schuldverschreibungen haben keine Verzinsung.]</p> <p>[Verzinsungsbeginn ist der [Verzinsungsbeginn einfügen] (der "Verzinsungsbeginn"), Verzinsungsende ist der [Verzinsungsende einfügen] (das "Verzinsungsende").]</p>
	<p>[Die [fixen] Zinsen sind nachträglich am [(fixen) Zinszahlungstag einfügen] zahlbar (jeweils ein "(fixer) Zinszahlungstag"). Die erste Zinszahlung erfolgt am [ersten (fixen) Zinszahlungstag einfügen].] [Die variablen Zinsen sind an jedem [variable Zinszahlungstag(e) einfügen] ab dem [letzten fixen Zinszahlungstag einfügen] (der "Variabelverzinsungsbeginn") nachträglich zahlbar (jeweils ein "variabler Zinszahlungstag" und [zusammen mit den fixen Zinszahlungstagen] jeweils ein "Zinszahlungstag"). Die erste variable Zinszahlung erfolgt am [ersten variablen Zinszahlungstag einfügen].]</p>
<p>Ist der Zinssatz nicht festgelegt, Beschreibung des Basiswerts, auf den er sich stützt</p>	<p>[Entfällt; die Schuldverschreibungen haben [keine Verzinsung] [eine fixe Verzinsung] [eine variable Verzinsung, die an den Euribor gebunden ist].]</p> <p>[Als Referenzsatz für die variable Verzinsung wird der CMS herangezogen. "CMS" steht kurz für Constant-Maturity-Swap. Dabei werden, wie bei anderen Formen von Zinsswaps auch, zwei unterschiedliche Zinssätze ausgetauscht. Im Gegensatz zu einem Standardswap, bei dem ein vereinbarter Festzins gegen einen variablen Zinssatz getauscht wird, erfolgt bei einem Constant-Maturity-Swap der Austausch zweier variabler Zinssätze. Beim CMS wird ein kurzfristiger Geldmarktzinssatz gegen einen langfristigen Kapitalmarktzinssatz getauscht, allerdings mit dem Unterschied, dass auch der zu zahlende Kapitalmarktzinssatz regelmäßig und periodisch neu festgelegt wird und damit ebenfalls variabel ist. Die Höhe dieser Zahlungen ist dabei abhängig von einem Zinssatz für Swaps mit immer gleicher Laufzeit. Lautet der Swap zum Beispiel auf den 10-Jahres CMS-Satz, so wird der Zahlbetrag des Swaps einmal jährlich zu einem vorab</p>

definierten Datum an den Zinssatz für 10-jährige Laufzeiten angepasst. Steigt dieser Zinssatz im Verlauf der Swapplaufzeit an, dann muss auch derjenige Swappartner, der den CMS-Satz zu zahlen hat, an den anderen Swappartner höhere Zahlungen leisten. Umgekehrt ist es bei fallenden Zinsen, dann verringern sich die zu zahlenden Beträge analog. Als Referenz für den CMS-Satz gilt das jeweils zugehörige ISDA Fixing ("**ISDA Fixing**").]

Fälligkeitstermin und Vereinbarungen für die Darlehenstilgung, einschließlich der Rückzahlungsverfahren

Rückzahlung bei Endfälligkeit. Die Schuldverschreibungen werden, soweit sie nicht zuvor bereits ganz oder teilweise zurückgezahlt oder zurückgekauft wurden, am **[Endfälligkeitstag einfügen]** (der "**Endfälligkeitstag**") **[bei Zielkupon einfügen:** oder am Zinszahlungstag an dem der Zielkupon erreicht wurde] zu ihrem Rückzahlungsbetrag von **[Rückzahlungsbetrag einfügen]** (der "**Rückzahlungsbetrag**") zurückgezahlt.

Angabe der Rendite

[●]

Name des Vertreters der Schuldtitelinhaber

[●]

C.10 Derivative Komponente bei der Zinszahlung

[Entfällt; die Schuldverschreibungen enthalten keine derivative Komponente.]

[falls als Referenzsatz CMS anwendbar ist, einfügen: Die Schuldverschreibungen sind variabel verzinst. Der variable Zinssatz (der "**variable Zinssatz**") für jede variable Zinsperiode entspricht **[Partizipationsfaktor einfügen]** % vom **[[Anzahl]-Jahres Swap-Satz einfügen]** (der mittlere Swapsatz gegen den [●]-Monats Euribor, ausgedrückt als Prozentsatz per annum) (der "**[Anzahl]-Jahres Swapsatz**") (der "**Referenzsatz**") per annum der auf der Bildschirmseite ISDAFIX (die "**Bildschirmseite**") oder jeder Nachfolgesseite am Zinsfeststellungstag, vor **[Beginn/Ende einfügen]** der maßgeblichen Zinsperiode angezeigt wird, wobei die Festlegung durch die Berechnungsstelle vorgenommen wird, **[plus/minus] [Zu-/Abschlag einfügen]** per annum (die "**Marge**").]

[falls als Zinssatz das Ergebnis einer Berechnung zweier Zinssätze anwendbar ist, einfügen:

Die Schuldverschreibungen sind variabel verzinst. Der variable Zinssatz (der "**variable Zinssatz**") für jede variable Zinsperiode wird gemäß folgender Formel unter Einbeziehung von zwei Referenzwerten (wie unten definiert) berechnet: **[Partizipationsfaktor einfügen]** multipliziert mit der Differenz aus Referenzsatz 1 und Referenzsatz 2. Der Referenzsatz 1 (der "**Referenzsatz 1**") entspricht dem **[[Anzahl]-Jahres**

Swap-Satz einfügen] (der mittlere Swapsatz gegen den [●]-Monats Euribor, ausgedrückt als Prozentsatz per annum) (der "[Anzahl]-Jahres Swapsatz") per annum der auf der Bildschirmseite ISDAFIX (die "Bildschirmseite") oder jeder Nachfolgesseite am Zinsfeststellungstag, angezeigt wird, wobei die Festlegung durch die Berechnungsstelle vorgenommen wird. Der Referenzsatz 2 (der "Referenzsatz 2") entspricht dem **[[Anzahl]-Jahres Swap-Satz einfügen]** (der mittlere Swapsatz gegen den [●]-Monats Euribor, ausgedrückt als Prozentsatz per annum) (der "[Anzahl]-Jahres Swapsatz") per annum der auf der Bildschirmseite oder jeder Nachfolgesseite am Zinsfeststellungstag definiert, angezeigt wird, wobei die Festlegung durch die Berechnungsstelle vorgenommen wird.]

- | | |
|--|---|
| C.11 Zulassung zum Handel | Entfällt; Die Emittentin hat keinen Antrag auf Zulassung der Schuldverschreibungen zum Handel gestellt. |
| C.15 Beschreibung, wie der Wert der Anlage durch den Wert des Basisinstruments/der Basisinstrumente beeinflusst wird, | [Entfällt; die Schuldverschreibungen enthalten keine derivative Komponente.]

[Siehe C.10] |
| C.16 Verfalltag oder Fälligkeitstermin der derivativen Wertpapiere — Ausübungstermin oder letzter Referenztermin | [Entfällt; die Schuldverschreibungen sind keine derivativen Wertpapiere.]

[Entfällt; die Schuldverschreibungen enthalten keine solchen Termine, da nur die Höhe des Zinssatzes basiswertabhängig ist.] |
| C.17 Beschreibung des Abrechnungsverfahrens für die derivativen Wertpapiere | [Entfällt; die Schuldverschreibungen sind keine derivativen Wertpapiere.]

[Entfällt; die Schuldverschreibungen sind nur im Hinblick auf die Höhe des Zinssatzes basiswertabhängig.] |
| C.18 Beschreibung der Ertragsmodalitäten bei derivativen Wertpapieren. | [Entfällt; die Schuldverschreibungen sind keine derivativen Wertpapiere.]

[Entfällt; die Schuldverschreibungen sind nur im Hinblick auf die Höhe des Zinssatzes basiswertabhängig.] |
| C.19 Ausübungspreis oder endgültiger Referenzpreis des Basiswerts | [Entfällt; die Schuldverschreibungen sind keine derivativen Wertpapiere.]

[Entfällt; die Schuldverschreibungen sind nur im Hinblick auf die Höhe des Zinssatzes basiswertabhängig.] |
| C.20 Beschreibung der Art des Basiswerts und | [Entfällt; die Schuldverschreibungen sind keine derivativen Wertpapiere.] |

Angabe des Ortes, an dem Informationen über den Basiswert erhältlich sind

[Informationen über den **[Basiswert einfügen]** können **[Ort einfügen]** bezogen werden.]

D. Risiken

D.2 Zentrale Risiken, die der Emittentin eigen sind

Die globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sowie die Staatsschuldenkrise insbesondere im Euroraum haben auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin in der Vergangenheit wesentliche negative Auswirkungen gehabt und es ist anzunehmen, dass sich auch in Zukunft wesentliche negative Folgen für die Emittentin insbesondere bei einer erneuten Verschärfung dieser Krise ergeben können.

Der Wert der Beteiligungen der Emittentin und ihre Erträge daraus können sinken und die Emittentin kann zu weiteren Investitionen in ihre Beteiligungen verpflichtet werden (Beteiligungsrisiko).

Als Konsequenz der Finanz- und/oder Wirtschaftskrise und des wirtschaftlichen Abschwungs in Folge der europäischen Staatsschuldenkrise erfährt die Emittentin eine Verschlechterung der Qualität ihrer Kredite.

Es besteht das Risiko, dass die Verpflichtungen der Emittentin aus dem Zusammenschluss der Emittentin, der weiteren zugeordneten Kreditinstitute und der ÖVAG zu einem Kreditinstitute-Verbund gemäß § 30a BWG nachteilige Auswirkungen auf die Finanz- und/oder Ertragslage der Emittentin haben kann.

Es besteht das Risiko, dass sich wirtschaftliche Schwierigkeiten eines Mitglieds des Volksbanken-Verbundes auf einzelne oder alle anderen Mitglieder des Volksbanken-Verbundes negativ auswirken (Verbundrisiko).

Es besteht das Risiko, dass eine Ratingagentur das Rating der Emittentin aussetzt, herabstuft oder widerruft und dass dadurch der Marktwert und der Marktpreis der Schuldverschreibungen negativ beeinflusst werden.

Die Emittentin ist dem Risiko des teilweisen oder vollständigen Zinsverlustes und/oder des Verlustes des von der Gegenpartei zu erbringenden Rückzahlungsbetrages ausgesetzt (Kreditrisiko).

Marktschwankungen können dazu führen, dass die Emittentin keinen ausreichenden Jahresgewinn erzielt, um Zahlungen auf die Schuldverschreibungen zu leisten (Marktrisiko).

Die im Rahmen des Risikomanagements der Emittentin angewendeten Strategien und Verfahren sind unter Umständen zur Begrenzung der Risiken nicht ausreichend und die Emittentin könnte nicht identifizierten oder nicht erwarteten Risiken ausgesetzt sein oder bleiben.

Es besteht das Risiko von Verlusten aufgrund von Unzulänglichkeiten oder dem Versagen interner Prozesse, Menschen, Systeme oder externer Ereignissen, gleich ob diese beabsichtigt oder zufällig oder durch natürliche Gegebenheiten verursacht werden (operationelles Risiko).

Die Emittentin ist dem Risiko von Wertverlusten ihrer Immobilienportfolios ausgesetzt (Immobilienrisiko).

Zinsschwankungen können das operative Ergebnis der Emittentin negativ beeinflussen.

Es besteht das Risiko, dass in Zukunft keine für die Emittentin günstigen Finanzierungsmöglichkeiten auf dem Kapitalmarkt zur Verfügung stehen.

Es besteht das Risiko, dass der Emittentin die Geldmittel zur Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen oder diese nur zu für die Emittentin ungünstigen Konditionen beschafft werden können (Liquiditätsrisiko).

Es besteht das Risiko, dass die Emittentin von wirtschaftlichen Schwierigkeiten anderer großer Finanzinstitute direkt betroffen wird.

Die Emittentin ist in einem hart umkämpften Markt tätig und steht, insbesondere hinsichtlich der Zinsmargen, im Wettbewerb mit starken lokalen Wettbewerbern und internationalen Finanzinstituten (Wettbewerbsrisiko).

Es besteht das Risiko, verstärkter rechtlicher und öffentlicher Einflussnahme auf Kredit- und Finanzinstitute.

Änderungen von Gesetzen oder Änderungen des regulatorischen Umfelds können negative Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der Emittentin haben.

Die Stabilitätsabgabe und die Sonderstabilitätsabgabe für österreichische Kreditinstitute könnten die Finanzlage der Emittentin negativ beeinflussen.

Die Emittentin könnte Schwierigkeiten bei der Anwerbung und beim Halten von qualifiziertem Personal haben.

Da die Emittentin Teile ihres Vermögens der ÖVAG zur Verfügung stellt, ist sie in hohem Maße von der ÖVAG abhängig.

D.3 Zentrale Risiken, die den Wertpapieren eigen sind

Allgemeine Risiken in Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen

Zinsniveaus am Geld- und Kapitalmarkt schwanken üblicherweise täglich und daher ändert sich in Folge auch der Wert der Schuldverschreibungen täglich (Zinsrisiko).

Es kann der Fall eintreten, dass die Emittentin zum Teil oder zur Gänze nicht in der Lage ist, für die Schuldverschreibungen Zins- und/oder Rückzahlungen zu leisten (Kreditrisiko).

Der Credit Spread (Zinsaufschlag) der Emittentin kann sich verschlechtern (Credit Spread-Risiko).

Anleihegläubiger unterliegen dem Risiko, dass eine Inflation die tatsächliche Rendite der Anlage verringert (Inflationsrisiko).

Es gibt keine Sicherheit dafür, dass sich für die Schuldverschreibungen ein liquider Sekundärmarkt entwickeln wird, noch dafür, dass dieser gegebenenfalls bestehen bleibt. Auf einem illiquiden Markt sind Anleihegläubiger unter Umständen nicht in der Lage, ihre Schuldverschreibungen zu einem angemessenen Marktpreis zu verkaufen (Liquiditätsrisiko).

Anleihegläubiger sind bei Verkauf der Schuldverschreibungen einem Marktpreisrisiko ausgesetzt (Marktpreisrisiko).

Schuldverschreibungen mit vorzeitigem Kündigungsrecht der Emittentin. Bei Schuldverschreibungen mit vorzeitigem Kündigungsrecht der Emittentin trägt der Anleihegläubiger aufgrund des Ausübungsrisikos neben dem Risiko der vorzeitigen Rückzahlung und dem Risiko, dass die Anlage eine niedrigere Rendite als erwartet aufweist auch ein höheres Marktpreisrisiko (Risiko der vorzeitigen Rückzahlung).

Anleihegläubiger können dem Risiko unvorteilhafter

Wechselkursschwankungen oder dem Risiko, dass Behörden Devisenkontrollen anordnen oder modifizieren, ausgesetzt sein (Währungsrisiko – Wechselkursrisiko).

Es besteht ein Risiko, dass Anleihegläubiger nicht in der Lage sind, Erträge aus den Schuldverschreibungen so zu reinvestieren, dass sie den gleichen Ertrag erzielen (Wiederanlagerisiko).

Mit dem Kauf und Verkauf von Schuldverschreibungen verbundene Nebenkosten können das Ertragspotenzial der Schuldverschreibungen wesentlich beeinflussen.

Anleihegläubiger tragen das Risiko der fehlerhaften Abwicklung durch Clearingsysteme.

Anleihegläubiger sind dem Risiko einer gesetzlichen Verlustbeteiligungspflicht ausgesetzt.

Die Übertragbarkeit der Wertpapiere ist eingeschränkt.

Die steuerlichen Auswirkungen einer Anlage in Schuldverschreibungen sollten sorgfältig bedacht werden.

Die Schuldverschreibungen unterliegen österreichischem Recht, und Änderungen in den geltenden Gesetzen, Verordnungen oder regulatorischen Vorschriften können negative Auswirkungen auf die Emittentin, die Schuldverschreibungen und die Anleihegläubiger haben.

Forderungen gegen die Emittentin auf Rückzahlung verjähren, sofern sie nicht binnen dreißig Jahren (hinsichtlich Kapital) und binnen drei Jahren (hinsichtlich Zinsen) geltend gemacht werden.

Wird ein Kredit zur Finanzierung des Kaufs der Schuldverschreibungen aufgenommen, erhöht dies die maximale Höhe eines möglichen Verlustes.

Risiken, die mit bestimmten Ausstattungsmerkmalen und Produktkategorien von Schuldverschreibungen verbunden sind. Schuldverschreibungen können mehrere Ausstattungsmerkmale beinhalten

Schuldverschreibungen mit fixem Zinssatz. Anleihegläubiger von fix verzinsten Schuldverschreibungen tragen das Risiko, dass der Marktpreis dieser Schuldverschreibungen aufgrund von Veränderungen des Marktzinsniveaus sinkt.

Schuldverschreibungen mit variablem Zinssatz. Anleihegläubiger von variabel verzinsten Schuldverschreibungen tragen das Risiko schwankender

Zinsniveaus und ungewisser Zinserträge.

Schuldverschreibungen mit fixem und danach variablem Zinssatz. Bei Schuldverschreibungen mit fixem und danach variablem Zinssatz kann der Zinssatz nach Wechsel von einer fixen Verzinsung auf eine variable Verzinsung weniger vorteilhaft für Anleihegläubiger sein als der vormals fixe Zinssatz.

Nullkupon-Schuldverschreibungen. Veränderungen in den Marktzinssätzen haben auf die Marktpreise von Nullkupon-Schuldverschreibungen einen wesentlich stärkeren Einfluss als auf die Marktpreise gewöhnlicher Schuldverschreibungen.

Schuldverschreibungen mit einem Zielkupon. Bei Schuldverschreibungen mit einem Zielkupon trägt der Anleihegläubiger das Risiko einer vorzeitigen Rückzahlung sobald ein bestimmter Betrag erreicht wird.

Schuldverschreibungen mit einem Höchstzinssatz. Bei Schuldverschreibungen mit einem Höchstzinssatz wird die Höhe der Zinsen niemals über den Höchstzinssatz hinaus steigen.

Schuldverschreibungen, die bestimmte für Anleihegläubiger vorteilhafte Ausstattungsmerkmale wie beispielsweise einen Mindestzinssatz aufweisen, können auch für Anleihegläubiger nachteilige Ausstattungsmerkmale wie beispielsweise einen Höchstzinssatz oder einen höheren Emissionspreis aufweisen.

Risiken in Zusammenhang mit nachrangigen Schuldverschreibungen

Die Verpflichtungen der Emittentin aus nachrangigen Schuldverschreibungen werden bei Liquidation erst erfüllt, nachdem alle nicht-nachrangigen Forderungen von Gläubigern der Emittentin vollständig bedient wurden.

Im Falle der Liquidation oder der Insolvenz der Emittentin sind nachrangige Schuldverschreibungen gegenüber nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten nachrangig zu bedienen.

Anleger, die in nachrangige Schuldverschreibungen investieren, sind dem Risiko ausgesetzt, dass sie während der Laufzeit der Schuldverschreibungen ihr eingesetztes Kapital nicht zurückverlangen können.

Die Anrechenbarkeit der Schuldverschreibungen als regulatorisches Kapital kann sich verringern oder wegfallen.

Es ist der Emittentin nicht verboten, weitere

Verbindlichkeiten einzugehen, die im Vergleich zu den Verbindlichkeiten aus den Schuldverschreibungen vorrangig oder gleichrangig sind.

Risiken in Bezug auf potentielle Interessenskonflikte

Siehe E.4

E. Angebot

E.2b Gründe für das Angebot und Zweckbestimmung der Erlöse

Die Nettoerlöse aus der Ausgabe der Schuldverschreibungen werden von der Emittentin zur Gewinnerzielung und für ihre allgemeinen Refinanzierungsbedürfnisse verwendet. Die Emission von Schuldverschreibungen, die nachrangiges Kapital verbriefen, dient zur Stärkung der Eigenmittelausstattung der Emittentin.

E.3 Angebotskonditionen

Die Schuldverschreibungen können in Österreich im Wege [eines öffentlichen Angebots] [einer Privatplatzierung] angeboten werden.

Die Schuldverschreibungen werden in Serien (jeweils eine "**Serie**") begeben. Die Anleihebedingungen einer jeden Serie von Schuldverschreibungen ergeben sich aus den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen (die als Muster in diesem Prospekt ab Seite 135 enthalten sind, die "**Endgültigen Bedingungen**"), die – im Falle konsolidierter Anleihebedingungen die anwendbaren Teile der maßgeblichen Muster-Anleihebedingungen (die in diesem Prospekt ab Seite 81 enthalten sind, die "**Muster-Anleihebedingungen**") enthalten oder – im Falle nicht-konsolidierter Anleihebedingungen auf die anwendbaren (Teile dieser) Muster-Anleihebedingungen verweisen (zusammen, die "**Anleihebedingungen**").

Schuldverschreibungen können als Einmal- oder Daueremissionen begeben werden. Einmalemissionen stellen Schuldverschreibungen dar, die während einer bestimmten Zeichnungsfrist gezeichnet und begeben werden können. Bei Daueremissionen liegt es im Ermessen der Emittentin wann die Schuldverschreibungen während der gesamten (oder einem Teil der) Laufzeit zur Zeichnung zur Verfügung stehen und begeben werden. Im Falle von Daueremissionen ist die Emittentin berechtigt, den Gesamtnennbetrag jederzeit aufzustocken oder zu reduzieren.

E.4 Interessenkonflikte

Mögliche Interessenskonflikte können sich zwischen der Berechnungsstelle, der Zahlstelle und den

Anleihegläubigern ergeben, insbesondere hinsichtlich bestimmter Ermessensentscheidungen die den vorgenannten Funktionen aufgrund der Anleihebedingungen oder auf anderer Grundlage zustehen. Diese Interessenskonflikte könnten einen negativen Einfluss auf die Anleihegläubiger haben.

Einzelne Organmitglieder der Emittentin üben Organfunktionen in anderen Gesellschaften und/oder in anderen Gesellschaften des Volksbanken-Verbundes aus. Aus diesen Doppelfunktionen können die Organmitglieder in Einzelfällen potentiellen Interessenskonflikten ausgesetzt sein. Derartige Interessenskonflikte können insbesondere dazu führen, dass geschäftliche Entscheidungsprozesse verhindert oder verzögert oder zum Nachteil der Anleihegläubiger getroffen werden.

Interessen an dem Angebot

[Entfällt, es bestehen keine Interessen von an der Emission beteiligter natürlicher und juristischer Personen] *[Angaben zu etwaigen Interessen von an der Emission beteiligter natürlicher und juristischer Personen einfügen]*

E.7 Kosten für die Anleger

Mit Ausnahme banküblicher Spesen **[falls ein Ausgabeaufschlag zur Anwendung kommt, einfügen:** und eines Ausgabeaufschlags in Höhe von **[Ausgabeaufschlag einfügen]** %] werden dem Zeichner beim Erwerb der Schuldverschreibungen keine zusätzlichen Kosten oder Steuern in Rechnung gestellt.

2. RISIKOFAKTOREN

Potentielle Anleger sollten die Risikofaktoren sowie alle anderen Informationen in diesem Prospekt, einschließlich der Muster-Anleihebedingungen und der Endgültigen Bedingungen einschließlich der emissionsspezifischen Zusammenfassung sorgfältig abwägen, bevor sie sich dazu entscheiden, in Schuldverschreibungen zu investieren. Jeder Risikofaktor kann erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben, was wiederum erheblich nachteilige Auswirkungen auf Kapital- und Zinszahlungen an die Anleger im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen haben könnte. Weiters könnte sich jedes Risiko negativ auf den Marktpreis und Handelskurs der Schuldverschreibungen oder die Rechte der Anleihegläubiger aus den Schuldverschreibungen auswirken, und in Folge könnten die Anleihegläubiger einen Teil ihres Investments oder das gesamte Investment verlieren.

Potentielle Anleger sollten folgende Arten von Risiken abwägen: (i) Risiken in Bezug auf die Emittentin und ihre Geschäftstätigkeit, (ii) Allgemeine Risiken in Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen, (iii) Risiken, die mit bestimmten Ausstattungsmerkmalen und Produktkategorien von Schuldverschreibungen verbunden sind (iv) Risiken in Zusammenhang mit nachrangigen Schuldverschreibungen und (v) Risiken in Bezug auf potentielle Interessenskonflikte.

Potentielle Anleger sollten sich bewusst sein, dass die unten beschriebenen Risiken nicht die einzigen Risiken sind, die die Emittentin und die Schuldverschreibungen betreffen. Die Emittentin hat nur jene Risiken beschrieben, die für sie erkennbar sind und die von ihr als wesentlich erachtet wurden. Zusätzliche, für die Emittentin derzeit nicht erkennbare oder von dieser nicht als wesentlich eingestufte Risiken können bestehen und jedes dieser Risiken kann die oben beschriebenen Auswirkungen haben. Weiters sollten sich potentielle Anleger bewusst sein, dass mehrere der in diesem Abschnitt beschriebenen Risiken gleichzeitig auftreten können, was die nachteiligen Auswirkungen verstärken könnte. Sollten sich einer oder mehrere der nachstehenden Risikofaktoren verwirklichen, könnte sich dies auf erhebliche Art und Weise nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin und auf das Gewinnpotential der Schuldverschreibungen auswirken.

Bevor eine Entscheidung über ein Investment in Schuldverschreibungen getroffen wird, sollte ein potentieller Anleger eine gründliche eigene Analyse durchführen, insbesondere eine eigene Finanz-, Rechts- und Steueranalyse, da die Beurteilung der Eignung einer Veranlagung in Schuldverschreibungen aus dem Prospekt für den potentiellen Anleger sowohl von seiner entsprechenden Finanz- und Allgemeinsituation wie auch von den für die jeweiligen Schuldverschreibungen maßgeblichen Anleihebedingungen abhängt. Bei mangelnder Erfahrung in Bezug auf Finanz-, Geschäfts- und Investmentfragen, ohne die eine solche Entscheidung nicht getroffen werden sollte, sollte der Anleger fachmännischen Rat bei einem Finanzberater einholen, bevor eine Entscheidung über ein Investment in Schuldverschreibungen getroffen wird.

2.1 RISIKEN IN BEZUG AUF DIE EMITTENTIN UND IHRE GESCHÄFTSTÄTIGKEIT

Die globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise sowie die Staatsschuldenkrise insbesondere im Euroraum haben auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin in der Vergangenheit wesentliche negative Auswirkungen gehabt und es ist anzunehmen, dass sich auch in Zukunft wesentliche negative Folgen für die Emittentin insbesondere bei einer erneuten Verschärfung dieser Krise ergeben können.

Seit Mitte 2007 leiden die internationalen Finanzmärkte und Finanzinstitute unter den erheblichen Belastungen aus der globalen Finanzmarktkrise. Nachdem im Jahr 2010 und zu Anfang des Jahres 2011 eine Stabilisierung der Lage an den Finanzmärkten eingetreten war, werden die Märkte seit Mitte 2011 durch die Folgen der hohen Staatsverschuldung vor allem europäischer Länder erheblich belastet:

Die Krise begann 2007 als sogenannte "Subprime-Krise" und hatte ihren Ursprung im Zusammenbruch des US-amerikanischen Marktes für Subprime-Hypothekendarlehen, d.h. für in der Regel variabel verzinsliche Hypothekendarlehen an Schuldner mit geringer Bonität. In den Jahren 2007 und 2008 gerieten daher zunächst eine Reihe von auf US-Subprime-behaftete Kreditprodukte spezialisierte Banken, Investmentbanken und Hedgefonds sowie Anleihe- und Kreditversicherer in finanzielle Schwierigkeiten und wurden teilweise insolvent. Mit der Insolvenz der U.S. Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 verschärfte sich die Krise deutlich und weitete sich zu einer weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise aus. Die Folge waren erhebliche Störungen am Interbankenmarkt, so dass die Liquiditätsversorgung der Banken nicht mehr gewährleistet war. Zur Stützung des Finanzsystems reagierten Zentralbanken und Regierungen mit Stützungsmaßnahmen bis hin zur Verstaatlichung von Banken.

Die Ereignisse im zweiten Halbjahr 2008 führten zu einem deutlichen Wertverfall bei nahezu allen Arten von Finanzanlagen. Die Finanzmärkte durchliefen darüber hinaus ein extremes Maß an Volatilität sowie einen Zusammenbruch bisher verzeichneter Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen Klassen von Vermögenswerten (d.h. Ausmaß der Abhängigkeiten zwischen deren Preisen). Hinzu kam eine extrem geringe Liquidität und – teilweise als Folge daraus – eine merkliche Ausweitung des Renditeabstands bestimmter Finanzanlagen zu als risikolos geltenden Anlagen (des "Spreads"). Dies hat sich in erheblichem Maße negativ auf die Verfügbarkeit und die Wertentwicklung von Finanzinstrumenten ausgewirkt, die verwendet wurden, um Positionen abzusichern und Risiken zu steuern.

Zudem führte die Finanzmarktkrise zu einem weit verbreiteten Vertrauensverlust sowohl an den Finanzmärkten als auch in der Realwirtschaft. Spätestens nach der Insolvenz von Lehman Brothers kam der Interbankenhandel zwischenzeitlich praktisch zum Erliegen. Diese Verunsicherung verstärkte abrupt die bereits angelegte Abwärtsbewegung der Wirtschaft noch einmal spürbar, so dass die gesamtwirtschaftliche Produktion in vielen Ländern im Jahr 2009 so stark einbrach wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg.

Die von den Regierungen und Zentralbanken in vielen Ländern zur Stützung des Finanzsystems und der Realwirtschaft ergriffenen Maßnahmen haben die Haushaltsdefizite und die Staatsverschuldung, die in vielen Fällen bereits zuvor erheblich waren, stark ansteigen lassen. Gleichzeitig sind die Volkswirtschaften einiger hochverschuldeter Staaten in Europa durch unzureichende Produktivität, fehlende Wettbewerbsfähigkeit, hohe Arbeitslosigkeit, hohen Immobilienleerstand, geringes Wachstum und ungünstige Wachstumsaussichten gekennzeichnet.

Diese Entwicklungen weckten bezüglich einiger Länder (insbesondere im Euroraum) erhebliche Zweifel an der Fähigkeit dieser Volkswirtschaften, die Schulden der öffentlichen Haushalte zu decken. Dies hat zu einer, in einigen Fällen sogar ganz erheblichen Verschlechterung der Wahrnehmung der Kreditwürdigkeit dieser Länder an den Märkten und entsprechend zu einem Anstieg der Spreads und zu einem zum Teil erheblichen Rückgang der Bewertungen von Anleihen öffentlicher Körperschaften dieser Länder geführt. Dadurch wurde die Finanzierung der Staatsschulden dieser Länder deutlich verteuert. Die Verschlechterung der wahrgenommenen Kreditwürdigkeit wurde begleitet von einer Reihe von zum Teil erheblichen Herabstufungen der Ratings der betroffenen Länder.

Für Griechenland, Portugal und Irland war es bereits 2010 teilweise nicht mehr möglich, fällig werdende Staatsanleihen und den laufenden Finanzbedarf an den Kapitalmärkten zu refinanzieren, so dass sie durch die Europäische Union, andere Staaten des Euro-Raumes sowie den Internationalen Währungsfonds gestützt werden mussten. Zu diesem Zweck richteten die Staaten der Europäischen Union, teilweise zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds, so genannte Rettungsschirme ein, d.h. Strukturen, mit denen betroffene Staaten durch die Gewährung von Darlehen unterstützt werden können. Die Rettungsschirme konnten jedoch bislang die Zweifel an der Stabilität der betroffenen Staaten nicht nachhaltig ausräumen, da trotz sukzessiver Aufstockung weiterhin befürchtet wird, dass ihr Volumen nicht ausreichen würde, falls die Krise auf weitere größere europäische Staaten (insbesondere Italien und Spanien) übergreift. Da unter den europäischen Regierungen teilweise Uneinigkeit darüber besteht, welche Konsequenzen aus der Staatsschuldenkrise für die wirtschafts- und finanzpolitische Ordnung Europas und des Euroraumes zu ziehen sind, bestehen weiterhin Zweifel, dass die Politik bei einer erneuten Verschärfung der Krise entschlossen genug reagiert.

Trotz einer leichten Erholung der Weltwirtschaft in den Jahren 2011 und 2012, führten umfassende Bedenken hinsichtlich des Staatsschuldenniveaus auf der ganzen Welt und der Stabilität zahlreicher Banken in bestimmten europäischen Ländern, insbesondere Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien und jüngst in Slowenien und Zypern zu negativen volkswirtschaftlichen Auswirkungen.

Im Jahr 2011 erhöhte sich die Sorge über die Situation der Eurozone, und Ländern der Eurozone und Banken wurden durch Ratingagenturen Ende 2011 und Anfang 2012 herabgestuft. Diese Befürchtungen hielten im Jahr 2012 aufgrund der notwendigen Rekapitalisierung des spanischen Bankensektors und wachsender Bedenken hinsichtlich der Wirksamkeit und der Folgen der Restrukturierungsprogramme bestimmter Länder der Eurozone sowie der Ungewissheit über die Erforderlichkeit weiterer finanzieller Beihilfen für bestimmte Länder der Eurozone oder den Bankensektor der Eurozone an.

Seit September 2012 kam es zu einer Zunahme der weltweiten Interventionen von Zentralbanken zur Verhinderung einer weiteren Verschlechterung des Wirtschaftswachstums und als Reaktion auf Bedenken über die Auswirkungen der europäischen Staatsschuldenkrise. Die EZB veröffentlichte einen Plan zum unbegrenzten Kauf von Staatsanleihen notleidender Länder wie Spanien und Italien teilweise im Austausch gegen die Annahme formeller Sparpakete. Die Auswirkungen dieser und anderer Maßnahmen sind ungewiss; sie können den erwarteten Nutzen für die jeweiligen Volkswirtschaften erreichen oder auch nicht.

Die Effekte der Finanzmarkt-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise hatten auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin wesentliche negative Auswirkungen. Es ist anzunehmen, dass sich, insbesondere bei einer erneuten Verschärfung der Krise, auch in Zukunft erheblich negative Folgen für die Emittentin ergeben können. Gleichzeitig ist es der Emittentin teilweise nicht oder nur schwer möglich, sich gegen Risiken im Zusammenhang mit der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise abzusichern.

Die Risiken der Staatsschuldenkrise würden in einem noch viel größeren Umfang schlagend werden, wenn neben Portugal, Italien, Irland, Griechenland, Spanien, Slowenien und Zypern weitere Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in Zahlungsschwierigkeiten geraten oder sogar insolvent würden. Der Austritt einzelner Länder aus der Europäischen Währungsunion, insbesondere der Austritt einer der großen Wirtschaftsnationen wie Deutschland, Italien, Spanien oder Frankreich, oder der komplette Zerfall der Europäischen Währungsunion hätten weitreichende Auswirkungen auf die internationalen Finanzmärkte und die Realwirtschaft. Es ist davon auszugehen, dass ein solches Szenario erhebliche Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben würde.

Der Wert der Beteiligungen der Emittentin und ihre Erträge daraus können sinken und die Emittentin kann zu weiteren Investitionen in ihre Beteiligungen verpflichtet werden (Beteiligungsrisiko).

Die Emittentin hält mittelbare und unmittelbare Beteiligungen an Gesellschaften, insbesondere an der ÖVAG. Ausschüttungen von Dividenden für Aktien und für Partizipationskapital durch die ÖVAG sind bis einschließlich für das Geschäftsjahr, das am 31.12.2017 endet, gemäß der beihilferechtlichen Entscheidung der Europäischen Kommission unzulässig, sodass die Emittentin für diesen Zeitraum keine Beteiligungserträge unmittelbar oder mittelbar von der ÖVAG erwarten kann (siehe dazu Abschnitt "Aktuelle Entwicklungen"). Es besteht daher das Risiko, dass aufgrund von wirtschaftlichen Schwierigkeiten Wertberichtigungen und/oder Abschreibungen von Beteiligungen vorgenommen werden müssen und Erträge aus den Beteiligungen sinken oder ausbleiben. Die Emittentin kann auch verpflichtet werden, weitere Investitionen in ihre Beteiligungen zuzuschießen. In der jüngeren Vergangenheit musste die Emittentin bereits signifikante Abschreibungen auf mittelbare Beteiligungen an der ÖVAG vornehmen und es ist nicht auszuschließen, dass weitere folgen. Weiters unterlag im Rahmen der Umstrukturierungsmaßnahmen der ÖVAG im Jahr 2012 die Beteiligung der Emittentin an der ÖVAG und das gezeichnete Partizipationskapital einem 70 % Kapitalschnitt. Die Emittentin musste sich an der Restrukturierung der ÖVAG beteiligen

(siehe dazu Abschnitt "Aktuelle Entwicklungen"). Insbesondere die damit erforderlichen Wertberichtigungen und/oder Abschreibungen und/oder Zuschussverpflichtungen können sich signifikant negativ auf die Geschäftstätigkeit, Finanz- und/oder Ertragslage der Emittentin auswirken.

Als Konsequenz der Finanz- und/oder Wirtschaftskrise und des wirtschaftlichen Abschwungs in Folge der europäischen Staatsschuldenkrise erfährt die Emittentin eine Verschlechterung der Qualität ihrer Kredite.

Als Konsequenz der Finanz- und/oder Wirtschaftskrise und des wirtschaftlichen Abschwungs in Folge der europäischen Staatsschuldenkrise, der Verringerung des Konsums, der Erhöhung der Arbeitslosenrate und des Wertverlusts privater und kommerzieller Vermögenswerte in bestimmten Regionen, kam es und wird es in Zukunft zu nachteiligen Folgen für die Kreditqualität von Gegenparteien der Emittentin kommen. Die Emittentin ist dem Kreditrisiko ihrer Schuldner ausgesetzt, das schlagend wird, wenn diese nicht in der Lage sind, ihre Verpflichtungen unter Kreditverträgen zu erfüllen und die bestellten Sicherheiten nicht ausreichen, um die offenen Forderungen zu decken. Zusätzlich kam es aufgrund von Währungsschwankungen zu einer Verteuerung der Kredite für Kreditnehmer. Als Ergebnis sind die Kreditkosten der Emittentin für ausgefallene Kredite beträchtlich gestiegen und hatten einen nachteiligen Effekt auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Im Hinblick auf die Unsicherheit, die Geschwindigkeit und den Umfang des wirtschaftlichen Abschwungs ist es derzeit nicht möglich, das Ausmaß abzuschätzen, in dem die Kreditqualität abnehmen und ausgefallene Kredite steigen werden. Unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist es aber wahrscheinlich, dass die Kreditqualität weiterhin fallen wird. Unvorhersehbare politische Entwicklungen (z.B. Zwangskonvertierungen von Fremdwährungskrediten) können in Kreditabschreibungen resultieren, die das von der Emittentin projektierte Ausmaß übersteigen. All die obigen Faktoren könnten erhebliche negative Auswirkungen auf Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben und die Fähigkeit der Emittentin, Zahlungen unter den Schuldverschreibungen zu leisten, beeinträchtigen und den Marktwert der Schuldverschreibungen verringern.

Es besteht das Risiko, dass die Verpflichtungen der Emittentin aus dem Zusammenschluss der Emittentin, der weiteren zugeordneten Kreditinstitute und der ÖVAG zu einem Kreditinstitute-Verbund gemäß § 30a BWG nachteilige Auswirkungen auf die Finanz- und/oder Ertragslage der Emittentin haben kann.

Der Zusammenschluss der Emittentin, der weiteren zugeordneten Kreditinstitute und der ÖVAG zu einem Kreditinstitute-Verbund (der "**Volksbanken-Verbund**") basiert unter anderem auf Haftungsübernahmen (z.B. in Liquiditätsnotfällen oder bei Eintritt der Überschuldung einzelner zugeordneter Kreditinstitute bzw. der Zentralorganisation) durch die Emittentin (als zugeordnetes Kreditinstitut) und der ÖVAG (als Zentralorganisation). Die Emittentin (als zugeordnetes Kreditinstitut) nimmt am Liquiditäts- und Haftungsverbund teil und hat die auf Basis des Verbundvertrages erteilten Weisungen der Zentralorganisation zu beachten. Die Emittentin ist neben der Zentralorganisation, insbesondere verpflichtet, Beiträge an die Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung (als

Haftungsgesellschaft) zu leisten, damit diese z.B. in Liquiditätsnotfällen einzelner zugeordneter Kreditinstitute bzw. der Zentralorganisation geeignete Maßnahmen ergreifen kann. Durch die Teilnahme der Emittentin an diesem Liquiditäts- und Haftungsverbund können sich für die Emittentin Verpflichtungen ergeben, die sich negativ auf ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken können.

Es besteht das Risiko, dass sich wirtschaftliche Schwierigkeiten eines Mitglieds des Volksbanken-Verbundes auf einzelne oder alle anderen Mitglieder des Volksbanken-Verbundes negativ auswirken (Verbundrisiko).

Es besteht das Risiko, dass sich wirtschaftliche Schwierigkeiten eines Kreditinstituts des Volksbanken-Verbundes auf einzelne oder alle Kreditinstitute des Volksbanken-Verbundes – also auch auf die Emittentin als zugeordnetes Kreditinstitut – negativ auswirken. Dieses Risiko wird durch den geschaffenen Kreditinstitute-Verbund gemäß § 30a BWG tendenziell erhöht. Auch das einheitliche Auftreten des Volksbanken-Verbundes auf dem Markt und die Wahrnehmung des einzelnen Mitglieds als Teil des Volksbanken-Verbundes können dazu führen, dass negative Entwicklungen, welcher Art auch immer, bei einem Kreditinstitut des Volksbanken-Verbundes alle anderen Kreditinstitute des Volksbanken-Verbundes wirtschaftlich negativ beeinflussen.

Es besteht das Risiko, dass eine Ratingagentur das Rating der Emittentin aussetzt, herabstuft oder widerruft und dass dadurch der Marktwert und der Marktpreis der Schuldverschreibungen negativ beeinflusst werden.

Ein Rating beschreibt das Risiko in Bezug auf die Fähigkeit der Emittentin, ihre Pflichten unter Schuldverschreibungen zu erfüllen.

Ein Rating stellt eine durch eine Ratingagentur erstellte Bonitätseinschätzung dar, d.h. eine Vorausschau oder einen Indikator für möglichen Kreditverlust durch Insolvenz, Zahlungsverzug oder unvollständige Zahlung an Anleger. Es handelt sich dabei nicht um eine Empfehlung, Schuldverschreibungen zu kaufen, zu verkaufen oder zu halten.

Eine Ratingagentur kann ein Rating jederzeit aussetzen, herabstufen oder widerrufen. Derartiges kann eine nachteilige Auswirkung auf den Marktpreis der Schuldverschreibungen haben. Ein Herabsetzen des Ratings kann auch zu einer Einschränkung des Zugangs zu Mitteln und in Folge zu höheren Refinanzierungskosten für die Emittentin führen. Potentielle Anleihegläubiger sollten sich darüber im Klaren sein, dass es zu einer Aussetzung, Herabstufung oder dem Widerruf eines Ratings, das sich auf die Emittentin oder die Schuldverschreibungen bezieht, kommen kann und dass dies eine wesentliche nachteilige Auswirkung auf die Schuldverschreibungen und die Fähigkeit der Emittentin, Zahlungen auf die Schuldverschreibungen zu leisten, haben könnte.

Die Emittentin ist dem Risiko des teilweisen oder vollständigen Zinsverlustes und/oder des Verlustes des von der Gegenpartei zu erbringenden Rückzahlungsbetrages ausgesetzt (Kreditrisiko).

Die Emittentin ist einer Reihe von Gegenparti- und Kreditrisiken ausgesetzt. Dritte, die der Emittentin Geld, Wertpapiere oder andere Vermögenswerte schulden, sind unter Umständen aufgrund von Insolvenz, Liquiditätsmangel, wirtschaftlichen Abschwüngen oder Wertverlusten von Immobilien, Betriebsausfällen oder sonstigen Gründen nicht in der Lage, ihren Zahlungs- oder sonstigen Verpflichtungen gegenüber der Emittentin nachzukommen.

Das Kreditrisiko ist typischerweise das für Banken wichtigste Risiko, da es sowohl bei Standardbankprodukten, wie etwa bei Krediten, Diskont- und Garantiegeschäften, als auch bei gewissen anderen Produkten, wie etwa Derivaten (z.B. Futures, Swaps und Optionen) sowie Wertpapierpensionsgeschäften und Wertpapierleihe auftritt und daher von einer Vielzahl von Transaktionen stammen kann, einschließlich aller Geschäftsarten, welche die Emittentin betreiben. Das Schlagendwerden des Kreditrisikos kann die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin beeinträchtigen und folglich ihre Fähigkeit, Zahlungen auf die Schuldverschreibungen zu leisten.

Das Kreditrisiko umfasst auch das Länderrisiko; dabei handelt es sich sowohl um das Kreditrisiko von hoheitlichen Gegenparteien (Gebietskörperschaften), als auch um das Risiko, dass eine ausländische Gegenpartei trotz Zahlungsfähigkeit nicht in der Lage ist, geplante Zinszahlungen oder Rückzahlungen zu leisten, da beispielsweise die zuständige Zentralbank nicht über ausreichende ausländische Zahlungsreserven verfügt (ökonomisches Risiko) oder aufgrund einer Intervention der entsprechenden Regierung (politisches Risiko). Abschreibungen aufgrund von Länderrisiken (unter anderem Griechenland) haben das Geschäftsergebnis der Emittentin für das Jahr 2012 belastet und es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Emittentin wegen Länderrisiken weitere Abschreibungen vornehmen muss. Dies können wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben und ihre Fähigkeit zur Bedienung der Schuldverschreibungen beeinträchtigen.

Potentielle Anleihegläubiger sollen sich bewusst sein, dass die Emittentin in jedem ihrer Geschäftsbereiche dem Kreditrisiko ausgesetzt ist und dass das Schlagendwerden des Kreditrisikos ihre Fähigkeit zur Leistung von Zahlungen auf die Schuldverschreibungen verringern kann und auch den Marktpreis der Schuldverschreibungen negativ beeinflussen kann.

Marktschwankungen können dazu führen, dass die Emittentin keinen ausreichenden Jahresgewinn erzielt, um Zahlungen auf die Schuldverschreibungen zu leisten (Marktrisiko).

Schwankungen an den Kapitalmärkten (Anleihe-, Aktienmärkten, etc.) können den Wert und die Liquidität der davon abhängigen Vermögensgegenstände der Emittentin beeinflussen, dh den Wert von Verbindlichkeiten der Emittentin erhöhen oder den Wert von Aktiva verringern. Das Auftreten von Marktschwankungen kann negative Auswirkungen auf den Wert der Aktiva der Emittentin und die durch das Geschäft der Emittentin erwirtschafteten Erträge haben und könnte die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin negativ beeinflussen, wodurch die Fähigkeit der Emittentin, Zahlungen auf die Schuldverschreibungen zu tätigen, beeinträchtigt würde.

Die im Rahmen des Risikomanagements der Emittentin angewendeten Strategien und Verfahren sind unter Umständen zur Begrenzung der Risiken nicht ausreichend und die Emittentin könnte nicht identifizierten oder nicht erwarteten Risiken ausgesetzt sein oder bleiben.

Die Emittentin wendet Strategien und Verfahren zur Risikobewältigung an. Diese Strategien und Verfahren können unter gewissen Umständen fehlschlagen, vor allem wenn die Emittentin mit Risiken konfrontiert ist, die sie nicht vorab identifiziert hat. Einige Methoden des Risikomanagements der Emittentin basieren auf Beobachtungen des historischen Marktverhaltens. Statistische Techniken werden auf diese Beobachtungen angewandt, um zu Bewertungen der Risiken zu gelangen. Diese statistischen Methoden könnten die Risiken der Emittentin nicht richtig bewerten, wenn Umstände auftreten, die nicht im Rahmen der historischen Informationen beobachtet wurden oder das letzte Mal vor langer Zeit aufgetreten sind. Besonders wenn die Emittentin in neue Geschäftszweige oder geographische Regionen eintritt, können historische Informationen unvollständig sein. Sobald die Emittentin mehr Erfahrung gewinnt, wird sie möglicherweise weitere Abschreibungen vornehmen müssen, wenn die Ausfallwahrscheinlichkeiten höher als erwartet sind.

Wenn Umstände auftreten, die die Emittentin bei der Entwicklung ihrer statistischen Modelle nicht identifiziert oder falsch bewertet hat, können die Verluste höher ausfallen als die vom Risikomanagement der Emittentin vorhergesehenen Maximalverluste. Weiters berücksichtigen die Bewertungen nicht alle Risiken oder Marktlagen. Wenn sich die Maßnahmen zur Risikobewertung und -minderung als unzureichend erweisen, könnte die Emittentin wesentliche unerwartete Verluste erleiden, die einen bedeutenden negativen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit, das Geschäftsergebnis und die Finanzlage der Emittentin haben.

Es besteht das Risiko von Verlusten aufgrund von Unzulänglichkeiten oder dem Versagen interner Prozesse, Menschen, Systeme oder externer Ereignissen, gleich ob diese beabsichtigt oder zufällig oder durch natürliche Gegebenheiten verursacht werden (operationelles Risiko).

Die Emittentin ist aufgrund möglicher Unzulänglichkeiten oder des Versagens interner Kontrollen, Prozesse, Menschen, Systeme oder externer Ereignisse, gleich ob diese beabsichtigt oder zufällig oder durch natürliche Gegebenheiten verursacht werden, verschiedenen Risiken ausgesetzt, die erhebliche Verluste verursachen können. Solche operative Risiken beinhalten das Risiko des unerwarteten Verlustes in Folge von einzelnen Ereignissen, die sich unter anderem aus fehlerhaften Informationssystemen, unzureichenden Organisationsstrukturen oder ineffektiven Kontrollmechanismen ergeben. Derartige Risiken beinhalten außerdem das Risiko höherer Kosten oder des Verlustes aufgrund allgemein unvorteilhafter wirtschaftlicher oder handelsspezifischer Trends. Auch Reputationsschäden, die die Emittentin aufgrund eines dieser Ereignisse erleidet, fallen in diese Risikokategorie.

Das operationelle Risiko wohnt allen Tätigkeiten der Emittentin inne und kann nicht ausgeschaltet werden. Potentielle Anleger sollten sich insbesondere dessen bewusst

sein, dass die Emittentin, wie jede andere Bank, zunehmend von hochentwickelten IT-Systemen abhängig ist. IT-Systeme sind anfällig für verschiedene Probleme, wie beispielsweise Viren, Hacking, physische Beschädigung von IT-Zentralen und Soft- bzw. Hardwareproblemen.

Weiters ist die wirtschaftliche Entwicklung der Emittentin stark von ihrem Management und von Schlüsselpersonal abhängig. Es besteht das Risiko, dass derzeitige Mitglieder des Managements und Schlüsselpersonal in Zukunft der Emittentin nicht mehr zur Verfügung stehen. Weiters könnte es der Emittentin schwer fallen, neues Schlüsselpersonal anzuwerben.

Das Schlagendwerden von operationellem Risiko könnte zu unerwartet hohen Verlusten führen und folglich die Fähigkeit der Emittentin, Zahlungen auf die Schuldverschreibungen zu leisten, wesentlich schmälern sowie den Marktpreis der Schuldverschreibungen wesentlich negativ beeinflussen.

Die Emittentin ist dem Risiko von Wertverlusten ihrer Immobilienportfolios ausgesetzt (Immobilienrisiko).

Durch Marktpreisschwankungen und marktbedingte Änderungen der Immobilienrenditen kann es zu Wertverlusten der Immobilienportfolios der Emittentin kommen. Dies betrifft insbesondere das im Rahmen des Asset-Managements eingegangene Immobilienrisiko. Ein Wertverlust des Immobilienportfolios kann wesentliche negative Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit und die Finanzergebnisse der Emittentin haben.

Zinsschwankungen können das operative Ergebnis der Emittentin negativ beeinflussen.

Änderungen des Zinsniveaus (einschließlich Änderungen der Differenz zwischen dem Niveau kurz- und langfristiger Zinsen) können das operative Ergebnis und die Refinanzierungskosten der Emittentin wesentlich negativ beeinflussen.

Es besteht das Risiko, dass in Zukunft keine für die Emittentin günstigen Finanzierungsmöglichkeiten auf dem Kapitalmarkt zur Verfügung stehen.

Die Finanzierungsmöglichkeiten der Emittentin hängen zu einem großen Teil von der Begebung von Schuldverschreibungen an nationalen und internationalen Kapitalmärkten ab. Die Fähigkeit der Emittentin, derartige Finanzierungsmöglichkeiten auch in Zukunft zu günstigen wirtschaftlichen Bedingungen vorzufinden, hängt von der wirtschaftlichen Entwicklung und Lage der Emittentin und darüber hinaus von marktbedingten Faktoren, wie etwa des Zinsniveaus, der Verfügbarkeit liquider Mittel oder der Lage anderer Finanzinstitute ab, auf die die Emittentin keinen Einfluss hat, wie etwa die aktuellen Marktbedingungen. Es gibt keine Garantie, dass der Emittentin in Zukunft günstige Finanzierungsmöglichkeiten auf dem Kapitalmarkt zur Verfügung stehen und, wenn es der Emittentin nicht gelingt, günstige Finanzierungsmöglichkeiten auf dem Kapitalmarkt zu finden, könnte dies wesentliche nachteilige Auswirkungen auf ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage und folglich ihre Fähigkeit, Zahlungen auf die Schuldverschreibungen zu leisten, haben.

Es besteht das Risiko, dass der Emittentin die Geldmittel zur Erfüllung ihrer Zahlungsverpflichtungen nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen oder diese nur zu für die Emittentin ungünstigen Konditionen beschafft werden können (Liquiditätsrisiko).

Die Emittentin ist gesetzlich verpflichtet, ausreichend flüssige Mittel zu halten, um jederzeit ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können. Die Liquiditätssituation der Emittentin lässt sich durch eine Gegenüberstellung von Zahlungsverpflichtungen und Zahlungseingängen darstellen. Durch eine Inkongruenz von Zahlungseingängen und Zahlungsausgängen (beispielsweise aufgrund verspäteter Rückzahlungen, unerwartet hoher Abflüsse, des Scheiterns von Anschlussfinanzierungen oder wegen mangelnder Marktliquidität) kann es zu Liquiditätsengpässen oder -stockungen kommen, die dazu führen, dass die Emittentin Zahlungspflichten nicht mehr (gänzlich) erfüllen kann und in Verzug gerät oder flüssige Mittel zu für die Emittentin ungünstigen Konditionen anschaffen muss. Dies kann negative Auswirkungen auf die von der Emittentin erwirtschafteten Erträge und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben.

Es besteht das Risiko, dass die Emittentin von wirtschaftlichen Schwierigkeiten anderer großer Finanzinstitute direkt betroffen wird.

Wirtschaftliche Schwierigkeiten großer Finanzinstitute, wie Kreditinstitute oder Versicherungen, können Finanzmärkte und Vertragspartner generell nachteilig beeinflussen. Finanzinstitute stehen beispielsweise durch Kredite, Handel, Clearing oder andere Verflechtungen in einer gegenseitigen Abhängigkeit zueinander. Als Ergebnis können negative Beurteilungen großer Finanzinstitute oder wirtschaftliche Schwierigkeiten großer Finanzinstitute zu signifikanten Liquiditätsproblemen auf dem Markt und zu Verlusten oder zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten anderer Finanzinstitute führen. Die oben beschriebenen Risiken werden generell als Systemrisiken bezeichnet und können Finanzintermediäre, wie Clearing Systemen, Banken, Wertpapierfirmen und Börsen (mit denen die Emittentin auf täglicher Basis interagiert) nachteilig beeinflussen. Das Auftreten eines dieser oder eine Kombination dieser Ereignisse kann wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Emittentin und die Fähigkeit der Emittentin, Zahlungen auf die Schuldverschreibungen zu leisten, haben.

Die Emittentin ist in einem hart umkämpften Markt tätig und steht, insbesondere hinsichtlich der Zinsmargen, im Wettbewerb mit starken lokalen Wettbewerbern und internationalen Finanzinstituten (Wettbewerbsrisiko).

Die Emittentin ist in allen ihren Geschäftsfeldern in Österreich intensivem Wettbewerb ausgesetzt. Die Emittentin steht im Wettbewerb mit einer Reihe lokaler Konkurrenten, wie andere nationale Kreditinstitute sowie Privatkunden- und Geschäftsbanken, Hypothekenbanken und internationale Finanzinstitutionen. Der österreichische Markt ist von intensivem Wettbewerb geprägt. Da Österreich im Vergleich zu anderen Staaten eine überdurchschnittliche Bankendichte, vor allem aber eine besonders hohe Bankstellendichte (rund 1.604 Einwohner pro Bankstelle; Quelle: Oesterreichische Nationalbank, <http://www.oenb.at/de/>; Stand 30.06.2012) aufweist, ist die Emittentin

einem starken Wettbewerb beim Anbieten von Bank- und Finanzdienstleistungen ausgesetzt. Die Emittentin steht in intensivem Wettbewerb sowohl mit ihren lokalen Mitbewerbern als auch mit großen internationalen Banken und Mitbewerbern aus Nachbarländern, die in denselben Märkten wie die Emittentin ähnliche Produkte anbieten. Aufgrund dieses angespannten Wettbewerbs stehen die Zinsmargen unter Druck. Fehler bei der Festlegung der Zinsmargen oder das Belassen der Zinsmargen auf derzeitiger Höhe können wesentliche negative Auswirkungen auf das Geschäftsergebnis und die Finanzlage der Emittentin haben.

Es besteht das Risiko, verstärkter rechtlicher und öffentlicher Einflussnahme auf Kredit- und Finanzinstitute.

Jüngere Entwicklungen auf den globalen Märkten haben zu einer verstärkten Einflussnahme von staatlichen und behördlichen Stellen auf den Finanzsektor und die Tätigkeiten von Kredit- und Finanzinstituten geführt. Insbesondere staatliche und behördliche Stellen in der EU und in Österreich schufen zusätzliche Möglichkeiten zur Kapitalaufbringung und Finanzierung für Finanzinstitute (einschließlich der Emittentin) und implementieren weitere Maßnahmen, inklusive verstärkter Kontrollmaßnahmen im Bankensektor und zusätzlicher Kapitalanforderungen (für Details zu Basel III siehe den entsprechenden Risikofaktor). Wo die öffentliche Hand direkt in Kredit- oder Finanzinstitute investiert, ist es möglich, dass sie auch auf Geschäftsentscheidungen der betroffenen Institute Einfluss nimmt. Es ist unklar, wie sich diese verstärkte Einflussnahme auf Finanzinstitute einschließlich der Emittentin auswirkt. Dies könnte dazu führen, dass der Marktpreis der Schuldverschreibungen sinkt oder Zahlungen aus den Schuldverschreibungen verringert werden oder ausbleiben.

Änderungen von Gesetzen oder Änderungen des regulatorischen Umfelds können negative Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der Emittentin haben.

Änderungen von Gesetzen oder Änderungen des regulatorischen Umfelds können negative Auswirkungen auf die Emittentin haben. Auch die Umsetzung neuer regulatorischer Vorschriften, wie etwa jener über ein neues Rahmenwerk zur Eigenkapitalausstattung – bekannt unter der Bezeichnung Basel III – oder Änderungen der Bilanzierungsvorschriften bzw. deren Anwendung können die Geschäftstätigkeit der Emittentin negativ beeinflussen, da die Umsetzung und Einhaltung derartiger regulatorischer Vorschriften Kosten verursachen können, die derzeit nicht genau abschätzbar sind.

Sowohl national (in Österreich) als auch auf EU-Ebene und international besteht die Tendenz zu einer stärkeren Regulierung und Beaufsichtigung der Tätigkeit von Kreditinstituten, was künftig vor allem die Anforderungen an das Eigenkapital, die Liquidität, strengere Offenlegungsstandards und Beschränkungen hinsichtlich bestimmter Arten von Transaktionsstrukturen betreffen wird. Am 12.09.2010 hat der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht ein gemeinhin als "**Basel III**" bezeichnetes Maßnahmenpaket zur Novellierung der auf Kreditinstitute anwendbaren Eigenmittel- und Liquiditätsvorschriften angenommen. Dieses Maßnahmenpaket sieht insbesondere strengere Anforderungen an die Kapitalausstattung von Kreditinstituten vor. Unter anderem sind eine Anhebung der Mindestquote des harten Kernkapitals (eingezahltes

Kapital und Gewinnrücklagen) sowie die Einführung eines Kapitalerhaltungspuffers vorgesehen. Diese Anforderungen werden durch eine nicht risikobasierte Höchstverschuldungsquote (Leverage-Ratio) ergänzt. Systemrelevante Banken sollen zusätzliches Eigenkapital für die Absorption von Verlusten vorhalten müssen. Im Bereich der Liquiditätsvorschriften wird über aufsichtsrechtlich definierte Liquiditätskennzahlen eine deutliche Begrenzung des Liquiditätsfristentransformationspotentials von Banken erreicht.

Am 20.07.2011 legte die EU-Kommission den Entwurf zur Umsetzung der Basel III-Bestimmungen auf europäischer Ebene vor. Der Vorschlag umfasst sowohl die neue Richtlinie über Eigenkapitalanforderungen ("**CRD IV**") sowie eine unmittelbar anwendbare Verordnung ("**CRR**"), und soll die derzeit in Kraft befindlichen regulatorischen Vorgaben ersetzen. Am 21.05.2012 und am 26.03.2013 veröffentlichte der Europäische Rat geänderte Entwürfe der CRD IV und CRR, und am 16.04.2013 wurden als Teil von legislativen Entschlüssen des Europäischen Parlaments geänderte Fassungen der CRD IV (Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16.04.2013 zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die zusätzliche Beaufsichtigung der Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wertpapierfirmen eines Finanzkonglomerats) und der CRR (Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16.04.2013 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen) veröffentlicht. Am 15.5.2013 wurde der Entwurf für eine Novelle des BWG zur Umsetzung der CRD IV in die Begutachtung versendet.

CRD IV und CRR umfassen insbesondere folgende Themen: Neudefinition des Eigenkapitalbegriffs, Erhöhung der Liquiditätserfordernisse, Einführung eines maximalen Leverage (Verhältnis von Kapital zu Risikopositionen), Neuberechnung von Kontrahentenrisiken, Einführung eines über die Mindestkapitalerfordernisse hinausgehenden Kapitalpuffers sowie von Sonderregelungen für systemrelevante Finanzinstitute.

Die CRR findet unmittelbare Anwendung auf Institutionen innerhalb der EU. Inhaltlich regelt die Verordnung in erster Linie jene Bereiche, durch welche spezifische Regeln für die Ermittlung quantitativer Regelungsmechanismen vorgeschrieben werden sollen. Dies gilt insbesondere für Regelungen zu Mindesteigenkapital-, und Liquiditätserfordernissen, Leverage-Ratio, Kapitalerfordernissen in Bezug auf Kontrahentenrisiken und Grenzen für Großkredite. Der Entwurf der CRR sieht insbesondere eine schrittweise Erhöhung der Mindestanforderungen für das Kernkapital (Common Equity Tier 1 Kapital) von derzeit 2% der risikogewichteten Aktiva ("**RWA**") auf 4,5% bis 01.01.2015, vor. Gleichzeitig sollen auch die Mindestanforderungen für das Tier 1-Kapital (Common Equity Tier 1 und Additional Tier 1) von 4% bis 6% erhöht werden. Die Mindesteigenmittelunterlegung soll aber bei 8% und somit auf derzeitigem Niveau bleiben.

Zusammen mit der Umsetzung der Basel III- Vorschriften verfolgt die EU durch die CRR das Ziel eines "einheitlichen Regelwerks" innerhalb der EU, durch welches nationale

Unterschiede, Wahlrechte und divergierende Interpretationen durch die Mitgliedsstaaten reduziert bzw. beseitigt werden sollen.

Die Einführung neuer Kapitalpuffer wird in der CRD IV geregelt und ist somit durch nationales Recht umzusetzen. Der Kapitalerhaltungspuffer von 2,5% der RWA soll in Zukunft als ein permanenter Kapitalpuffer beibehalten werden. Darüber hinaus können die nationalen Aufsichtsbehörden einen antizyklischen Kapitalpuffer von bis zu 2,5% der RWA im jeweiligen Land festlegen.

Bei den Entwürfen der neuen Regelungen (CRD IV und CRR) handelt es sich noch nicht um endgültige Fassungen. Daher ist es möglich, dass weitere und umfassendere Regulierungsvorschläge vorgelegt werden. Basierend auf dem derzeitigen Stand wird eine der wesentlichen Auswirkungen sein, dass in Zukunft diverse Komponenten der jetzigen Eigenkapitalausstattung der Emittentin nicht mehr in vollem Umfang als Eigenkapital anerkannt werden. Dazu gehört die Anerkennung von hybriden Finanzinstrumenten, Minderheitenanteilen und mit hoher Wahrscheinlichkeit Komponenten von Tier 2-Kapital. Weitere Anpassungen der Eigenkapitalausstattung durch die Regulierungsbehörden sind zu erwarten, wie zum Beispiel den steuerlichen Abzug bestimmter aktiver latenter Steuern oder eine negative Neubewertungsrücklage betreffend.

Die Umsetzung des endgültigen Basel III-Rahmenwerks könnte die Liquiditätserfordernisse erhöhen (und dadurch Liquidität verteuern), weitere Kapitalzufuhren an die Emittentin erforderlich machen oder sie dazu zwingen, Transaktionen durchzuführen, die andernfalls nicht Teil ihrer gegenwärtigen Strategie wären. Sie könnten die Emittentin auch daran hindern, bestehende Geschäftssegmente weiterzuführen, Art oder Umfang der Transaktionen, die die Emittentin durchführen kann, einschränken oder Zinsen und Gebühren, die die sie für Kredite und andere Finanzprodukte verrechnet, begrenzen oder diesbezüglich Änderungen erzwingen. Zusätzlich könnten für die Emittentin wesentlich höhere Compliance-Kosten und erhebliche Beschränkungen bei der Wahrnehmung von Geschäftschancen entstehen.

Die Stabilitätsabgabe und die Sonderstabilitätsabgabe für österreichische Kreditinstitute könnten die Finanzlage der Emittentin negativ beeinflussen.

Mit dem Budgetbegleitgesetz 2011 wurde ab 01.01.2011 eine Stabilitätsabgabe von Kreditinstituten eingeführt, die zum Datum des Prospekts in Kraft ist. Die Stabilitätsabgabe ist von der durchschnittlichen Bilanzsumme eines Kreditinstituts laut Einzeljahresabschluss (im Wesentlichen vermindert um das Eigenkapital und die gesicherten Einlagen) zu berechnen. Dazu kommt noch eine Sonderstabilitätsabgabe vom Geschäftsvolumen sämtlicher dem Handelsbuch zugeordneter Derivate. Die in Zusammenhang mit diesen Abgaben von der Emittentin zu leistenden Abgaben könnten die Finanzlage der Emittentin wesentlich nachteilig beeinflussen.

Die Emittentin könnte Schwierigkeiten bei der Anwerbung und beim Halten von qualifiziertem Personal haben.

Der wirtschaftliche Erfolg der Emittentin hängt unter anderem von Ihrer Fähigkeit ab, bestehende Mitarbeiter zu halten und weitere zu finden und anzuwerben, die die nötige

Qualifikation und Erfahrung im Bankgeschäft aufweisen. Der wachsende Wettbewerb um Arbeitskräfte mit anderen Finanzdienstleistern unter Einsatz erheblicher Kapitalressourcen erschwert es für die Emittentin, qualifizierte Mitarbeiter anzuwerben und zu halten und könnte in Zukunft zu wachsendem Personalaufwand und/oder zum Verlust von Know-how führen.

Da die Emittentin Teile ihres Vermögens der ÖVAG zur Verfügung stellt, ist sie in hohem Maße von der ÖVAG abhängig.

Die Emittentin überlässt der ÖVAG gegen Provision einen Teil ihrer Forderungen zur Einstellung in den Deckungsstock für fundierte Bankschuldverschreibungen. Diese Forderungen werden von der Emittentin treuhändig für die ÖVAG gehalten und besichern die Ansprüche der Inhaber der fundierten Bankschuldverschreibungen gegen die ÖVAG. Sollte die ÖVAG ihren Verpflichtungen aus den durch diesen Deckungsstock besicherten Schuldverschreibungen in Zukunft nicht nachkommen können, und die Inhaber dieser Schuldverschreibungen aus dem Deckungsstockvermögen befriedigt werden, hätte dies wesentlich nachteilige Auswirkungen auf die Finanz- und/oder Ertragslage der Emittentin, da sie anstelle der deckungsstockfähigen Hypothekarforderungen lediglich unbesicherte Forderungen gegen die ÖVAG hätte.

Die Emittentin trägt folglich teilweise das Insolvenzrisiko der ÖVAG. Im Insolvenzfall der ÖVAG würde es voraussichtlich auch zu Ausfällen und Verlusten bei der Emittentin kommen, die so groß sein könnten, dass sie allenfalls auch die Insolvenz der Emittentin nach sich ziehen könnten.

2.2 ALLGEMEINE RISIKEN IN ZUSAMMENHANG MIT DEN SCHULDVERSCHREIBUNGEN

Zinsniveaus am Geld- und Kapitalmarkt schwanken üblicherweise täglich und daher ändert sich in Folge auch der Wert der Schuldverschreibungen täglich (Zinsrisiko).

Das Zinsrisiko ist eines der zentralen Risiken von zinstragenden Wertpapieren. Insbesondere Anleihegläubiger von fix verzinsten Schuldverschreibungen tragen das Risiko, dass der Marktpreis solcher Schuldverschreibungen aufgrund von Veränderungen des Marktzinsniveaus sinkt.

Während der nominelle Zinssatz von fix verzinsten Schuldverschreibungen, wie in den Endgültigen Bedingungen festgelegt, während der Laufzeit der Schuldverschreibungen im Vorhinein festgesetzt ist, ändern sich Zinssätze auf den Geld- und Kapitalmärkten für vergleichbare Schuldverschreibungen (das "**Marktzinsniveau**") üblicherweise täglich und bewirken eine tägliche Änderung des Wertes der Schuldverschreibungen.

Mit den Schwankungen des Marktzinsniveaus ändert sich auch der Marktpreis der fix verzinsten Schuldverschreibungen, typischerweise vom Marktzinsniveau ausgehend in die entgegengesetzte Richtung. Wenn das Marktzinsniveau steigt, sinkt der Marktpreis von fix verzinsten Schuldverschreibungen üblicherweise so lange, bis die Rendite dieser Schuldverschreibungen etwa dem Marktzinsniveau entspricht.

Das Marktzinsniveau wird nachhaltig von der öffentlichen Budgetpolitik beeinflusst, sowie auch von den Strategien der Zentralbank, der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung, den Inflationsraten und ausländischen Zinsniveaus sowie Wechselkurserwartungen. Dennoch kann die Bedeutung der individuellen Faktoren nicht direkt quantifiziert werden; diese können sich auch im Laufe der Zeit verändern.

Das Zinsrisiko kommt zum Tragen, wenn die Schuldverschreibungen vor ihrer Fälligkeit verkauft werden. Je länger der Zeitraum bis zur Fälligkeit der Schuldverschreibungen und je niedriger der Zinssatz ist, desto größer sind die Preisschwankungen. Behält der Anleihegläubiger von fix verzinsten Schuldverschreibungen diese bis zum Ende der Laufzeit, sind für ihn derartige Schwankungen des Marktzinsniveaus ohne Bedeutung, da die Schuldverschreibungen zum festgelegten Rückzahlungsbetrag, rückgezahlt werden. Das gleiche gilt für Schuldverschreibungen mit steigender oder fallender Verzinsung (Stufenzinsanleihen), wenn die Marktzinssätze für vergleichbare Schuldverschreibungen höher als die für diese Schuldverschreibungen geltenden Zinssätze sind.

Es kann der Fall eintreten, dass die Emittentin zum Teil oder zur Gänze nicht in der Lage ist, für die Schuldverschreibungen Zins- und/oder Rückzahlungen zu leisten (Kreditrisiko).

Für die Anleihegläubiger besteht das Risiko, dass es der Emittentin zum Teil oder zur Gänze unmöglich ist, jene Zinszahlungen und/oder Kapitalrückzahlungen zu leisten, zu denen die Emittentin aufgrund der Schuldverschreibungen verpflichtet ist. Je schlechter

die Bonität der Emittentin, umso höher ist das Ausfallsrisiko. Wird das Kreditrisiko schlagend, kann dies dazu führen, dass die Emittentin Zinszahlungen und/oder Kapitalrückzahlungen zum Teil oder zur Gänze (Totalausfall) nicht leistet.

Der Credit Spread (Zinsaufschlag) der Emittentin kann sich verschlechtern (Credit Spread-Risiko).

Unter dem Credit Spread versteht man den Aufschlag auf die Verzinsung von risikolosen Veranlagungen, den die Emittentin Anleihegläubigern zur Abgeltung des übernommenen Kreditrisikos bezahlen muss.

Zu den Faktoren, die Credit Spreads beeinflussen, zählen unter anderem die Bonität der Emittentin, die Wahrscheinlichkeit eines Zahlungsausfalls, die Recovery Rate (Erlösquote), die verbleibende Laufzeit der Schuldverschreibung sowie Verpflichtungen aufgrund von Besicherungen oder Garantien bzw. Erklärungen hinsichtlich bevorzugter Bedienung oder Nachrangigkeit. Die Liquiditätslage, das allgemeine Zinsniveau, die allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungen und die Währung, auf die die maßgebliche Verbindlichkeit lautet, können ebenfalls einen negativen Einfluss haben.

Für Anleihegläubiger besteht das Risiko, dass der Credit Spread der Emittentin ansteigt, was zu einer Minderung des Marktpreises und/oder der Liquidität der Schuldverschreibungen führen kann. Ein erhöhter Credit Spread der Emittentin kann zu höheren Refinanzierungskosten und folglich niedrigeren Gewinnen führen, was die Fähigkeit der Emittentin, Zahlungen auf die Schuldverschreibungen zu leisten, beeinträchtigen kann.

Weiters besteht das Risiko, dass es aufgrund der Veränderung des Credit Spreads der Emittentin zu Kursschwankungen während der Laufzeit einer Schuldverschreibung kommen kann. Dieses Risiko kommt zum Tragen, wenn die Schuldverschreibungen vor ihrer Fälligkeit verkauft werden. Je länger der Zeitraum bis zur Fälligkeit der Schuldverschreibungen und je niedriger der Zinssatz ist, desto größer sind die Kursschwankungen.

Anleihegläubiger unterliegen dem Risiko, dass eine Inflation die tatsächliche Rendite der Anlage verringert (Inflationsrisiko).

Das Inflationsrisiko ist das Risiko, dass der Wert von Vermögenswerten wie den Schuldverschreibungen oder den Einnahmen daraus sinkt, wenn die Kaufkraft einer Währung aufgrund von Inflation schrumpft. Durch eine steigende Inflation verringert sich die Rendite der Schuldverschreibungen. Ist die Inflationsrate gleich hoch oder höher als die auf die Schuldverschreibungen geleisteten Zahlungen, kann die Rendite der Schuldverschreibungen negativ werden und die Anleihegläubiger erleiden Verluste.

Es gibt keine Sicherheit dafür, dass sich für die Schuldverschreibungen ein liquider Sekundärmarkt entwickeln wird, noch dafür, dass dieser gegebenenfalls bestehen bleibt. Auf einem illiquiden Markt sind Anleihegläubiger unter Umständen nicht in der Lage, ihre Schuldverschreibungen zu einem angemessenen Marktpreis zu verkaufen (Liquiditätsrisiko).

Schuldverschreibungen, die unter diesem Prospekt begeben werden, sind zum Teil Neuemissionen. Für diese Schuldverschreibungen wird es zum Emissionszeitpunkt keinen liquiden Markt geben. Die Emittentin gibt keine Zusicherung zur Liquidität der Schuldverschreibungen. Unabhängig von einer allfälligen Notierung der Schuldverschreibungen gibt es weder eine Sicherheit dafür, dass sich ein liquider Sekundärmarkt für die Schuldverschreibungen entwickeln wird, noch dafür, dass dieser, falls er sich entwickelt, bestehen bleibt. Notieren die Schuldverschreibungen nicht an einer Börse, können Kursinformationen für solche Schuldverschreibungen schwieriger zu erhalten sein, was die Liquidität der Schuldverschreibungen negativ beeinflussen kann. In einem illiquiden Markt ist es einem Anleihegläubiger unter Umständen nicht möglich, seine Schuldverschreibungen jederzeit zu angemessenen Preisen oder Preisen, die eine vergleichbare Rendite wie ähnliche Anlagen, für die ein entwickelter Sekundärmarkt besteht, zu verkaufen. Für Schuldverschreibungen dieser Art besteht typischerweise ein eingeschränkter Sekundärmarkt und sie weisen eine höhere Kursvolatilität als konventionelle Schuldtitel auf. Illiquidität kann schwerwiegende negative Auswirkungen auf den Marktpreis von Schuldverschreibungen haben. Die Möglichkeit, die Schuldverschreibungen zu verkaufen, kann zusätzlich durch länderspezifische Umstände eingeschränkt sein.

Anleihegläubiger sind bei Verkauf der Schuldverschreibungen einem Marktpreisrisiko ausgesetzt (Marktpreisrisiko).

Die Entwicklung der Marktpreise der Schuldverschreibungen ist von verschiedenen Faktoren abhängig, wie etwa Schwankungen des Marktzinsniveaus, der Politik der Zentralbanken, allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungen, Inflationsraten oder einem Mangel an bzw. einer überschießenden Nachfrage nach der maßgeblichen Art von Schuldverschreibungen. Für Anleihegläubiger besteht daher das Risiko negativer Marktpreisentwicklungen der Schuldverschreibungen, das schlagend wird, wenn Anleihegläubiger die Schuldverschreibungen verkaufen. Falls der von einem Anleihegläubiger bei einem Verkauf von Schuldverschreibungen erzielte Erlös (samt etwaiger zwischenzeitlich auf die Schuldverschreibungen geleisteten Ausschüttungen) niedriger ist als der Preis (einschließlich allfälliger Spesen und Gebühren), zu dem er die Schuldverschreibungen erworben hat, erleidet der Anleihegläubiger einen Nettoverlust. Entschließt sich der Anleihegläubiger, die Schuldverschreibungen bis zu ihrer Rückzahlung zu behalten, werden die Schuldverschreibungen zu dem in den Endgültigen Bedingungen festgesetzten Betrag rückgezahlt. Der historische Preis von Schuldverschreibungen stellt keinen Indikator für die zukünftige Wertentwicklung von Schuldverschreibungen dar.

Bestimmte Schuldverschreibungen können eine Option enthalten (wie zum Beispiel ein vorzeitiges Kündigungsrecht) oder mit einer solchen kombiniert sein, deren Kurs sich ändern und damit den Marktpreis der Schuldverschreibungen beeinflussen kann. Der Optionspreis (die Optionsprämie) wird hauptsächlich von der Differenz zwischen dem Preis des Basiswertes und dem Ausübungspreis, der Restlaufzeit der auszuübenden Option und der Volatilität des Basiswertes beeinflusst. Weniger Einfluss auf den Optionspreis haben Faktoren wie Zinsen, Marktbedingungen und der Dividendensatz des Basiswertes. Änderungen im Preis und in der Volatilität des Basiswertes

beeinflussen den Preis der Option wesentlich. Der Wert der Option verringert sich meist gegen den Verfalltag hin, danach ist die Option überhaupt wertlos. Der Anleihegläubiger solcher Schuldverschreibungen trägt daher das Risiko einer ungünstigen Entwicklung des Preises der Option, die in diesen Schuldverschreibungen enthalten oder mit ihnen kombiniert ist.

Schuldverschreibungen mit vorzeitigem Kündigungsrecht der Emittentin. Bei Schuldverschreibungen mit vorzeitigem Kündigungsrecht der Emittentin trägt der Anleihegläubiger aufgrund des Ausübungsrisikos neben dem Risiko der vorzeitigen Rückzahlung und dem Risiko, dass die Anlage eine niedrigere Rendite als erwartet aufweist auch ein höheres Marktpreisrisiko (Risiko der vorzeitigen Rückzahlung).

Wenn Anleihebedingungen ein vorzeitiges Kündigungsrecht nach Wahl der Emittentin vorsehen, kann die Emittentin nach erfolgter Mitteilung an die Anleihegläubiger die Schuldverschreibungen an einem oder mehreren zuvor festgelegten Wahlrückzahlungstagen zu einem bestimmten Wahlrückzahlungsbetrag an die Anleihegläubiger zurückzahlen. Dieses Recht auf vorzeitige Rückzahlung kommt häufig bei Schuldverschreibungen vor, die in Hochzinsphasen begeben werden. Wenn die Rendite für vergleichbare Schuldverschreibungen auf den Kapitalmärkten fällt, besteht für Anleihegläubiger das Risiko, dass die Emittentin von ihrem Recht auf vorzeitige Rückzahlung Gebrauch macht. In diesem trägt Fall der Anleihegläubiger dieser Schuldverschreibungen das Risiko, dass seine Anlage aufgrund der vorzeitigen Rückzahlung eine geringere Rendite abwirft als erwartet und der tatsächliche Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen geringer ist als der vom Anleihegläubiger investierte Kapitalbetrag. Da alle Anleihegläubiger dem Risiko einer Ausübung des Kündigungsrechts durch die Emittentin unterliegen (dieses stellt eine Option dar), spiegelt sich dieses Ausübungsrisiko auch im Marktpreis solcher Schuldverschreibungen wider. Dies kann zu beachtlichen Preisschwankungen führen, wenn Änderungen der Zinssätze oder der Volatilität vorliegen.

Anleihegläubiger können dem Risiko unvorteilhafter Wechselkursschwankungen oder dem Risiko, dass Behörden Devisenkontrollen anordnen oder modifizieren, ausgesetzt sein (Währungsrisiko – Wechselkursrisiko).

Anleihegläubiger, die auf eine fremde Währung lauten, sind nachteiligen Änderungen von Wechselkursen ausgesetzt, die die Rendite der Schuldverschreibungen negativ beeinflussen können. Eine Änderung des Wertes einer ausländischen Währung gegenüber dem Euro beispielsweise, führt zu einer entsprechenden Änderung des Euro-Wertes einer Schuldverschreibung, die auf eine andere Währung als Euro lautet. Wenn der zugrundeliegende Wechselkurs sinkt und der Wert des Euro entsprechend steigt, fällt der Kurs einer Schuldverschreibung in Euro. Weiters können Regierungen und Behörden (wie dies bereits stattgefunden hat) Devisenbeschränkungen einführen, die die maßgeblichen Wechselkurse wesentlich nachteilig beeinflussen können. Als Folge könnten Anleihegläubiger geringere Zins- und/oder Rückzahlungen als erwartet erhalten.

Zinszahlungen und die Rückzahlung einer Schuldverschreibung wie auch der Wert des Basiswertes können in Fremdwährungen angegeben werden. Wenn sich das Währungsrisiko verwirklicht, besteht das Risiko, dass der Anleihegläubiger entweder keine oder nur teilweise Zins- oder Rückzahlungen erhält.

Es besteht ein Risiko, dass Anleihegläubiger nicht in der Lage sind, Erträge aus den Schuldverschreibungen so zu reinvestieren, dass sie den gleichen Ertrag erzielen (Wiederanlagerisiko).

Anleihegläubiger tragen gegebenenfalls das Risiko, dass die ihnen aus einer Anlage in die Schuldverschreibungen zufließenden Zinsen der Schuldverschreibungen nicht so reinvestiert werden können, dass damit der gleiche Ertrag wie mit den rückgezahlten Schuldverschreibungen erzielt werden kann.

Mit dem Kauf und Verkauf von Schuldverschreibungen verbundene Nebenkosten können das Ertragspotenzial der Schuldverschreibungen wesentlich beeinflussen.

Beim Kauf oder Verkauf von Schuldverschreibungen fallen neben dem Kauf- oder Verkaufspreis der Schuldverschreibungen meist verschiedene Arten von Nebenkosten (einschließlich Transaktionsgebühren und Provisionen) an. Finanzinstitute verrechnen in der Regel Provisionen entweder als fixe Mindestprovisionen oder als vom Auftragswert abhängige prozentuelle Provisionen. Soweit zusätzliche – inländische oder ausländische – Parteien an der Durchführung eines Auftrags beteiligt sind, wie zum Beispiel inländische Händler oder Broker auf Auslandsmärkten, können Anlegern auch Brokergebühren, Provisionen und sonstige Gebühren und Kosten derartiger Parteien (Drittkosten) verrechnet werden.

Neben den direkt mit dem Kauf der Schuldverschreibungen verbundenen Kosten (direkten Kosten) müssen Anleger auch Folgekosten (wie etwa Depotgebühren) berücksichtigen. Anleger sollten sich vor einer Anlage in Schuldverschreibungen über die in Zusammenhang mit dem Kauf, der Verwahrung und dem Verkauf von Schuldverschreibungen anfallenden Zusatzkosten informieren. Anleger unterliegen dem Risiko, dass diese Nebenkosten den Ertrag aus dem Halten der Schuldverschreibungen erheblich reduzieren oder gar aufheben können, insbesondere, wenn geringe Beträge investiert werden.

Anleihegläubiger tragen das Risiko der fehlerhaften Abwicklung durch Clearingsysteme.

Die Abwicklung von Kauf und Verkauf der Schuldverschreibungen kann über ein Clearingsystem, die Wertpapiersammelbank der Oesterreichischen Kontrollbank Aktiengesellschaft (CentralSecuritiesDepository.Austria – "CSD.Austria") mit der Geschäftsanschrift 1011 Wien, Strauchgasse 3 oder über die Emittentin (wie in den endgültigen Bedingungen angegeben) erfolgen. Bei Abwicklung über ein Clearingsystem übernimmt die Emittentin keine Verantwortung dafür, dass die Schuldverschreibungen vom Clearingsystem tatsächlich in das Wertpapierdepot des jeweiligen Anleihegläubigers übertragen werden. Anleihegläubiger müssen sich auf die Funktionsfähigkeit des Clearingsystems verlassen. Anleihegläubiger tragen daher das

Risiko, dass die Abwicklung nicht ordnungsgemäß und/oder zeitgerecht abgewickelt wird.

Anleihegläubiger sind dem Risiko einer gesetzlichen Verlustbeteiligungspflicht ausgesetzt.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind zahlreiche Diskussionen, Initiativen und Begutachtungsprozesse zur möglichen Verlustbeteiligung von Anleihegläubigern ("**bail-in**") auf verschiedenen Ebenen (Basler Ausschuss für Bankenaufsicht, Europäische Kommission, Bundesministerium für Finanzen, etc.) im Gange, die zu wesentlichen Änderungen der bestehenden gesetzlichen Rahmenbedingungen für Kapitalinstrumente und Schuldtitel von Kreditinstituten, insbesondere nachrangigen Schuldverschreibungen (dh Schuldverschreibungen, die Ergänzungskapital oder Nachrangkapital verbriefen) führen können. Der genaue Anwendungsbereich solcher Vorschriften und die Voraussetzungen für deren Anwendungsbereich werden gegenwärtig noch diskutiert und sind noch nicht absehbar.

Am 13.01.2011 hat der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht Mindestvoraussetzungen für regulatorisches Kapital zur Sicherstellung der Verlustabsorption bei akut gefährdetem Fortbestand von Banken veröffentlicht.

Darüber hinaus hat die Europäische Kommission am 06.06.2012 einen Vorschlag für eine neue Richtlinie zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen – COM (2012) 280 final/2 "Recovery and Resolution Directive" ("**RRD**") veröffentlicht.

Ziel des Richtlinien-Vorschlags ist es insbesondere, Behörden einheitliche und wirksame Instrumente und Befugnisse an die Hand zu geben, um Banken Krisen durch Präventivmaßnahmen abzuwenden, die Finanzstabilität zu erhalten und das Risiko, dass der Steuerzahler für Insolvenzverluste aufkommen muss, so gering wie möglich zu halten. Der genaue Wortlaut der Bestimmungen der RRD wird noch im Rahmen der gegenwärtigen Gesetzgebungsphase diskutiert. Die RRD ist zum Zeitpunkt des Prospekt datums noch nicht beschlossen worden.

Nach dem Vorschlag zur RRD sollen die zuständigen Aufsichtsbehörden die Befugnis eingeräumt erhalten, bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen das Grundkapital eines Kreditinstituts abschreiben zu können und bestimmte Kapitalinstrumente (nämlich die Eigenmittelinstrumente des Kreditinstituts) abschreiben oder in Eigenkapital des Kreditinstituts umwandeln zu können (das "**Schuldabschreibungs-Instrument**"). Das Schuldabschreibungs-Instrument würde nach dem Vorschlag zur RRD etwa dann zur Anwendung gelangen, wenn (i) die zuständige Aufsichtsbehörde feststellt, dass das Kreditinstitut die Voraussetzungen für eine Abschreibung erfüllt; (ii) die zuständige Aufsichtsbehörde feststellt, dass das Kreditinstitut nur dann weiter existenzfähig ist, wenn bei den relevanten Kapitalinstrumenten von dieser Befugnis Gebrauch gemacht wird; (iii) in einem Mitgliedsstaat beschlossen wurde, dem Kreditinstitut oder dem Mutterunternehmen eine außerordentliche Unterstützung aus öffentlichen Mitteln zu gewähren, und die zuständige Aufsichtsbehörde feststellt, dass das Kreditinstitut ohne diese Unterstützung nicht länger existenzfähig wäre; oder (iv) die relevanten Kapitalinstrumente auf Einzel- und konsolidierter Basis oder auf konsolidierter Basis für Eigenkapitalzwecke anerkannt sind und die zuständige Aufsichtsbehörde feststellt, dass

die konsolidierte Gruppe nur dann weiter existenzfähig ist, wenn bei diesen Instrumenten von der Abschreibungsbefugnis Gebrauch gemacht wird (die "**Nicht-Tragfähigkeit**").

Der Vorschlag der RRD verlangt ferner, dass den zuständigen Aufsichtsbehörden folgende Abwicklungsbefugnisse (die "**Abwicklungs-Instrumente**") an die Hand gegeben werden:

- die Übertragung von Eigentumstiteln, Vermögenswerten, Rechten oder Verbindlichkeiten eines Kreditinstituts auf einen Erwerber (das "**Instrument der Unternehmensveräußerung**"), und/oder
- die Übertragung von Vermögenswerten, Rechten oder Verbindlichkeiten eines Kreditinstituts auf ein Brückeninstitut, das sich vollständig im Eigentum einer oder mehrerer öffentlicher Stellen befindet (das "**Instrument des Brückeninstituts**"), und/oder
- die Übertragung von Vermögenswerten und Rechten eines Kreditinstituts auf eine eigens für die Vermögensverwaltung gegründete Zweckgesellschaft, deren alleiniger Eigentümer eine oder mehrere öffentliche Stellen ist (das "**Instrument der Ausgliederung von Vermögenswerten**"), und/oder
- die Ausübung der Abschreibungs- und Umwandlungsbefugnisse (i) zur Rekapitalisierung eines Kreditinstituts in einem Umfang, der ausreichend ist, um es wieder in die Lage zu versetzen, den Zulassungsbedingungen zu genügen und die Tätigkeiten auszuüben, für die es zugelassen ist, oder (ii) zur Umwandlung in Eigenkapital – oder Reduzierung des Nennwerts – der auf ein Brückeninstitut übertragenen Forderungen oder Schuldtitel mit dem Ziel, Kapital für das Brückeninstitut bereitzustellen (das "**Bail-in Instrument**").

Im Rahmen des Schuldabschreibungs-Instruments und des Bail-in Instruments hätten die zuständigen Aufsichtsbehörden nach dem Vorschlag der RRD das Recht, bei Eintritt bestimmter Auslösungstatbestände (i) bestehende Anteile für kraftlos zu erklären, (ii) abschreibungsfähige Verbindlichkeiten (nämlich – unter Ausnahme bestimmter Verbindlichkeiten – Eigenmittelinstrumente und, im Falle der Anwendung des Bail-in Instruments, andere nachrangige und sogar vorrangige Verbindlichkeiten) eines in Abwicklung befindlichen Kreditinstituts abzuschreiben oder solche abschreibungsfähigen Verbindlichkeiten eines in Abwicklung befindlichen Kreditinstituts zu einem Umwandlungssatz in Eigenkapital des Kreditinstituts umzuwandeln, der betroffene Gläubiger angemessen für den Verlust, der ihnen durch die Wahrnehmung der Abschreibungs- und Umwandlungsbefugnisse entstanden ist, entschädigt, (iii) die finanzielle Lage eines Kreditinstituts zu stärken, und (iv) die Fortführung eines Kreditinstituts unter Anwendung angemessener Restrukturierungsmaßnahmen zu erlauben. Sollte ein Kreditinstitut die Voraussetzung für eine Abwicklung erfüllen, dann muss die zuständige Aufsichtsbehörde nach dem Vorschlag der RRD das Schuldabschreibungs-Instrument vor der Anwendung der Abwicklungs-Instrumente zum Einsatz bringen. Die genaue Abgrenzung zwischen dem Schuldabschreibungs-Instrument und dem Bail-in Instrument bedarf noch weiterer Klärung.

Nach dem Entwurf zur RRD sind die Abwicklungs-Instrumente anwendbar,

- wenn ein Kreditinstitut gegen die an eine dauerhafte Zulassung geknüpften Eigenkapitalanforderungen in einer Weise verstößt, die den Entzug der Zulassung durch die zuständige Behörde rechtfertigen würde, oder wenn objektive Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass dies zumindest in naher Zukunft der Fall sein wird, da das Kreditinstitut Verluste erlitten hat oder voraussichtlich erleiden wird, durch die sein gesamtes Eigenkapital oder ein wesentlicher Teil seines Eigenkapitals aufgebraucht wird; oder
- wenn die Vermögenswerte eines Kreditinstituts die Höhe seiner Verbindlichkeiten unterschreiten, oder wenn objektive Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass dies zumindest in naher Zukunft der Fall sein wird; oder
- wenn ein Kreditinstitut nicht in der Lage ist, seine Verbindlichkeiten bei Fälligkeit zu begleichen, oder wenn objektive Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass dies zumindest in naher Zukunft der Fall sein wird; oder
- wenn ein Kreditinstitut eine außerordentliche finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Mitteln benötigt.

Gemäß dem Entwurf der RRD stellen Abschreibungen oder Umwandlungen, die unter Anwendung des Bail-in Instruments oder des Schuldabschreibungs-Instruments vorgenommen werden, weder einen Ausfall noch ein Kreditereignis nach den Bestimmungen des relevanten Kapitalinstrumentes dar. Dementsprechend wären sämtliche so abbeschriebenen Beträge unwiderruflich verloren und die aus solchen Kapitalinstrumenten resultierenden Rechte ihrer Inhaber wären erloschen, unabhängig davon, ob die finanzielle Lage des Kreditinstituts wiederhergestellt wird oder nicht.

Sollte der Entwurf der RRD wie gegenwärtig vorliegend beschlossen werden, dann wären die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union verpflichtet, ihre einschlägigen nationalen Rechts- und Verwaltungsvorschriften bis zum 01.01.2015 an die RRD anzupassen. Für die Bestimmungen zu den Bail-in Instrumenten gilt jedoch eine längere Umsetzungsfrist; sie sollen ab 01.01.2018 angewandt werden. Die RRD sieht einen Mindestkatalog an Abwicklungsinstrumenten vor. Es bleibt den Mitgliedsstaaten unbenommen, sich zusätzliche, spezifisch nationale Instrumente und Befugnisse zum Umgang mit sich in Abwicklung befindlichen Kreditinstituten vorzubehalten, sofern diese zusätzlichen Befugnisse in Einklang mit den Prinzipien und Zielen der Rahmenbedingungen der RRD stehen und nicht ein Hindernis für eine effektive Gruppenabwicklung darstellen. Das österreichische Parlament könnte auch beschließen, dass die RRD oder andere Vorschriften, die ähnliche Abschreibungs- oder Abwicklungsinstrumente vorsehen, bereits vor 2015 bzw hinsichtlich der Bail-in Instrumente vor 2018 in Kraft gesetzt werden.

Am 21.5.2013 beschloß die österreichische Bundesregierung einen Gesetzesentwurf für das Bankeninterventions- und -restrukturierungsgesetz ("**BIRG**"), der sich an der RRD orientiert. Das oben erwähnte Schuldabschreibungs-Instrument und das bail-in Instrument sind in diesem Gesetzesentwurf zum BIRG jedoch nicht vorgesehen. Das BIRG soll vor dem Sommer 2013 vom Parlament beschlossen werden und am 1.1.2014 in Kraft treten.

Es ist möglich, dass jene aufsichtsbehördlichen Befugnisse, die aus einer künftigen Änderung der anwendbaren Gesetze zur Umsetzung des Basel III-Rahmenwerkes

resultieren, so eingesetzt werden, dass die Schuldverschreibungen am Verlust der Emittentin beteiligt werden.

Solche rechtlichen Vorschriften und/oder aufsichtsbehördlichen Maßnahmen können die Rechte der Anleihegläubiger maßgeblich beeinflussen, im Falle der Nicht-Tragfähigkeit (wie oben beschrieben) oder der Abwicklung der Emittentin zu einem Verlust des gesamten in die Schuldverschreibungen investierten Kapitals führen und schon vor der Nicht-Tragfähigkeit (wie oben beschrieben) oder Abwicklung der Emittentin einen negativen Einfluss auf den Marktwert der Schuldverschreibungen haben.

Einschränkung der Übertragbarkeit der Wertpapiere.

Wird die Globalurkunde bei der Emittentin verwahrt, ist der Anleger verpflichtet, ein Depot bei der Emittentin zu eröffnen. Daher können Schuldverschreibungen von Anlegern, die kein Depot bei der Emittentin haben, weder erworben werden noch die Schuldverschreibungen auf ein Depot bei einem anderen Kreditinstitut übertragen werden. Dadurch ist die Übertragbarkeit der Schuldverschreibungen eingeschränkt. Es besteht daher das Risiko, dass der Anleger seine Schuldverschreibungen nur zu einem unter dem Kaufpreis der Schuldverschreibungen liegenden Preis verkaufen kann und einen Verlust erleidet.

Anleger, die in nachrangige Schuldverschreibungen investieren, sind dem Risiko ausgesetzt, dass sie während der Laufzeit der Schuldverschreibungen ihr eingesetztes Kapital nicht zurückverlangen können

Die Anleihebedingungen sehen (mit Ausnahme der "Vorzeitigen Rückzahlung aus regulatorischen Gründen") weder explizit noch implizit vor, dass die Schuldverschreibungen vor Fälligkeit durch die Emittentin zurückgezahlt werden können. Die Emittentin weist ausdrücklich darauf hin, dass eine vorzeitige Rückzahlung nicht erfolgen wird (ausgenommen bei Eintritt einer "Vorzeitigen Rückzahlung aus regulatorischen Gründen"). Ferner haben die Anleihegläubiger gemäß den Anleihebedingungen kein Recht, die Schuldverschreibungen während ihrer Laufzeit zu kündigen. Den Anlegern, die in Schuldverschreibungen investieren, muss daher bewusst sein, dass sie vor Ablauf der Laufzeit der Schuldverschreibungen ihr eingesetztes Kapital nicht zurückverlangen können.

Die steuerlichen Auswirkungen einer Anlage in Schuldverschreibungen sollten sorgfältig bedacht werden.

Zinszahlungen auf Schuldverschreibungen bzw. von einem Anleihegläubiger bei Verkauf oder Rückzahlung der Schuldverschreibungen realisierte Gewinne, können in seinem Heimatland oder in anderen Ländern zu versteuern sein. Die steuerlichen Auswirkungen für Anleger im Allgemeinen werden im Abschnitt "Besteuerung" dieses Prospekts beschrieben; allerdings können sich die steuerlichen Auswirkungen für einen bestimmten Anleihegläubiger von der für Anleger im Allgemeinen beschriebenen Situation unterscheiden. Potenzielle Anleihegläubiger sollten sich daher hinsichtlich der steuerlichen Auswirkungen einer Anlage in Schuldverschreibungen an ihren Steuerberater wenden. Anleihegläubiger sind dem Risiko ausgesetzt, dass die reale

Rendite der Schuldverschreibungen aufgrund von Einflüssen anwendbarer Steuergesetzgebung wesentlich geringer als erwartet sein kann. Außerdem können sich die geltenden Steuervorschriften in Zukunft zu Ungunsten der Anleihegläubiger ändern, was zu höherer Steuerbelastung und damit zu geringeren Erträgen führen könnte.

Die Schuldverschreibungen unterliegen österreichischem Recht, und Änderungen in den geltenden Gesetzen, Verordnungen oder regulatorischen Vorschriften können negative Auswirkungen auf die Emittentin, die Schuldverschreibungen und die Anleihegläubiger haben.

Die Anleihebedingungen der Schuldverschreibungen unterliegen österreichischem Recht. Anleger sollten beachten, dass das für die Schuldverschreibungen geltende Recht unter Umständen nicht das Recht ihres eigenen Landes ist und dass das auf die Schuldverschreibungen anwendbare Recht ihnen unter Umständen keinen ähnlichen oder adäquaten Schutz bietet. Des Weiteren kann hinsichtlich der Auswirkungen einer etwaigen gerichtlichen Entscheidung oder einer Änderung österreichischen Rechts (oder des in Österreich anwendbaren Rechts) bzw. der nach dem Datum dieses Prospekts üblichen Verwaltungspraxis keine Zusicherung gegeben oder Aussage getroffen werden. Anleihegläubiger unterliegen daher dem Risiko, dass das auf die Schuldverschreibungen anwendbare Recht und die Anleihebedingungen der Schuldverschreibungen für Anleihegläubiger unvorteilhaft sind und (ihre Auswirkungen) sich ändern können.

Forderungen gegen die Emittentin auf Rückzahlung verjähren, sofern sie nicht binnen dreißig Jahren (hinsichtlich Kapital) und binnen drei Jahren (hinsichtlich Zinsen) geltend gemacht werden.

Forderungen gegen die Emittentin auf Zahlungen im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen verjähren und erlöschen sofern sie nicht binnen dreißig Jahren (hinsichtlich Kapital) und binnen drei Jahren (hinsichtlich Zinsen) geltend gemacht werden. Es besteht ein Risiko, dass Anleihegläubiger nach Ablauf dieser Fristen nicht mehr in der Lage sein werden, ihre Forderungen auf Rückzahlung im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen erfolgreich geltend zu machen.

Wird ein Kredit zur Finanzierung des Kaufs der Schuldverschreibungen aufgenommen, erhöht dies die maximale Höhe eines möglichen Verlustes.

Wird ein Kredit für die Finanzierung des Kaufs der Schuldverschreibungen aufgenommen und gerät die Emittentin danach mit den Zahlungen auf die Schuldverschreibungen in Verzug oder sinkt der Marktpreis erheblich, kann der Anleihegläubiger einen Verlust seiner Anlage erleiden und muss dennoch den Kredit und die damit verbundenen Zinsen zurückzahlen. Dadurch kann sich die maximale Höhe eines möglichen Verlustes erheblich erhöhen. Anleger sollten nicht davon ausgehen, dass Verpflichtungen aus dem Kredit mit Zinszahlungen und/oder dem Verkaufs- oder Rückzahlungserlös der Schuldverschreibungen teilweise oder zur Gänze rückgeführt werden können.

2.3 RISIKEN, DIE MIT BESTIMMTEN AUSSTATTUNGSMERKMALEN UND PRODUKTKATEGORIEN VON SCHULDVERSCHREIBUNGEN VERBUNDEN SIND. SCHULDVERSCHREIBUNGEN KÖNNEN MEHRERE AUSSTATTUNGSMERKMALE BEINHALTEN

Nachstehend befindet sich eine zusammengefasste Darstellung der wesentlichsten Risiken, die sich aus den verschiedenen Ausstattungsmerkmalen und Produktkategorien der Schuldverschreibungen ergeben. Darüber hinaus können (je nach Produkt) auch die oben dargestellten Risiken auf die einzelnen Produkte zutreffen.

Schuldverschreibungen mit fixem Zinssatz. Anleihegläubiger von fix verzinsten Schuldverschreibungen tragen das Risiko, dass der Marktpreis dieser Schuldverschreibungen aufgrund von Veränderungen des Marktzinsniveaus sinkt.

Anleihegläubiger von fix verzinsten Schuldverschreibungen tragen das Risiko, dass der Marktpreis solcher Schuldverschreibungen aufgrund von Veränderungen des Marktzinsniveaus sinkt. Während der nominelle Zinssatz von fix verzinsten Schuldverschreibungen, wie in den Endgültigen Bedingungen festgelegt, während der Laufzeit der Schuldverschreibungen im Vorhinein festgesetzt ist, ändert sich der Zinssatz auf den Kapitalmärkten für vergleichbare Schuldverschreibungen (das "Marktzinsniveau") üblicherweise täglich und bewirken eine tägliche Änderung des Wertes der Schuldverschreibungen.

Mit den Schwankungen des Marktzinsniveaus ändert sich auch der Marktpreis der fix verzinsten Schuldverschreibungen, typischerweise vom Marktzinsniveau ausgehend in die entgegengesetzte Richtung. Wenn das Marktzinsniveau steigt, sinkt der Marktpreis von fix verzinsten Schuldverschreibungen üblicherweise so lange, bis die Rendite dieser Schuldverschreibungen etwa dem Marktzinsniveau entspricht.

Das Zinsrisiko kommt zum Tragen, wenn die Schuldverschreibungen vor ihrer Fälligkeit verkauft werden. Je länger der Zeitraum bis zur Fälligkeit der Schuldverschreibungen und je niedriger der Zinssatz ist, desto größer sind die Preisschwankungen. Behält der Anleihegläubiger von fix verzinsten Schuldverschreibungen diese bis zum Ende der Laufzeit, sind für ihn derartige Schwankungen des Marktzinsniveaus ohne Bedeutung, da die Schuldverschreibungen zum festgelegten Rückzahlungsbetrag, rückgezahlt werden. Das gleiche gilt für Schuldverschreibungen mit ansteigendem Zinssatz (Stufenzinsanleihen), wenn die Marktzinssätze für vergleichbare Schuldverschreibungen höher als die für diese Schuldverschreibungen geltenden Zinssätze sind.

Schuldverschreibungen mit variablem Zinssatz. Anleihegläubiger von variabel verzinsten Schuldverschreibungen tragen das Risiko schwankender Zinsniveaus und ungewisser Zinserträge.

Ein Anleihegläubiger von variabel verzinsten Schuldverschreibungen trägt das Risiko schwankender Marktzinsniveaus und ungewisser Zinserträge. Aufgrund des schwankenden Marktzinsniveaus ist es nicht möglich, die Rendite von variabel verzinsten Schuldverschreibungen im Vorhinein zu bestimmen. Abhängig vom zugrundeliegenden Referenzsatz und der Ausgestaltung der Schuldverschreibungen,

unterliegen variabel verzinsten Schuldverschreibungen üblicherweise einer hohen Volatilität. Sind variabel verzinsten Schuldverschreibungen derart strukturiert, dass sie Multiplikatoren, Höchstzinssätze oder Mindestzinssätze, oder eine Kombination solcher Merkmale enthalten, kann sich der Marktpreis volatiler gestalten als jener von variabel verzinsten Schuldverschreibungen, die solche Merkmale nicht enthalten.

Die Wertentwicklung variabel verzinsten Schuldverschreibungen hängt insbesondere von der Entwicklung des Marktzinsniveaus, dem Angebot und der Nachfrage auf dem Sekundärmarkt und der Bonität der Emittentin ab. Bei Veränderungen dieser Faktoren kann es daher zu Schwankungen des Marktpreises der Schuldverschreibungen kommen. Die Emittentin weist ausdrücklich darauf hin, dass Änderungen des Marktzinsniveaus während einer Zinsperiode auch die Höhe der Verzinsung in den nachfolgenden Zinsperioden negativ beeinflussen können. Die Emittentin kann diese Faktoren nicht beeinflussen.

Schuldverschreibungen mit fixem und danach variablem Zinssatz. Bei Schuldverschreibungen mit fixem und danach variablem Zinssatz kann der Zinssatz nach Wechsel von einer fixen Verzinsung auf eine variable Verzinsung weniger vorteilhaft für Anleihegläubiger sein als der vormals fixe Zinssatz.

Der Wechsel von einer fixen auf eine variable Verzinsung beeinflusst den Marktpreis der Schuldverschreibungen. Beim Wechsel von einem fixen auf einen variablen Zinssatz, kann der variable Zinssatz niedriger sein, als jener der fixen Zinsperiode und jener einer vergleichbaren variablen Schuldverschreibung.

Nullkupon-Schuldverschreibungen. Veränderungen in den Marktzinssätzen haben auf die Marktpreise von Nullkupon-Schuldverschreibungen einen wesentlich stärkeren Einfluss als auf die Marktpreise gewöhnlicher Schuldverschreibungen.

Nullkupon-Schuldverschreibungen weisen keine Verzinsung (Kupon) auf. Ein Anleihegläubiger von Nullkupon-Schuldverschreibungen trägt das Risiko, dass der Marktpreis der Schuldverschreibungen aufgrund von Veränderungen des Marktzinsniveaus sinken kann. Der Marktpreis von Nullkupon-Schuldverschreibungen verhält sich volatiler als der Marktpreis von verzinsten Schuldverschreibungen und reagiert auf Änderungen des Marktzinsniveaus stärker als verzinsten Schuldverschreibungen mit ähnlicher Laufzeit.

Schuldverschreibungen mit einem Zielkupon. Bei Schuldverschreibungen mit einem Zielkupon trägt der Anleihegläubiger das Risiko einer vorzeitigen Rückzahlung sobald ein bestimmter Betrag erreicht wird.

Wenn Schuldverschreibungen einen Zielkupon beinhalten, trägt der Anleihegläubiger das Risiko der vorzeitigen Rückzahlung, sobald ein bestimmter Betrag erreicht wird. Dies kann sich nachteilig auf die Liquiditätsplanung des Anleihegläubiger oder auf den Ertrag der Schuldverschreibung auswirken. Aufgrund der vorzeitigen Rückzahlung kann der Anleihegläubiger zukünftig zu erwartende Erträge verlieren (siehe auch "Risiko der vorzeitigen Rückzahlung").

Schuldverschreibungen mit einem Höchstzinssatz. Bei Schuldverschreibungen mit einem Höchstzinssatz wird die Höhe der Zinsen niemals über den Höchstzinssatz hinaus steigen.

Schuldverschreibungen, die Perioden mit variabler Verzinsung aufweisen, können auch einen Höchstzinssatz beinhalten. Wurde ein Höchstzinssatz festgelegt, wird die Höhe der variablen Zinsen niemals darüber hinaus steigen, womit der Anleihegläubiger nicht in der Lage sein wird, von einer günstigen, über den Höchstzinssatz hinaus gehenden, Entwicklung des Referenzsatzes zu profitieren. Die Rendite der Schuldverschreibungen könnte daher beträchtlich niedriger ausfallen, als jene ähnlich ausgestalteter Schuldverschreibungen ohne Höchstzinssatz.

Schuldverschreibungen, die bestimmte für Anleihegläubiger vorteilhafte Ausstattungsmerkmale wie beispielsweise einen Mindestzinssatz aufweisen, können auch für Anleihegläubiger nachteilige Ausstattungsmerkmale wie beispielsweise einen Höchstzinssatz oder einen höheren Emissionspreis aufweisen

Anleger sollten bedenken, dass Schuldverschreibungen die über bestimmte für Anleihegläubiger vorteilhafte Ausstattungsmerkmale wie beispielsweise eine Mindestverzinsung verfügen, typischerweise auch Ausstattungsmerkmale aufweisen, die nachteilig für Anleihegläubiger sein können (wie einen Höchstzinssatz oder einen höheren Emissionspreis) als vergleichbare Schuldverschreibungen, die keine Mindestverzinsung aufweisen. Anleger sind dazu angehalten, selbst zu beurteilen, ob der positive Effekt, den etwaige für sie vorteilhafte Ausstattungsmerkmale der Schuldverschreibungen haben können, den höheren Preis oder andere, für die Anleihegläubiger negativen Ausstattungsmerkmale, aufwiegt.

2.4 RISIKEN IN ZUSAMMENHANG MIT NACHRANGIGEN SCHULDVERSCHREIBUNGEN

Die Verpflichtungen der Emittentin aus nachrangigen Schuldverschreibungen werden bei Liquidation erst erfüllt, nachdem alle nicht-nachrangigen Forderungen von Gläubigern der Emittentin vollständig bedient wurden.

Verpflichtungen aus den nachrangigen Schuldverschreibungen werden bei Liquidation oder Insolvenz der Emittentin erst erfüllt, nachdem alle nicht-nachrangigen Forderungen der Gläubiger der Emittentin bedient wurden, d.h. dass die Anleihegläubiger von nachrangigen Schuldverschreibungen erst und nur insoweit befriedigt werden, als der Emittentin nach der Befriedigung all ihrer nicht-nachrangigen Gläubiger noch liquide Mittel zur Verfügung stehen, was insbesondere bei Insolvenz der Emittentin meist zu einem Totalausfall für den Anleihegläubiger von nachrangigen Schuldverschreibungen führt. Anleihegläubiger sind daher dem Risiko ausgesetzt, dass der Emittentin nach Befriedigung ihrer nicht-nachrangigen Gläubiger kein ausreichendes Vermögen mehr für die Rückzahlung der nachrangigen Schuldverschreibungen verbleibt.

Die Beurteilung der aufsichtsrechtlichen Anrechenbarkeit von nachrangigen Schuldverschreibungen der Emittentin als Eigenmittelbestandteile ist nicht Gegenstand des Billigungsverfahrens der FMA; es besteht daher das Risiko, dass nachrangige Schuldverschreibungen der Emittentin nicht als Eigenmittelbestandteile der Emittentin angerechnet werden können.

Im Falle der Liquidation oder der Insolvenz der Emittentin sind nachrangige Schuldverschreibungen gegenüber nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten nachrangig zu bedienen.

Nachrangkapital-Schuldverschreibungen sollen nach Ansicht der Emittentin nachrangiges Kapital im Sinne des § 23 Abs 8 BWG und zukünftig Instrumente des Ergänzungskapitals ("**Tier 2**") gemäß Art 60 der vom Europäischen Parlament am 16.04.2013 festgelegten Fassung der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (Capital Requirements Regulation² – "**CRR**") darstellen und unterliegen jeweils den dortigen Bestimmungen und Beschränkungen. Die Verpflichtungen der Emittentin aus den Schuldverschreibungen sind unbesicherte und nachrangige Verpflichtungen. Im Falle der Liquidation oder der Insolvenz der Emittentin sind derartige Verpflichtungen gegenüber den Forderungen sämtlicher nicht-nachrangiger Gläubiger der Emittentin nachrangig, so dass in einem solchen Fall Beträge auf Grund der Verpflichtungen unter diesen

² Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 16.04.2013 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EU) Nr. .../2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen, wie am Tag der Prospektbilligung veröffentlicht. Diese Fassung kann sich bis zum Inkrafttreten der CRR und danach ändern.

Schuldverschreibungen erst dann zahlbar werden, wenn die Forderungen aller nicht-nachrangigen Gläubiger der Emittentin bereits zur Gänze erfüllt wurden, d.h. dass die Anleihegläubiger von Nachrangkapital-Schuldverschreibungen erst und nur insoweit befriedigt werden, als der Emittentin nach der Befriedigung der Anleihegläubiger von nicht-nachrangigen Schuldverschreibungen und allen anderen nicht-nachrangigen Forderungen noch liquide Mittel zur Verfügung stehen, was insbesondere bei Insolvenz der Emittentin meist zu einem Totalausfall für den Anleihegläubiger führt. Anleihegläubiger sind daher dem Risiko ausgesetzt, dass der Emittentin nach Befriedigung ihrer nicht-nachrangigen Gläubiger kein ausreichendes Vermögen mehr für die Rückzahlung der Nachrangkapital-Schuldverschreibungen verbleibt. Forderungen der Emittentin können weder mit auf Grund der nachrangigen Schuldverschreibungen bestehenden Zahlungsverpflichtungen der Emittentin aufgerechnet werden, noch können von der Emittentin oder einem Dritten in Bezug auf die durch die nachrangigen Schuldverschreibungen verbrieften Verbindlichkeiten vertragliche Sicherheiten gestellt werden. Eine Einschränkung der Nachrangigkeit oder Änderung der Laufzeit der nachrangigen Schuldverschreibungen mittels einer späteren Vereinbarung ist nicht möglich. Nachrangkapital-Schuldverschreibungen können im Verhältnis zueinander mit unterschiedlicher Nachrangigkeit ausgestattet sein. Nachrangkapital-Schuldverschreibungen können außerdem ein Kündigungsrecht der Emittentin vorsehen. Die Anleihegläubiger von Nachrangkapital-Schuldverschreibungen tragen in diesem Fall auch das Risiko, dass die Emittentin diese Schuldverschreibungen vor dem Ende ihrer Laufzeit kündigt. Für Anleihegläubiger von Nachrangkapital-Schuldverschreibungen, bei welchen kein ordentliches Kündigungsrecht für den Anleihegläubiger vorgesehen ist, besteht weiters das Risiko fehlender Kündigungsmöglichkeiten für Anleihegläubiger.

Die Emittentin kann – nach derzeitigen Bestimmungen - eigenes Nachrangkapital bis zu 10 % des jeweils begebenen nachrangigen Kapitals erwerben.

Die Beurteilung der aufsichtsrechtlichen Anrechenbarkeit von Nachrangkapital-Schuldverschreibungen der Emittentin als Eigenmittelbestandteile ist nicht Gegenstand des Billigungsverfahrens der FMA; es besteht daher das Risiko, dass nachrangige Schuldverschreibungen der Emittentin nicht als Eigenmittelbestandteile der Emittentin angerechnet werden können.

Die Anrechenbarkeit der Schuldverschreibungen als regulatorisches Kapital kann sich verringern oder wegfallen

Die Schuldverschreibungen sollen nach Ansicht der Emittentin Eigenmittel im Sinne des § 23 Abs 8 BWG und zukünftig Instrumente des Ergänzungskapitals ("Tier 2") gemäß Art 60 der vom Europäischen Parlament am 16.04.2013 festgelegten Fassung der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Aufsichtsanforderungen an

Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (Capital Requirements Regulation³ – "CRR") darstellen und unterliegen jeweils den dortigen Bestimmungen und Beschränkungen. Es ist aber nicht auszuschließen, dass sich die Voraussetzungen für die Instrumente des Ergänzungskapitals bis oder nach Inkraft-Treten der endgültigen Fassung der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen ändern und die Schuldverschreibungen nicht oder nicht mehr zur Gänze als regulatorisches Kapital der Emittentin angerechnet werden können. Sollte dies der Fall sein, kann dies negative Auswirkungen auf die Kapitalausstattung der Emittentin haben. Ferner ist die Emittentin in diesem Fall berechtigt, die Schuldverschreibungen vorzeitig zurückzuzahlen, sofern die in den Anleihebedingungen für eine Vorzeitige Rückzahlung aus regulatorischen Gründen vorgesehenen Voraussetzungen (insbesondere eine Zustimmung der zuständigen Aufsichtsbehörde) erfüllt sind. In diesem Fall sind Anleger, die in Schuldverschreibungen investieren, dem Risiko ausgesetzt, dass jener Betrag, den sie aufgrund der vorzeitigen Rückzahlung zurückbezahlt erhalten, nicht in einer Weise reinvestiert werden kann, dass daraus die gleiche Rendite erwächst wie unter den getilgten Schuldverschreibungen.

Es ist der Emittentin nicht verboten, weitere Verbindlichkeiten einzugehen, die im Vergleich zu den Verbindlichkeiten aus den Schuldverschreibungen vorrangig oder gleichrangig sind

Die Höhe von im Vergleich zu den Schuldverschreibungen vorrangigem oder gleichrangigem Kapital, das die Emittentin aufnehmen darf, ist nicht begrenzt. Die Aufnahme weiterer Verbindlichkeiten kann den Betrag, den die Anleger im Falle der Insolvenz oder eines die Insolvenz abwehrenden Verfahrens zurückerhalten, reduzieren und die Wahrscheinlichkeit, dass die Emittentin keine Zahlungen auf die Schuldverschreibungen leistet, erhöhen. Nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin können auch von Ereignissen stammen, die in der Bilanz der Emittentin keinen Niederschlag finden, wie beispielsweise die Ausstellung von abstrakten Garantieverprechen oder das Schlagendwerden anderer nicht-nachrangiger Eventualverbindlichkeiten. Ansprüche aus solchen Garantieverprechen oder aus anderen nicht-nachrangigen Eventualverbindlichkeiten werden zu nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, die im Falle eines Insolvenzverfahrens der Emittentin oder eines Verfahrens zur Abwendung der Insolvenz vorrangig mit den Rückzahlungsansprüchen aus den Schuldverschreibungen sind.

³ Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 16.04.2013 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EU) Nr. .../2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen, wie am Tag der Prospektbilligung veröffentlicht. Diese Fassung kann sich bis zum Inkrafttreten der CRR und danach ändern.

2.5 RISIKEN IN BEZUG AUF POTENTIELLE INTERESSENSKONFLIKTE

Risiko möglicher Interessenskonflikte aufgrund unterschiedlicher Geschäftsbeziehungen.

Mögliche Interessenskonflikte können sich zwischen der Berechnungsstelle, der Zahlstelle und den Anleihegläubigern ergeben, insbesondere hinsichtlich bestimmter Ermessensentscheidungen die den vorgenannten Funktionen aufgrund der Anleihebedingungen oder auf anderer Grundlage zustehen. Diese Interessenskonflikte könnten einen negativen Einfluss auf die Anleihegläubiger haben.

Risiken potentieller Interessenskonflikte von Organmitgliedern der Emittentin

Einzelne Organmitglieder der Emittentin üben Organfunktionen in anderen Gesellschaften und/oder in anderen Gesellschaften des Volksbanken-Verbundes aus. Aus diesen Doppelfunktionen können die Organmitglieder in Einzelfällen potentiellen Interessenskonflikten ausgesetzt sein. Derartige Interessenskonflikte können insbesondere dazu führen, dass geschäftliche Entscheidungsprozesse verhindert oder verzögert oder zum Nachteil der Anleihegläubiger getroffen werden.

3. DAS PROGRAMM

Hinweis: Nachfolgend finden sich bestimmte allgemeine Informationen zum Programm und den Schuldverschreibungen. Anleger werden darauf hingewiesen, dass diese Informationen keine vollständige Darstellung der Schuldverschreibungen enthalten. Eine vollständige Beschreibung der Schuldverschreibungen und der mit ihnen verbundenen Rechte ergibt sich nur aus den Muster-Anleihebedingungen (siehe ab Seite 81 des Prospekts), wie durch die für eine jede Serie von Schuldverschreibungen veröffentlichten Endgültigen Bedingungen ergänzt, die als Muster in diesem Prospekt enthalten sind (siehe ab Seite 135 des Prospekts).

Beschreibung: Programm zur Begebung von Schuldverschreibungen (das "**Programm**") als auf den Inhaber lautende nicht-nachrangige und nachrangige Schuldverschreibungen in Prozentnotiz (die "**Schuldverschreibungen**").

Gesamtnennbetrag des Programms: Nicht anwendbar.

Emittentin: Volksbank Salzburg eG (die "**Emittentin**").

Hauptzahlstelle: Volksbank Salzburg eG

Die Emittentin behält sich das Recht vor, die Ernennung der Hauptzahlstelle, allfälliger zusätzlicher Zahlstellen und der Berechnungsstelle jederzeit anders zu regeln oder zu beenden und eine andere Hauptzahlstelle oder zusätzliche oder andere Zahlstellen oder Berechnungsstellen zu ernennen. Sie wird sicherstellen, dass jederzeit (i) eine Hauptzahlstelle und eine Berechnungsstelle, (ii) eine Zahlstelle in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union, sofern dies in irgendeinem Mitgliedsstaat der Europäischen Union möglich ist, die nicht gemäß der Richtlinie 2003/48/EG des Rates oder einer anderen die Ergebnisse des Ministerrattreffens der Finanzminister der Europäischen Union vom 26.-27. November 2000 umsetzenden Richtlinie der Europäischen Union bezüglich der Besteuerung von Kapitaleinkünften oder gemäß eines Gesetzes, das eine solche Umsetzung bezweckt, zur Einbehaltung oder zum Abzug von Quellensteuern oder sonstigen Abzügen verpflichtet ist. Die Zahlstellen und die Berechnungsstelle behalten sich das Recht vor, jederzeit anstelle ihrer jeweils benannten Geschäftsstelle eine andere Geschäftsstelle in derselben Stadt oder demselben Land zu bestimmen, Mitteilungen hinsichtlich aller Veränderungen im Hinblick auf die Hauptzahlstelle, die Zahlstellen oder die Berechnungsstelle erfolgen unverzüglich durch die Emittentin im

Einklang mit den Anleihebedingungen.

- Begebungsmethode:** Die Schuldverschreibungen werden in Serien (jeweils eine "**Serie**") begeben. Die Anleihebedingungen einer jeden Serie von Schuldverschreibungen ergeben sich aus den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen (die als Muster in diesem Prospekt ab Seite 135 enthalten sind, die "**Endgültigen Bedingungen**"), die – im Falle konsolidierter Anleihebedingungen die anwendbaren Teile der maßgeblichen Muster-Anleihebedingungen (die in diesem Prospekt ab Seite 81 enthalten sind, die "**Muster-Anleihebedingungen**") enthalten oder – im Falle nicht-konsolidierter Anleihebedingungen auf die anwendbaren (Teile dieser) Muster-Anleihebedingungen verweisen (zusammen, die "**Anleihebedingungen**").
- Schuldverschreibungen können als Einmal- oder Daueremissionen begeben werden. Einmalemissionen stellen Schuldverschreibungen dar, die während einer bestimmten Zeichnungsfrist gezeichnet und begeben werden können. Bei Daueremissionen liegt es im Ermessen der Emittentin wann die Schuldverschreibungen während der gesamten (oder einem Teil der) Laufzeit zur Zeichnung zur Verfügung stehen und begeben werden. Im Falle von Daueremissionen ist die Emittentin berechtigt, den Gesamtnennbetrag jederzeit aufzustocken oder zu reduzieren.
- Konsolidierung von Schuldverschreibungen:** Schuldverschreibungen einer Serie können mit Schuldverschreibungen einer anderen Serie derart konsolidiert werden, dass sie zusammen eine einheitliche Serie bilden.
- Emissionspreis:** Die Schuldverschreibungen können zu ihrem Nennbetrag oder mit einem Aufschlag oder Abschlag vom Nennbetrag und/oder mit einem Ausgabeaufschlag ausgegeben werden.
- Der Emissionspreis von Schuldverschreibungen, die als Daueremission begeben werden, wird für den Beginn ihrer Angebotsfrist in den Endgültigen Bedingungen angegeben und danach fortlaufend von der Emittentin nach Maßgabe der zum jeweiligen Ausgabezeitpunkt vorherrschenden Marktbedingungen angepasst.
- Vertriebsmethode:** Die Schuldverschreibungen werden auf nicht-syndizierter Basis sowie im Wege eines öffentlichen Angebots oder als Privatplatzierung begeben.
- Börsennotiz:** Die Zulassung des Programms zur Einbeziehung der Schuldverschreibungen zum Handel in den von der Wiener Börse AG geführten Dritten Markt wird nicht beantragt.
- Anlegerkategorien, denen die Schuld-** Die Schuldverschreibungen können sowohl institutionellen Kunden als auch Privatkunden angeboten werden.

**verschreibungen
angeboten werden**

**Gründe für das Angebot
und Verwendung des
Emissionserlöses:**

Die Nettoerlöse aus der Ausgabe der Schuldverschreibungen werden von der Emittentin zur Gewinnerzielung und für ihre allgemeinen Refinanzierungsbedürfnisse verwendet. Die Emission von Schuldverschreibungen, die nachrangiges Kapital verbriefen, dient zur Stärkung der Eigenmittelausstattung der Emittentin.

4. ZUSÄTZLICHE ANGABEN ZU DEN SCHULDVERSCHREIBUNGEN

Dieses Kapitel enthält bestimmte, über die Anleihebedingungen hinausgehende Angaben zu den Schuldverschreibungen, die unter dem Programm begeben werden können. Es enthält (i) Angaben, die nach der Prospektverordnung verpflichtend in den Prospekt aufzunehmen, aber in den Anleihebedingungen nicht enthalten sind (zB da es sich dabei zum Teil nicht um rechtliche Verhältnisse handelt) und (ii) bestimmte nähere Ausführungen und Erklärungen zu Angaben über die Schuldverschreibungen aus dem Anleihebedingungen, die die Emittentin zum besseren Verständnis der Schuldverschreibungen für sinnvoll erachtet.

Warnung: Die aus einer Serie von Schuldverschreibungen der Emittentin und den Inhabern der Schuldverschreibungen (die "**Anleihegläubiger**") erwachsenden Rechte und Pflichten und damit die Funktionsweise dieser Schuldverschreibungen ergeben sich ausschließlich aus den für die jeweilige Emission maßgeblichen Anleihebedingungen, dh den Endgültigen Bedingungen (die für jede Serie von Wertpapieren auf der Website der Emittentin unter http://www.volksbanksalzburg.at/boersen_u_maerkte/anleihen/volksbank_anleihen veröffentlicht werden und als Muster in diesem ab Seite 135 enthalten sind), und den Muster-Anleihebedingungen (siehe ab Seite 81 des Prospekts). Die Anleihebedingungen sind rechtsverbindlich, die nachstehenden Angaben dienen nur der Information der Anleger. Anleger dürfen ihre Entscheidung über den Erwerb von Schuldverschreibungen nicht alleine auf dieses Kapitel stützen, sondern sind dazu angehalten, den gesamten Prospekt, etwaige Nachträge einschließlich der maßgeblichen Endgültigen Bedingungen (im Hinblick auf die Wertpapiere insbesondere die Kapitel "2. Risikofaktoren" und "6. Anleihebedingungen") zu studieren.

4.1 RANG DER SCHULDVERSCHREIBUNGEN

Die unter dem Programm begebenen Schuldverschreibungen weisen im Hinblick auf ihren Rang, dh im Hinblick auf die Reihenfolge, die die Emittentin bei der Bedienung ihrer Verbindlichkeiten einzuhalten hat, eines der folgenden zwei Merkmale auf, die in § 2 der den Muster-Anleihebedingungen optional ausgestaltet sind und sich folglich aus den Endgültigen Bedingungen ergeben: (i) nicht-nachrangige oder (ii) nachrangige Schuldverschreibungen.

4.1.1 Nicht-nachrangige Schuldverschreibungen

Nicht-nachrangige Schuldverschreibungen begründen unmittelbare, unbedingte, nicht-nachrangige und unbesicherte Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen anderen gegenwärtigen und künftigen nicht besicherten und nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig sind, ausgenommen gesetzlich vorrangig zu berücksichtigende Verbindlichkeiten.

4.1.2 Nachrangige Schuldverschreibungen

Die unter dem Programm begebenen nachrangigen Schuldverschreibungen stellen nachrangiges Kapital gemäß § 23 Abs 8 Bankwesengesetz ("**BWG**") und zukünftig

Instrumente des Ergänzungskapitals ("**Tier 2**") gemäß Art 60 der vom Europäischen Parlament am 16.04.2013 festgelegten Fassung der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (Capital Requirements Regulation⁴ – "**CRR**") dar und unterliegen jeweils den dortigen Bestimmungen und Beschränkungen. Die Schuldverschreibungen begründen direkte, unbedingte, unbesicherte und nachrangige (gemäß § 45 Abs 4 BWG und Art 60 lit d CRR) Verbindlichkeiten der Emittentin und haben den gleichen Rang untereinander und im Verhältnis zu allen anderen direkten, unbedingten, unbesicherte und nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, ausgenommen solche nachrangige Verbindlichkeiten, die ausdrücklich als nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen bezeichnet werden. Im Falle der Liquidation oder der Insolvenz der Emittentin stehen die Zahlungsverpflichtungen der Emittentin gemäß den Schuldverschreibungen im Rang nach den nicht-nachrangigen Gläubigern der Emittentin, aber zumindest im gleichen Rang mit allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, welche nicht gemäß deren Bedingungen nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen sind, und vorrangig gegenüber den Ansprüchen der Genossenschafter und der Inhaber von Partizipationsscheinen der Emittentin.

Hinweis: Auf das Risiko einer gesetzlichen Verlustbeteiligungspflicht der Anleihegläubiger wird hingewiesen. Siehe dazu insbesondere den Risikofaktor "Anleihegläubiger sind dem Risiko einer gesetzlichen Verlustbeteiligungspflicht ausgesetzt." auf Seite 49f des Prospektes. Diese Risikofaktoren bilden jene Risiken ab, die zum Zeitpunkt der Begebung bestanden haben und werden danach nicht laufend aktualisiert.

Für die Rechte der Anleihegläubiger aus den Schuldverschreibungen darf diesen keine vertragliche Sicherheit durch die Emittentin oder durch Dritte gestellt werden; eine solche Sicherheit wird auch zu keinem Zeitpunkt gestellt werden. Rückerstattungsansprüche der Anleihegläubiger dürfen nicht gegen Forderungen der Emittentin aufgerechnet werden. Nachträglich können der Nachrang nicht beschränkt sowie die Laufzeit dieser Schuldverschreibungen nicht verkürzt werden.

4.2 AUSZAHLUNGSPROFILE, VERZINSUNG

Die unter dem Programm begebenen Schuldverschreibungen gehören im Hinblick auf ihre Verzinsung zu einer der folgenden vier Varianten (jeweils eine "**Variante**"), die als verschiedene optionale Muster-Anleihebedingungen ausgestaltet sind; die Endgültigen Bedingungen geben an, welche Variante der Muster-Anleihebedingungen anwendbar ist:

⁴ Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 16.04.2013 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EU) Nr. .../2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen, wie am Tag der Prospektbilligung veröffentlicht. Diese Fassung kann sich bis zum Inkrafttreten der CRR und danach ändern.

(i) Variante 1 – fixer Zinssatz, (ii) Variante 2 - Nullkupon-Anleihe, (iii) Variante 3 – Variabler Zinssatz oder (iv) Variante 4 – Fixer und danach variabler Zinssatz. Jede der Muster-Anleihebedingungen für eine Variante verfügt unter anderem im Hinblick auf die Verzinsung über weitere Optionen (je eine "**Option**"), die in den Endgültigen Bedingungen ausgewählt werden. Aus den Varianten und Optionen ergeben sich im Hinblick auf die Verzinsung die folgenden Ausgestaltungsmöglichkeiten der Schuldverschreibungen im Hinblick auf ihre Verzinsung.

4.2.1 Variante 1 – fixer Zinssatz

Schuldverschreibungen mit fixem Zinssatz werden über ihre gesamte Laufzeit mit einem im Vorhinein zahlenmäßig fixierten Zinssatz (zB 2,5 % per annum) verzinst. Dieser fixe Zinssatz kann entweder für die gesamte Laufzeit der Schuldverschreibungen gleich sein (Option 1) oder ansteigen (Option 2) (zB 2,0 % per annum in den ersten vier Jahren der Laufzeit und danach 2,8 % per annum).

4.2.2 Variante 2 - Nullkupon-Anleihe

Schuldverschreibungen, die Nullkupon-Anleihen darstellen werden nicht laufend verzinst, sondern weisen typischerweise einen Rückzahlungsbetrag aus, der gleich oder höher als der Nennbetrag ist und/oder werden zu einem Emissionspreis gleich oder unter ihrem Nennbetrag begeben. Ein möglicher Ertrag für den Anleihegläubiger ergibt sich (unter Außerachtlassung allfälliger Abgaben, Spesen und Gebühren im Zusammenhang mit dem Erwerb, Halten oder dem Verkauf von Schuldverschreibungen) aus der Differenz zwischen dem Rückzahlungsbetrag bzw dem Preis, den ein Anleihegläubiger bei einem Verkauf der Schuldverschreibungen erhält und dem Emissionspreis der Schuldverschreibungen bzw dem Preis, den der Anleger beim Erwerb der Schuldverschreibungen bezahlt hat.

4.2.3 Variante 3 – Variabler Zinssatz

Bei Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung ist der variable Zinssatz nicht über die Laufzeit fixiert, sondern fest an einen Referenzsatz gebunden. Der variable Zinssatz entspricht dem Referenzsatz oder einem Teil bzw Vielfachen des Referenzsatzes zu- oder abzüglich einer Marge, zB $0,8 * 3M\text{-Euribor} + 20$ Basispunkte per annum. An bestimmten Tagen (sogenannte Zinsfeststellungstage) während der Laufzeit der Schuldverschreibungen wird von der Berechnungsstelle die Höhe des Referenzsatzes festgestellt und aufgrund des festgestellten Wertes des Referenzsatzes der variable Zinssatz für einen bestimmten Zeitraum (sogenannte Zinsperiode) während der Laufzeit der Schuldverschreibungen fixiert, dh der an diesem Zinsfeststellungstag nach der in den Anleihebedingungen angegebene Zinssatz gilt dann für eine Zinsperiode. Beim nächsten Zinsfeststellungstag wird der variable Zinssatz erneut berechnet und für eine Zinsperiode (so eine folgt) fixiert. Schuldverschreibungen mit variabler Verzinsung können auch einen Mindest- und/oder einen Höchstzinssatz aufweisen; in diesem Fall kommt, falls die oben genannte Berechnung einen Zinssatz ergeben würde, der unter dem Mindestzinssatz liegt, für die maßgebliche Zinsperiode der Mindestzinssatz zur Anwendung und falls die oben genannte Berechnung einen Zinssatz ergeben würde, der über dem Höchstzinssatz liegt, der Höchstzinssatz zur Anwendung. Der variable

Zinssatz der Schuldverschreibungen ist im Falle der Anwendbarkeit dieser Optionen nach oben hin mit dem Höchstzinssatz und nach unten hin mit dem Mindestzinssatz begrenzt und kann niemals kleiner als der Mindestzinssatz bzw. größer als der Höchstzinssatz werden.

Als Referenzsätze für die Schuldverschreibungen mit variablem Zinssatz kommen der EURIBOR und ein CMS-Satz (Constant Maturity Swap) in Frage.

EURIBOR. EURIBOR ist die Abkürzung für "Euro Interbank Offered Rate", ein im Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion in Kraft getretenes System der Referenzzinssätze im Euromarkt. EURIBOR ist Referenzzinssatz für einwöchige sowie Ein- bis Zwölfmonatsgelder. Der EURIBOR wird von insgesamt etwa 40 Referenzbanken täglich ermittelt. Hierzu übermitteln die EURIBOR-Referenzbanken täglich um elf Uhr MEZ ihre Briefsätze für Ein- bis Zwölfmonatsgelder im Interbankenhandel im Euroraum an einen Bildschirmdienst. Ziel ist - in Analogie zu EONIA - die Verschmelzung der nationalen Geldmärkte der Mitgliedsländer zu einem einheitlichen Eurogeldmarkt (Ausleihungen unter Banken mit bis zu zwölfmonatiger Laufzeit).

CMS. CMS steht kurz für Constant-Maturity-Swap. Dabei werden, wie bei allen anderen Formen von Zinsswaps auch, zwei unterschiedliche Zinssätze ausgetauscht. Im Gegensatz zu einem Standardswap, bei dem ein vereinbarter Festzins gegen einen variablen Zinssatz getauscht wird, erfolgt bei einem Constant-Maturity-Swap der Austausch zweier variabler Zinssätze. Beim CMS wird ein kurzfristiger Geldmarktzinssatz gegen einen langfristigen Kapitalmarktzinssatz getauscht, allerdings mit dem Unterschied, dass auch der zu zahlende Kapitalmarktzinssatz regelmäßig und periodisch neu festgelegt wird und damit ebenfalls variabel ist. Die Höhe dieser Zahlungen ist dabei abhängig von einem Zinssatz für Swaps mit immer gleicher Laufzeit. Lautet der Swap zum Beispiel auf den 10-Jahres CMS-Satz, so wird der Zahlbetrag des Swaps einmal jährlich zu einem vorab definierten Datum an den Zinssatz für 10-jährige Laufzeiten angepasst. Steigt dieser Zinssatz im Verlauf der Swapplaufzeit an, dann muss auch derjenige Swappartner, der den CMS-Satz zu zahlen hat, an den anderen Swappartner höhere Zahlungen leisten. Umgekehrt ist es bei fallenden Zinsen, dann verringern sich die zu zahlenden Beträge analog. Als Referenz für den CMS Satz gilt das jeweils zugehörige ISDA Fixing.

4.2.4 Variante 4 – Fixer und danach variabler Zinssatz

Schuldverschreibungen können auch anfänglich mit fixer und später mit variabler Verzinsung ausgestaltet sein. Dies bedeutet, dass die fixe Verzinsung wie in (Punkt 4.2.1 beschrieben) nach einer in den Endgültigen Bedingungen bestimmten Zeit gegen eine variablen Zinssatz (Punkt 4.2.3 beschrieben) getauscht wird.

4.3 METHODE ZUR FESTSETZUNG DES EMISSIONSPREISES DER SCHULDVERSCHREIBUNGEN

Die Methode zur Festsetzung des Emissionspreises einer Serie von Schuldverschreibungen hängt von der Vertriebsmethode ab. Die Schuldverschreibungen

werden nicht-syndiziert begeben. Die Emittentin setzt den Emissionspreis auf Basis der allgemein geltenden Marktbedingungen im eigenen Ermessen vor dem Begebungstag fest und passt ihn danach im Falle von Daueremissionen laufend an die vorherrschenden Marktbedingungen an.

4.4 RENDITE DER SCHULDVERSCHREIBUNGEN

Die Rendite der Schuldverschreibungen ist von ihrer Verzinsung abhängig und kann daher nur für solche Schuldverschreibungen im Vorhinein angegeben werden, für die die anwendbaren Zinssätze, für die gesamte Laufzeit im Vorhinein feststehen. Dies trifft auf Schuldverschreibungen der Variante 1 – fixer Zinssatz und solche der Variante 2 – Nullkupon-Anleihen zu; für diese Schuldverschreibungen wird die Rendite in den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen angegeben werden. Bei Schuldverschreibungen der Variante 3 – variabler Zinssatz und der Variante 4 - Fixer und danach variabler Zinssatz ist der über die Laufzeit der Schuldverschreibungen anwendbare Zinssatz ungewiss; für diese Schuldverschreibungen kann daher keine Rendite angegeben werden. Siehe zu den einzelnen Varianten das Kapitel 6.1 Anleihebedingungen ab Seite 81 des Prospekts.

Eine allenfalls in den Endgültigen Bedingungen angegebene Rendite wird am (Erst-) Begebungstag auf Basis des Emissionspreises berechnet und stellt keine Indikation für eine Rendite in der Zukunft dar. Die Rendite wird mithilfe der Internen-Zinsfuß-Methode (IRR, Internal Rate of Return) berechnet.

4.5 VERTRETUNG DER ANLEIHEGLÄUBIGER

Die Anleihegläubiger werden in einem Gerichtsverfahren oder in einem Insolvenzverfahren, welches in Österreich gegen die Emittentin eingeleitet werden sollte, durch einen Kurator, der vom Handelsgericht Wien bestellt wird und diesem verantwortlich ist, gemäß dem Gesetz vom 24.04.1874, Reichsgesetzblatt Nr. 49 idGF. (das "**Kuratorenengesetz**") vertreten, wenn die Rechte der Gläubiger der Schuldverschreibungen mangels einer gemeinsamen Vertretung gefährdet sind, oder wenn die Rechte einer anderen Person dadurch verzögert würden. Das Kuratorenengesetz kann im Internet unter der Webseite <http://www.ris.bka.gv.at> abgerufen werden.

5. DIE EMITTENTIN

5.1 GESCHÄFTSGESCHICHTE UND GESCHÄFTSENTWICKLUNG

Am 27. August 1938 wurde die Emittentin unter der Bezeichnung Volksbank Salzburg registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung an der Adresse Bergstraße 21 in Salzburg gegründet. 1947 wurde die erste Filiale in Maxglan eröffnet.

1965 erfolgte die Verlegung des Verwaltungssitzes in einen Neubau an der Adresse St.-Julien-Straße 12 in Salzburg. Von 1965 bis 1975 wurde das Filialnetz auf insgesamt 9 Standorte erweitert. In den folgenden Jahren wurde das Filialnetz weiter ausgebaut.

1986 erfolgte der Zusammenschluss mit der Volksbank Saalfelden reg. Gen.m.b.H. und 1987 mit der Volksbank Seekirchen Salzburgischer Bauernkredit reg. Gen.m.b.H. Derzeit werden in 31 Filialen und Zahlstellen Produkte und Dienstleistungen angeboten.

In der Generalversammlung vom 22.06.2007 wurde der Firmenwortlaut von Volksbank Salzburg reg. Gen. m. b. H. auf Volksbank Salzburg eG geändert und am 4. September 2007 im Firmenbuch eingetragen.

Am 18.09.2012 wurde die Bildung des Kreditinstitute-Verbundes gemäß §30a BWG von der FMA genehmigt. Die Emittentin ist als zugeordnetes Kreditinstitut Mitglied des Kreditinstitute-Verbundes und die ÖVAG fungiert als Zentralorganisation des Kreditinstitute-Verbundes.

5.2 JURISTISCHER UND KOMMERZIELLER NAME, SITZ UND RECHTSFORM

Die Emittentin ist eine nach österreichischem Recht auf unbestimmte Dauer gegründete eingetragene Genossenschaft und im Firmenbuch des Landesgerichts Salzburg zu FN 39405 z unter der Firma "Volksbank Salzburg eG" eingetragen. Sie ist unter dem kommerziellen Namen "Volksbank Salzburg" tätig.

Der Sitz und die Geschäftsanschrift der Emittentin lauten 5020 Salzburg, St.-Julien-Straße 12. Die zentrale Telefonnummer lautet +43 (0)662 8696 0.

5.3 AKTUELLE ENTWICKLUNGEN

5.3.1 Kreditinstitute-Verbund und Umstrukturierungsmaßnahmen der ÖVAG

Die Emittentin ist indirekt über die Volksbanken Holding e.Gen. am Grundkapital der ÖVAG beteiligt. Am 19.09.2012 genehmigte die Europäische Kommission den umfassenden Umstrukturierungsplan der ÖVAG. Diese Genehmigung umfasst nicht nur die Maßnahmen, die bereits 2009 eingeleitet wurden, sondern auch die Ende April 2012 vereinbarten Unterstützungsleistungen der Republik Österreich an die ÖVAG (Herabsetzung des Bundes-Partizipationskapitals um 70 % und Zeichnung einer Kapitalerhöhung im Ausmaß von EUR 250 Mio). Unter anderem sind in dem nunmehr genehmigten Umstrukturierungsplan bis 31.12.2017 (Umstrukturierungsphase) folgende Maßnahmen auf Ebene der ÖVAG vorgesehen:

- Reduzierung der Bilanzsumme der ÖVAG bis zum 31.12.2017 schrittweise auf EUR 18,39 Mrd. (von rund EUR 27,67 Mrd. zum Stichtag 31.12.2012); Reduzierung der Summe der risikogewichteten Aktiva (RWA) bis zum 31.12.2017 schrittweise auf EUR 10,08 Mrd. (von rund EUR 13,44 Mrd. zum Stichtag 31.12.2012).
- Begrenzung des Kerngeschäftes auf Geschäfte mit Verbundbezug (Fokussierung auf die Funktion als Zentralorganisation im Volksbanken Kreditinstitute-Verbund und auf die Bereitstellung sowie Vermittlung von Produkten und Dienstleistungen für die Volksbanken und deren Kunden). Aufgabe von Geschäftsbereichen außerhalb des Kerngeschäftes wie im Umstrukturierungsplan bezeichnet.
- Veräußerung der Beteiligung an der Raiffeisen Zentralbank, der Volksbank Leasing International, der Volksbank Malta, der Investkredit International Bank (Malta) sowie an der Volksbank Rumänien.
- Verbot der Ausschüttung von Dividenden bis einschließlich für das Geschäftsjahr, das am 31.12.2017 endet (Dividendenverbot auf Aktien und Partizipationskapital, sowie Zertifikate darauf).
- Verbot der Zahlungen auf gewinnabhängige Eigenkapitalinstrumente (wie hybride Finanzinstrumente und Genussscheine), soweit diese nicht zwingend vertraglich oder gesetzlich geschuldet sind.

Ferner hat die ÖVAG alle geeigneten Maßnahmen zu setzen, um die Republik Österreich aus ihrer Stellung als Partizipant bis unmittelbar nach dem 31.12.2017 vollständig zu entlasten.

Mit Eintragung ins Firmenbuch am 28.9.2012 wurden die im April 2012 in der Hauptversammlung der ÖVAG beschlossenen Maßnahmen, nämlich

- die Kapitalherabsetzung des Aktien- und Partizipationskapitals der ÖVAG um 70 %; sowie die Kapitalerhöhung der ÖVAG im Ausmaß von EUR 484 Mio durch die Republik Österreich (EUR 250 Mio) und die Volksbanken (EUR 234 Mio) – die Emittentin beteiligte sich mit EUR 13,9 Mio. an der Kapitalerhöhung - sowie
- die Verschmelzung der Investkredit Bank AG mit der ÖVAG als übernehmende Gesellschaft,

wirksam.

5.3.2 Abwertung der Beteiligung an der ÖVAG

Die Emittentin ist indirekt über die Volksbanken Holding e.Gen. mit 3,22 % am Grundkapital der ÖVAG beteiligt. Im Dezember 2011 wurde die Beteiligung an der ÖVAG zu Gänze wertberichtigt. Der durch die Emittentin gezeichnete Betrag im Zuge der Kapitalerhöhung der ÖVAG im Jahr 2012 musste zum 31.12.2012 in Höhe von ca. EUR 7 Mio wertberichtigt werden.

5.4 RATING

Die Emittentin hat folgendes Rating erhalten: A (zu Fitch siehe unten). Detaillierte Informationen zum Rating der Emittentin können auf der Website der Emittentin (http://www.volksbanksalzburg.at/ihre_regionalbank/volksbank_gruppe/verbund_rating) abgerufen werden. Allgemeine Informationen zur Bedeutung des Ratings und zu den Einschränkungen, die im Zusammenhang damit beachtet werden müssen, können auf der Homepage von Fitch Ratings Ltd (www.fitchratings.com) abgerufen werden.

Fitch Ratings ("Fitch"⁵) ist beim Companies House in England registriert und hat die Geschäftsanschrift in North Colonnade, London E14 5GN, England. Fitch ist gemäß der Verordnung (EG) Nr 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16.09.2009 über Ratingagenturen rechtswirksam registriert.

Ein Rating ist keine Empfehlung zum Kauf, Verkauf oder Halten von Schuldverschreibungen und kann jederzeit von der Rating Agentur ausgesetzt, geändert oder entzogen werden.

5.5 GESCHÄFTSÜBERBLICK

Haupttätigkeitsfelder

Die Emittentin ist eine regionale Bank.mit folgendem Unternehmensgegenstand gemäß § 2 der Satzung:

- (1) Der Zweck der Genossenschaft ist im Wesentlichen die Förderung des Erwerbes und der Wirtschaft ihrer Mitglieder. Sie verwirklicht ihren Förderungsauftrag im Verbund der gewerblichen Genossenschaften als zur Zentralorganisation zugeordnetes Kreditinstitut des Kreditinstitute-Verbundes der Volksbanken nach § 30a BWG. Zentralorganisation ist die ÖVAG mit Sitz in Wien. Gesetzlicher Revisionsverband ist der Österreichische Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) mit Sitz in Wien.
- (2) Der Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Bankgeschäften sowie bankmäßigen Vermittlungs- und Dienstleistungsgeschäften aller Art ausgenommen Bankgeschäfte gemäß § 1 Abs. 1 Z 7a, 9, 12, 13, 13a, 14, und 21 BWG und alle spekulativen Geschäfte.
- (3) Kredite und Darlehen aller Art einschließlich des Diskontgeschäftes dürfen im wesentlichen nur an Mitglieder der Genossenschaft gewährt werden. Als Kreditgewährung ist auch die Übernahme von Bürgschaften und Garantien zu Lasten der Genossenschaft anzusehen.
- (4) Die Beteiligung der Genossenschaft an juristischen Personen des Unternehmens-, Genossenschafts- und Vereinsrechtes sowie an unternehmerisch tätigen eingetragenen Personengesellschaften ist zulässig, wenn diese Beteiligung der Erfüllung des satzungsmäßigen Zweckes der Genossenschaft und nicht überwiegend der Erzielung von Erträgen dient. Beteiligungen bedürfen, sofern hiervon keine Ausnahme zulässig ist, der Zustimmung der ÖVAG.
- (5) Als zugeordnetes Kreditinstitut gemäß § 30a BWG hat die Genossenschaft sämtlichen Verpflichtungen aus dem Kreditinstitute-Verbund Rechnung zu tragen und insbesondere am Liquiditäts- und Haftungsverbund teilzunehmen sowie die Bestimmungen des Verbundvertrages und die auf dessen Grundlage erlassenen Weisungen der ÖVAG zu beachten. Verfügbare Geldbestände sind nach Maßgabe der Regelungen im Kreditinstitute-Verbund bei der ÖVAG anzulegen.

⁵ Fitch ist in der Europäischen Union niedergelassen und ist gemäß Verordnung (EG) 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16.09.2009 über Ratingagenturen in der Fassung der Novelle durch die Verordnung (EG) Nr. 513/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11.03.2011 (die **EU-Kreditratingagentur-Verordnung**) registriert. Die Europäische Wertpapieraufsichtsbehörde (European Securities and Markets Authority, im Folgenden **ESMA**) veröffentlicht auf ihrer Internetseite (www.esma.europa.eu) eine Liste von Ratingagenturen, die gemäß der EU-Kreditagentur-Verordnung zugelassen sind. Diese Liste wird innerhalb von fünf Arbeitstagen nach der Annahme der Entscheidung gemäß Art 16, 17 oder 20 der EU-Kreditrating-Verordnung aktualisiert. Die Europäische Kommission veröffentlicht solche Updates im Amtsblatt der Europäischen Union innerhalb von 30 Tagen nach einer solchen Aktualisierung.

- (6) Die Genossenschaft ist weiters nach Maßgabe des Abs. 5 berechtigt, Zweig-, Zahl-, Annahmestellen oder andere dem Gegenstand der Genossenschaft dienende Einrichtungen zu schaffen und zu betreiben.
- (7) Des weiteren ist die Genossenschaft nach Maßgabe des Abs. 5 berechtigt, Partizipations-, Ergänzungs- und Nachrangkapital nach Maßgabe der Bestimmungen des BWG aufzunehmen.
- (8) Die Genossenschaft betreibt weiters im Rahmen der devisenrechtlichen Vorschriften den Handel mit Münzen und Medaillen sowie mit Barren aus Edelmetallen, die Vermietung von Schrankfächern (Safes) unter Mitverschluss durch die Vermieterin, die Bausparkassenberatung und die Vermittlung von Bausparverträgen, die Versicherungsvermittlung, das Leasinggeschäft, Dienstleistungen in der automatischen Datenverarbeitung, die Vermögensberatung und -verwaltung, Geschäftsstellen von Kraftfahrerorganisationen, den Vertrieb von Spielanteilen behördlich genehmigter Glücksspiele, die Vermittlung von Veranstaltungskarten sowie Ausspielungen gemäß Glücksspielgesetz und das Reisebürogeschäft, jeweils nach Maßgabe der diesbezüglichen gesetzlichen Vorschriften. Darüber hinaus betreibt die Genossenschaft alle sonstigen gemäß § 1 Abs. 2 und 3 BWG zulässigen Tätigkeiten und ist berechtigt, unter Bedachtnahme auf die einschlägigen gesetzlichen Vorschriften alle anderen Geschäfte zu betreiben, die geeignet sind, ihren Geschäftszweck unmittelbar oder mittelbar zu fördern.

Die Emittentin ist vor allem in folgenden Geschäftsfeldern tätig:

- Retail, insbesondere Kontoführung, Veranlagungen, Kreditberatung und – vergabe, sowie die Abwicklung des Zahlungsverkehrs
- Firmenkunden, insbesondere Kreditberatung und Bereitstellung von Unternehmerkrediten.
- Versicherungen, vor allem Vorsorgeprodukte im Privat- und Kommerzgeschäft und Sachversicherungsgeschäft
- Immobiliengeschäft, Immobilienvermittlung und Bausparen
- Leasing, Mobilien-Leasing, Immobilien-Leasing

5.6 HAUPTMÄRKTE

Der wichtigste geografische Markt der Emittentin ist das Bundesland Salzburg mit dem angrenzenden, wirtschaftlich nach Salzburg orientierten Umland.

Wettbewerbsposition

Zur Wettbewerbssituation werden von der Emittentin keine Angaben aufgenommen.

5.7 ORGANISATORISCHE STRUKTUR

Die FMA hat mit Bescheid vom 18.9.2012 die Genehmigung für die Bildung eines Kreditinstitute-Verbundes gem. § 30a BWG erteilt. Im April 2012 wurde zwischen der Emittentin (als zugeordnetes Kreditinstitut), den weiteren zugeordneten Kreditinstituten, der ÖVAG (als Zentralorganisation) und der Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung (als Haftungsgesellschaft) ein Verbundvertrag abgeschlossen und ist seit dem Tag der Genehmigung des Kreditinstitute-Verbundes am 18.09.2012 gültig.

Der dauerhafte und homogene Zusammenschluss führt zu einer aufsichtsrechtlichen Konsolidierung der Primärinstitute und der Zentralorganisation auf Basis von Haftungsübernahmen durch die Primärinstitute und die Zentralorganisation

(Haftungsverbund), verbunden mit Weisungsrechten der Zentralorganisation zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des Verbundes.

Als Zentralorganisation des Volksbanken-Verbundes spielt die ÖVAG eine zentrale Rolle im Volksbanken Verbund. Sie ist für die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Vorschriften des Verbundes verantwortlich und hat insbesondere die Zahlungsfähigkeit und Liquidität des Verbundes zu überwachen. (Liquiditätsverbund). Die Zentralorganisation kann zur Erfüllung ihrer Steuerungsfunktion generelle Weisungen gegenüber den zugeordneten Kreditinstituten erteilen. Der Volksbanken Verbund dient daher sowohl dem geregelten Transfer von Liquidität zwischen den Mitgliedern, als auch der wechselseitigen Verhaftung, und damit der indirekten Absicherung der Gläubiger aller Mitglieder (siehe Kapitel 5.14 "Wesentliche Verträge").

5.7.1 Liquiditätsverbund

Die Zentralorganisation ist verpflichtet, die Liquidität im Verbund so zu steuern, dass alle maßgeblichen aufsichtsrechtlichen Vorschriften jederzeit eingehalten werden. Die zugeordneten Kreditinstitute sind verpflichtet, ihre Liquidität nach Maßgabe der generellen Weisungen zu veranlagern. Bei Eintritt eines Liquiditäts-Verbundnotfalls kann auf alle Aktiva der zugeordneten Kreditinstitute zugegriffen werden, um den Notfall zu beheben.

5.7.2 Haftungsverbund

Die Haftungsgesellschaft kann Leistungen zum Beispiel in Form von kurz- und mittelfristigen Liquiditätshilfen, Garantien, und sonstigen Haftungen, nachrangig gestellten Darlehen, Einlösungen fremder Forderungen und Zufuhr von Eigenkapital erbringen. Zugunsten der Haftungsgesellschaft ist für diese Verpflichtungen eine Rückdeckung durch die Banken des Verbundes vorgesehen. Die Verpflichtung der Zentralorganisation zur Leistungen von Beiträgen an die Haftungsgesellschaft ist unbegrenzt. Die Beiträge der Mitglieder zu Leistungen der Haftungsgesellschaft sind von der Zentralorganisation und den zugeordneten Kreditinstituten unter Bedachtnahme auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der zugeordneten Kreditinstitute und der Zentralorganisation angemessen anteilig aufzubringen.

5.7.3 Volksbanken-Verbund

Die Emittentin wurde als selbständige Regionalbank gegründet und befindet sich im Eigentum ihrer Genossenschafter. Die Emittentin ist Mitglied des Volksbanken-Verbundes.

Der Volksbanken Verbund (der "**Volksbanken Verbund**") besteht aus der Volksbank Primärstufe (insgesamt 62 Primärbanken), der ÖVAG und der SCHULZE-DELITZSCH-HAFTUNGSGENOSSENSCHAFT registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung (siehe nachfolgende Grafik unter "Stellung der Emittentin innerhalb des Volksbanken Verbundes"). Die Primärstufe des Volksbanken Verbundes (Primärbanken) besteht aus 51 regionalen Volksbanken, 6 Spezialbanken und 4 Hauskreditgenossenschaften sowie einer Bausparkasse (ABV). Jede Volksbank verfügt über eine Bankkonzession der FMA.

Zum Zeitpunkt der Prospekterstellung zählen 64 Mitgliedseinrichtungen zum Volksbanken Sektor (der "**Sektor**") (Quelle: OeNB Kreditinstitutsverzeichnis): Zusätzlich zur Primärstufe besteht der Volksbanken Sektor – ausgenommen die ABV - aus der ÖVAG, der VB Factoring Bank AG und der Volksbank-Quadrat Bank AG.

Die Eigentümer (Mitglieder) der regionalen Volksbanken sind etwa 549.386 überwiegend natürliche Personen. Jede regionale Volksbank ist nicht nur rechtlich unabhängig sondern

auch in ihrer Führung autonom. Diesbezüglich unterliegt die Bankleitung der Aufsicht der FMA und einer internen Kontrolle. Zudem erfolgt künftig eine Prüfung durch die Verbundinnenrevision für jene Bereiche in denen die ÖVAG als Zentralorganisation auf konsolidierter Ebene gegenüber der FMA verantwortlich ist. Neben der internen Kontrolle werden die Aufbau- und Ablauforganisation laufend durch die Interne Revision geprüft. Eine externe Revision (ÖGV als Prüfungsverband) nimmt eine Bilanz- und Gebarungsprüfung in Form einer vorgezogenen und einer Hauptprüfung jährlich vor.

Der Vorteil der regionalen Volksbanken liegt in ihrer Kundennähe und regionalen Verwurzelung. Der Volksbanken Verbund ist ein vertikal organisiertes System, in dem unabhängige Einheiten zusammenarbeiten. Auf der Basis gemeinsamer Ziele nehmen sie bestimmte individuelle Funktionen aus ihrem autonomen Entscheidungsbereich aus und übertragen diese an andere Mitglieder des Volksbanken Verbundes (Prinzip der Subsidiarität). Dieses Prinzip regelt die Beziehung zwischen dezentralen Einheiten (regionale Volksbanken) und zentralen Einheiten: Österreichischer Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) (der "ÖGV") und der ÖVAG. Die Funktion der zentralen Einheiten ist als zusätzliche Unterstützung für die (dezentralen) Mitglieder gedacht.

Der ÖGV wurde 1872 gegründet. Jedes Kreditinstitut innerhalb des Volksbanken Verbundes ist Mitglied des ÖGV, wobei auch Genossenschaften außerhalb des Finanzbereichs (aus Industrie und Gewerbe) zu den Mitgliedern zählen. Der "Kreditbereich" des ÖGV, der aus den Finanzinstituten des Volksbank Verbundes (einschließlich der Emittentin) besteht, nimmt eine Schlüsselposition bei der Koordinierung des Volksbank Verbundes ein und zeichnet alleinverantwortlich für die Verwaltung des Unterstützungsfonds des Volksbanken Verbundes.

5.7.4 Stellung der Emittentin innerhalb des Volksbanken Verbundes



*) Die 51 regionalen Volksbanken sind über die Volksbanken Holding eingetragene Genossenschaft mit 50,1 % an der ÖVAG beteiligt, wobei die Emittentin mit 3,22% am Grundkapital der ÖVAG beteiligt ist. Die rechtlich selbstständigen Volksbanken und die ÖVAG haben sich zu einem Kreditinstitute-Verbund gemäß § 30a BWG zusammengeschlossen und bilden seit 18.09.2012 einen gemeinsamen Liquiditäts- und Haftungsverbund.

(Quelle: Eigene Angaben der Emittentin)

5.8 TRENDINFORMATIONEN

5.8.1 Wesentliche negative Veränderungen in den Aussichten der Emittentin

Soweit in diesem Prospekt in den Punkten "2.1" Risiken in Bezug auf die Emittentin und ihre Geschäftstätigkeit" und "5.3" Aktuelle Entwicklungen" nicht anders angegeben, hat es keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Emittentin seit dem letzten geprüften Jahresabschluss 2012 gegeben.

5.8.2 Wesentliche Einflüsse im laufenden Geschäftsjahr der Emittentin

Zum Kreditinstitute-Verbund und den damit verbundenen Umstrukturierungsmaßnahmen der ÖVAG siehe dazu Kapitel "5.3" Aktuelle Entwicklungen".

5.9 ERWARTETER ODER GESCHÄTZTER GEWINN

Angaben zum erwarteten oder geschätzten Gewinn werden in dem Prospekt nicht gemacht.

5.10 VERWALTUNGS-, LEITUNGS- UND AUFSICHTSORGANE

5.10.1 Mitglieder der Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorgane

<u>Name</u>		<u>Funktionen außerhalb der Emittentin</u>
<u>Vorstand</u>		
Dr.		
Walter Zandaneil	Gesellschafter	BBG Beratungs- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H., Salzburg
Vorsitzender	Vorstand	Schulze-Delitzsch Privatstiftung, Salzburg
	Aufsichtsratsmitglied	VACH Holding GmbH, Wien
	Aufsichtsratsmitglied	Volksbank-Quadrat Bank AG, Wien
	Aufsichtsratsmitglied	Volksbanken-Beteiligungsgesellschaft m.b.H., Wien
Mag.Dr.		
Andreas Hirsch	Vorstand	Schulze-Delitzsch Privatstiftung, Salzburg
Vorstandsmitglied	Aufsichtsratsmitglied	Bürgschaftsbank Salzburg GmbH, Salzburg
	Aufsichtsratsmitglied	Salzburger Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Salzburg
<u>Aufsichtsrat</u>		
Dr. Roland Reichl	-	
Vorsitzender des Aufsichtsrates		

Dr. Anton Fischer Vorsitzender- Stellvertreter	Gesellschafter	STÖGER+PARTNER Steuerberatung GmbH, Salzburg
	Gesellschafter	realtime.at Domain Services GmbH, Grödig
	Unbeschränkt haftender Gesellschafter	Fischer & Rechberger OG, Salzburg
	Vorstand	FK Privatstiftung, Salzburg
	Vorstand	GES Privatstiftung, Salzburg
Ing. Franz Asen	Gesellschafter/ Geschäftsführer	ASEN STAHL- u. Metalltechnik GmbH, Seekirchen am Wallersee
	Gesellschafter/ Geschäftsführer	EFA Immobilien GmbH, Seekirchen am Wallersee
	Kommanditist	Franz Asen Schlosserei K.G., Seekirchen am Wallersee
Dir. Johann Peter Präauer	Vorstand	Gletscherbahnen Kaprun Aktiengesellschaft, Kaprun
Mag.Dr. Martin Winner	Gesellschafter/Geschä ftsführer	Dr. Winner Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungs-Gesm.b.H., Zell am See
	unbeschränkt haftender Gesellschafter	Kommunalconsult Steuerberatungsgesellschaft Winner KG, Zell am See
	unbeschränkt haftender Gesellschafter	WINNER & WIESER KG STEUERBERATUNGSGESELLSCHAFT, Zell am See
	Vorstand	Lohningstein Privatstiftung, Zell am See
	Vorstand	Menti-Privatstiftung, St. Christoph am Arlberg
	Vorstand	Limmert Privatstiftung
	Vorstand	Fayette Privatstiftung
	Vorstand	Dartmouth Privatstiftung
Thomas Joch	Aufsichtsrat	VICTORIA-VOLKSBANKEN Pensionskassen Aktiengesellschaft, Wien
Gabriele Gugerbauer- Kreuzmayr	-	-
Andreas Weber	-	-

Staatskommissäre

Ministerialrat Dr. Thomas Limberg
(Bestellung mit 01.09.2008)

Mag. Ottilie Hebein

(Bestellung mit 01.01.2011)

Die Geschäftsanschrift aller Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrates lautet St. Julien-Straße 12, 5020 Salzburg, Österreich.

5.10.2 Interessenskonflikte

Hinsichtlich der oben aufgelisteten Personen hat die Emittentin keine Kenntnis von Interessenskonflikten zwischen deren Verpflichtungen gegenüber der Emittentin und ihren privaten oder sonstigen Interessen (zum Risiko potentieller Interessenskonflikte siehe den entsprechenden Risikofaktor im Abschnitt "Risikofaktoren").

5.11 EIGENTÜMERSTRUKTUR DER EMITTENTIN

Die Emittentin befindet sich im Eigentum ihrer Genossenschafter.

Geschäftsanteile zum 31.12.2012

Anzahl der Mitglieder	6.596
Gezeichnete Geschäftsanteile á 22 EUR	327.329
Insgesamt EUR	7.201.238

(Quelle: Eigene Angaben der Emittentin)

5.12 FINANZINFORMATIONEN ZUR EMITTENTIN

5.12.1 Historische Finanzinformationen

Die jüngsten geprüften Finanzinformationen stammen aus dem geprüften Jahresabschluss 2012 der Emittentin. Die geprüften Jahresabschlüsse 2011 und 2012 der Emittentin sind in den Anhängen .A und .B in den Prospekt aufgenommen.

Die nachfolgenden Positionen der Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung (die "GuV") stellen Auszüge aus den geprüften Jahresabschlüssen 2012 und 2011 dar:

GuV in EUR Tausend	31.12.2012 geprüft	31.12.2011 geprüft
Nettozinsertrag	36.221	38.178
Betriebserträge	54.054	56.983
Betriebsaufwendungen	-36.730	-36.096
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4.614	7.176
Jahresüberschuss nach Steuern	4.429	1.182
Bilanz in EUR Tausend	31.12.2012 geprüft	31.12.2011 geprüft
Forderungen an Kreditinstitute	237.069	213.139
Forderungen an Kunden	1.692.533	1.725.964
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	608.226	590.747
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.210.251	1.227.843
Eigenkapital*	144.839	141.206
Bilanzsumme	2.074.703	2.054.589

(Quelle: Geprüfte Jahresabschlüsse der Emittentin 2012 und 2011, Zahlen sind auf Tausend EUR gerundet.)

* Das Eigenkapital errechnet sich aus der Summe des Fonds für allgemeine Bankrisiken, des gezeichneten Kapitals, der Kapitalrücklagen, der Gewinnrücklagen, der Haftrücklage gem. § 23 Abs 6 BWG, dem Bilanzgewinn und der un versteuerten Rücklagen.

5.12.2 Bestätigungsvermerke

Die Bestätigungsvermerke (Berichte der Abschlussprüfer) der geprüften Jahresabschlüsse 2012 und 2011 der Emittentin sind als Anhänge ./A und ./B in den Prospekt aufgenommen. Der Abschlussprüfer weist – ohne den Bestätigungsvermerk des geprüften Jahresabschlusses 2012 einzuschränken, darauf hin, dass zwischen der Genossenschaft und der ÖVAG maßgebliche Geschäftsbeziehungen bestehen. Hinsichtlich der Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung der ÖVAG wird auf die Ausführungen des Vorstandes im Anhang unter Abschnitt „Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung“ (siehe auch dazu den Risikofaktor betreffend die Verpflichtungen der Emittentin aus dem Zusammenschluss der Emittentin, der weiteren zugeordneten Kreditinstitute und der ÖVAG zu einem Kreditinstitute-Verbund gemäß § 30a BWG im Kapitel 2.1 Risiken in Bezug auf die Emittentin und ihre Geschäftstätigkeit) sowie im Lagebericht unter Abschnitt „Risikobericht“ (siehe auch dazu Punkt 5.3.2 „Abwertung der Beteiligung an der ÖVAG“ des Prospekts), die in diesem Prospekt im Anhang ./B beigefügt sind, verwiesen.

Der Abschlussprüfer, der Österreichische Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch), mit der Anschrift in 1013 Wien, Löwelstraße 14, hat die Jahresabschlüsse der Emittentin zum 31.12.2012 und zum 31.12.2011 geprüft und uneingeschränkte Bestätigungsvermerke erteilt. Der ÖGV ist ein Mitglied der Vereinigung Österreichischer Revisionsverbände, mit dem Sitz in Wien und der Geschäftsanschrift Löwelstraße 14, 1013 Wien.

5.13 RECHTS- UND SCHIEDSVERFAHREN

Die Emittentin erklärt, dass keine staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren (einschließlich derjenigen Verfahren, die nach Kenntnis der Emittentin noch anhängig sind oder eingeleitet werden könnten) bestehen, die im Zeitraum der mindestens letzten zwölf Monate bestanden/abgeschlossen wurden, und die sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der Emittentin auswirken bzw. in jüngster Zeit ausgewirkt haben.

5.14 WESENTLICHE VERTRÄGE

Die Emittentin hat folgende wesentliche Verträge abgeschlossen:

Verbundvertrag

Für die Bildung eines Kreditinstitute-Verbundes gemäß § 30a BWG mit den Kernelementen Liquiditätsverbund, Haftungsverbund und Weisungen wurde im April 2012 ein Verbundvertrag zwischen der ÖVAG (als Zentralorganisation), den zugeordneten Kreditinstituten und der Schulze-Delitzsch-Haftungsgenossenschaft registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung (als Haftungsgesellschaft) abgeschlossen. Der Verbundvertrag wurde mit Genehmigung des Kreditinstitute-Verbundes am 18.09.2012 wirksam. An der Spitze des Kreditinstitute-Verbundes steht die ÖVAG als Zentralorganisation. Zu den der Zentralorganisation zugeordneten Kreditinstituten zählen jene Volksbanken, die den Verbundvertrag unterzeichnet und dadurch diesem beigetreten sind. Die zugeordneten Kreditinstitute nehmen am Liquiditäts- und Haftungsverbund teil. An der Spitze des Haftungsverbunds steht die Schulze-Delitzsch Haftungsgenossenschaft (als Haftungsgesellschaft). Die ÖVAG (als Zentralorganisation) und die zugeordneten

Kreditinstitute schließen sich durch den Verbundvertrag über die Haftungsgesellschaft zu einem Haftungsverbund zusammen.

Der Verbundvertrag führt zu einer aufsichtsrechtlichen Konsolidierung der Zentralorganisation und der zugeordneten Kreditinstitute auf Basis von Haftungsübernahmen, verbunden mit generellen Weisungsrechten. Die Zentralorganisation kann zur Erfüllung ihrer Steuerungsfunktion generelle Weisungen gegenüber den zugeordneten Kreditinstituten erteilen. Die generellen Weisungen legen allgemeine Vorgaben (in den Bereichen der Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere Solvabilität und Liquidität des Verbundes; administrative, technische und finanzielle Beaufsichtigung oder Risikobewertung) für den gesamten Verbund fest. Individuelle Weisungen können von der Zentralorganisation im Falle eines Verstoßes gegen generelle Weisungen zur Wiederherstellung des vertraglichen und gesetzlichen Zustandes im Kreditinstitute-Verbundes erlassen werden. Der Verbundvertrag dient sowohl dem geregelten Transfer von Liquidität zwischen den Mitgliedern (Liquiditätsverbund) als auch der Erbringung sonstiger Leistungen zwischen den Mitgliedern (Haftungsverbund) und damit der indirekten Absicherung der Gläubiger aller Mitglieder.

Restrukturierungsvereinbarung

Die ÖVAG, ihre wesentlichen Aktionäre (die Volksbanken Holding eingetragene Genossenschaft (e.Gen.), die DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main ("**DZ Bank AG**"), die Ergo Versicherungsgruppe AG ("**ERGO**") und die Raiffeisen Zentralbank Österreich AG ("**RZB**")), und die Republik Österreich (der „**Bund**“) haben am 26.04.2012 eine Restrukturierungsvereinbarung zur nachhaltigen Stabilisierung der ÖVAG abgeschlossen. Im Rahmen dieser Restrukturierungsvereinbarung haben sich die Volksbanken, darunter die Emittentin, verpflichtet, neue Aktien der ÖVAG im Betrag von ca. EUR 234 Mio zu zeichnen. Die Volksbanken verzichteten auf den Dividendenvorzug und haben an dem Kapitalschnitt teilgenommen. Der Bund hat neue Aktien der ÖVAG im Betrag von ca. EUR 250 Mio gezeichnet. Darüber hinaus hat er, soweit erforderlich, eine Haftung als Ausfallsbürge für bestimmte Vermögensgegenstände der Emittentin bis zu einem Gesamtnominale von EUR 100 Mio übernommen. Die Volksbanken stellen die Leistung des Haftungsentgelts für die Ausfallsbürgschaft des Bundes sicher, ebenso ab 2018 unter gewissen Voraussetzungen die Abschichtung des vom Bund gezeichneten restlichen Partizipationskapitals an der ÖVAG (EUR 300 Mio). Solange der Bund Aktionär oder Partizipant oder Garant für Verbindlichkeiten der ÖVAG ist, gilt ein Ausschüttungsverbot aus dem Verbund (mit bestimmten Ausnahmen) Vom Ausschüttungsverbot sind Ergänzungskapitalemissionen der Emittentin nicht betroffen.

Rahmenvertrag betreffend Einstellung von Forderungen in den Deckungsstock

Die Emittentin hat am 02.10.2012 mit der ÖVAG einen Treuhandvertrag hinsichtlich der Einstellung von Hypothekarforderungen der Emittentin in den Deckungsstock der ÖVAG auf unbestimmte Zeit gemäß § 1 Abs 5 Z 2 des Gesetzes betreffend fundierte Bankschuldverschreibungen ("**FBSchVG**") abgeschlossen. Der Vertrag kann von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Frist von zehn Tagen zum Monatsletzten gekündigt werden. Für die auf Grundlage des Treuhandvertrages bis zum Kündigungszeitpunkt bereits in Deckung genommenen Forderungen, gelten die Bestimmungen des Treuhandvertrages jedoch weiterhin, solange bis die dazugehörigen fundierten Bankschuldverschreibungen der ÖVAG getilgt werden.

Sollte die Treuhanderschaft der Emittentin für die ÖVAG, etwa durch Kündigung des Treuhandvertrages seitens der Emittentin, beendet werden, bleiben die Zustimmung der Emittentin zur Aufnahme der Forderungen in den Deckungsstock der ÖVAG und die Bestimmungen des Treuhandvertrages davon unberührt. Die Emittentin ist daher nicht berechtigt, die Übertragung der betreffenden Forderung zu verlangen, solange die Forderung in den Deckungsstock der ÖVAG eingestellt ist.

Abgesehen von dem oben Dargelegtem hat die Emittentin keine wesentlichen Verträge außerhalb der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit abgeschlossen, die die Fähigkeit der Emittentin, ihre Verpflichtungen gegenüber den Inhabern der ausgegebenen Schuldverschreibungen zu erfüllen, beeinträchtigen können.

5.15 EINSEHBARE DOKUMENTE

Nachfolgende Dokumente sind für zwölf Monate ab dem Tag der Billigung dieses Prospekts am Sitz der Emittentin, während der üblichen Geschäftszeiten, kostenlos verfügbar:

- Die Satzung der Emittentin;
- Die geprüften Jahresabschlüsse der Emittentin für die Geschäftsjahre 2012 und 2011.
- Dieser Prospekt und etwaige Nachträge zum Prospekt.

6. ANLEIHEBEDINGUNGEN

6.1 ANLEIHEBEDINGUNGEN

Die nachfolgenden Muster-Anleihebedingungen der Schuldverschreibungen (die "**Muster-Anleihebedingungen**") sind in 4 Ausgestaltungsvarianten aufgeführt:

- **Variante 1** umfasst Muster-Anleihebedingungen für Schuldverschreibungen mit fixem Zinssatz.
- **Variante 2** umfasst Muster-Anleihebedingungen für Nullkupon-Schuldverschreibungen.
- **Variante 3** umfasst Muster-Anleihebedingungen für Schuldverschreibungen mit variablem Zinssatz; und
- **Variante 4** umfasst Muster-Anleihebedingungen für Schuldverschreibungen mit fixem und danach variablem Zinssatz.

Die Muster-Anleihebedingungen für jede Variante enthalten bestimmte weitere Optionen, die durch Instruktionen und Erklärungen in eckigen Klammern innerhalb der Muster-Anleihebedingungen gekennzeichnet sind.

In den Endgültigen Bedingungen wird die Emittentin festlegen, welche der Varianten 1 bis 4 der Muster-Anleihebedingungen (einschließlich der jeweils enthaltenen bestimmten weiteren Optionen) für die einzelne Serie von Schuldverschreibungen zur Anwendung kommt, indem die betreffenden Angaben wiederholt oder die entsprechende Option ausgewählt wird.

Soweit die Emittentin zum Zeitpunkt der Billigung des Prospektes keine Kenntnis von bestimmten Angaben hatte, die auf eine Serie von Schuldverschreibungen anwendbar sind, enthält dieser Prospekt Leerstellen in eckigen Klammern, die durch die Endgültigen Bedingungen vervollständigt werden.

Die nachfolgenden Muster-Anleihebedingungen sind gemeinsam mit dem Teil 1 der "**Endgültigen Bedingungen**", die die Muster-Anleihebedingungen jeder Serie von Schuldverschreibungen ergänzen und konkretisieren, zu lesen. Die Muster-Anleihebedingungen und die Endgültigen Bedingungen bilden zusammen die "**Anleihebedingungen**" der jeweiligen Serie von Schuldverschreibungen. Die Leerstellen in den auf die Schuldverschreibungen anwendbaren Bestimmungen dieser Muster-Anleihebedingungen gelten als durch die in den Endgültigen Bedingungen enthaltenen Angaben ausgefüllt, als ob die Leerstellen in den betreffenden Bestimmungen durch diese Angabe ausgefüllt wären, alternative oder wählbare Bestimmungen dieser Muster-Anleihebedingungen, die in den Endgültigen Bedingungen nicht ausgefüllt oder gestrichen sind, gelten als aus diesen Muster-Anleihebedingungen gestrichen; sämtliche auf die Schuldverschreibungen nicht anwendbare Bestimmungen dieser Anleihebedingungen (einschließlich der Anweisungen, Anmerkungen und der Texte in eckigen Klammern) gelten als aus diesen Anleihebedingungen gestrichen.

Kopien der Anleihebedingungen sind auf der Website der Emittentin unter http://www.volksbanksalzburg.at/boersen_u_maerkte/anleihen/volksbank_anleihen oder kostenlos am Sitz der Emittentin während der üblichen Geschäftszeiten verfügbar.

6.1.1 Variante 1– Fixer Zinssatz

§ 1

(Währung. Form. Emissionsart. Stückelung. Verbriefung. Verwahrung)

- (1) *Währung. Stückelung.* Die Volksbank Salzburg eG (die "**Emittentin**") begibt gemäß den Bestimmungen dieser Anleihebedingungen (die "**Anleihebedingungen**") am (oder ab dem) **[Datum des (Erst-)Begebungstags einfügen]** (der "**Begebungstag**") Schuldverschreibungen (die "**Schuldverschreibungen**") in **[festgelegte Währung einfügen]** (die "**festgelegte Währung**") im Gesamtnennbetrag von [bis zu] **[Gesamtnennbetrag einfügen]** (in Worten: **[Gesamtnennbetrag in Worten einfügen]**) und mit einem Nennbetrag von je **[Nennbetrag einfügen]** (der "**Nennbetrag**").
- (2) *Form.* Die Schuldverschreibungen lauten auf den Inhaber.
- (3) *Dauerglobalurkunde.* Die Schuldverschreibungen sind in einer Dauerglobalurkunde (die "**Dauerglobalurkunde**" oder die "**Globalurkunde**") gemäß § 24 lit b Depotgesetz ohne Zinsscheine verbrieft. Die Dauerglobalurkunde trägt die eigenhändigen oder faksimilierten Unterschriften von zwei vertretungsberechtigten Personen der Emittentin oder deren Bevollmächtigten und ist nach Wahl der Emittentin von der Hauptzahlstelle oder in deren Namen mit einer Kontrollunterschrift versehen. Einzelurkunden und Zinsscheine werden nicht ausgegeben.

[Im Fall der Verwahrung bei der Emittentin einfügen:

- (4) *Verwahrung.* Die Globalurkunde wird so lange bei der Emittentin zur Sammelverwahrung hinterlegt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen erfüllt sind. Der Anleger ist verpflichtet, ein Depot bei der Emittentin zu eröffnen. Die Schuldverschreibungen können weder von Anlegern ohne Depot bei der Emittentin erworben noch auf ein Depot bei einem anderen Kreditinstitut übertragen werden. Daher ist die Übertragbarkeit der Schuldverschreibungen eingeschränkt.]

[Im Fall der Verwahrung bei der OeKB einfügen:

- (4) *Verwahrung.* Jede Globalurkunde wird von einem oder im Namen eines Clearing System verwahrt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen erfüllt sind. "**Clearing System**" meint die Wertpapiersammelbank der Oesterreichischen Kontrollbank Aktiengesellschaft (CentralSecuritiesDepository.Austria – "**CSD.Austria**") mit der Geschäftsanschrift 1011 Wien, Strauchgasse 3 sowie jeder Funktionsnachfolger.]
- (5) *Anleihegläubiger.* "**Anleihegläubiger**" bezeichnet jeden Inhaber von Miteigentumsanteilen oder anderen vergleichbaren Rechten an einer Globalurkunde, die in Übereinstimmung mit anwendbarem Recht [und den Bestimmungen des Clearing Systems] auf einen neuen Anleihegläubiger übertragen werden können.

§ 2 (Rang)

[Falls die Schuldverschreibungen nicht-nachrangig sind, einfügen:

Rang – nicht-nachrangig. Die Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen begründen direkte, unbedingte, unbesicherte und nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, haben untereinander den gleichen Rang und stehen im gleichen Rang mit allen anderen bestehenden und zukünftigen direkten, unbedingten, unbesicherten und nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, soweit diesen Verbindlichkeiten nicht durch zwingende gesetzliche Bestimmungen ein Vorrang eingeräumt wird.]

[Falls die Schuldverschreibungen nachrangig sind, einfügen:

- (1) *Rang – nachrangige Schuldverschreibungen.* Die Schuldverschreibungen stellen [nachrangiges Kapital gemäß § 23 Abs 8 Bankwesengesetz ("BWG") und zukünftig] Instrumente des Ergänzungskapitals ("Tier 2") gemäß Art 60 der vom Europäischen Parlament am 16.04.2013 festgelegten Fassung der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (*Capital Requirements Regulation*⁶ - "CRR") dar und unterliegen jeweils den dortigen Bestimmungen und Beschränkungen. Die Schuldverschreibungen begründen direkte, unbedingte, unbesicherte und nachrangige (gemäß [§ 45 Abs 4 BWG und] Art 60 lit d CRR) Verbindlichkeiten der Emittentin und haben den gleichen Rang untereinander und im Verhältnis zu allen anderen direkten, unbedingten, unbesicherten und nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, ausgenommen solche nachrangige Verbindlichkeiten, die ausdrücklich als nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen bezeichnet werden. Im Falle der Liquidation oder der Insolvenz der Emittentin stehen die Zahlungsverpflichtungen der Emittentin gemäß den Schuldverschreibungen im Rang nach den nicht-nachrangigen Gläubigern der Emittentin, aber zumindest im gleichen Rang mit allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, welche nicht gemäß deren Bedingungen nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen sind, und vorrangig gegenüber den Ansprüchen der Genossenschafter und der Inhaber von Partizipationsscheinen der Emittentin .

Hinweis: Auf das Risiko einer gesetzlichen Verlustbeteiligungspflicht der Anleihegläubiger wird hingewiesen. Siehe dazu insbesondere den Risikofaktor "Anleihegläubiger sind dem Risiko einer gesetzlichen Verlustbeteiligungspflicht ausgesetzt." auf Seite 49f des Prospektes. Diese Risikofaktoren bilden jene Risiken ab, die zum Zeitpunkt der Begebung bestanden haben und werden danach nicht laufend aktualisiert.

- (2) Für die Rechte der Anleihegläubiger aus den Schuldverschreibungen darf diesen keine vertragliche Sicherheit durch die Emittentin oder durch Dritte gestellt werden; eine solche Sicherheit wird auch zu keinem Zeitpunkt gestellt werden. Rückerstattungsansprüche der

⁶ Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 16.04.2013 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EU) Nr. .../2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen, wie am Tag der Prospektbilligung veröffentlicht. Diese Fassung kann sich bis zum Inkrafttreten der CRR und danach ändern.

Anleihegläubiger dürfen nicht gegen Forderungen der Emittentin aufgerechnet werden. Nachträglich können der Nachrang gemäß diesem § 2 nicht beschränkt sowie die Laufzeit dieser Schuldverschreibungen nicht verkürzt werden.]

§ 3 (Zinsen)

[Falls die Schuldverschreibungen mit einem gleichbleibenden Zinssatz ausgestattet sind, einfügen:

- (1) *Zinssatz und Zinszahlungstage.* Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag ab dem **[Verzinsungsbeginn einfügen]** (der "Verzinsungsbeginn") (einschließlich) bis zum Verzinsungsende (wie nachstehend definiert) (einschließlich) **[Frequenz einfügen]** mit einem Zinssatz von **[Zinssatz einfügen]** % per annum (der "Zinssatz") verzinst. Die Zinsen sind nachträglich am **[Zinszahlungstag einfügen]** zahlbar (jeweils ein "Zinszahlungstag"). Die erste Zinszahlung erfolgt am **[ersten Zinszahlungstag einfügen].]**

[Falls die Schuldverschreibungen mit einem ansteigenden Zinssatz ausgestattet sind, einfügen:

- (1) *Zinssatz und Zinszahlungstage.* Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag ab dem **[Verzinsungsbeginn einfügen]** (der "Verzinsungsbeginn") (einschließlich) bis zum Verzinsungsende (wie nachstehend definiert) (einschließlich) jährlich mit den nachstehenden Zinssätzen (jeweils ein "Zinssatz") verzinst:

Zinssatz	vom (einschließlich)	bis (einschließlich)
[Zinssätze einfügen] % per annum]	[Daten einfügen]	[Daten einfügen]

[weitere Zeilen einfügen]

Die Zinsen sind nachträglich am **[Zinszahlungstag einfügen]** eines jeden Jahres (jeweils ein "Zinszahlungstag") zahlbar. Die erste Zinszahlung erfolgt am **[ersten Zinszahlungstag einfügen].]**

- (2) *Zinsbetrag.* Die Berechnungsstelle (wie in § 9 definiert) wird vor jedem Zinszahlungstag den auf jede Schuldverschreibung zahlbaren Zinsbetrag (der "Zinsbetrag") für die maßgebliche Zinsperiode (wie nachstehend definiert) berechnen. Der Zinsbetrag wird ermittelt, indem der Zinssatz und der Zinstagequotient auf den Nennbetrag angewendet werden, wobei der resultierende Betrag, falls die festgelegte Währung Euro ist, auf den nächsten 0,01 Euro auf- oder abgerundet wird, wobei 0,005 Euro aufgerundet werden, und, falls die festgelegte Währung nicht Euro ist, auf die kleinste Einheit der festgelegten Währung auf- oder abgerundet wird, wobei 0,5 solcher Einheiten aufgerundet werden.
- (3) *Zinsperiode.* Der Zeitraum ab dem Verzinsungsbeginn (einschließlich) bis zu dem Kalendertag (einschließlich), der dem ersten Zinszahlungstag vorangeht, sowie jeder folgende Zeitraum ab einem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zu dem Kalendertag (einschließlich), der dem unmittelbar folgenden Zinszahlungstag vorangeht, wird als Zinsperiode (jeweils eine "Zinsperiode") bezeichnet.

- (4) *Berechnung der Zinsen für Teile von Zeiträumen.* Sofern Zinsen für einen Zeitraum von weniger als einem Jahr zu berechnen sind, erfolgt die Berechnung auf der Grundlage des Zinstagequotienten (wie nachstehend definiert).

"Zinstagequotient" bezeichnet im Hinblick auf die Berechnung des Zinsbetrages auf eine Schuldverschreibung für einen beliebigen Zeitraum (der "Zinsberechnungszeitraum"):

[Im Fall von Actual/Actual (ICMA) einfügen:

Falls der Zinsberechnungszeitraum gleich oder kürzer als die Zinsperiode ist, innerhalb welcher er fällt, die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum, dividiert durch das Produkt (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in der jeweiligen Zinsperiode und (B) der Anzahl der Zinsperioden, die normalerweise in einem Jahr enden.

Falls der Zinsberechnungszeitraum länger als eine Zinsperiode ist, die Summe aus (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen des Zinsberechnungszeitraums, der in die Zinsperiode fällt, in der er beginnt, geteilt durch das Produkt von (x) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dieser Zinsperiode und (y) der Anzahl von Zinsperioden, die normalerweise in einem Jahr enden, und (B) der tatsächlichen Anzahl von Tagen des Zinsberechnungszeitraums, der in die nächste Zinsperiode fällt, geteilt durch das Produkt von (x) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dieser Zinsperiode und (y) der Anzahl von Zinsperiode, die normalerweise in einem Jahr enden.]

[Im Falle von 30/360 einfügen:

Die Anzahl von Tagen des Zinsberechnungszeitraums, dividiert durch 360, wobei die Anzahl der Tage auf der Grundlage eines Jahres von 360 mit zwölf Monaten zu 30 Tagen zu ermitteln ist (es sei denn, (A) der letzte Tag des Zinsberechnungszeitraumes fällt auf den 31. Tag eines Monats, während der erste Tag des Zinsberechnungszeitraumes weder auf den 30. noch auf den 31. Tag eines Monats fällt, wobei in diesem Fall der diesen Tag enthaltende Monat nicht als ein auf 30 Tage gekürzter Monat zu behandeln ist, oder (B) der letzte Tag des Zinsberechnungszeitraumes fällt auf den letzten Tag des Monats Februar, wobei in diesem Fall der Monat Februar nicht als ein auf 30 Tage verlängerter Monat zu behandeln ist).]

[Im Falle von ACT/360 einfügen:

Die tatsächliche Anzahl von Tagen des Zinsberechnungszeitraums, dividiert durch 360.]

- (5) *Auflaufende Zinsen.* Der Zinslauf der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages (das "Verzinsungsende"), der dem Tag vorangeht, an dem sie zur Rückzahlung fällig werden. Sollte die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit nicht einlösen, endet die Verzinsung an dem Tag, der dem Tag der tatsächlichen Rückzahlung vorausgeht.
- (6) *Stückzinsen.* Bei unterjährigen Käufen und/oder Verkäufen sind Stückzinsen [zahlbar/mindestens zum Mindestzinssatz zahlbar/zum jeweiligen Zinssatz zahlbar/nicht zahlbar].

§ 4 (Rückzahlung)

Rückzahlung bei Endfälligkeit. Die Schuldverschreibungen werden, soweit sie nicht zuvor bereits ganz oder teilweise zurückgezahlt oder zurückgekauft wurden, am [Endfälligkeitstag einfügen] (der "Endfälligkeitstag") zu ihrem Rückzahlungsbetrag von [Rückzahlungsbetrag einfügen] (der "Rückzahlungsbetrag") zurückgezahlt.

§ 5
(Vorzeitige Kündigung / Rückzahlung)

[Sofern die Emittentin das Wahlrecht hat, die Schuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen, einfügen:

- (1) *Vorzeitige Kündigung nach Wahl der Emittentin.* Es steht der Emittentin frei, die Schuldverschreibungen an den nachfolgend angeführten Wahlrückzahlungstagen (Call) (jeweils ein "**Wahlrückzahlungstag (Call)**") vollständig oder teilweise zu den nachstehend angeführten Wahlrückzahlungsbeträgen (Call) (jeweils ein "**Wahlrückzahlungsbetrag (Call)**") zuzüglich aufgelaufener Zinsen zurückzuzahlen.

Wahlrückzahlungstag(e) (Call)

[]
[]

Wahlrückzahlungsbeträge (Call)

[]
[]

Die Kündigung ist den Anleihegläubigern mindestens **[Kündigungsfrist (Call) einfügen]** Geschäftstage (wie in § 6 definiert) vor dem maßgeblichen Wahlrückzahlungstag (Call) gemäß § 11 mitzuteilen (wobei diese Erklärung den für die Rückzahlung der Schuldverschreibungen festgelegten Wahlrückzahlungstag (Call) angeben muss).

Im Fall einer Teilrückzahlung von Schuldverschreibungen werden die zurückzuzahlenden Schuldverschreibungen spätestens 30 Tage vor dem zur Rückzahlung festgelegten Datum **[bei Verwahrung bei der OeKB einfügen:** in Übereinstimmung mit den Regeln und Verfahrensabläufen des jeweiligen Clearing Systems] ausgewählt.]

[Sofern nur die Emittentin das Wahlrecht hat, die Schuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen, die Anleihegläubiger aber kein Kündigungsrecht haben, einfügen:

Wichtiger Hinweis: Anleger sollten beachten, dass Anleihegläubiger dort, wo die Schuldverschreibungsbedingungen nur der Emittentin ein vorzeitiges Kündigungsrecht einräumen, gewöhnlich eine höhere Rendite für ihre Schuldverschreibungen erhalten als sie bekämen, wenn auch die Anleihegläubiger berechtigt wären, die Schuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen. Der Ausschluss des Rechts der Anleihegläubiger, diese vor ihrer Fälligkeit zu kündigen (ordentliches Kündigungsrecht), ist oftmals eine Voraussetzung dafür, dass die Emittentin das ihr aus den Schuldverschreibungen entstehende Risiko absichern kann. Wäre die ordentliche Kündigung der Schuldverschreibungen durch die Anleihegläubiger nicht ausgeschlossen, wäre die Emittentin gar nicht in der Lage, die Schuldverschreibungen zu begeben, oder die Emittentin würde die Kosten einer eventuell möglichen Kündigung der Absicherung in den Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen einberechnen (müssen), womit die Rendite, die die Anleihegläubiger auf diese Schuldverschreibungen erhalten, sinken würde. Im konkreten Fall bemisst sich die Differenz zwischen den Absicherungskosten der gegenständlichen Emission und jenen einer hypothetischen Emission ohne Kündigungsrechtsausschluss auf Basis von Quotierungen von im Bereich der Absicherungsgeschäfte (Hedging) tätigen Kreditinstituten auf etwa [●] bis [●] Basispunkte (der "**Differenzbetrag**") und vergleichbare hypothetische Schuldverschreibungen, deren Wert berechnet bzw. deren theoretische Absicherungskosten von in diesem Geschäftsbereich tätigen Kreditinstituten ermittelt wurden, würden daher in diesem entsprechenden Ausmaß für die Emittentin teurer sein und eine entsprechende Reduzierung der Rendite zur Folge haben.

Die Information potentieller Anleger über diesen Differenzbetrag soll es ihnen erleichtern, die gegenständlichen Schuldverschreibungen mit anderen Schuldverschreibungen oder

Anlageprodukten, bei denen die vorzeitige Kündigung durch Anleihegläubiger nicht ausgeschlossen ist, zu vergleichen, um eine Entscheidung darüber zu treffen, ob die von der Emittentin versprochene höhere Rendite den Verzicht auf eine vorzeitige Kündigung durch die Anleihegläubiger aufwiegt. Jeder Anleger sollte daher sorgfältig überlegen, wie schwer der Nachteil eines ausschließlich der Emittentin zustehenden vorzeitigen Kündigungsrechts für ihn wiegt und ob dieser Nachteil durch die vergleichsweise höhere Rendite für ihn aufgewogen wird. Falls ein Anleger zu der Auffassung gelangt, dass dies nicht der Fall ist, sollte er nicht in die Schuldverschreibungen investieren.]

[Sofern die Emittentin kein Wahlrecht hat, die Schuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen, einfügen:

- (1) *Keine Vorzeitige Kündigung der Schuldverschreibungen nach Wahl der Emittentin.* Eine vorzeitige Kündigung der Schuldverschreibungen nach Wahl der Emittentin ist ausgeschlossen.]

[Sofern die Anleihegläubiger ein Wahlrecht zur vorzeitigen Kündigung der Schuldverschreibungen haben, einfügen:

- (2) *Vorzeitige Kündigung nach Wahl der Anleihegläubiger.* Die Emittentin hat, sofern ein Anleihegläubiger der Emittentin die entsprechende Absicht mindestens **[Mindestkündigungsfrist (Put) einfügen]** und höchstens **[Höchstkündigungsfrist (Put) einfügen]** Geschäftstage (wie in § 6 definiert) im Voraus mitteilt, die maßgeblichen Schuldverschreibungen dieses Anleihegläubigers an einem der nachstehenden Wahlrückzahlungstage (Put) (jeweils ein **"Wahlrückzahlungstag (Put)"**) zu ihrem maßgeblichen Wahlrückzahlungsbetrag (Put) wie nachstehend definiert (der **"Wahlrückzahlungsbetrag (Put)"**) zuzüglich aufgelaufener Zinsen zurückzuzahlen.

Wahlrückzahlungstage (Put)

[]
[]

Wahlrückzahlungsbeträge (Put)

[]
[]

Um dieses Recht auszuüben, muss der Anleihegläubiger eine ordnungsgemäß ausgefüllte Ausübungserklärung in der bei der Zahlstelle und der Emittentin erhältlichen Form abgeben. Ein Widerruf einer erfolgten Ausübung dieses Rechts ist nicht möglich.]

[Sofern die Anleihegläubiger kein Wahlrecht haben, die Schuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen, einfügen:

- (2) *Keine Vorzeitige Kündigung nach Wahl der Anleihegläubiger.* Eine vorzeitige Kündigung der Schuldverschreibungen nach Wahl der Anleihegläubiger ist nicht vorgesehen.]

[Sofern "Vorzeitige Rückzahlung bei Vorliegen einer Rechtsänderung, einer Absicherungs-Störung und/oder Gestiegenen Absicherungs-Kosten" anwendbar ist, einfügen:

- (3) *Vorzeitige Rückzahlung bei Vorliegen einer Rechtsänderung, einer Absicherungs-Störung und/oder Gestiegenen Absicherungs-Kosten.* Die Emittentin kann die Schuldverschreibungen jederzeit vor dem Endfälligkeitstag bei Vorliegen einer Rechtsänderung und/oder, Absicherungs-Störung und/oder Gestiegenen Absicherungs-Kosten (wie jeweils nachstehend definiert) zu ihrem vorzeitigen Rückzahlungsbetrag von **[vorzeitigen Rückzahlungsbetrag einfügen]** (der **"Vorzeitige Rückzahlungsbetrag"**) zuzüglich aufgelaufener Zinsen vorzeitig zurückzahlen. Die Emittentin wird die Schuldverschreibungen vollständig (aber nicht nur teilweise) am zweiten Geschäftstag (wie in § 6 definiert) zurückzahlen, nach dem die Benachrichtigung der vorzeitigen Rückzahlung gemäß § 11 erfolgt ist, vorausgesetzt, dass

dieser Tag nicht später als zwei Geschäftstage vor dem Endfälligkeitstag liegt (der "**Vorzeitige Rückzahlungstag**") und wird den vorzeitigen Rückzahlungsbetrag im Hinblick auf die Schuldverschreibungen an die Anleihegläubiger zahlen oder eine entsprechende Zahlung veranlassen, im Einklang mit den maßgeblichen Steuergesetzen oder sonstigen gesetzlichen oder behördlichen Vorschriften und in Einklang mit und gemäß diesen Anleihebedingungen. Zahlungen von Steuern oder vorzeitigen Rückzahlungsgebühren sind von den Anleihegläubigern zu tragen und die Emittentin übernimmt keine Haftung hierfür.

Wobei:

"Rechtsänderung" bedeutet, dass (i) aufgrund des Inkrafttretens von Änderungen der Gesetze oder Verordnungen (einschließlich aber nicht beschränkt auf Steuergesetze) oder (ii) der Änderungen der Auslegung von gerichtlichen oder behördlichen Entscheidungen, die für die entsprechenden Gesetze oder Verordnungen relevant sind (einschließlich der Aussagen der Steuerbehörden), die Emittentin feststellt, dass die Kosten, die mit ihren Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen verbunden sind, wesentlich gestiegen sind (einschließlich aber nicht beschränkt auf Erhöhungen der Steuerverpflichtungen, der Senkung von steuerlichen Vorteilen oder anderen negativen Auswirkungen auf die steuerrechtliche Behandlung), falls solche Änderungen an oder nach dem Begebungstag wirksam werden;

"Absicherungs-Störung" bedeutet, dass die Emittentin nicht in der Lage ist, unter Anwendung wirtschaftlich vernünftiger Bemühungen, (i) Transaktionen abzuschließen, fortzuführen oder abzuwickeln bzw. Vermögenswerte zu erwerben, auszutauschen, zu halten oder zu veräußern, welche die Emittentin zur Absicherung von Preisrisiken im Hinblick auf ihre Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen für notwendig erachtet, oder sie (ii) nicht in der Lage ist, die Erlöse aus den Transaktionen bzw. Vermögenswerten zu realisieren, zurückzugewinnen oder weiterzuleiten; und

"Gestiegene Absicherungs-Kosten" bedeutet, dass die Emittentin im Vergleich zum Begebungstag einen wesentlich höheren Betrag an Steuern, Abgaben, Aufwendungen und Gebühren (außer Maklergebühren) entrichten muss, um (i) Transaktionen abzuschließen, fortzuführen oder abzuwickeln bzw. Vermögenswerte zu erwerben, auszutauschen, zu halten oder zu veräußern, welche die Emittentin zur Absicherung von Preisrisiken im Hinblick auf ihre Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen für notwendig erachtet oder (ii) Erlöse aus den Transaktionen bzw. Vermögenswerten zu realisieren, zurückzugewinnen oder weiterzuleiten, unter der Voraussetzung, dass Beträge, die sich nur erhöht haben, weil die Kreditwürdigkeit der Emittentin zurückgegangen ist, nicht als Gestiegene Absicherungs-Kosten angesehen werden.]

[Im Fall von nachrangigen Schuldverschreibungen einfügen:

([3]) *Vorzeitige Rückzahlung aus regulatorischen oder steuerlichen Gründen.* Soweit die Schuldverschreibungen nicht mehr [als nachrangiges Kapital im Sinne des § 23 Abs 8 BWG oder, nach Inkrafttreten der CRR,] als Tier 2 im Sinne des Art 60 CRR (oder einer die Kapitaladäquanz der Emittentin regelnden Nachfolgebestimmung) der Emittentin angerechnet werden oder soweit gesetzlich (insbesondere nach [§ 23 Abs 8 BWG oder] Art 60 lit j CRR) zulässig, wegen einer Änderung der geltenden steuerlichen Behandlung der Schuldverschreibungen, ist die Emittentin berechtigt, jederzeit vor dem Fälligkeitstag alle Schuldverschreibungen zu kündigen und zu ihrem Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag samt bis zum für die Rückzahlung festgesetzten Tag (ausschließlich) aufgelaufener Zinsen an die Anleihegläubiger zurückzuzahlen, vorausgesetzt, dass (i) die FMA oder eine Nachfolgebehörde oder jede andere Behörde, die für die Bankenaufsicht für Kapitaladäquanzzwecke der Emittentin verantwortlich ist, einer Rückzahlung der Schuldverschreibungen nach dieser Bestimmung vorweg zustimmt, sofern eine solche Zustimmung an dem für die Rückzahlung festgesetzten Tag zwingend erforderlich ist, (ii) die Emittentin nicht weniger als dreißig und nicht

mehr als sechzig Tage vor der beabsichtigten Rückzahlung der Schuldverschreibungen die Anleihegläubiger von der Kündigung verständigt, wobei eine solche Kündigung unwiderruflich ist, und (iii) wenn dies gesetzlich zwingend vorgesehen ist, die Emittentin zuvor Kapital in gleicher Höhe und zumindest gleicher Eigenmittelqualität beschafft hat.

Hinweis: Im Falle einer vorzeitigen Rückzahlung nach diesem Absatz ist den zuständigen Aufsichtsbehörden nachzuweisen, dass das auslösende Ereignis nicht vorhersehbar war.

- ([4])** Mit Ausnahme des § 5 (1) und (3) ist die Emittentin nicht berechtigt, die Schuldverschreibungen vor dem Fälligkeitstag zurückzuzahlen. Die Anleihegläubiger sind nicht berechtigt, die Schuldverschreibungen vor Fälligkeit zu kündigen.]

§ 6 (Zahlungen)

- (1)** *Währung.* Zahlungen von Kapital und Zinsen auf Schuldverschreibungen erfolgen in der festgelegten Währung (siehe § 1 (1)).
- (2)** *Zahlungen.* Die Zahlung von Kapital und Zinsen erfolgt, vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Vorschriften, über die Zahlstelle(n) **[bei Verwahrung bei der OeKB einfügen:** zur Weiterleitung an die Clearing Systeme] oder nach deren Anweisung durch Gutschrift auf die jeweilige für den Anleihegläubiger depotführende Stelle.
- (3)** *Zahlungen an einem Geschäftstag.* Fällt der Fälligkeitstag einer Zahlung in Bezug auf eine Schuldverschreibung auf einen Tag, der kein Geschäftstag (wie nachstehend definiert) ist, wird der Fälligkeitstag gemäß der Geschäftstag-Konvention (wie nachstehend definiert) verschoben. Sollte ein für die Zahlung von Kapital **[im Fall von nicht-angepassten Zinsperioden einfügen:** und Zinsen] vorgesehener Tag verschoben werden, haben Anleihegläubiger keinen Anspruch auf Zahlung vor dem angepassten Fälligkeitstag und sind nicht berechtigt, weitere Zinsen und sonstige Zahlungen aufgrund dieser Verschiebung zu verlangen.

[Falls die festgelegte Währung EUR ist, einfügen:

"**Geschäftstag**" ist jeder Tag (außer einem Samstag oder Sonntag), an dem (i) jedes Clearing System in Betrieb ist und (ii) alle für die Abwicklung von Zahlungen in Euro wesentlichen Teile des Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer System (TARGET2) in Betrieb sind und Zahlungen in Euro abwickeln.]

[Falls die festgelegte Währung nicht EUR ist, einfügen:

"**Geschäftstag**" ist jeder Tag (außer einem Samstag oder Sonntag), an dem (i) jedes Clearing System in Betrieb ist und (ii) die Banken in **[maßgebliche(s) Finanzzentrum(en) einfügen]** (das "**maßgebliches Finanzzentrum (oder -zentren)**") für Geschäfte (einschließlich Devisenhandelsgeschäfte und Fremdwährungseinlagengeschäfte) in der festgelegten Währung geöffnet sind.]

[Sofern Folgender-Geschäftstag-Konvention zur Anwendung kommt, einfügen:

Fällt ein im Sinne dieser Anleihebedingungen für eine Zahlung maßgeblicher Tag auf einen Tag, der kein Geschäftstag ist, wird der betreffende Tag auf den nächstfolgenden Geschäftstag verschoben.]

[Sofern Modifizierter-Folgender-Geschäftstag-Konvention zur Anwendung kommt, einfügen:

Fällt ein im Sinne dieser Anleihebedingungen für eine Zahlung maßgeblicher Tag auf einen Tag, der kein Geschäftstag ist, wird der betreffende Tag auf den nächstfolgenden Geschäftstag

verschoben, es sei denn, jener würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall wird der betreffende Tag auf den unmittelbar vorausgehenden Geschäftstag vorgezogen.]

- (4) *Bezugnahmen.* Bezugnahmen in diesen Anleihebedingungen auf das Kapital der Schuldverschreibungen schließen, soweit anwendbar, den Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen, den Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen, den Wahlrückzahlungsbetrag (Call), den Wahlrückzahlungsbetrag (Put), sowie jeden Aufschlag sowie sonstige auf oder in Bezug auf die Schuldverschreibungen fälligen Beträge mit ein.
- (5) *Gerichtliche Hinterlegung.* Die Emittentin ist berechtigt, beim zuständigen Gericht Kapitalbeträge zu hinterlegen, die von den Anleihegläubigern nicht innerhalb von zwölf Monaten nach dem maßgeblichen Fälligkeitstag beansprucht worden sind, auch wenn die Anleihegläubiger sich nicht in Annahmeverzug befinden. Soweit eine solche Hinterlegung erfolgt, und auf das Recht der Rücknahme verzichtet wird, erlöschen die Ansprüche der Anleihegläubiger gegen die Emittentin.
- (6) *Verzugszinsen.* Wenn die Emittentin eine fällige Zahlung auf die Schuldverschreibungen aus irgendeinem Grund nicht leistet, wird der ausstehende Betrag ab dem Tag der Fälligkeit (einschließlich) bis zum Tag der vollständigen Zahlung (ausschließlich) mit Verzugszinsen in Höhe von zwei Prozentpunkten über dem Basiszinssatz verzinst. Dabei ist der Basiszinssatz, der am letzten Kalendertag eines Halbjahres gilt, für das nächste Halbjahr maßgebend.

§ 7 **(Besteuerung)**

- (1) Sämtliche Zahlungen von Kapital und Zinsen in Bezug auf die Schuldverschreibungen werden ohne Einbehalt oder Abzug von Steuern, Abgaben, Festsetzungen oder behördlichen Gebühren jedweder Art (die "**Steuern**") geleistet, die von der Republik Österreich oder einer ihrer Gebietskörperschaften oder Behörden mit der Befugnis zur Erhebung von Steuern auferlegt, erhoben, eingezogen, einbehalten oder festgesetzt werden, es sei denn, ein solcher Einbehalt oder Abzug ist oder wird in Zukunft gesetzlich vorgeschrieben. In diesem Fall wird die Emittentin die betreffenden Steuern einbehalten oder abziehen, und die einbehaltenen oder abgezogenen Beträge an die zuständigen Behörden zahlen. Die Emittentin ist nicht verpflichtet, wegen eines solchen Einhalts oder Abzugs zusätzliche Beträge an Kapital und/oder Zinsen zu zahlen.
- (2) *Steuerhinweis.* Hinweise zur steuerlichen Behandlung der Inhaber der Schuldverschreibungen sind dem Basisprospekt über das Programm zur Begebung von Schuldverschreibungen vom 17.06.2013 zu entnehmen, wobei für die Aktualität der Steuerausagen keine Haftung übernommen wird.

§ 8 **(Verjährung)**

Ansprüche gegen die Emittentin auf Zahlungen hinsichtlich der Schuldverschreibungen verjähren, sofern diese nicht innerhalb von dreißig Jahren (im Falle des Kapitals) und innerhalb von drei Jahren (im Falle von Zinsen) geltend gemacht werden.

§ 9
(Beauftragte Stellen)

- (1) *Hauptzahlstelle.* Die Emittentin handelt als Hauptzahlstelle in Bezug auf die Schuldverschreibungen (die "**Hauptzahlstelle**" und zusammen mit allfällig bestellten zusätzlichen Zahlstellen, jeweils eine "**Zahlstelle**").

[Falls weitere Zahlstellen ernannt werden einfügen:

[Die zusätzliche(n) Zahlstelle(n):

Zahlstelle(n): [**Firmenwortlaut und Geschäftsanschrift der zusätzlichen Zahlstelle(n) einfügen**]]

- (2) *Berechnungsstelle.* Die [**Firmenwortlaut und Geschäftsanschrift der Berechnungsstelle einfügen**] handelt als Berechnungsstelle für die Schuldverschreibungen (die "**Berechnungsstelle**").
- (3) *Ersetzung.* Die Emittentin behält sich das Recht vor, die Ernennung der Hauptzahlstelle, allfälliger zusätzlicher Zahlstellen und der Berechnungsstelle jederzeit anders zu regeln oder zu beenden und eine andere Hauptzahlstelle oder zusätzliche oder andere Zahlstellen oder Berechnungsstellen zu ernennen. Sie wird sicherstellen, dass jederzeit (i) eine Hauptzahlstelle und eine Berechnungsstelle und (ii) eine Zahlstelle in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union, sofern dies in irgendeinem Mitgliedsstaat der Europäischen Union möglich ist, die nicht gemäß der Richtlinie 2003/48/EG des Rates oder einer anderen die Ergebnisse des Ministerrattreffens der Finanzminister der Europäischen Union vom 26.-27. November 2000 umsetzenden Richtlinie der Europäischen Union bezüglich der Besteuerung von Kapitaleinkünften oder gemäß eines Gesetzes, das eine solche Umsetzung bezweckt, zur Einbehaltung oder zum Abzug von Quellensteuern oder sonstigen Abzügen verpflichtet ist. Die Zahlstellen und die Berechnungsstelle behalten sich das Recht vor, jederzeit anstelle ihrer jeweils benannten Geschäftsstelle eine andere Geschäftsstelle in derselben Stadt oder demselben Land zu bestimmen, Mitteilungen hinsichtlich aller Veränderungen im Hinblick auf die Hauptzahlstelle, die Zahlstellen oder die Berechnungsstelle erfolgen unverzüglich durch die Emittentin gemäß § 11.
- (4) *Kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis.* Die Zahlstellen und die Berechnungsstelle handeln ausschließlich als Beauftragte der Emittentin und übernehmen keine Verpflichtungen gegenüber den Anleihegläubigern; es wird dadurch kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis zwischen ihnen und den Anleihegläubigern begründet. Die Emittentin kann sich bei Ausübung ihrer Rechte gemäß diesen Anleihebedingungen der Zahlstellen und/oder der Berechnungsstelle bedienen.
- (5) *Verbindlichkeit der Festsetzungen.* Alle Bescheinigungen, Mitteilungen, Gutachten, Festsetzungen, Berechnungen, Quotierungen und Entscheidungen, die von der Emittentin, einer Zahlstelle und/oder der Berechnungsstelle für die Zwecke dieser Anleihebedingungen gemacht, abgegeben, getroffen oder eingeholt werden, sind (sofern nicht ein offensichtlicher Irrtum vorliegt) für die Emittentin, die Zahlstelle(n) und die Anleihegläubiger bindend.
- (6) *Haftungsausschluss.* Weder die Zahlstelle(n), noch die Berechnungsstelle übernehmen eine Haftung für irgendeinen Irrtum oder eine Unterlassung oder irgendeine darauf beruhende nachträgliche Korrektur in der Berechnung oder Veröffentlichung irgendeines Betrags oder einer Festlegung in Bezug auf die Schuldverschreibungen, außer im Falle von grober Fahrlässigkeit und Vorsatz.

§ 10
(Schuldnerersetzung)

- (1) *Ersetzung.* Die Emittentin ist jederzeit berechtigt, ohne Zustimmung der Anleihegläubiger eine andere Gesellschaft, die direkt oder indirekt von der Emittentin kontrolliert wird, als neue Emittentin für alle sich aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen ergebenden Verpflichtungen mit schuldbefreiender Wirkung für die Emittentin an die Stelle der Emittentin zu setzen (die "**Neue Emittentin**"), sofern
- (a) die Neue Emittentin sämtliche Verpflichtungen der Emittentin aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen übernimmt;
 - (b) die Emittentin, sofern eine Zustellung an die Neue Emittentin außerhalb der Republik Österreich erfolgen müsste, einen Zustellungsbevollmächtigten in der Republik Österreich bestellt;
 - (c) die Neue Emittentin sämtliche für die Schuldnerersetzung und die Erfüllung der Verpflichtungen aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen erforderlichen Genehmigungen erhalten hat;
 - (d) die Emittentin unbeding und unwiderruflich die Verpflichtungen der Neuen Emittentin aus den Schuldverschreibungen zu Bedingungen garantiert, die sicherstellen, dass jeder Anleihegläubiger wirtschaftlich mindestens so gestellt wird, wie er ohne die Ersetzung stehen würde; und
 - (e) die Neue Emittentin in der Lage ist, sämtliche zur Erfüllung der aufgrund der Schuldverschreibungen bestehenden Zahlungsverpflichtungen erforderlichen Beträge in der festgelegten Währung [**bei Verwahrung bei der OeKB einfügen:** an das Clearing System] zu zahlen, und zwar ohne Abzug oder Einbehalt von Steuern oder sonstigen Abgaben jedweder Art, die von dem Land (oder den Ländern), in dem (in denen) die Neue Emittentin ihren Sitz oder Steuersitz hat, auferlegt, erhoben oder eingezogen werden.
- (2) *Bezugnahmen.*
- (a) Im Fall einer Schuldnerersetzung gemäß § 10 (1) gilt jede Bezugnahme in diesen Anleihebedingungen auf die "Emittentin" als eine solche auf die "Neue Emittentin" und jede Bezugnahme auf die Republik Österreich als eine solche auf den Staat, in welchem die Neue Emittentin steuerlich ansässig ist.
 - (b) In § 7 gilt, falls eine solche Bezugnahme aufgrund des vorhergehenden Absatzes fehlen würde, eine alternative Bezugnahme auf die Republik Österreich als aufgenommen (zusätzlich zu der Bezugnahme nach Maßgabe des vorstehenden Satzes auf den Staat, in welchem die Neue Emittentin steuerlich ansässig ist).
 - (3) *Bekanntmachung und Wirksamwerden der Ersetzung.* Die Ersetzung der Emittentin ist gemäß § 11 mitzuteilen. Mit der Mitteilung über die Ersetzung wird die Ersetzung wirksam und die Emittentin und im Fall einer wiederholten Anwendung dieses § 10 jede frühere neue Emittentin von ihren sämtlichen Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen frei (unbeschadet der Garantie gemäß § 10 (1) (d). Im Fall einer solchen Schuldnerersetzung wird ein Nachtrag zu dem Prospekt mit einer Beschreibung der neuen Emittentin erstellt.

§ 11 (Mitteilungen)

- (1) *Mitteilungen.* Die Schuldverschreibungen betreffende Mitteilungen, die zwingend in einer Tageszeitung in Österreich veröffentlicht werden müssen, werden im Amtsblatt zur Wiener Zeitung veröffentlicht oder, falls diese ihr Erscheinen einstellt, in einer anderen Tageszeitung mit Verbreitung in ganz Österreich. Die Schuldverschreibungen betreffende Mitteilungen, die nicht zwingend in einer Tageszeitung veröffentlicht werden müssen, sind wirksam erfolgt, wenn diese auf der Website [**Webseite einfügen**] abgerufen werden können oder wenn sie den Anleihegläubigern direkt oder über die für sie maßgeblichen depotführenden Stellen zugeleitet werden.

[Im Fall der Verwahrung bei der OeKB einfügen:

- (2) *Mitteilung an das Clearing System.* Die Emittentin ist berechtigt, eine Zeitungsveröffentlichung nach § 11 (1) durch eine Mitteilung an das Clearing System (gemäß § 1 (4)) zur Weiterleitung an die Anleihegläubiger zu ersetzen.]

§ 12 (Unwirksamkeit. Änderungen)

- (1) *Salvatorische Klausel.* Sollten zu irgendeinem Zeitpunkt eine oder mehrere der Bestimmungen der Anleihebedingungen unwirksam, unrechtmäßig oder undurchsetzbar gemäß dem Recht eines Staates sein oder werden, dann sind diese Bestimmungen im Hinblick auf die betreffende Jurisdiktion nur im notwendigen Ausmaß unwirksam, ohne die Gültigkeit, Rechtmäßigkeit und Durchsetzbarkeit der verbleibenden Bestimmungen der Anleihebedingungen zu berühren oder zu verhindern.
- (2) *Änderungen.* Die Emittentin ist berechtigt, in diesen Anleihebedingungen ohne Zustimmung der Anleihegläubiger offensichtliche Schreib- oder Rechenfehler oder sonstige offensichtliche Irrtümer zu berichtigen, widersprüchliche oder lückenhafte Bestimmungen zu ändern bzw zu ergänzen, wobei nur solche Änderungen bzw Ergänzungen zulässig sind, die unter Berücksichtigung der Interessen der Emittentin für die Anleihegläubiger zumutbar sind, dh deren finanzielle Situation nicht wesentlich verschlechtern. Eine Pflicht zur Bekanntmachung von Änderungen bzw Ergänzungen dieser Bedingungen besteht nicht, soweit die finanzielle Situation der Anleihegläubiger nicht wesentlich verschlechtert wird. Im Falle von Schuldverschreibungen, die als aufsichtsrechtliche Eigenmittel angerechnet werden, darf sich durch Änderungen und/oder Ergänzungen keine Änderung der Qualität der Eigenmittel ergeben.

§ 13 (Begebung weiterer Schuldverschreibungen und Ankauf)

- (1) *Begebung weiterer Schuldverschreibungen.* Die Emittentin ist jederzeit berechtigt, ohne Zustimmung der Anleihegläubiger weitere Schuldverschreibungen mit den gleichen Bedingungen (gegebenenfalls mit Ausnahme des Begebungstages, des Verzinsungsbeginns und/oder des Ausgabepreises) in der Weise zu begeben, dass sie mit den Schuldverschreibungen eine einheitliche Serie bilden.
- (2) *Ankauf.* Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit Schuldverschreibungen im Markt oder anderweitig zu jedem beliebigen Preis zu kaufen. Die von der Emittentin erworbenen

Schuldverschreibungen können nach Wahl der Emittentin von ihr gehalten, weiterverkauft oder bei der Zahlstelle zur Entwertung eingereicht werden. **[Im Fall von nachrangigen Schuldverschreibungen einfügen:** Der Ankauf der Schuldverschreibungen ist allenfalls nur im Rahmen bestimmter gesetzlicher Beschränkungen zulässig.]

§ 14

(Anwendbares Recht. Erfüllungsort. Gerichtsstand)

- (1) *Anwendbares Recht. Erfüllungsort.* Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die vertraglichen und außervertraglichen Rechte und Pflichten der Anleihegläubiger und der Emittentin im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen bestimmen sich ausschließlich nach dem Recht der Republik Österreich unter Ausschluss seiner Regelungen des internationalen Privatrechts soweit diese die Anwendbarkeit fremden Rechts zur Folge hätten. Erfüllungsort ist Salzburg, Republik Österreich.
- (2) *Gerichtsstand.* Nicht-ausschließlicher Gerichtsstand für alle sich aus den in diesen Anleihebedingungen geregelten Rechtsverhältnissen ergebenden Rechtsstreitigkeiten mit der Emittentin ist, soweit gesetzlich zulässig, Salzburg, Österreich. Die Gerichtsstandsvereinbarung beschränkt nicht das Recht eines Anleihegläubigers, wenn und soweit durch anwendbare Gesetze angeordnet, Verfahren vor einem Verbrauchergerichtsstand anzustrengen.

6.1.2 Variante 2 – Nullkupon-Anleihe

§ 1

(Währung. Form. Emissionsart. Stückelung. Verbriefung. Verwahrung)

- (1) *Währung. Stückelung.* Die Volksbank Salzburg eG (die "**Emittentin**") begibt gemäß den Bestimmungen dieser Anleihebedingungen (die "**Anleihebedingungen**") am (oder ab dem) **[Datum des (Erst-)Begebungstags einfügen]** (der "**Begebungstag**") Schuldverschreibungen (die "**Schuldverschreibungen**") in **[festgelegte Währung einfügen]** (die "**festgelegte Währung**") im Gesamtnennbetrag von [bis zu] **[Gesamtnennbetrag einfügen]** (in Worten: **[Gesamtnennbetrag in Worten einfügen]**) und mit einem Nennbetrag von je **[Nennbetrag einfügen]** (der "**Nennbetrag**").
- (2) *Form.* Die Schuldverschreibungen lauten auf den Inhaber.
- (3) *Dauerglobalurkunde.* Die Schuldverschreibungen sind in einer Dauerglobalurkunde (die "**Dauerglobalurkunde**" oder die "**Globalurkunde**") gemäß § 24 lit b Depotgesetz verbrieft. Die Dauerglobalurkunde trägt die eigenhändigen oder faksimilierten Unterschriften von zwei vertretungsberechtigten Personen der Emittentin oder deren Bevollmächtigten und ist nach Wahl der Emittentin von der Hauptzahlstelle oder in deren Namen mit einer Kontrollunterschrift versehen. Einzelurkunden werden nicht ausgegeben.

[Im Fall der Verwahrung bei der Emittentin einfügen:

- (4) *Verwahrung.* Die Globalurkunde wird so lange bei der Emittentin zur Sammelverwahrung hinterlegt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen erfüllt sind. Der Anleger ist verpflichtet, ein Depot bei der Emittentin zu eröffnen. Die Schuldverschreibungen können weder von Anlegern ohne Depot bei der Emittentin erworben noch auf ein Depot bei einem anderen Kreditinstitut übertragen werden. Daher ist die Übertragbarkeit der Schuldverschreibungen eingeschränkt.]

[Im Fall der Verwahrung bei der OeKB einfügen:

- (4) *Verwahrung.* Jede Globalurkunde wird von einem oder im Namen eines Clearing Systems verwahrt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen erfüllt sind. "**Clearing System**" meint die Wertpapiersammelbank der Oesterreichischen Kontrollbank Aktiengesellschaft (CentralSecuritiesDepository.Austria – "**CSD.Austria**") mit der Geschäftsanschrift 1011 Wien, Strauchgasse 3 sowie jeder Funktionsnachfolger.]
- (5) *Anleihegläubiger.* "**Anleihegläubiger**" bezeichnet jeden Inhaber von Miteigentumsanteilen oder anderen vergleichbaren Rechten an einer Globalurkunde, die in Übereinstimmung mit anwendbarem Recht [und den Bestimmungen des Clearing Systems] auf einen neuen Anleihegläubiger übertragen werden können.

§ 2 (Rang)

[Falls die Schuldverschreibungen nicht-nachrangig sind, einfügen:

Rang – nicht-nachrangig. Die Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen begründen direkte, unbedingte, unbesicherte und nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, haben untereinander den gleichen Rang und stehen im gleichen Rang mit allen anderen bestehenden und zukünftigen direkten, unbedingten, unbesicherten und nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, soweit diesen Verbindlichkeiten nicht durch zwingende gesetzliche Bestimmungen ein Vorrang eingeräumt wird.]

[Falls die Schuldverschreibungen nachrangig sind, einfügen:

- (1) *Rang – nachrangige Schuldverschreibungen.* Die Schuldverschreibungen stellen [nachrangiges Kapital gemäß § 23 Abs 8 Bankwesengesetz ("**BWG**") und zukünftig] Instrumente des Ergänzungskapitals ("**Tier 2**") gemäß Art 60 der vom Europäischen Parlament am 16.04.2013 festgelegten Fassung der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (*Capital Requirements Regulation*⁷ - "**CRR**") dar und unterliegen jeweils den dortigen Bestimmungen und Beschränkungen. Die Schuldverschreibungen begründen direkte, unbedingte, unbesicherte und nachrangige (gemäß [§ 45 Abs 4 BWG und] Art 60 lit d CRR) Verbindlichkeiten der Emittentin und haben den gleichen Rang untereinander und im Verhältnis zu allen anderen direkten, unbedingten, unbesicherten und nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, ausgenommen solche nachrangige Verbindlichkeiten, die ausdrücklich als nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen bezeichnet werden. Im Falle der Liquidation oder der Insolvenz der Emittentin stehen die Zahlungsverpflichtungen der Emittentin gemäß den Schuldverschreibungen im Rang nach den nicht-nachrangigen Gläubigern der Emittentin, aber zumindest im gleichen Rang mit allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, welche nicht gemäß deren Bedingungen nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen sind, und vorrangig gegenüber den Ansprüchen der Genossenschafter und der Inhaber von Partizipationsscheinen der Emittentin.

Hinweis: Auf das Risiko einer gesetzlichen Verlustbeteiligungspflicht der Anleihegläubiger wird hingewiesen. Siehe dazu insbesondere den Risikofaktor "Anleihegläubiger sind dem Risiko einer gesetzlichen Verlustbeteiligungspflicht ausgesetzt." auf Seite 49f des Prospektes. Diese Risikofaktoren bilden jene Risiken ab, die zum Zeitpunkt der Begebung bestanden haben und werden danach nicht laufend aktualisiert.

- (2) Für die Rechte der Anleihegläubiger aus den Schuldverschreibungen darf diesen keine vertragliche Sicherheit durch die Emittentin oder durch Dritte gestellt werden; eine solche Sicherheit wird auch zu keinem Zeitpunkt gestellt werden. Rückerstattungsansprüche der Anleihegläubiger dürfen nicht gegen Forderungen der Emittentin aufgerechnet werden.

⁷ Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 16.04.2013 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EU) Nr. .../2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen, wie am Tag der Prospektbilligung veröffentlicht. Diese Fassung kann sich bis zum Inkrafttreten der CRR und danach ändern.

Nachträglich können der Nachrang gemäß diesem § 2 nicht beschränkt sowie die Laufzeit dieser Schuldverschreibungen nicht verkürzt werden.]

§ 3 (Zinsen)

Keine periodischen Zinszahlungen. Es erfolgen keine laufenden Zinszahlungen auf die Schuldverschreibungen.

§ 4 (Rückzahlung)

Rückzahlung bei Endfälligkeit. Die Schuldverschreibungen werden, soweit sie nicht zuvor bereits ganz oder teilweise zurückgezahlt oder zurückgekauft wurden, am **[Endfälligkeitstag einfügen]** (der "Endfälligkeitstag") zu ihrem Rückzahlungsbetrag von **[Rückzahlungsbetrag einfügen]** (der "Rückzahlungsbetrag") zurückgezahlt.

§ 5 (Vorzeitige Kündigung / Rückzahlung)

[Sofern die Emittentin das Wahlrecht hat, die Schuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen, einfügen:

- (1) *Vorzeitige Kündigung nach Wahl der Emittentin.* Es steht der Emittentin frei, die Schuldverschreibungen an den nachfolgend angeführten Wahlrückzahlungstagen (Call) (jeweils ein "**Wahlrückzahlungstag (Call)**") vollständig oder teilweise zu den nachstehend angeführten Wahlrückzahlungsbeträgen (Call) (jeweils ein "**Wahlrückzahlungsbetrag (Call)**") zurückzuzahlen.

Wahlrückzahlungstag(e) (Call)

[]

[]

Wahlrückzahlungsbeträge (Call)

[]

[]

Die Kündigung ist den Anleihegläubigern mindestens **[Kündigungsfrist (Call) einfügen]** Geschäftstage (wie in § 6 definiert) vor dem maßgeblichen Wahlrückzahlungstag (Call) gemäß § 11 mitzuteilen (wobei diese Erklärung den für die Rückzahlung der Schuldverschreibungen festgelegten Wahlrückzahlungstag (Call) angeben muss).

Im Fall einer Teilrückzahlung von Schuldverschreibungen werden die zurückzuzahlenden Schuldverschreibungen spätestens 30 Tage vor dem zur Rückzahlung festgelegten Datum **[bei Verwahrung bei der OeKB einfügen:** in Übereinstimmung mit den Regeln und Verfahrensabläufen des jeweiligen Clearing Systems] ausgewählt.]

[Sofern nur die Emittentin das Wahlrecht hat, die Schuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen, die Anleihegläubiger aber kein Kündigungsrecht haben, einfügen:

Wichtiger Hinweis: Anleger sollten beachten, dass Anleihegläubiger dort, wo die Schuldverschreibungsbedingungen nur der Emittentin ein vorzeitiges Kündigungsrecht einräumen, gewöhnlich eine höhere Rendite für ihre Schuldverschreibungen erhalten als sie

bekämen, wenn auch die Anleihegläubiger berechtigt wären, die Schuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen. Der Ausschluss des Rechts der Anleihegläubiger, diese vor ihrer Fälligkeit zu kündigen (ordentliches Kündigungsrecht), ist oftmals eine Voraussetzung dafür, dass die Emittentin das ihr aus den Schuldverschreibungen entstehende Risiko absichern kann. Wäre die ordentliche Kündigung der Schuldverschreibungen durch die Anleihegläubiger nicht ausgeschlossen, wäre die Emittentin gar nicht in der Lage, die Schuldverschreibungen zu begeben, oder die Emittentin würde die Kosten einer eventuell möglichen Kündigung der Absicherung in den Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen einberechnen (müssen), womit die Rendite, die die Anleihegläubiger auf diese Schuldverschreibungen erhalten, sinken würde. Im konkreten Fall bemisst sich die Differenz zwischen den Absicherungskosten der gegenständlichen Emission und jenen einer hypothetischen Emission ohne Kündigungsrechtsausschluss auf Basis von Quotierungen von im Bereich der Absicherungsgeschäfte (Hedging) tätigen Kreditinstituten auf etwa [●] bis [●] Basispunkte (der "**Differenzbetrag**") und vergleichbare hypothetische Schuldverschreibungen, deren Wert berechnet bzw. deren theoretische Absicherungskosten von in diesem Geschäftsbereich tätigen Kreditinstituten ermittelt wurden, würden daher in diesem entsprechenden Ausmaß für die Emittentin teurer sein und eine entsprechende Reduzierung der Rendite zur Folge haben.

Die Information potentieller Anleger über diesen Differenzbetrag soll es ihnen erleichtern, die gegenständlichen Schuldverschreibungen mit anderen Schuldverschreibungen oder Anlageprodukten, bei denen die vorzeitige Kündigung durch Anleihegläubiger nicht ausgeschlossen ist, zu vergleichen, um eine Entscheidung darüber zu treffen, ob die von der Emittentin versprochene höhere Rendite den Verzicht auf eine vorzeitige Kündigung durch die Anleihegläubiger aufwiegt. Jeder Anleger sollte daher sorgfältig überlegen, wie schwer der Nachteil eines ausschließlich der Emittentin zustehenden vorzeitigen Kündigungsrechts für ihn wiegt und ob dieser Nachteil durch die vergleichsweise höhere Rendite für ihn aufgewogen wird. Falls ein Anleger zu der Auffassung gelangt, dass dies nicht der Fall ist, sollte er nicht in die Schuldverschreibungen investieren.]

[Sofern die Emittentin kein Wahlrecht hat, die Schuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen, einfügen:

- (1) *Keine Vorzeitige Kündigung der Schuldverschreibungen nach Wahl der Emittentin.* Eine vorzeitige Kündigung der Schuldverschreibungen nach Wahl der Emittentin ist ausgeschlossen.]

[Sofern die Anleihegläubiger ein Wahlrecht zur vorzeitigen Kündigung der Schuldverschreibungen haben, einfügen:

- (2) *Vorzeitige Kündigung nach Wahl der Anleihegläubiger.* Die Emittentin hat, sofern ein Anleihegläubiger der Emittentin die entsprechende Absicht mindestens **[Mindestkündigungsfrist (Put) einfügen]** und höchstens **[Höchstkündigungsfrist (Put) einfügen]** Geschäftstage (wie in § 6 definiert) im Voraus mitteilt, die maßgeblichen Schuldverschreibungen dieses Anleihegläubigers an einem der nachstehenden Wahlrückzahlungstage (Put) (jeweils ein "**Wahlrückzahlungstag (Put)**") zu ihrem maßgeblichen Wahlrückzahlungsbetrag (Put) wie nachstehend definiert (der "**Wahlrückzahlungsbetrag (Put)**") zurückzuzahlen.

Wahlrückzahlungstage (Put)

[]

[]

Wahlrückzahlungsbeträge (Put)

[]

[]

Um dieses Recht auszuüben, muss der Anleihegläubiger eine ordnungsgemäß ausgefüllte Ausübungserklärung in der bei der Zahlstelle und der Emittentin erhältlichen Form abgeben. Ein Widerruf einer erfolgten Ausübung dieses Rechts ist nicht möglich.]

[Sofern die Anleihegläubiger kein Wahlrecht haben, die Schuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen, einfügen:

- (2) *Keine Vorzeitige Kündigung nach Wahl der Anleihegläubiger.* Eine vorzeitige Kündigung der Schuldverschreibungen nach Wahl der Anleihegläubiger ist nicht vorgesehen.]

[Sofern "Vorzeitige Rückzahlung bei Vorliegen einer Rechtsänderung, einer Absicherungs-Störung und/oder Gestiegenen Absicherungs-Kosten" anwendbar ist, einfügen:

- (3) *Vorzeitige Rückzahlung bei Vorliegen einer Rechtsänderung, einer Absicherungs-Störung und/oder Gestiegenen Absicherungs-Kosten.* Die Emittentin kann die Schuldverschreibungen jederzeit vor dem Endfälligkeitstag bei Vorliegen einer Rechtsänderung und/oder, Absicherungs-Störung und/oder Gestiegenen Absicherungs-Kosten (wie jeweils nachstehend definiert) zu ihrem Amortisationsbetrag (wie nachstehend definiert) vorzeitig zurückzahlen. Die Emittentin wird die Schuldverschreibungen vollständig (aber nicht nur teilweise) am zweiten Geschäftstag (wie in § 6 definiert) zurückzahlen, nach dem die Benachrichtigung der vorzeitigen Rückzahlung gemäß § 11 erfolgt ist, vorausgesetzt, dass dieser Tag nicht später als zwei Geschäftstage vor dem Endfälligkeitstag liegt (der "**Vorzeitige Rückzahlungstag**") und wird den vorzeitigen Rückzahlungsbetrag im Hinblick auf die Schuldverschreibungen an die Anleihegläubiger zahlen oder eine entsprechende Zahlung veranlassen, im Einklang mit den maßgeblichen Steuergesetzen oder sonstigen gesetzlichen oder behördlichen Vorschriften und in Einklang mit und gemäß diesen Anleihebedingungen. Zahlungen von Steuern oder vorzeitigen Rückzahlungsgebühren sind von den Anleihegläubigern zu tragen und die Emittentin übernimmt keine Haftung hierfür.

Wobei:

"Rechtsänderung" bedeutet, dass (i) aufgrund des Inkrafttretens von Änderungen der Gesetze oder Verordnungen (einschließlich aber nicht beschränkt auf Steuergesetze) oder (ii) der Änderungen der Auslegung von gerichtlichen oder behördlichen Entscheidungen, die für die entsprechenden Gesetze oder Verordnungen relevant sind (einschließlich der Aussagen der Steuerbehörden), die Emittentin feststellt, dass die Kosten, die mit ihren Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen verbunden sind, wesentlich gestiegen sind (einschließlich aber nicht beschränkt auf Erhöhungen der Steuerverpflichtungen, der Senkung von steuerlichen Vorteilen oder anderen negativen Auswirkungen auf die steuerrechtliche Behandlung), falls solche Änderungen an oder nach dem Begebungstag wirksam werden;

"Absicherungs-Störung" bedeutet, dass die Emittentin nicht in der Lage ist, unter Anwendung wirtschaftlich vernünftiger Bemühungen, (i) Transaktionen abzuschließen, fortzuführen oder abzuwickeln bzw. Vermögenswerte zu erwerben, auszutauschen, zu halten oder zu veräußern, welche die Emittentin zur Absicherung von Preisrisiken im Hinblick auf ihre Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen für notwendig erachtet, oder sie (ii) nicht in der Lage ist, die Erlöse aus den Transaktionen bzw. Vermögenswerten zu realisieren, zurückzugewinnen oder weiterzuleiten;

"Gestiegene Absicherungs-Kosten" bedeutet, dass die Emittentin im Vergleich zum Begebungstag einen wesentlich höheren Betrag an Steuern, Abgaben, Aufwendungen und Gebühren (außer Maklergebühren) entrichten muss, um (i) Transaktionen abzuschließen, fortzuführen oder abzuwickeln bzw. Vermögenswerte zu erwerben, auszutauschen, zu halten oder zu veräußern, welche die Emittentin zur Absicherung von Preisrisiken im Hinblick auf ihre Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen für notwendig erachtet oder (ii) Erlöse aus den

Transaktionen bzw. Vermögenswerten zu realisieren, zurückzugewinnen oder weiterzuleiten, unter der Voraussetzung, dass Beträge, die sich nur erhöht haben, weil die Kreditwürdigkeit der Emittentin zurückgegangen ist, nicht als Gestiegene Absicherungs-Kosten angesehen werden; und

"Amortisationsbetrag" meint den vorgesehenen Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibung am Endfälligkeitstag, abgezinst mit einem jährlichen Satz (als Prozentsatz ausgedrückt) in Höhe eines Satzes, der einem Amortisationsbetrag in Höhe des Ausgabepreises der Schuldverschreibungen entspräche, würden diese am Begebungstag auf ihren Emissionspreis abgezinst, auf Basis einer jährlichen Verzinsung bereits aufgelaufener Zinsen. Ist eine solche Rechnung für einen Zeitraum von weniger als einem Jahr aufzustellen, so liegt ihr der Zinstagequotient zugrunde.]

[Im Fall von nachrangigen Schuldverschreibungen einfügen:

([3]) *Vorzeitige Rückzahlung aus regulatorischen oder steuerlichen Gründen.* Soweit die Schuldverschreibungen nicht mehr [als nachrangiges Kapital im Sinne des § 23 Abs 8 BWG oder, nach Inkrafttreten der CRR,] als Tier 2 im Sinne des Art 60 CRR (oder einer die Kapitaladäquanz der Emittentin regelnden Nachfolgebestimmung) der Emittentin angerechnet werden oder soweit gesetzlich (insbesondere nach [§ 23 Abs 8 BWG oder] Art 60 lit j CRR) zulässig, wegen einer Änderung der geltenden steuerlichen Behandlung der Schuldverschreibungen, ist die Emittentin berechtigt, jederzeit vor dem Fälligkeitstag alle Schuldverschreibungen zu kündigen und zu ihrem Amortisationsbetrag (wie nachstehend definiert) an die Anleihegläubiger zurückzuzahlen, vorausgesetzt, dass (i) die FMA oder eine Nachfolgebehörde oder jede andere Behörde, die für die Bankenaufsicht für Kapitaladäquanzzwecke der Emittentin verantwortlich ist, einer Rückzahlung der Schuldverschreibungen nach dieser Bestimmung vorweg zustimmt, sofern eine solche Zustimmung an dem für die Rückzahlung festgesetzten Tag zwingend erforderlich ist, (ii) die Emittentin nicht weniger als dreißig und nicht mehr als sechzig Tage vor der beabsichtigten Rückzahlung der Schuldverschreibungen die Anleihegläubiger von der Kündigung verständigt, wobei eine solche Kündigung unwiderruflich ist, und (iii) wenn dies gesetzlich zwingend vorgesehen ist, die Emittentin zuvor Kapital in gleicher Höhe und zumindest gleicher Eigenmittelqualität beschafft hat.

Hinweis: Im Falle einer vorzeitigen Rückzahlung nach diesem Absatz ist den zuständigen Aufsichtsbehörden nachzuweisen, dass das auslösende Ereignis nicht vorhersehbar war

wobei:

"Amortisationsbetrag" meint den vorgesehenen Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibung am Endfälligkeitstag, abgezinst mit einem jährlichen Satz (als Prozentsatz ausgedrückt) in Höhe eines Satzes, der einem Amortisationsbetrag in Höhe des Ausgabepreises der Schuldverschreibungen entspräche, würden diese am Begebungstag auf ihren Emissionspreis abgezinst, auf Basis einer jährlichen Verzinsung bereits aufgelaufener Zinsen. Ist eine solche Rechnung für einen Zeitraum von weniger als einem Jahr aufzustellen, so liegt ihr der Zinstagequotient zugrunde.

([4]) Mit Ausnahme des § 5 (1) und (3) ist die Emittentin nicht berechtigt, die Schuldverschreibungen vor dem Fälligkeitstag zurückzuzahlen. Die Anleihegläubiger sind nicht berechtigt, die Schuldverschreibungen vor Fälligkeit zu kündigen.]

§ 6 (Zahlungen)

- (1) *Währung.* Zahlungen von Kapital auf Schuldverschreibungen erfolgen in der festgelegten Währung (siehe § 1 (1)).
- (2) *Zahlungen.* Die Zahlung von Kapital erfolgt, vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Vorschriften, über die Zahlstelle(n) [**bei Verwahrung bei der OeKB einfügen:** zur Weiterleitung an die Clearing Systeme] oder nach deren Anweisung durch Gutschrift auf die jeweilige für den Anleihegläubiger depotführende Stelle.
- (3) *Zahlungen an einem Geschäftstag.* Fällt der Fälligkeitstag einer Zahlung in Bezug auf eine Schuldverschreibung auf einen Tag, der kein Geschäftstag (wie nachstehend definiert) ist, wird der Fälligkeitstag gemäß der Geschäftstag-Konvention (wie nachstehend definiert) verschoben. Sollte ein für die Zahlung von Kapital vorgesehener Tag verschoben werden, haben Anleihegläubiger keinen Anspruch auf Zahlung vor dem angepassten Fälligkeitstag und sind nicht berechtigt, sonstige Zahlungen aufgrund dieser Verschiebung zu verlangen.

[Falls die festgelegte Währung EUR ist, einfügen:

"**Geschäftstag**" ist jeder Tag (außer einem Samstag oder Sonntag), an dem (i) jedes Clearing System in Betrieb ist und (ii) alle für die Abwicklung von Zahlungen in Euro wesentlichen Teile des Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer System (TARGET2) in Betrieb sind und Zahlungen in Euro abwickeln.]

[Falls die festgelegte Währung nicht EUR ist, einfügen:

"**Geschäftstag**" ist jeder Tag (außer einem Samstag oder Sonntag), an dem (i) jedes Clearing System in Betrieb ist und (ii) die Banken in [**maßgebliche(s) Finanzzentrum(en) einfügen**] (das "**maßgebliches Finanzzentrum (oder –zentren)**") für Geschäfte (einschließlich Devisenhandelsgeschäfte und Fremdwährungseinlagengeschäfte) in der festgelegten Währung geöffnet sind.]

[Sofern Folgender-Geschäftstag-Konvention zur Anwendung kommt, einfügen:

Fällt ein im Sinne dieser Anleihebedingungen für eine Zahlung maßgeblicher Tag auf einen Tag, der kein Geschäftstag ist, wird der betreffende Tag auf den nächstfolgenden Geschäftstag verschoben.]

[Sofern Modifizierter-Folgender-Geschäftstag-Konvention zur Anwendung kommt, einfügen:

Fällt ein im Sinne dieser Anleihebedingungen für eine Zahlung maßgeblicher Tag auf einen Tag, der kein Geschäftstag ist, wird der betreffende Tag auf den nächstfolgenden Geschäftstag verschoben, es sei denn, jener würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall wird der betreffende Tag auf den unmittelbar vorausgehenden Geschäftstag vorgezogen.]

- (4) *Bezugnahmen.* Bezugnahmen in diesen Anleihebedingungen auf das Kapital der Schuldverschreibungen schließen, soweit anwendbar, den Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen, den Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen, den Wahrrückzahlungsbetrag (Call), den Wahrrückzahlungsbetrag (Put), sowie jeden Aufschlag sowie sonstige auf oder in Bezug auf die Schuldverschreibungen fälligen Beträge mit ein.
- (5) *Gerichtliche Hinterlegung.* Die Emittentin ist berechtigt, beim zuständigen Gericht Kapitalbeträge zu hinterlegen, die von den Anleihegläubigern nicht innerhalb von zwölf Monaten nach dem maßgeblichen Fälligkeitstag beansprucht worden sind, auch wenn die Anleihegläubiger sich nicht in Annahmeverzug befinden. Soweit eine solche Hinterlegung erfolgt, und auf das Recht der Rücknahme verzichtet wird, erlöschen die Ansprüche der Anleihegläubiger gegen die Emittentin.

- (6) *Verzugszinsen.* Wenn die Emittentin eine fällige Zahlung auf die Schuldverschreibungen aus irgendeinem Grund nicht leistet, wird der ausstehende Betrag ab dem Tag der Fälligkeit (einschließlich) bis zum Tag der vollständigen Zahlung (ausschließlich) mit Verzugszinsen in Höhe von zwei Prozentpunkten über dem Basiszinssatz verzinst. Dabei ist der Basiszinssatz, der am letzten Kalendertag eines Halbjahres gilt, für das nächste Halbjahr maßgebend.

§ 7 (Besteuerung)

- (1) Sämtliche Zahlungen von Kapital in Bezug auf die Schuldverschreibungen werden ohne Einbehalt oder Abzug von Steuern, Abgaben, Festsetzungen oder behördlichen Gebühren jedweder Art (die "**Steuern**") geleistet, die von der Republik Österreich oder einer ihrer Gebietskörperschaften oder Behörden mit der Befugnis zur Erhebung von Steuern auferlegt, erhoben, eingezogen, einbehalten oder festgesetzt werden, es sei denn, ein solcher Einbehalt oder Abzug ist oder wird in Zukunft gesetzlich vorgeschrieben. In diesem Fall wird die Emittentin die betreffenden Steuern einbehalten oder abziehen, und die einbehaltenen oder abgezogenen Beträge an die zuständigen Behörden zahlen. Die Emittentin ist nicht verpflichtet, wegen eines solchen Einhalts oder Abzugs zusätzliche Beträge an Kapital zu zahlen.
- (2) *Steuerhinweis.* Hinweise zur steuerlichen Behandlung der Inhaber der Schuldverschreibungen sind dem Basisprospekt über das Programm zur Begebung von Schuldverschreibungen vom 17.06.2013 zu entnehmen, wobei für die Aktualität der Steuerausagen keine Haftung übernommen wird.

§ 8 (Verjährung)

Ansprüche gegen die Emittentin auf Zahlungen hinsichtlich der Schuldverschreibungen verjähren, sofern diese nicht innerhalb von dreißig Jahren geltend gemacht werden.

§ 9 (Beauftragte Stellen)

- (1) *Hauptzahlstelle.* Die Emittentin handelt als Hauptzahlstelle in Bezug auf die Schuldverschreibungen (die "**Hauptzahlstelle**" und zusammen mit allfällig bestellten zusätzlichen Zahlstellen, jeweils eine "**Zahlstelle**").

[Falls weitere Zahlstellen ernannt werden einfügen:

[Die zusätzliche(n) Zahlstelle(n):

Zahlstelle(n): **[Firmenwortlaut und Geschäftsanschrift der zusätzlichen Zahlstelle(n) einfügen]]**

- (2) *Berechnungsstelle.* Die **[Firmenwortlaut und Geschäftsanschrift der Berechnungsstelle einfügen]** handelt als Berechnungsstelle für die Schuldverschreibungen (die "**Berechnungsstelle**").
- (3) *Ersetzung.* Die Emittentin behält sich das Recht vor, die Ernennung der Hauptzahlstelle, allfälliger zusätzlicher Zahlstellen und der Berechnungsstelle jederzeit anders zu regeln oder zu beenden und eine andere Hauptzahlstelle oder zusätzliche oder andere Zahlstellen oder Berechnungsstellen zu ernennen. Sie wird sicherstellen, dass jederzeit (i) eine Hauptzahlstelle und eine Berechnungsstelle und (ii) eine Zahlstelle in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union, sofern dies in irgendeinem Mitgliedsstaat der Europäischen Union möglich ist, die nicht gemäß der Richtlinie 2003/48/EG des Rates oder einer anderen die Ergebnisse des

Ministerrattreffens der Finanzminister der Europäischen Union vom 26.-27. November 2000 umsetzenden Richtlinie der Europäischen Union bezüglich der Besteuerung von Kapitaleinkünften oder gemäß eines Gesetzes, das eine solche Umsetzung bezweckt, zur Einbehaltung oder zum Abzug von Quellensteuern oder sonstigen Abzügen verpflichtet ist. Die Zahlstellen und die Berechnungsstelle behalten sich das Recht vor, jederzeit anstelle ihrer jeweils benannten Geschäftsstelle eine andere Geschäftsstelle in derselben Stadt oder demselben Land zu bestimmen, Mitteilungen hinsichtlich aller Veränderungen im Hinblick auf die Hauptzahlstelle, die Zahlstellen oder die Berechnungsstelle erfolgen unverzüglich durch die Emittentin gemäß § 11.

- (4) *Kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis.* Die Zahlstellen und die Berechnungsstelle handeln ausschließlich als Beauftragte der Emittentin und übernehmen keine Verpflichtungen gegenüber den Anleihegläubigern; es wird dadurch kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis zwischen ihnen und den Anleihegläubigern begründet. Die Emittentin kann sich bei Ausübung ihrer Rechte gemäß diesen Anleihebedingungen der Zahlstellen und/oder der Berechnungsstelle bedienen.
- (5) *Verbindlichkeit der Festsetzungen.* Alle Bescheinigungen, Mitteilungen, Gutachten, Festsetzungen, Berechnungen, Quotierungen und Entscheidungen, die von der Emittentin, einer Zahlstelle und/oder der Berechnungsstelle für die Zwecke dieser Anleihebedingungen gemacht, abgegeben, getroffen oder eingeholt werden, sind (sofern nicht ein offensichtlicher Irrtum vorliegt) für die Emittentin, die Zahlstelle(n) und die Anleihegläubiger bindend.
- (6) *Haftungsausschluss.* Weder die Zahlstelle(n), noch die Berechnungsstelle übernehmen eine Haftung für irgendeinen Irrtum oder eine Unterlassung oder irgendeine darauf beruhende nachträgliche Korrektur in der Berechnung oder Veröffentlichung irgendeines Betrags oder einer Festlegung in Bezug auf die Schuldverschreibungen, außer im Falle von grober Fahrlässigkeit und Vorsatz.

§ 10 (Schuldnerersetzung)

- (1) *Ersetzung.* Die Emittentin ist jederzeit berechtigt, ohne Zustimmung der Anleihegläubiger eine andere Gesellschaft, die direkt oder indirekt von der Emittentin kontrolliert wird, als neue Emittentin für alle sich aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen ergebenden Verpflichtungen mit schuldbefreiender Wirkung für die Emittentin an die Stelle der Emittentin zu setzen (die "**Neue Emittentin**"), sofern
 - (a) die Neue Emittentin sämtliche Verpflichtungen der Emittentin aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen übernimmt;
 - (b) die Emittentin, sofern eine Zustellung an die Neue Emittentin außerhalb der Republik Österreich erfolgen müsste, einen Zustellungsbevollmächtigten in der Republik Österreich bestellt;
 - (c) die Neue Emittentin sämtliche für die Schuldnerersetzung und die Erfüllung der Verpflichtungen aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen erforderlichen Genehmigungen erhalten hat;
 - (d) die Emittentin unbedingt und unwiderruflich die Verpflichtungen der Neuen Emittentin aus den Schuldverschreibungen zu Bedingungen garantiert, die sicherstellen, dass jeder Anleihegläubiger wirtschaftlich mindestens so gestellt wird, wie er ohne die Ersetzung stehen würde; und

- (e) die Neue Emittentin in der Lage ist, sämtliche zur Erfüllung der aufgrund der Schuldverschreibungen bestehenden Zahlungsverpflichtungen erforderlichen Beträge in der festgelegten Währung **[bei Verwahrung bei der OeKB einfügen:** an das Clearing System] zu zahlen, und zwar ohne Abzug oder Einbehalt von Steuern oder sonstigen Abgaben jedweder Art, die von dem Land (oder den Ländern), in dem (in denen) die Neue Emittentin ihren Sitz oder Steuersitz hat, auferlegt, erhoben oder eingezogen werden.
- (2) *Bezugnahmen.*
- (a) Im Fall einer Schuldnerersetzung gemäß § 10 (1) gilt jede Bezugnahme in diesen Anleihebedingungen auf die "Emittentin" als eine solche auf die "Neue Emittentin" und jede Bezugnahme auf die Republik Österreich als eine solche auf den Staat, in welchem die Neue Emittentin steuerlich ansässig ist.
- (b) In § 7 gilt, falls eine solche Bezugnahme aufgrund des vorhergehenden Absatzes fehlen würde, eine alternative Bezugnahme auf die Republik Österreich als aufgenommen (zusätzlich zu der Bezugnahme nach Maßgabe des vorstehenden Satzes auf den Staat, in welchem die Neue Emittentin steuerlich ansässig ist).
- (3) *Bekanntmachung und Wirksamwerden der Ersetzung.* Die Ersetzung der Emittentin ist gemäß § 11 mitzuteilen. Mit der Mitteilung über die Ersetzung wird die Ersetzung wirksam und die Emittentin und im Fall einer wiederholten Anwendung dieses § 10 jede frühere neue Emittentin von ihren sämtlichen Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen frei (unbeschadet der Garantie gemäß § 10 (1) (d)). Im Fall einer solchen Schuldnerersetzung wird ein Nachtrag zu dem Prospekt mit einer Beschreibung der neuen Emittentin erstellt.

§ 11 (Mitteilungen)

- (1) *Mitteilungen.* Die Schuldverschreibungen betreffende Mitteilungen, die zwingend in einer Tageszeitung in Österreich veröffentlicht werden müssen, werden im Amtsblatt zur Wiener Zeitung veröffentlicht oder, falls diese ihr Erscheinen einstellt, in einer anderen Tageszeitung mit Verbreitung in ganz Österreich. Die Schuldverschreibungen betreffende Mitteilungen, die nicht zwingend in einer Tageszeitung veröffentlicht werden müssen, sind wirksam erfolgt, wenn diese auf der Website **[Webseite einfügen]** abgerufen werden können oder wenn sie den Anleihegläubigern direkt oder über die für sie maßgeblichen depotführenden Stellen zugeleitet werden.

[Im Fall der Verwahrung bei der OeKB einfügen:

- (2) *Mitteilung an das Clearing System.* Die Emittentin ist berechtigt, eine Zeitungsveröffentlichung nach § 11 (1) durch eine Mitteilung an das Clearing System (gemäß § 1 (4)) zur Weiterleitung an die Anleihegläubiger zu ersetzen.]

§ 12 (Unwirksamkeit. Änderungen)

- (1) *Salvatorische Klausel.* Sollten zu irgendeinem Zeitpunkt eine oder mehrere der Bestimmungen der Anleihebedingungen unwirksam, unrechtmäßig oder undurchsetzbar gemäß dem Recht eines Staates sein oder werden, dann sind diese Bestimmungen im Hinblick auf die betreffende

Jurisdiktion nur im notwendigen Ausmaß unwirksam, ohne die Gültigkeit, Rechtmäßigkeit und Durchsetzbarkeit der verbleibenden Bestimmungen der Anleihebedingungen zu berühren oder zu verhindern.

- (2) *Änderungen.* Die Emittentin ist berechtigt, in diesen Anleihebedingungen ohne Zustimmung der Anleihegläubiger offensichtliche Schreib- oder Rechenfehler oder sonstige offensichtliche Irrtümer zu berichtigen, widersprüchliche oder lückenhafte Bestimmungen zu ändern bzw zu ergänzen, wobei nur solche Änderungen bzw Ergänzungen zulässig sind, die unter Berücksichtigung der Interessen der Emittentin für die Anleihegläubiger zumutbar sind, dh deren finanzielle Situation nicht wesentlich verschlechtern. Eine Pflicht zur Bekanntmachung von Änderungen bzw Ergänzungen dieser Bedingungen besteht nicht, soweit die finanzielle Situation der Anleihegläubiger nicht wesentlich verschlechtert wird. Im Falle von Schuldverschreibungen, die als aufsichtsrechtliche Eigenmittel angerechnet werden, darf sich durch Änderungen und/oder Ergänzungen keine Änderung der Qualität der Eigenmittel ergeben.

§ 13

(Begebung weiterer Schuldverschreibungen und Ankauf)

- (1) *Begebung weiterer Schuldverschreibungen.* Die Emittentin ist jederzeit berechtigt, ohne Zustimmung der Anleihegläubiger weitere Schuldverschreibungen mit den gleichen Bedingungen (gegebenenfalls mit Ausnahme des Begebungstages und/oder des Ausgabepreises) in der Weise zu begeben, dass sie mit den Schuldverschreibungen eine einheitliche Serie bilden.
- (2) *Ankauf.* Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit Schuldverschreibungen im Markt oder anderweitig zu jedem beliebigen Preis zu kaufen. Die von der Emittentin erworbenen Schuldverschreibungen können nach Wahl der Emittentin von ihr gehalten, weiterverkauft oder bei der Zahlstelle zur Entwertung eingereicht werden. **[Im Fall von nachrangigen Schuldverschreibungen einfügen:** Der Ankauf der Schuldverschreibungen ist allenfalls nur im Rahmen bestimmter gesetzlicher Beschränkungen zulässig.]

§ 14

(Anwendbares Recht. Erfüllungsort. Gerichtsstand)

- (1) *Anwendbares Recht. Erfüllungsort.* Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die vertraglichen und außervertraglichen Rechte und Pflichten der Anleihegläubiger und der Emittentin im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen bestimmen sich ausschließlich nach dem Recht der Republik Österreich unter Ausschluss seiner Regelungen des internationalen Privatrechts soweit diese die Anwendbarkeit fremden Rechts zur Folge hätten. Erfüllungsort ist Salzburg, Republik Österreich.
- (2) *Gerichtsstand.* Nicht-ausschließlicher Gerichtsstand für alle sich aus den in diesen Anleihebedingungen geregelten Rechtsverhältnissen ergebenden Rechtsstreitigkeiten mit der Emittentin ist, soweit gesetzlich zulässig, Salzburg, Österreich. Die Gerichtsstandsvereinbarung beschränkt nicht das Recht eines Anleihegläubigers, wenn und soweit durch anwendbare Gesetze angeordnet, Verfahren vor einem Verbrauchergerichtsstand anzustrengen.

6.1.3 Variante 3 – Variabler Zinssatz

§ 1

(Währung. Form. Emissionsart. Stückelung. Verbriefung. Verwahrung)

- (1) *Währung. Stückelung.* Die Volksbank Salzburg eG (die "**Emittentin**") begibt gemäß den Bestimmungen dieser Anleihebedingungen (die "**Anleihebedingungen**") am (oder ab dem) **[Datum des (Erst-)Begebungstags einfügen]** (der "**Begebungstag**") Schuldverschreibungen (die "**Schuldverschreibungen**") in **[festgelegte Währung einfügen]** (die "**festgelegte Währung**") im Gesamtnennbetrag von [bis zu] **[Gesamtnennbetrag einfügen]** (in Worten: **[Gesamtnennbetrag in Worten einfügen]**) und mit einem Nennbetrag von je **[Nennbetrag einfügen]** (der "**Nennbetrag**").
- (2) *Form.* Die Schuldverschreibungen lauten auf den Inhaber.
- (3) *Dauerglobalurkunde.* Die Schuldverschreibungen sind in einer Dauerglobalurkunde (die "**Dauerglobalurkunde**" oder die "**Globalurkunde**") gemäß § 24 lit b Depotgesetz ohne Zinsscheine verbrieft. Die Dauerglobalurkunde trägt die eigenhändigen oder faksimilierten Unterschriften von zwei vertretungsberechtigten Personen der Emittentin oder deren Bevollmächtigten und ist nach Wahl der Emittentin von der Hauptzahlstelle oder in deren Namen mit einer Kontrollunterschrift versehen. Einzelkunden und Zinsscheine werden nicht ausgegeben.

[Im Fall der Verwahrung bei der Emittentin einfügen:

- (4) *Verwahrung.* Die Globalurkunde wird so lange bei der Emittentin zur Sammelverwahrung hinterlegt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen erfüllt sind. Der Anleger ist verpflichtet, ein Depot bei der Emittentin zu eröffnen. Die Schuldverschreibungen können weder von Anlegern ohne Depot bei der Emittentin erworben noch auf ein Depot bei einem anderen Kreditinstitut übertragen werden. Daher ist die Übertragbarkeit der Schuldverschreibungen eingeschränkt.]

[Im Fall der Verwahrung bei der OeKB einfügen:

- (4) *Verwahrung.* Jede Globalurkunde wird von einem oder im Namen eines Clearing Systems verwahrt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen erfüllt sind. "**Clearing System**" meint die Wertpapiersammelbank der Oesterreichischen Kontrollbank Aktiengesellschaft (CentralSecuritiesDepository.Austria – "**CSD.Austria**") mit der Geschäftsanschrift 1011 Wien, Strauchgasse 3 sowie jeder Funktionsnachfolger.]
- (5) *Anleihegläubiger.* "**Anleihegläubiger**" bezeichnet jeden Inhaber von Miteigentumsanteilen oder anderen vergleichbaren Rechten an einer Globalurkunde, die in Übereinstimmung mit anwendbarem Recht [und den Bestimmungen des Clearing Systems] auf einen neuen Anleihegläubiger übertragen werden können.

§ 2

(Rang)

[Falls die Schuldverschreibungen nicht-nachrangig sind, einfügen:

Rang – nicht-nachrangig. Die Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen begründen direkte, unbedingte, unbesicherte und nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, haben untereinander den gleichen Rang und stehen im gleichen Rang mit allen anderen bestehenden und zukünftigen direkten, unbedingten, unbesicherten und nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, soweit diesen Verbindlichkeiten nicht durch zwingende gesetzliche Bestimmungen ein Vorrang eingeräumt wird.]

[Falls die Schuldverschreibungen nachrangig sind, einfügen:

- (1) *Rang – nachrangige Schuldverschreibungen.* Die Schuldverschreibungen stellen [nachrangiges Kapital gemäß § 23 Abs 8 Bankwesengesetz ("BWG") und zukünftig] Instrumente des Ergänzungskapitals ("**Tier 2**") gemäß Art 60 der vom Europäischen Parlament am 16.04.2013 festgelegten Fassung der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (*Capital Requirements Regulation*⁸ - "**CRR**") dar und unterliegen jeweils den dortigen Bestimmungen und Beschränkungen. Die Schuldverschreibungen begründen direkte, unbedingte, unbesicherte und nachrangige (gemäß [§ 45 Abs 4 BWG und] Art 60 lit d CRR) Verbindlichkeiten der Emittentin und haben den gleichen Rang untereinander und im Verhältnis zu allen anderen direkten, unbedingten, unbesicherten und nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, ausgenommen solche nachrangige Verbindlichkeiten, die ausdrücklich als nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen bezeichnet werden. Im Falle der Liquidation oder der Insolvenz der Emittentin stehen die Zahlungsverpflichtungen der Emittentin gemäß den Schuldverschreibungen im Rang nach den nicht-nachrangigen Gläubigern der Emittentin, aber zumindest im gleichen Rang mit allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, welche nicht gemäß deren Bedingungen nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen sind, und vorrangig gegenüber den Ansprüchen der Genossenschafter und der Inhaber von Partizipationsscheinen der Emittentin.

Hinweis: Auf das Risiko einer gesetzlichen Verlustbeteiligungspflicht der Anleihegläubiger wird hingewiesen. Siehe dazu insbesondere den Risikofaktor "Anleihegläubiger sind dem Risiko einer gesetzlichen Verlustbeteiligungspflicht ausgesetzt." auf Seite 49f des Prospektes. Diese Risikofaktoren bilden jene Risiken ab, die zum Zeitpunkt der Begebung bestanden haben und werden danach nicht laufend aktualisiert.

- (2) Für die Rechte der Anleihegläubiger aus den Schuldverschreibungen darf diesen keine vertragliche Sicherheit durch die Emittentin oder durch Dritte gestellt werden; eine solche Sicherheit wird auch zu keinem Zeitpunkt gestellt werden. Rückerstattungsansprüche der Anleihegläubiger dürfen nicht gegen Forderungen der Emittentin aufgerechnet werden. Nachträglich können der Nachrang gemäß diesem § 2 nicht beschränkt sowie die Laufzeit dieser Schuldverschreibungen nicht verkürzt werden.]

⁸ Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 16.04.2013 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EU) Nr. .../2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen, wie am Tag der Prospektbilligung veröffentlicht. Diese Fassung kann sich bis zum Inkrafttreten der CRR und danach ändern.

§ 3 (Zinsen)

- (1) *Zinszahlungstage.* Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag **[Frequenz einfügen]** ab dem **[Verzinsungsbeginn einfügen]** (der "**Verzinsungsbeginn**") (einschließlich) bis zum Verzinsungsende (wie nachstehend definiert) (einschließlich) verzinst. Die Zinsen sind nachträglich an jedem **[Zinszahlungstag(e) einfügen]** zahlbar (jeweils ein "**Zinszahlungstag**"). Die erste Zinszahlung erfolgt am **[ersten Zinszahlungstag einfügen]**.

[Falls als Referenzsatz EURIBOR angegeben wurde, einfügen:

- (2) *Variabler Zinssatz.* Der Zinssatz (der "**Zinssatz**") für jede Zinsperiode (wie nachstehend definiert) entspricht **[Partizipationsfaktor einfügen]** % vom **[Angebotssatz einfügen]** (der "**Referenzsatz**") per annum **[plus/minus] [Zu-/Abschlag einfügen]** per annum (die "**Marge**"), der auf der Bildschirmseite EURIBOR= (die "**Bildschirmseite**") oder jeder Nachfolgesseite am Zinsfeststellungstag (wie in § 3 (3) definiert) vor **[Beginn/Ende einfügen]** der maßgeblichen Zinsperiode ab ca. 11.00 Uhr Brüsseler Zeit (die "**festgelegte Zeit**") angezeigt wird, wobei die Festlegung durch die Berechnungsstelle (wie in § 9 definiert) vorgenommen wird.]

[Falls als Referenzsatz CMS angegeben wurde, einfügen:

- (2) *Variabler Zinssatz.* Der Zinssatz (der "**Zinssatz**") für jede Zinsperiode (wie nachstehend definiert) entspricht **[Partizipationsfaktor einfügen]** % vom **[[Anzahl]-Jahres Swap-Satz einfügen]** (der mittlere Swapsatz gegen den [**•**]-Monats Euribor, ausgedrückt als Prozentsatz per annum) (der "**[Anzahl]-Jahres Swapsatz**") (der "**Referenzsatz**") per annum der auf der Bildschirmseite ISDAFIX (die "**Bildschirmseite**") oder jeder Nachfolgesseite am Zinsfeststellungstag (wie in § 3 (3) definiert) vor **[Beginn/Ende einfügen]** der maßgeblichen Zinsperiode angezeigt wird, wobei die Festlegung durch die Berechnungsstelle (wie in § 9 definiert) vorgenommen wird, **[plus/minus] [Zu-/Abschlag einfügen]** per annum (die "**Marge**")

Sollte der Referenzsatz zur festgelegten Zeit nicht auf der Bildschirmseite (wie je vorstehend definiert) erscheinen oder die Bildschirmseite nicht zur Verfügung stehen, wird die Berechnungsstelle von je einer Geschäftsstelle der vier Referenzbanken (wie nachstehend definiert) mit der größten Bilanzsumme, deren Sätze zur Bestimmung des zuletzt auf der Bildschirmseite erschienen Referenzsatzes verwendet wurden, Angebotssätze (ausgedrückt als Prozentsatz per annum) für Einlagen in der festgelegten Währung für die betreffende Zinsperiode gegenüber führenden Banken Interbanken-Markt in der Euro-Zone (wie nachstehend definiert) etwa zur festgelegten Zeit am Zinsfeststellungstag anfordern.

Falls zumindest zwei dieser Referenzbanken der Berechnungsstelle solche Angebotssätze nennen, ist der Referenzsatz für die betreffende Zinsperiode das arithmetische Mittel (falls erforderlich, auf- oder abgerundet auf das nächste tausendstel Prozent, wobei ab 0,0005 aufzurunden ist) der genannten Angebotssätze.

"**Referenzbanken**" bedeutet die Euro-Zone Hauptgeschäftsstellen von vier großen Banken im Euro-Zonen Interbankenmarkt, die jeweils von der Berechnungsstelle ausgewählt werden.

"**Euro-Zone**" bezeichnet das Gebiet derjenigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die gemäß dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft (unterzeichnet in Rom am 25. März 1957), geändert durch den Vertrag über die Europäische Union (unterzeichnet in Maastricht am 7. Februar 1992), den Amsterdamer Vertrag vom 2. Oktober 1997 und den Vertrag von Lissabon vom 13. Dezember 2007, in seiner jeweiligen Fassung, eine einheitliche Währung eingeführt haben oder jeweils eingeführt haben werden.

Falls nur eine oder keine dieser Referenzbanken der Berechnungsstelle solche Angebotssätze nennt, entspricht der Referenzsatz für die maßgebliche Zinsperiode dem arithmetischen Mittel (gegebenenfalls gerundet wie oben beschrieben) jener Angebotssätze, die die Berechnungsstelle von Referenzbanken zur festgelegten Zeit am betreffenden Zinsfeststellungstag für Einlagen in der festgelegten Währung für die maßgebliche Zinsperiode angeboten bekommt.

Falls weniger als zwei der Referenzbanken der Berechnungsstelle solche Angebotssätze nennen, dann soll der Angebotssatz für die betreffende Zinsperiode der Angebotssatz für Einlagen in der festgelegten Währung für die betreffende Zinsperiode oder das arithmetische Mittel (gerundet wie oben beschrieben) der Angebotssätze für Einlagen in der festgelegten Währung für die betreffende Zinsperiode sein, den bzw. die ein oder mehrere Banken der Berechnungsstelle als Sätze bekannt geben, die sie an dem betreffenden Zinsfestlegungstag gegenüber führenden Banken in der Euro-Zone nennen (bzw. den diesen Banken gegenüber der Berechnungsstelle nennen).

Für den Fall, dass der Angebotssatz nicht gemäß den vorstehenden Bestimmungen ermittelt werden kann, ist der Angebotssatz der Angebotssatz, bzw. das arithmetische Mittel der Angebotssätze, an dem letzten Tag vor dem Zinsfeststellungstag, an dem diese Angebotssätze angezeigt wurden.

[Falls die Schuldverschreibungen mit einem Mindestzinssatz ausgestattet sind, einfügen:

Mindestzinssatz. Wenn der gemäß den obigen Bestimmungen für eine Zinsperiode ermittelte Zinssatz niedriger ist als **[Mindestzinssatz einfügen]** % per annum (der "**Mindestzinssatz**"), so entspricht der Zinssatz für diese Zinsperiode dem Mindestzinssatz.]

[Falls die Schuldverschreibungen mit einem Höchstzinssatz ausgestattet sind, einfügen:

Höchstzinssatz. Wenn der gemäß den obigen Bestimmungen für eine Zinsperiode ermittelte Zinssatz höher ist als **[Höchstzinssatz einfügen]** % per annum (der "**Höchstzinssatz**"), so entspricht der Zinssatz für diese Zinsperiode dem Höchstzinssatz.]

- (3) *Zinsfeststellungstag.* Der "**Zinsfeststellungstag**" bezeichnet den **[Anzahl einfügen]** **[Londoner]** / **[Frankfurter]** / **[New-Yorker]** / **[TARGET]**-Geschäftstag vor **[Beginn/Ende einfügen]** der maßgeblichen Zinsperiode. **["Londoner]** / **[Frankfurter]** / **[New-Yorker]-Geschäftstag**" bezeichnet einen Tag (außer einem Samstag, Sonntag oder Feiertag), an dem Geschäftsbanken in **[London]** / **[Frankfurt]** / **[New-York]** für Geschäfte (einschließlich Devisen- und Sortengeschäfte) geöffnet sind.] **[Ein "TARGET-Geschäftstag"** bezeichnet einen Tag, an dem das Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer System (TARGET2) betriebsbereit ist.]
- (4) *Zinsbetrag.* Die Berechnungsstelle (wie in § 9 definiert) wird vor jedem Zinszahlungstag den auf jede Schuldverschreibung zahlbaren Zinsbetrag (der "**Zinsbetrag**") für die maßgebliche Zinsperiode (wie nachstehend definiert) berechnen. Der Zinsbetrag wird ermittelt, indem der Zinssatz und der Zinstagequotient auf den Nennbetrag angewendet werden, wobei der resultierende Betrag, falls die festgelegte Währung Euro ist, auf den nächsten 0,01 Euro auf- oder abgerundet wird, wobei 0,005 Euro aufgerundet werden, und, falls die festgelegte Währung nicht Euro ist, auf die kleinste Einheit der festgelegten Währung auf- oder abgerundet wird, wobei 0,5 solcher Einheiten aufgerundet werden.
- (5) *Mitteilung von Zinssatz und Zinsbetrag.* Die Berechnungsstelle wird veranlassen, dass den Anleihegläubigern sobald als praktisch möglich nach jedem Feststellungstag der Zinssatz und der Zinsbetrag für die maßgebliche Zinsperiode sowie der maßgebliche Zinszahlungstag durch Mitteilung gemäß § 11 mitgeteilt werden. Im Fall einer Verlängerung oder Verkürzung der Zinsperiode können der mitgeteilte Zinsbetrag und Zinszahlungstag ohne Vorankündigung

nachträglich angepasst (oder andere geeignete Anpassungsmaßnahmen getroffen) werden. Jede solche Anpassung wird umgehend den Anleihegläubigern mitgeteilt.

- (6) *Zinsperiode.* Der Zeitraum ab dem Verzinsungsbeginn (einschließlich) bis zu dem Kalendertag (einschließlich), der dem ersten Zinszahlungstag vorangeht, sowie jeder folgende Zeitraum ab einem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zu dem Kalendertag (einschließlich), der dem unmittelbar folgenden Zinszahlungstag vorangeht, wird als Zinsperiode (jeweils eine "**Zinsperiode**") bezeichnet.
- (7) *Berechnung der Zinsen für Teile von Zeiträumen.* Sofern Zinsen für einen Zeitraum von weniger als einem Jahr zu berechnen sind, erfolgt die Berechnung auf der Grundlage des Zinstagequotienten (wie nachstehend definiert).

"**Zinstagequotient**" bezeichnet im Hinblick auf die Berechnung des Zinsbetrages auf eine Schuldverschreibung für einen beliebigen Zeitraum (der "**Zinsberechnungszeitraum**"):

[Im Fall von Actual/Actual (ICMA)einfügen:

Falls der Zinsberechnungszeitraum gleich oder kürzer als die Zinsperiode ist, innerhalb welcher er fällt, die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum, dividiert durch das Produkt (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in der jeweiligen Zinsperiode und (B) der Anzahl der Zinsperioden, die normalerweise in einem Jahr enden.

Falls der Zinsberechnungszeitraum länger als eine Zinsperiode ist, die Summe aus (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen des Zinsberechnungszeitraums, der in die Zinsperiode fällt, in der er beginnt, geteilt durch das Produkt von (x) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dieser Zinsperiode und (y) der Anzahl von Zinsperioden, die normalerweise in einem Jahr enden, und (B) der tatsächlichen Anzahl von Tagen des Zinsberechnungszeitraums, der in die nächste Zinsperiode fällt, geteilt durch das Produkt von (x) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dieser Zinsperiode und (y) der Anzahl von Zinsperiode, die normalerweise in einem Jahr enden.]

[Im Falle von 30/360 einfügen:

Die Anzahl von Tagen des Zinsberechnungszeitraums, dividiert durch 360, wobei die Anzahl der Tage auf der Grundlage eines Jahres von 360 mit zwölf Monaten zu 30 Tagen zu ermitteln ist (es sei denn, (A) der letzte Tag des Zinsberechnungszeitraumes fällt auf den 31. Tag eines Monats, während der erste Tag des Zinsberechnungszeitraumes weder auf den 30. noch auf den 31. Tag eines Monats fällt, wobei in diesem Fall der diesen Tag enthaltende Monat nicht als ein auf 30 Tage gekürzter Monat zu behandeln ist, oder (B) der letzte Tag des Zinsberechnungszeitraumes fällt auf den letzten Tag des Monats Februar, wobei in diesem Fall der Monat Februar nicht als ein auf 30 Tage verlängerter Monat zu behandeln ist).]

[Im Falle von ACT/360 einfügen:

Die tatsächliche Anzahl von Tagen des Zinsberechnungszeitraums, dividiert durch 360.]

- (9) *Auflaufende Zinsen.* Der Zinslauf der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages (das "**Verzinsungsende**"), der dem Tag vorangeht, an dem sie zur Rückzahlung fällig werden. Sollte die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit nicht einlösen, endet die Verzinsung an dem Tag, der dem Tag der tatsächlichen Rückzahlung vorausgeht.
- (10) *Stückzinsen.* Bei unterjährigen Käufen und/oder Verkäufen sind Stückzinsen [zahlbar/mindestens zum Mindestzinssatz zahlbar/zum jeweiligen Zinssatz zahlbar/nicht zahlbar].

**§ 4
(Rückzahlung)**

Rückzahlung bei Endfälligkeit. Die Schuldverschreibungen werden, soweit sie nicht zuvor bereits ganz oder teilweise zurückgezahlt oder zurückgekauft wurden, am **[Endfälligkeitstag einfügen]** (der "Endfälligkeitstag") zu ihrem Rückzahlungsbetrag von **[Rückzahlungsbetrag einfügen]** (der "Rückzahlungsbetrag") zurückgezahlt.

**§ 5
(Vorzeitige Kündigung / Rückzahlung)**

[Sofern die Emittentin das Wahlrecht hat, die Schuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen, einfügen:

- (1) *Vorzeitige Kündigung nach Wahl der Emittentin.* Es steht der Emittentin frei, die Schuldverschreibungen an den nachfolgend angeführten Wahlrückzahlungstagen (Call) (jeweils ein "**Wahlrückzahlungstag (Call)**") vollständig oder teilweise zu den nachstehend angeführten Wahlrückzahlungsbeträgen (Call) (jeweils ein "**Wahlrückzahlungsbetrag (Call)**") zuzüglich aufgelaufener Zinsen zurückzuzahlen.

Wahlrückzahlungstag(e) (Call)

[]
[]

Wahlrückzahlungsbeträge (Call)

[]
[]

Die Kündigung ist den Anleihegläubigern mindestens **[Kündigungsfrist (Call) einfügen]** Geschäftstage (wie in § 6 definiert) vor dem maßgeblichen Wahlrückzahlungstag (Call) gemäß § 11 mitzuteilen (wobei diese Erklärung den für die Rückzahlung der Schuldverschreibungen festgelegten Wahlrückzahlungstag (Call) angeben muss).

Im Fall einer Teilrückzahlung von Schuldverschreibungen werden die zurückzuzahlenden Schuldverschreibungen spätestens 30 Tage vor dem zur Rückzahlung festgelegten Datum **[bei Verwahrung bei der OeKB einfügen:** in Übereinstimmung mit den Regeln und Verfahrensabläufen des jeweiligen Clearing Systems] ausgewählt.]

[Sofern nur die Emittentin das Wahlrecht hat, die Schuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen, die Anleihegläubiger aber kein Kündigungsrecht haben, einfügen:

Wichtiger Hinweis: Anleger sollten beachten, dass Anleihegläubiger dort, wo die Schuldverschreibungsbedingungen nur der Emittentin ein vorzeitiges Kündigungsrecht einräumen, gewöhnlich eine höhere Rendite für ihre Schuldverschreibungen erhalten als sie bekämen, wenn auch die Anleihegläubiger berechtigt wären, die Schuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen. Der Ausschluss des Rechts der Anleihegläubiger, diese vor ihrer Fälligkeit zu kündigen (ordentliches Kündigungsrecht), ist oftmals eine Voraussetzung dafür, dass die Emittentin das ihr aus den Schuldverschreibungen entstehende Risiko absichern kann. Wäre die ordentliche Kündigung der Schuldverschreibungen durch die Anleihegläubiger nicht ausgeschlossen, wäre die Emittentin gar nicht in der Lage, die Schuldverschreibungen zu begeben, oder die Emittentin würde die Kosten einer eventuell möglichen Kündigung der Absicherung in den Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen einberechnen (müssen), womit die Rendite, die die Anleihegläubiger auf diese Schuldverschreibungen erhalten, sinken würde. Im konkreten Fall bemisst sich die Differenz zwischen den Absicherungskosten der gegenständlichen Emission und jenen einer hypothetischen Emission ohne

Kündigungsrechtsausschluss auf Basis von Quotierungen von im Bereich der Absicherungsgeschäfte (Hedging) tätigen Kreditinstituten auf etwa [●] bis [●] Basispunkte (der "Differenzbetrag") und vergleichbare hypothetische Schuldverschreibungen, deren Wert berechnet bzw. deren theoretische Absicherungskosten von in diesem Geschäftsbereich tätigen Kreditinstituten ermittelt wurden, würden daher in diesem entsprechenden Ausmaß für die Emittentin teurer sein und eine entsprechende Reduzierung der Rendite zur Folge haben.

Die Information potentieller Anleger über diesen Differenzbetrag soll es ihnen erleichtern, die gegenständlichen Schuldverschreibungen mit anderen Schuldverschreibungen oder Anlageprodukten, bei denen die vorzeitige Kündigung durch Anleihegläubiger nicht ausgeschlossen ist, zu vergleichen, um eine Entscheidung darüber zu treffen, ob die von der Emittentin versprochene höhere Rendite den Verzicht auf eine vorzeitige Kündigung durch die Anleihegläubiger aufwiegt. Jeder Anleger sollte daher sorgfältig überlegen, wie schwer der Nachteil eines ausschließlich der Emittentin zustehenden vorzeitigen Kündigungsrechts für ihn wiegt und ob dieser Nachteil durch die vergleichsweise höhere Rendite für ihn aufgewogen wird. Falls ein Anleger zu der Auffassung gelangt, dass dies nicht der Fall ist, sollte er nicht in die Schuldverschreibungen investieren.]

[Sofern die Emittentin kein Wahlrecht hat, die Schuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen, einfügen:

- (1) *Keine Vorzeitige Kündigung der Schuldverschreibungen nach Wahl der Emittentin.* Eine vorzeitige Kündigung der Schuldverschreibungen nach Wahl der Emittentin ist ausgeschlossen.]

[Sofern die Anleihegläubiger ein Wahlrecht zur vorzeitigen Kündigung der Schuldverschreibungen haben, einfügen:

- (2) *Vorzeitige Kündigung nach Wahl der Anleihegläubiger.* Die Emittentin hat, sofern ein Anleihegläubiger der Emittentin die entsprechende Absicht mindestens **[Mindestkündigungsfrist (Put) einfügen]** und höchstens **[Höchstkündigungsfrist (Put) einfügen]** Geschäftstage (wie in § 6 definiert) im Voraus mitteilt, die maßgeblichen Schuldverschreibungen dieses Anleihegläubigers an einem der nachstehenden Wahlrückzahlungstage (Put) (jeweils ein "**Wahlrückzahlungstag (Put)**") zu ihrem maßgeblichen Wahlrückzahlungsbetrag (Put) wie nachstehend definiert (der "**Wahlrückzahlungsbetrag (Put)**") zuzüglich aufgelaufener Zinsen zurückzuzahlen.

Wahlrückzahlungstage (Put)

[]

[]

Wahlrückzahlungsbeträge (Put)

[]

[]

Um dieses Recht auszuüben, muss der Anleihegläubiger eine ordnungsgemäß ausgefüllte Ausübungserklärung in der bei der Zahlstelle und der Emittentin erhältlichen Form abgeben. Ein Widerruf einer erfolgten Ausübung dieses Rechts ist nicht möglich.]

[Sofern die Anleihegläubiger kein Wahlrecht haben, die Schuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen, einfügen:

- (2) *Keine Vorzeitige Kündigung nach Wahl der Anleihegläubiger.* Eine vorzeitige Kündigung der Schuldverschreibungen nach Wahl der Anleihegläubiger ist nicht vorgesehen.]

[Sofern "Vorzeitige Rückzahlung bei Vorliegen einer Rechtsänderung, einer Absicherungsstörung und/oder Gestiegenen Absicherungs-Kosten" anwendbar ist, einfügen:

- (3) *Vorzeitige Rückzahlung bei Vorliegen einer Rechtsänderung, einer Absicherungs-Störung und/oder Gestiegenen Absicherungs-Kosten.* Die Emittentin kann die Schuldverschreibungen jederzeit vor dem Endfälligkeitstag bei Vorliegen einer Rechtsänderung und/oder, Absicherungs-Störung und/oder Gestiegenen Absicherungs-Kosten (wie jeweils nachstehend definiert) zu ihrem vorzeitigen Rückzahlungsbetrag von **[vorzeitigen Rückzahlungsbetrag einfügen]** (der "**Vorzeitige Rückzahlungsbetrag**") zuzüglich aufgelaufener Zinsen vorzeitig zurückzahlen. Die Emittentin wird die Schuldverschreibungen vollständig (aber nicht nur teilweise) am zweiten Geschäftstag (wie in § 6 definiert) zurückzahlen, nach dem die Benachrichtigung der vorzeitigen Rückzahlung gemäß § 11 erfolgt ist, vorausgesetzt, dass dieser Tag nicht später als zwei Geschäftstage vor dem Endfälligkeitstag liegt (der "**Vorzeitige Rückzahlungstag**") und wird den vorzeitigen Rückzahlungsbetrag im Hinblick auf die Schuldverschreibungen an die Anleihegläubiger zahlen oder eine entsprechende Zahlung veranlassen, im Einklang mit den maßgeblichen Steuergesetzen oder sonstigen gesetzlichen oder behördlichen Vorschriften und in Einklang mit und gemäß diesen Anleihebedingungen. Zahlungen von Steuern oder vorzeitigen Rückzahlungsgebühren sind von den Anleihegläubigern zu tragen und die Emittentin übernimmt keine Haftung hierfür.

Wobei:

"**Rechtsänderung**" bedeutet, dass (i) aufgrund des Inkrafttretens von Änderungen der Gesetze oder Verordnungen (einschließlich aber nicht beschränkt auf Steuergesetze) oder (ii) der Änderungen der Auslegung von gerichtlichen oder behördlichen Entscheidungen, die für die entsprechenden Gesetze oder Verordnungen relevant sind (einschließlich der Aussagen der Steuerbehörden), die Emittentin feststellt, dass die Kosten, die mit ihren Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen verbunden sind, wesentlich gestiegen sind (einschließlich aber nicht beschränkt auf Erhöhungen der Steuerverpflichtungen, der Senkung von steuerlichen Vorteilen oder anderen negativen Auswirkungen auf die steuerrechtliche Behandlung), falls solche Änderungen an oder nach dem Begebungstag wirksam werden;

"**Absicherungs-Störung**" bedeutet, dass die Emittentin nicht in der Lage ist, unter Anwendung wirtschaftlich vernünftiger Bemühungen, (i) Transaktionen abzuschließen, fortzuführen oder abzuwickeln bzw. Vermögenswerte zu erwerben, auszutauschen, zu halten oder zu veräußern, welche die Emittentin zur Absicherung von Preisrisiken im Hinblick auf ihre Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen für notwendig erachtet, oder sie (ii) nicht in der Lage ist, die Erlöse aus den Transaktionen bzw. Vermögenswerten zu realisieren, zurückzugewinnen oder weiterzuleiten; und

"**Gestiegene Absicherungs-Kosten**" bedeutet, dass die Emittentin im Vergleich zum Begebungstag einen wesentlich höheren Betrag an Steuern, Abgaben, Aufwendungen und Gebühren (außer Maklergebühren) entrichten muss, um (i) Transaktionen abzuschließen, fortzuführen oder abzuwickeln bzw. Vermögenswerte zu erwerben, auszutauschen, zu halten oder zu veräußern, welche die Emittentin zur Absicherung von Preisrisiken im Hinblick auf ihre Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen für notwendig erachtet oder (ii) Erlöse aus den Transaktionen bzw. Vermögenswerten zu realisieren, zurückzugewinnen oder weiterzuleiten, unter der Voraussetzung, dass Beträge, die sich nur erhöht haben, weil die Kreditwürdigkeit der Emittentin zurückgegangen ist, nicht als Gestiegene Absicherungs-Kosten angesehen werden.]

[Im Fall von nachrangigen Schuldverschreibungen einfügen:

- ([3]) *Vorzeitige Rückzahlung aus regulatorischen oder steuerlichen Gründen.* Soweit die Schuldverschreibungen nicht mehr [als nachrangiges Kapital im Sinne des § 23 Abs 8 BWG oder, nach Inkrafttreten der CRR,] als Tier 2 im Sinne des Art 60 CRR (oder einer die Kapitaladäquanz der Emittentin regelnden Nachfolgebestimmung) der Emittentin angerechnet werden oder soweit gesetzlich (insbesondere nach [§ 23 Abs 8 BWG oder] Art 60 lit j CRR)

zulässig, wegen einer Änderung der geltenden steuerlichen Behandlung der Schuldverschreibungen, ist die Emittentin berechtigt, jederzeit vor dem Fälligkeitstag alle Schuldverschreibungen zu kündigen und zu ihrem Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag samt bis zum für die Rückzahlung festgesetzten Tag (ausschließlich) aufgelaufener Zinsen an die Anleihegläubiger zurückzuzahlen, vorausgesetzt, dass (i) die FMA oder eine Nachfolgebehörde oder jede andere Behörde, die für die Bankenaufsicht für Kapitaladäquanzzwecke der Emittentin verantwortlich ist, einer Rückzahlung der Schuldverschreibungen nach dieser Bestimmung vorweg zustimmt, sofern eine solche Zustimmung an dem für die Rückzahlung festgesetzten Tag zwingend erforderlich ist, (ii) die Emittentin nicht weniger als dreißig und nicht mehr als sechzig Tage vor der beabsichtigten Rückzahlung der Schuldverschreibungen die Anleihegläubiger von der Kündigung verständigt, wobei eine solche Kündigung unwiderruflich ist, und (iii) wenn dies gesetzlich zwingend vorgesehen ist, die Emittentin zuvor Kapital in gleicher Höhe und zumindest gleicher Eigenmittelqualität beschafft hat.

Hinweis: Im Falle einer vorzeitigen Rückzahlung nach diesem Absatz ist den zuständigen Aufsichtsbehörden nachzuweisen, dass das auslösende Ereignis nicht vorhersehbar war

- ([4])** Mit Ausnahme des § 5 (1) und (3) ist die Emittentin nicht berechtigt, die Schuldverschreibungen vor dem Fälligkeitstag zurückzuzahlen. Die Anleihegläubiger sind nicht berechtigt, die Schuldverschreibungen vor Fälligkeit zu kündigen.]

§ 6 (Zahlungen)

- (1)** *Währung.* Zahlungen von Kapital und Zinsen auf Schuldverschreibungen erfolgen in der festgelegten Währung (siehe § 1 (1)).
- (2)** *Zahlungen.* Die Zahlung von Kapital und Zinsen erfolgt, vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Vorschriften, über die Zahlstelle(n) **[bei Verwahrung bei der OeKB einfügen:** zur Weiterleitung an die Clearing Systeme] oder nach deren Anweisung durch Gutschrift auf die jeweilige für den Anleihegläubiger depofführende Stelle.
- (3)** *Zahlungen an einem Geschäftstag.* Fällt der Fälligkeitstag einer Zahlung in Bezug auf eine Schuldverschreibung auf einen Tag, der kein Geschäftstag (wie nachstehend definiert) ist, wird der Fälligkeitstag gemäß der Geschäftstag-Konvention (wie nachstehend definiert) verschoben. Sollte ein für die Zahlung von Kapital **[im Fall von nicht-angepassten Zinsperioden einfügen:** und Zinsen] vorgesehener Tag verschoben werden, haben Anleihegläubiger keinen Anspruch auf Zahlung vor dem angepassten Fälligkeitstag und sind nicht berechtigt, weitere Zinsen und sonstige Zahlungen aufgrund dieser Verschiebung zu verlangen.

[Falls die festgelegte Währung EUR ist, einfügen:

"**Geschäftstag**" ist jeder Tag (außer einem Samstag oder Sonntag), an dem (i) jedes Clearing System in Betrieb ist und (ii) alle für die Abwicklung von Zahlungen in Euro wesentlichen Teile des Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer System (TARGET2) in Betrieb sind und Zahlungen in Euro abwickeln.]

[Falls die festgelegte Währung nicht EUR ist, einfügen:

"**Geschäftstag**" ist jeder Tag (außer einem Samstag oder Sonntag), an dem (i) jedes Clearing System in Betrieb ist und (ii) die Banken in **[maßgebliche(s) Finanzzentrum(en) einfügen]** (das "**maßgebliches Finanzzentrum (oder –zentren)**") für Geschäfte (einschließlich Devisenhandelsgeschäfte und Fremdwährungseinlagengeschäfte) in der festgelegten Währung geöffnet sind.]

[Sofern Folgender-Geschäftstag-Konvention zur Anwendung kommt, einfügen:

Fällt ein im Sinne dieser Anleihebedingungen für eine Zahlung maßgeblicher Tag auf einen Tag, der kein Geschäftstag ist, wird der betreffende Tag auf den nächstfolgenden Geschäftstag verschoben.]

[Sofern Modifizierter-Folgender-Geschäftstag-Konvention zur Anwendung kommt, einfügen:

Fällt ein im Sinne dieser Anleihebedingungen für eine Zahlung maßgeblicher Tag auf einen Tag, der kein Geschäftstag ist, wird der betreffende Tag auf den nächstfolgenden Geschäftstag verschoben, es sei denn, jener würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall wird der betreffende Tag auf den unmittelbar vorausgehenden Geschäftstag vorgezogen.]

- (4) *Bezugnahmen.* Bezugnahmen in diesen Anleihebedingungen auf das Kapital der Schuldverschreibungen schließen, soweit anwendbar, den Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen, den Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen, den Wahlrückzahlungsbetrag (Call), den Wahlrückzahlungsbetrag (Put), sowie jeden Aufschlag sowie sonstige auf oder in Bezug auf die Schuldverschreibungen fälligen Beträge mit ein.
- (5) *Gerichtliche Hinterlegung.* Die Emittentin ist berechtigt, beim zuständigen Gericht Kapitalbeträge zu hinterlegen, die von den Anleihegläubigern nicht innerhalb von zwölf Monaten nach dem maßgeblichen Fälligkeitstag beansprucht worden sind, auch wenn die Anleihegläubiger sich nicht in Annahmeverzug befinden. Soweit eine solche Hinterlegung erfolgt, und auf das Recht der Rücknahme verzichtet wird, erlöschen die Ansprüche der Anleihegläubiger gegen die Emittentin.
- (6) *Verzugszinsen.* Wenn die Emittentin eine fällige Zahlung auf die Schuldverschreibungen aus irgendeinem Grund nicht leistet, wird der ausstehende Betrag ab dem Tag der Fälligkeit (einschließlich) bis zum Tag der vollständigen Zahlung (ausschließlich) mit Verzugszinsen in Höhe von zwei Prozentpunkten über dem Basiszinssatz verzinst. Dabei ist der Basiszinssatz, der am letzten Kalendertag eines Halbjahres gilt, für das nächste Halbjahr maßgebend.

**§ 7
(Besteuerung)**

- (1) Sämtliche Zahlungen von Kapital und Zinsen in Bezug auf die Schuldverschreibungen werden ohne Einbehalt oder Abzug von Steuern, Abgaben, Festsetzungen oder behördlichen Gebühren jedweder Art (die "**Steuern**") geleistet, die von der Republik Österreich oder einer ihrer Gebietskörperschaften oder Behörden mit der Befugnis zur Erhebung von Steuern auferlegt, erhoben, eingezogen, einbehalten oder festgesetzt werden, es sei denn, ein solcher Einbehalt oder Abzug ist oder wird in Zukunft gesetzlich vorgeschrieben. In diesem Fall wird die Emittentin die betreffenden Steuern einbehalten oder abziehen, und die einbehaltenen oder abgezogenen Beträge an die zuständigen Behörden zahlen. Die Emittentin ist nicht verpflichtet, wegen eines solchen Einbehalts oder Abzugs zusätzliche Beträge an Kapital und/oder Zinsen zu zahlen.
- (2) *Steuerhinweis.* Hinweise zur steuerlichen Behandlung der Inhaber der Schuldverschreibungen sind dem Basisprospekt über das Programm zur Begebung von Schuldverschreibungen vom 17.06.2013 zu entnehmen, wobei für die Aktualität der Steueraussagen keine Haftung übernommen wird.

§ 8 (Verjährung)

Ansprüche gegen die Emittentin auf Zahlungen hinsichtlich der Schuldverschreibungen verjähren, sofern diese nicht innerhalb von dreißig Jahren (im Falle des Kapitals) und innerhalb von drei Jahren (im Falle von Zinsen) geltend gemacht werden.

§ 9 (Beauftragte Stellen)

- (1) *Hauptzahlstelle.* Die Emittentin handelt als Hauptzahlstelle in Bezug auf die Schuldverschreibungen (die "**Hauptzahlstelle**" und zusammen mit allfällig bestellten zusätzlichen Zahlstellen, jeweils eine "**Zahlstelle**").

[Falls weitere Zahlstellen ernannt werden einfügen:

[Die zusätzliche(n) Zahlstelle(n):

Zahlstelle(n): **[Firmenwortlaut und Geschäftsanschrift der zusätzlichen Zahlstelle(n) einfügen]**

- (2) *Berechnungsstelle.* Die **[Firmenwortlaut und Geschäftsanschrift der Berechnungsstelle einfügen]** handelt als Berechnungsstelle für die Schuldverschreibungen (die "**Berechnungsstelle**").
- (3) *Ersetzung.* Die Emittentin behält sich das Recht vor, die Ernennung der Hauptzahlstelle, allfälliger zusätzlicher Zahlstellen und der Berechnungsstelle jederzeit anders zu regeln oder zu beenden und eine andere Hauptzahlstelle oder zusätzliche oder andere Zahlstellen oder Berechnungsstellen zu ernennen. Sie wird sicherstellen, dass jederzeit (i) eine Hauptzahlstelle und eine Berechnungsstelle und (ii) eine Zahlstelle in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union, sofern dies in irgendeinem Mitgliedsstaat der Europäischen Union möglich ist, die nicht gemäß der Richtlinie 2003/48/EG des Rates oder einer anderen die Ergebnisse des Ministerrattreffens der Finanzminister der Europäischen Union vom 26.-27. November 2000 umsetzenden Richtlinie der Europäischen Union bezüglich der Besteuerung von Kapitaleinkünften oder gemäß eines Gesetzes, das eine solche Umsetzung bezweckt, zur Einbehaltung oder zum Abzug von Quellensteuern oder sonstigen Abzügen verpflichtet ist. Die Zahlstellen und die Berechnungsstelle behalten sich das Recht vor, jederzeit anstelle ihrer jeweils benannten Geschäftsstelle eine andere Geschäftsstelle in derselben Stadt oder demselben Land zu bestimmen, Mitteilungen hinsichtlich aller Veränderungen im Hinblick auf die Hauptzahlstelle, die Zahlstellen oder die Berechnungsstelle erfolgen unverzüglich durch die Emittentin gemäß § 11.
- (4) *Kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis.* Die Zahlstellen und die Berechnungsstelle handeln ausschließlich als Beauftragte der Emittentin und übernehmen keine Verpflichtungen gegenüber den Anleihegläubigern; es wird dadurch kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis zwischen ihnen und den Anleihegläubigern begründet. Die Emittentin kann sich bei Ausübung ihrer Rechte gemäß diesen Anleihebedingungen der Zahlstellen und/oder der Berechnungsstelle bedienen.
- (5) *Verbindlichkeit der Festsetzungen.* Alle Bescheinigungen, Mitteilungen, Gutachten, Festsetzungen, Berechnungen, Quotierungen und Entscheidungen, die von der Emittentin, einer Zahlstelle und/oder der Berechnungsstelle für die Zwecke dieser Anleihebedingungen gemacht, abgegeben, getroffen oder eingeholt werden, sind (sofern nicht ein offensichtlicher Irrtum vorliegt) für die Emittentin, die Zahlstelle(n) und die Anleihegläubiger bindend.

- (6) *Haftungsausschluss.* Weder die Zahlstelle(n), noch die Berechnungsstelle übernehmen eine Haftung für irgendeinen Irrtum oder eine Unterlassung oder irgendeine darauf beruhende nachträgliche Korrektur in der Berechnung oder Veröffentlichung irgendeines Betrags oder einer Festlegung in Bezug auf die Schuldverschreibungen, außer im Falle von grober Fahrlässigkeit und Vorsatz.

§ 10 (Schuldnerersetzung)

- (1) *Ersetzung.* Die Emittentin ist jederzeit berechtigt, ohne Zustimmung der Anleihegläubiger eine andere Gesellschaft, die direkt oder indirekt von der Emittentin kontrolliert wird, als neue Emittentin für alle sich aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen ergebenden Verpflichtungen mit schuldbefreiender Wirkung für die Emittentin an die Stelle der Emittentin zu setzen (die "**Neue Emittentin**"), sofern
- (a) die Neue Emittentin sämtliche Verpflichtungen der Emittentin aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen übernimmt;
 - (b) die Emittentin, sofern eine Zustellung an die Neue Emittentin außerhalb der Republik Österreich erfolgen müsste, einen Zustellungsbevollmächtigten in der Republik Österreich bestellt;
 - (c) die Neue Emittentin sämtliche für die Schuldnerersetzung und die Erfüllung der Verpflichtungen aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen erforderlichen Genehmigungen erhalten hat;
 - (d) die Emittentin unbedingt und unwiderruflich die Verpflichtungen der Neuen Emittentin aus den Schuldverschreibungen zu Bedingungen garantiert, die sicherstellen, dass jeder Anleihegläubiger wirtschaftlich mindestens so gestellt wird, wie er ohne die Ersetzung stehen würde; und
 - (e) die Neue Emittentin in der Lage ist, sämtliche zur Erfüllung der aufgrund der Schuldverschreibungen bestehenden Zahlungsverpflichtungen erforderlichen Beträge in der festgelegten Währung [**bei Verwahrung bei der OeKB einfügen:** an das Clearing System] zu zahlen, und zwar ohne Abzug oder Einbehalt von Steuern oder sonstigen Abgaben jedweder Art, die von dem Land (oder den Ländern), in dem (in denen) die Neue Emittentin ihren Sitz oder Steuersitz hat, auferlegt, erhoben oder eingezogen werden.
- (2) *Bezugnahmen.*
- (a) Im Fall einer Schuldnerersetzung gemäß § 10 (1) gilt jede Bezugnahme in diesen Anleihebedingungen auf die "Emittentin" als eine solche auf die "Neue Emittentin" und jede Bezugnahme auf die Republik Österreich als eine solche auf den Staat, in welchem die Neue Emittentin steuerlich ansässig ist.
 - (b) In § 7 gilt, falls eine solche Bezugnahme aufgrund des vorhergehenden Absatzes fehlen würde, eine alternative Bezugnahme auf die Republik Österreich als aufgenommen (zusätzlich zu der Bezugnahme nach Maßgabe des vorstehenden Satzes auf den Staat, in welchem die Neue Emittentin steuerlich ansässig ist).
 - (3) *Bekanntmachung und Wirksamwerden der Ersetzung.* Die Ersetzung der Emittentin ist gemäß § 11 mitzuteilen. Mit der Mitteilung über die Ersetzung wird die Ersetzung wirksam und die Emittentin und im Fall einer wiederholten Anwendung dieses § 10 jede frühere

neue Emittentin von ihren sämtlichen Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen frei (unbeschadet der Garantie gemäß § 10 (1) (d)). Im Fall einer solchen Schuldnerersetzung wird ein Nachtrag zu dem Prospekt mit einer Beschreibung der neuen Emittentin erstellt.

§ 11 (Mitteilungen)

- (1) *Mitteilungen.* Die Schuldverschreibungen betreffende Mitteilungen, die zwingend in einer Tageszeitung in Österreich veröffentlicht werden müssen, werden im Amtsblatt zur Wiener Zeitung veröffentlicht oder, falls diese ihr Erscheinen einstellt, in einer anderen Tageszeitung mit Verbreitung in ganz Österreich. Die Schuldverschreibungen betreffende Mitteilungen, die nicht zwingend in einer Tageszeitung veröffentlicht werden müssen, sind wirksam erfolgt, wenn diese auf der Website **[Webseite einfügen]** abgerufen werden können oder wenn sie den Anleihegläubigern direkt oder über die für sie maßgeblichen depotführenden Stellen zugeleitet werden.

[Im Fall der Verwahrung bei der OeKB einfügen:

- (2) *Mitteilung an das Clearing System.* Die Emittentin ist berechtigt, eine Zeitungsveröffentlichung nach § 11 (1) durch eine Mitteilung an das Clearing System (gemäß § 1 (4)) zur Weiterleitung an die Anleihegläubiger zu ersetzen.]

§ 12 (Unwirksamkeit. Änderungen)

- (1) *Salvatorische Klausel.* Sollten zu irgendeinem Zeitpunkt eine oder mehrere der Bestimmungen der Anleihebedingungen unwirksam, unrechtmäßig oder undurchsetzbar gemäß dem Recht eines Staates sein oder werden, dann sind diese Bestimmungen im Hinblick auf die betreffende Jurisdiktion nur im notwendigen Ausmaß unwirksam, ohne die Gültigkeit, Rechtmäßigkeit und Durchsetzbarkeit der verbleibenden Bestimmungen der Anleihebedingungen zu berühren oder zu verhindern.
- (2) *Änderungen.* Die Emittentin ist berechtigt, in diesen Anleihebedingungen ohne Zustimmung der Anleihegläubiger offensichtliche Schreib- oder Rechenfehler oder sonstige offensichtliche Irrtümer zu berichtigen, widersprüchliche oder lückenhafte Bestimmungen zu ändern bzw zu ergänzen, wobei nur solche Änderungen bzw Ergänzungen zulässig sind, die unter Berücksichtigung der Interessen der Emittentin für die Anleihegläubiger zumutbar sind, dh deren finanzielle Situation nicht wesentlich verschlechtern. Eine Pflicht zur Bekanntmachung von Änderungen bzw Ergänzungen dieser Bedingungen besteht nicht, soweit die finanzielle Situation der Anleihegläubiger nicht wesentlich verschlechtert wird. Im Falle von Schuldverschreibungen, die als aufsichtsrechtliche Eigenmittel angerechnet werden, darf sich durch Änderungen und/oder Ergänzungen keine Änderung der Qualität der Eigenmittel ergeben.

§ 13

(Begebung weiterer Schuldverschreibungen und Ankauf)

- (1) *Begebung weiterer Schuldverschreibungen.* Die Emittentin ist jederzeit berechtigt, ohne Zustimmung der Anleihegläubiger weitere Schuldverschreibungen mit den gleichen Bedingungen (gegebenenfalls mit Ausnahme des Begebungstages, des Verzinsungsbeginns und/oder des Ausgabepreises) in der Weise zu begeben, dass sie mit den Schuldverschreibungen eine einheitliche Serie bilden.
- (2) *Ankauf.* Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit Schuldverschreibungen im Markt oder anderweitig zu jedem beliebigen Preis zu kaufen. Die von der Emittentin erworbenen Schuldverschreibungen können nach Wahl der Emittentin von ihr gehalten, weiterverkauft oder bei der Zahlstelle zur Entwertung eingereicht werden. **[Im Fall von nachrangigen Schuldverschreibungen einfügen:** Der Ankauf der Schuldverschreibungen ist allenfalls nur im Rahmen bestimmter gesetzlicher Beschränkungen zulässig.]

§ 14

(Anwendbares Recht. Erfüllungsort. Gerichtsstand)

- (1) *Anwendbares Recht. Erfüllungsort.* Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die vertraglichen und außervertraglichen Rechte und Pflichten der Anleihegläubiger und der Emittentin im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen bestimmen sich ausschließlich nach dem Recht der Republik Österreich unter Ausschluss seiner Regelungen des internationalen Privatrechts soweit diese die Anwendbarkeit fremden Rechts zur Folge hätten. Erfüllungsort ist Salzburg, Republik Österreich.
- (2) *Gerichtsstand.* Nicht-ausschließlicher Gerichtsstand für alle sich aus den in diesen Anleihebedingungen geregelten Rechtsverhältnissen ergebenden Rechtsstreitigkeiten mit der Emittentin ist, soweit gesetzlich zulässig, Salzburg, Österreich. Die Gerichtsstandsvereinbarung beschränkt nicht das Recht eines Anleihegläubigers, wenn und soweit durch anwendbare Gesetze angeordnet, Verfahren vor einem Verbrauchergerichtsstand anzustrengen.

6.1.4 Variante 4 – Fixer und danach variabler Zinssatz

§ 1

(Währung. Form. Emissionsart. Stückelung. Verbriefung. Verwahrung)

- (1) *Währung. Stückelung.* Die Volksbank Salzburg eG (die "**Emittentin**") begibt gemäß den Bestimmungen dieser Anleihebedingungen (die "**Anleihebedingungen**") am (oder ab dem) **[Datum des (Erst-)Begebungstags einfügen]** (der "**Begebungstag**") Schuldverschreibungen (die "**Schuldverschreibungen**") in **[festgelegte Währung einfügen]** (die "**festgelegte Währung**") im Gesamtnennbetrag von [bis zu] **[Gesamtnennbetrag einfügen]** (in Worten: **[Gesamtnennbetrag in Worten einfügen]**) und mit einem Nennbetrag von je **[Nennbetrag einfügen]** (der "**Nennbetrag**").
- (2) *Form.* Die Schuldverschreibungen lauten auf den Inhaber.
- (3) *Dauerglobalurkunde.* Die Schuldverschreibungen sind in einer Dauerglobalurkunde (die "**Dauerglobalurkunde**" oder die "**Globalurkunde**") gemäß § 24 lit b Depotgesetz ohne Zinsscheine verbrieft. Die Dauerglobalurkunde trägt die eigenhändigen oder faksimilierten Unterschriften von zwei vertretungsberechtigten Personen der Emittentin oder deren Bevollmächtigten und ist nach Wahl der Emittentin von der Hauptzahlstelle oder in deren Namen mit einer Kontrollunterschrift versehen. Einzelkunden und Zinsscheine werden nicht ausgegeben.

[Im Fall der Verwahrung bei der Emittentin einfügen:

- (4) *Verwahrung.* Die Globalurkunde wird so lange bei der Emittentin zur Sammelverwahrung hinterlegt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen erfüllt sind. Der Anleger ist verpflichtet, ein Depot bei der Emittentin zu eröffnen. Die Schuldverschreibungen können weder von Anlegern ohne Depot bei der Emittentin erworben noch auf ein Depot bei einem anderen Kreditinstitut übertragen werden. Daher ist die Übertragbarkeit der Schuldverschreibungen eingeschränkt.]

[Im Fall der Verwahrung bei der OeKB einfügen:

- (4) *Verwahrung.* Jede Globalurkunde wird von einem oder im Namen eines Clearing Systems verwahrt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Schuldverschreibungen erfüllt sind. "**Clearing System**" meint die Wertpapiersammelbank der Oesterreichischen Kontrollbank Aktiengesellschaft (CentralSecuritiesDepository.Austria – "**CSD.Austria**") mit der Geschäftsanschrift 1011 Wien, Strauchgasse 3 sowie jeder Funktionsnachfolger.]
- (5) *Anleihegläubiger.* "**Anleihegläubiger**" bezeichnet jeden Inhaber von Miteigentumsanteilen oder anderen vergleichbaren Rechten an einer Globalurkunde, die in Übereinstimmung mit anwendbarem Recht [und den Bestimmungen des Clearing Systems] auf einen neuen Anleihegläubiger übertragen werden können.

§ 2

(Rang)

[Falls die Schuldverschreibungen nicht-nachrangig sind, einfügen:

Rang – nicht-nachrangig. Die Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen begründen direkte, unbedingte, unbesicherte und nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, haben untereinander den gleichen Rang und stehen im gleichen Rang mit allen anderen bestehenden und zukünftigen direkten, unbedingten, unbesicherten und nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, soweit diesen Verbindlichkeiten nicht durch zwingende gesetzliche Bestimmungen ein Vorrang eingeräumt wird.]

[Falls die Schuldverschreibungen nachrangig sind, einfügen:

- (1) *Rang – nachrangige Schuldverschreibungen.* Die Schuldverschreibungen stellen [nachrangiges Kapital gemäß § 23 Abs 8 Bankwesengesetz ("**BWG**") und zukünftig] Instrumente des Ergänzungskapitals ("**Tier 2**") gemäß Art 60 der vom Europäischen Parlament am 16.04.2013 festgelegten Fassung der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (*Capital Requirements Regulation*⁹ - "**CRR**") dar und unterliegen jeweils den dortigen Bestimmungen und Beschränkungen. Die Schuldverschreibungen begründen direkte, unbedingte, unbesicherte und nachrangige (gemäß [§ 45 Abs 4 BWG und] Art 60 lit d CRR) Verbindlichkeiten der Emittentin und haben den gleichen Rang untereinander und im Verhältnis zu allen anderen direkten, unbedingten, unbesicherten und nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, ausgenommen solche nachrangige Verbindlichkeiten, die ausdrücklich als nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen bezeichnet werden. Im Falle der Liquidation oder der Insolvenz der Emittentin stehen die Zahlungsverpflichtungen der Emittentin gemäß den Schuldverschreibungen im Rang nach den nicht-nachrangigen Gläubigern der Emittentin, aber zumindest im gleichen Rang mit allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, welche nicht gemäß deren Bedingungen nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen sind, und vorrangig gegenüber den Ansprüchen der Genossenschafter und der Inhaber von Partizipationsscheinen der Emittentin.

Hinweis: Auf das Risiko einer gesetzlichen Verlustbeteiligungspflicht der Anleihegläubiger wird hingewiesen. Siehe dazu insbesondere den Risikofaktor "Anleihegläubiger sind dem Risiko einer gesetzlichen Verlustbeteiligungspflicht ausgesetzt." auf Seite 49f des Prospektes. Diese Risikofaktoren bilden jene Risiken ab, die zum Zeitpunkt der Begebung bestanden haben und werden danach nicht laufend aktualisiert.

- (2) Für die Rechte der Anleihegläubiger aus den Schuldverschreibungen darf diesen keine vertragliche Sicherheit durch die Emittentin oder durch Dritte gestellt werden; eine solche Sicherheit wird auch zu keinem Zeitpunkt gestellt werden. Rückerstattungsansprüche der Anleihegläubiger dürfen nicht gegen Forderungen der Emittentin aufgerechnet werden. Nachträglich können der Nachrang gemäß diesem § 2 nicht beschränkt sowie die Laufzeit dieser Schuldverschreibungen nicht verkürzt werden.]

⁹ Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 16.04.2013 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EU) Nr. .../2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen, wie am Tag der Prospektbilligung veröffentlicht. Diese Fassung kann sich bis zum Inkrafttreten der CRR und danach ändern.

§ 3 (Zinsen)

- (1) *Fixer Zinssatz und fixe Zinszahlungstage.* Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag ab dem **[Verzinsungsbeginn einfügen]** (der "**Verzinsungsbeginn**") (einschließlich) bis zum **[Ende der Fixzinsperiode]** (einschließlich) jährlich mit einem fixen Zinssatz von **[fixen Zinssatz einfügen]** % per annum (der "**fixe Zinssatz**") verzinst. Die Zinsen sind nachträglich am **[fixen Zinszahlungstag einfügen]** eines jeden Jahres zahlbar (jeweils ein "**fixer Zinszahlungstag**"). Die erste Zinszahlung erfolgt am **[ersten fixen Zinszahlungstag einfügen]**.
- (2) *Variable Zinszahlungstage.* Ab dem **[letzter fixer Zinszahlungstag einfügen]** (der "**Variabelverzinsungsbeginn**") (einschließlich) werden die Schuldverschreibungen bezogen auf ihren Nennbetrag **[Frequenz einfügen]** bis zu dem dem Endfälligkeitstag (gemäß § 4) vorangehenden Kalendertag (einschließlich) mit dem variablen Zinssatz (wie nachstehend definiert) verzinst. Die variablen Zinsen sind nachträglich an jedem **[variable Zinszahlungstag(e) einfügen]** zahlbar (jeweils ein "**variabler Zinszahlungstag**" und zusammen mit den fixen Zinszahlungstagen jeweils ein "**Zinszahlungstag**"). Die erste variable Zinszahlung erfolgt am **[ersten variablen Zinszahlungstag einfügen]**.
- (3) *Zinsperioden.* Der Zeitraum ab dem Verzinsungsbeginn (einschließlich) bis zu dem Kalendertag (einschließlich), der dem ersten fixen Zinszahlungstag vorangeht, sowie jeden folgenden Zeitraum ab dem fixen Zinszahlungstag (einschließlich) bis zu dem Kalendertag (einschließlich), der dem unmittelbar folgenden letzten fixen Zinszahlungstag vorangeht wird als fixe Zinsperiode (die "**fixe Zinsperiode**") bezeichnet. Der Zeitraum von jedem variablen Zinszahlungstag (einschließlich) bis zu dem Kalendertag (einschließlich), der dem nächsten variablen Zinszahlungstag vorangeht, wird als Zinsperiode (die "**variable Zinsperiode**" und die variable Zinsperioden zusammen mit den fixen Zinsperioden, die "**Zinsperioden**") bezeichnet.

[Falls als Referenzsatz EURIBOR angegeben wurde, einfügen:

- (4) *Variabler Zinssatz.* Der variable Zinssatz (der "**variable Zinssatz**") für jede variable Zinsperiode entspricht **[Partizipationsfaktor einfügen]** % vom **[Angebotssatz einfügen]** (der "**Referenzsatz**") per annum [plus/minus] **[Zu-/Abschlag einfügen]** per annum (die "**Marge**"), der auf der Bildschirmseite EURIBOR= (die "**Bildschirmseite**") oder jeder Nachfolgesseite am Zinsfeststellungstag (wie in § 3 (5) definiert) vor **[Beginn/Ende einfügen]** der maßgeblichen Zinsperiode ab ca. 11.00 Uhr Brüsseler Zeit (die "**festgelegte Zeit**") angezeigt wird, wobei die Festlegung durch die Berechnungsstelle (wie in § 9 definiert) vorgenommen wird.]

[Falls als Referenzsatz CMS angegeben wurde, einfügen:

- (4) *Variabler Zinssatz.* Der variable Zinssatz (der "**variable Zinssatz**") für jede variable Zinsperiode entspricht **[Partizipationsfaktor einfügen]** % vom **[[Anzahl]-Jahres Swap-Satz einfügen]** (der mittlere Swapsatz gegen den [•]-Monats Euribor, ausgedrückt als Prozentsatz per annum) (der "**[Anzahl]-Jahres Swapsatz**") (der "**Referenzsatz**") per annum der auf der Bildschirmseite ISDAFIX (die "**Bildschirmseite**") oder jeder Nachfolgesseite am Zinsfeststellungstag (wie in § 3 (5) definiert) vor **[Beginn/Ende einfügen]** der maßgeblichen Zinsperiode angezeigt wird, wobei die Festlegung durch die Berechnungsstelle (wie in § 9 definiert) vorgenommen wird, [plus/minus] **[Zu-/Abschlag einfügen]** per annum (die "**Marge**").]

[Falls als Zinssatz entweder der Referenzsatz oder der Zinssatz der Vorperiode angegeben wurde, einfügen:

- (4) *Variabler Zinssatz.* Der variable Zinssatz (der "**variable Zinssatz**") für jede Zinsperiode entspricht entweder dem Zinssatz der Vorperiode oder dem **[Angebotssatz einfügen]** (der

"Referenzsatz") per annum [plus/minus] **[Zu-/Abschlag einfügen]** per annum (die "Marge"), der auf der Bildschirmseite EURIBOR= (die "Bildschirmseite") oder jeder Nachfolgesseite am Zinsfeststellungstag (wie in § 3 (5) definiert) ab ca. 11.00 Uhr Brüsseler Zeit angezeigt wird, wobei die Festlegung durch die Berechnungsstelle (wie in § 9 definiert) vorgenommen wird, wobei der am Zinsfeststellungstag höhere Wert maßgebend ist.]

[Falls als Zinssatz das Ergebnis einer Berechnung zweier Zinssätze angegeben wurde, einfügen:

- (4) **Variabler Zinssatz.** Der variable Zinssatz (der "variable Zinssatz") für jede variable Zinsperiode wird gemäß folgender Formel unter Einbeziehung von zwei Referenzwerten (wie unten definiert) berechnet: **[Partizipationsfaktor einfügen]** multipliziert mit der Differenz aus Referenzsatz 1 und Referenzsatz 2. Der Referenzsatz 1 (der "Referenzsatz 1") entspricht dem **[[Anzahl]-Jahres Swap-Satz einfügen]** (der mittlere Swapsatz gegen den [●]-Monats Euribor, ausgedrückt als Prozentsatz per annum) (der "**[Anzahl]-Jahres Swapsatz**") per annum der auf der Bildschirmseite ISDAFIX (die "Bildschirmseite") oder jeder Nachfolgesseite am Zinsfeststellungstag (wie in § 3 (5) definiert), angezeigt wird, wobei die Festlegung durch die Berechnungsstelle (wie in § 9 definiert) vorgenommen wird. Der Referenzsatz 2 (der "Referenzsatz 2") entspricht dem **[[Anzahl]-Jahres Swap-Satz einfügen]** (der mittlere Swapsatz gegen den [●]-Monats Euribor, ausgedrückt als Prozentsatz per annum) (der "**[Anzahl]-Jahres Swapsatz**") per annum der auf der Bildschirmseite oder jeder Nachfolgesseite am Zinsfeststellungstag (wie in § 3 (5) definiert), angezeigt wird, wobei die Festlegung durch die Berechnungsstelle (wie in § 9 definiert) vorgenommen wird.]

[Falls ein Zielkupon zur Anwendung kommt, einfügen:

- (a) **Zielkupon.** Die Summe aller jährlichen Zinszahlungen beträgt maximal **[Zahl einfügen]** % (der "Zielkupon"). Die letzte Zinszahlung ist der Zielkupon minus der Summe aller vorher geleisteten Zinszahlungen]

Sollte der Referenzsatz zur festgelegten Zeit nicht auf der Bildschirmseite (wie je vorstehend definiert) erscheinen oder die Bildschirmseite nicht zur Verfügung stehen, wird die Berechnungsstelle von je einer Geschäftsstelle der vier Referenzbanken (wie nachstehend definiert) mit der größten Bilanzsumme, deren Angebotssätze zur Bestimmung des zuletzt auf der Bildschirmseite erschienen Referenzsatzes verwendet wurden, Angebotssätze (ausgedrückt als Prozentsatz per annum) für Einlagen in der festgelegten Währung für die betreffende Zinsperiode gegenüber führenden Banken Interbanken-Markt in der Euro-Zone (wie nachstehend definiert) etwa zur festgelegten Zeit am Zinsfeststellungstag anfordern.

Falls zumindest zwei dieser Referenzbanken der Berechnungsstelle solche Angebotssätze nennen, ist der Referenzsatz für die betreffende Zinsperiode das arithmetische Mittel (falls erforderlich, auf- oder abgerundet auf das nächste tausendstel Prozent, wobei ab 0,0005 aufzurunden ist) der genannten Angebotssätze.

"Referenzbanken" bedeutet die Euro-Zone Hauptgeschäftsstellen von vier großen Banken im Euro-Zonen Interbankenmarkt, die jeweils von der Berechnungsstelle ausgewählt werden.

"Euro-Zone" bezeichnet das Gebiet derjenigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die gemäß dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft (unterzeichnet in Rom am 25. März 1957), geändert durch den Vertrag über die Europäische Union (unterzeichnet in Maastricht am 7. Februar 1992), den Amsterdamer Vertrag vom 2. Oktober 1997 und den Vertrag von Lissabon vom 13. Dezember 2007, in seiner jeweiligen Fassung, eine einheitliche Währung eingeführt haben oder jeweils eingeführt haben werden.

Falls nur eine oder keine dieser Referenzbanken der Berechnungsstelle solche Angebotssätze nennt, entspricht der Referenzsatz für die maßgebliche Zinsperiode dem arithmetischen Mittel

(gegebenenfalls gerundet wie oben beschrieben) jener Angebotssätze, die die Berechnungsstelle von Referenzbanken zur festgelegten Zeit am betreffenden Zinsfeststellungstag für Einlagen in der festgelegten Währung für die maßgebliche Zinsperiode angeboten bekommt.

Falls weniger als zwei der Referenzbanken der Berechnungsstelle solche Angebotssätze nennen, dann soll der Angebotssatz für die betreffende Zinsperiode der Angebotssatz für Einlagen in der festgelegten Währung für die betreffende Zinsperiode oder das arithmetische Mittel (gerundet wie oben beschrieben) der Angebotssätze für Einlagen in der festgelegten Währung für die betreffende Zinsperiode sein, den bzw. die ein oder mehrere Banken der Berechnungsstelle als Sätze bekannt geben, die sie an dem betreffenden Zinsfestlegungstag gegenüber führenden Banken in der Euro-Zone nennen (bzw. den diesen Banken gegenüber der Berechnungsstelle nennen).

Für den Fall, dass der Angebotssatz nicht gemäß den vorstehenden Bestimmungen ermittelt werden kann, ist der Angebotssatz der Angebotssatz, bzw. das arithmetische Mittel der Angebotssätze, an dem letzten Tag vor dem Zinsfeststellungstag, an dem diese Angebotssätze angezeigt wurden.

[Falls die Schuldverschreibungen mit einem Mindestzinssatz ausgestattet sind, einfügen:

Mindestzinssatz. Wenn der gemäß den obigen Bestimmungen für eine Zinsperiode ermittelte Zinssatz niedriger ist als **[Mindestzinssatz einfügen]** % per annum (der "**Mindestzinssatz**"), so entspricht der Zinssatz für diese Zinsperiode dem Mindestzinssatz.]

[Falls die Schuldverschreibungen mit einem Höchstzinssatz ausgestattet sind, einfügen:

Höchstzinssatz. Wenn der gemäß den obigen Bestimmungen für eine Zinsperiode ermittelte Zinssatz höher ist als **[Höchstzinssatz einfügen]** % per annum (der "**Höchstzinssatz**"), so entspricht der Zinssatz für diese Zinsperiode dem Höchstzinssatz.]

- (5) *Zinsfeststellungstag.* Der "**Zinsfeststellungstag**" bezeichnet den **[Anzahl einfügen]** **[Londoner]** / **[Frankfurter]** / **[New-Yorker]** / **[TARGET]**-Geschäftstag vor **[Beginn/Ende einfügen]** der jeweiligen variablen Zinsperiode. **[Londoner]** / **[Frankfurter]** / **[New-Yorker]-Geschäftstag** bezeichnet einen Tag (außer einem Samstag, Sonntag oder Feiertag), an dem Geschäftsbanken in **[London]** / **[Frankfurt]** / **[New-York]** für Geschäfte (einschließlich Devisen- und Sortengeschäfte) geöffnet sind.] **[Ein "TARGET-Geschäftstag" bezeichnet einen Tag, an dem das Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer System (TARGET2) betriebsbereit ist.]**
- (6) *Zinsbetrag.* Die Berechnungsstelle (wie in § 9 definiert) wird vor jedem Zinszahlungstag den auf jede Schuldverschreibung zahlbaren Zinsbetrag (der "**Zinsbetrag**") für die maßgebliche Zinsperiode (wie vorstehend definiert) berechnen. Der Zinsbetrag wird ermittelt, indem der (fixe bzw. variable) Zinssatz und der Zinstagequotient auf den Nennbetrag angewendet werden, wobei der resultierende Betrag, falls die festgelegte Währung Euro ist, auf den nächsten 0,01 Euro auf- oder abgerundet wird, wobei 0,005 Euro aufgerundet werden, und, falls die festgelegte Währung nicht Euro ist, auf die kleinste Einheit der festgelegten Währung auf- oder abgerundet wird, wobei 0,5 solcher Einheiten aufgerundet werden.
- (7) *Mitteilung von Zinssatz und Zinsbetrag.* Die Berechnungsstelle wird veranlassen, dass den Anleihegläubigern sobald als praktisch möglich nach jedem Feststellungstag der variable Zinssatz (soweit anwendbar) und der Zinsbetrag für die maßgebliche Zinsperiode sowie der maßgebliche Zinszahlungstag durch Mitteilung gemäß § 11 mitgeteilt werden. Im Fall einer Verlängerung oder Verkürzung der Zinsperiode können der mitgeteilte Zinsbetrag und Zinszahlungstag ohne Vorankündigung nachträglich angepasst (oder andere geeignete

Anpassungsmaßnahmen getroffen) werden. Jede solche Anpassung wird umgehend den Anleihegläubigern mitgeteilt.

- (8) *Berechnung der Zinsen für Teile von Zeiträumen.* Sofern Zinsen für einen Zeitraum von weniger als einem Jahr zu berechnen sind, erfolgt die Berechnung auf der Grundlage des Zinstagequotienten (wie nachstehend definiert).

"**Zinstagequotient**" bezeichnet im Hinblick auf die Berechnung des Zinsbetrages auf eine Schuldverschreibung für einen beliebigen Zeitraum einer Fixzinsperiode [Actual/Actual (ICMA)] [30/360] [ACT/360] und für einen beliebigen Zeitraum einer variablen Zinsperiode [Actual/Actual (ICMA)] [30/360] [ACT/360] (jeweils ein "**Zinsberechnungszeitraum**"):

Wobei:

[Im Fall von Actual/Actual (ICMA) einfügen:

"**Actual/Actual (ICMA)**" meint falls der Zinsberechnungszeitraum gleich oder kürzer als die Zinsperiode ist, innerhalb welcher er fällt, die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum, dividiert durch das Produkt (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in der jeweiligen Zinsperiode und (B) der Anzahl der Zinsperioden, die normalerweise in einem Jahr enden.

Falls der Zinsberechnungszeitraum länger als eine Zinsperiode ist, die Summe aus (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen des Zinsberechnungszeitraums, der in die Zinsperiode fällt, in der er beginnt, geteilt durch das Produkt von (x) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dieser Zinsperiode und (y) der Anzahl von Zinsperioden, die normalerweise in einem Jahr enden, und (B) der tatsächlichen Anzahl von Tagen des Zinsberechnungszeitraums, der in die nächste Zinsperiode fällt, geteilt durch das Produkt von (x) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dieser Zinsperiode und (y) der Anzahl von Zinsperiode, die normalerweise in einem Jahr enden.]

[Im Falle von 30/360 einfügen:

"**30/360**" meint die Anzahl von Tagen des Zinsberechnungszeitraums, dividiert durch 360, wobei die Anzahl der Tage auf der Grundlage eines Jahres von 360 mit zwölf Monaten zu 30 Tagen zu ermitteln ist (es sei denn, (A) der letzte Tag des Zinsberechnungszeitraumes fällt auf den 31. Tag eines Monats, während der erste Tag des Zinsberechnungszeitraumes weder auf den 30. noch auf den 31. Tag eines Monats fällt, wobei in diesem Fall der diesen Tag enthaltende Monat nicht als ein auf 30 Tage gekürzter Monat zu behandeln ist, oder (B) der letzte Tag des Zinsberechnungszeitraumes fällt auf den letzten Tag des Monats Februar, wobei in diesem Fall der Monat Februar nicht als ein auf 30 Tage verlängerter Monat zu behandeln ist).]

[Im Falle von ACT/360 einfügen:

"**ACT/360**" meint die tatsächliche Anzahl von Tagen des Zinsberechnungszeitraums, dividiert durch 360.]

- (9) *Auflaufende Zinsen.* Der Zinslauf der Schuldverschreibungen endet mit Ablauf des Tages, der dem Tag vorangeht, an dem sie zur Rückzahlung fällig werden. Sollte die Emittentin die Schuldverschreibungen bei Fälligkeit nicht einlösen, endet die Verzinsung an dem Tag, der dem Tag der tatsächlichen Rückzahlung vorausgeht.
- (10) *Stückzinsen.* Bei einer Fixzinsperiode sind bei unterjährigen Käufen und/oder Verkäufen Stückzinsen [zahlbar / nicht zahlbar.] Bei einer variablen Zinsperiode sind bei unterjährigen Käufen und/oder Verkäufen Stückzinsen [zahlbar / mindestens zum Mindestzinssatz zahlbar / zum jeweiligen Zinssatz zahlbar / nicht zahlbar].

**§ 4
(Rückzahlung)**

Rückzahlung bei Endfälligkeit. Die Schuldverschreibungen werden, soweit sie nicht zuvor bereits ganz oder teilweise zurückgezahlt oder zurückgekauft wurden, am **[Endfälligkeitstag einfügen]** (der "Endfälligkeitstag") **[bei Zielkupon einfügen:** oder am Zinszahlungstag an dem der Zielkupon erreicht wurde], zu ihrem Rückzahlungsbetrag von **[Rückzahlungsbetrag einfügen]** (der "Rückzahlungsbetrag") zurückgezahlt.

**§ 5
(Vorzeitige Kündigung / Rückzahlung)**

[Sofern die Emittentin das Wahlrecht hat, die Schuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen, einfügen:

- (1) *Vorzeitige Kündigung nach Wahl der Emittentin.* Es steht der Emittentin frei, die Schuldverschreibungen an den nachfolgend angeführten Wahrrückzahlungstagen (Call) (jeweils ein "**Wahrrückzahlungstag (Call)**") vollständig oder teilweise zu den nachstehend angeführten Wahrrückzahlungsbeträgen (Call) (jeweils ein "**Wahrrückzahlungsbetrag (Call)**") zuzüglich aufgelaufener Zinsen zurückzuzahlen.

Wahrrückzahlungstag(e) (Call)

[]

[]

Wahrrückzahlungsbeträge (Call)

[]

[]

Die Kündigung ist den Anleihegläubigern mindestens **[Kündigungsfrist (Call) einfügen]** Geschäftstage (wie in § 6 definiert) vor dem maßgeblichen Wahrrückzahlungstag (Call) gemäß § 11 mitzuteilen (wobei diese Erklärung den für die Rückzahlung der Schuldverschreibungen festgelegten Wahrrückzahlungstag (Call) angeben muss).

Im Fall einer Teilrückzahlung von Schuldverschreibungen werden die zurückzuzahlenden Schuldverschreibungen spätestens 30 Tage vor dem zur Rückzahlung festgelegten Datum **[bei Verwahrung bei der OeKB einfügen:** in Übereinstimmung mit den Regeln und Verfahrensabläufen des jeweiligen Clearing Systems] ausgewählt.]

[Sofern nur die Emittentin das Wahlrecht hat, die Schuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen, die Anleihegläubiger aber kein Kündigungsrecht haben, einfügen:

Wichtiger Hinweis: Anleger sollten beachten, dass Anleihegläubiger dort, wo die Schuldverschreibungsbedingungen nur der Emittentin ein vorzeitiges Kündigungsrecht einräumen, gewöhnlich eine höhere Rendite für ihre Schuldverschreibungen erhalten als sie bekämen, wenn auch die Anleihegläubiger berechtigt wären, die Schuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen. Der Ausschluss des Rechts der Anleihegläubiger, diese vor ihrer Fälligkeit zu kündigen (ordentliches Kündigungsrecht), ist oftmals eine Voraussetzung dafür, dass die Emittentin das ihr aus den Schuldverschreibungen entstehende Risiko absichern kann. Wäre die ordentliche Kündigung der Schuldverschreibungen durch die Anleihegläubiger nicht ausgeschlossen, wäre die Emittentin gar nicht in der Lage, die Schuldverschreibungen zu begeben, oder die Emittentin würde die Kosten einer eventuell möglichen Kündigung der Absicherung in den Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen einberechnen (müssen), womit die Rendite, die die Anleihegläubiger auf diese Schuldverschreibungen erhalten, sinken

würde. Im konkreten Fall bemisst sich die Differenz zwischen den Absicherungskosten der gegenständlichen Emission und jenen einer hypothetischen Emission ohne Kündigungsrechtsausschluss auf Basis von Quotierungen von im Bereich der Absicherungsgeschäfte (Hedging) tätigen Kreditinstituten auf etwa [●] bis [●] Basispunkte (der "Differenzbetrag") und vergleichbare hypothetische Schuldverschreibungen, deren Wert berechnet bzw. deren theoretische Absicherungskosten von in diesem Geschäftsbereich tätigen Kreditinstituten ermittelt wurden, würden daher in diesem entsprechenden Ausmaß für die Emittentin teurer sein und eine entsprechende Reduzierung der Rendite zur Folge haben.

Die Information potentieller Anleger über diesen Differenzbetrag soll es ihnen erleichtern, die gegenständlichen Schuldverschreibungen mit anderen Schuldverschreibungen oder Anlageprodukten, bei denen die vorzeitige Kündigung durch Anleihegläubiger nicht ausgeschlossen ist, zu vergleichen, um eine Entscheidung darüber zu treffen, ob die von der Emittentin versprochene höhere Rendite den Verzicht auf eine vorzeitige Kündigung durch die Anleihegläubiger aufwiegt. Jeder Anleger sollte daher sorgfältig überlegen, wie schwer der Nachteil eines ausschließlich der Emittentin zustehenden vorzeitigen Kündigungsrechts für ihn wiegt und ob dieser Nachteil durch die vergleichsweise höhere Rendite für ihn aufgewogen wird. Falls ein Anleger zu der Auffassung gelangt, dass dies nicht der Fall ist, sollte er nicht in die Schuldverschreibungen investieren.]

[Sofern die Emittentin kein Wahlrecht hat, die Schuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen, einfügen:

- (1) *Keine Vorzeitige Kündigung der Schuldverschreibungen nach Wahl der Emittentin.* Eine vorzeitige Kündigung der Schuldverschreibungen nach Wahl der Emittentin ist ausgeschlossen.]

[Sofern die Anleihegläubiger ein Wahlrecht zur vorzeitigen Kündigung der Schuldverschreibungen haben, einfügen:

- (2) *Vorzeitige Kündigung nach Wahl der Anleihegläubiger.* Die Emittentin hat, sofern ein Anleihegläubiger der Emittentin die entsprechende Absicht mindestens **[Mindestkündigungsfrist (Put) einfügen]** und höchstens **[Höchstkündigungsfrist (Put) einfügen]** Geschäftstage (wie in § 6 definiert) im Voraus mitteilt, die maßgeblichen Schuldverschreibungen dieses Anleihegläubigers an einem der nachstehenden Wahrrückzahlungstage (Put) (jeweils ein "**Wahrrückzahlungstag (Put)**") zu ihrem maßgeblichen Wahrrückzahlungsbetrag (Put) wie nachstehend definiert (der "**Wahrrückzahlungsbetrag (Put)**") zuzüglich aufgelaufener Zinsen zurückzuzahlen.

Wahrrückzahlungstage (Put)

[]

[]

Wahrrückzahlungsbeträge (Put)

[]

[]

Um dieses Recht auszuüben, muss der Anleihegläubiger eine ordnungsgemäß ausgefüllte Ausübungserklärung in der bei der Zahlstelle und der Emittentin erhältlichen Form abgeben. Ein Widerruf einer erfolgten Ausübung dieses Rechts ist nicht möglich.]

[Sofern die Anleihegläubiger kein Wahlrecht haben, die Schuldverschreibungen vorzeitig zu kündigen, einfügen:

- (2) *Keine Vorzeitige Kündigung nach Wahl der Anleihegläubiger.* Eine vorzeitige Kündigung der Schuldverschreibungen nach Wahl der Anleihegläubiger ist nicht vorgesehen.]

[Sofern "Vorzeitige Rückzahlung bei Vorliegen einer Rechtsänderung, einer Absicherungs-Störung und/oder Gestiegenen Absicherungs-Kosten" anwendbar ist, einfügen:

- (3) *Vorzeitige Rückzahlung bei Vorliegen einer Rechtsänderung, einer Absicherungs-Störung und/oder Gestiegenen Absicherungs-Kosten.* Die Emittentin kann die Schuldverschreibungen jederzeit vor dem Endfälligkeitstag bei Vorliegen einer Rechtsänderung und/oder, Absicherungs-Störung und/oder Gestiegenen Absicherungs-Kosten (wie jeweils nachstehend definiert) zu ihrem vorzeitigen Rückzahlungsbetrag von **[vorzeitigen Rückzahlungsbetrag einfügen]** (der "**Vorzeitige Rückzahlungsbetrag**") zuzüglich aufgelaufener Zinsen vorzeitig zurückzahlen. Die Emittentin wird die Schuldverschreibungen vollständig (aber nicht nur teilweise) am zweiten Geschäftstag (wie in § 6 definiert) zurückzahlen, nach dem die Benachrichtigung der vorzeitigen Rückzahlung gemäß § 11 erfolgt ist, vorausgesetzt, dass dieser Tag nicht später als zwei Geschäftstage vor dem Endfälligkeitstag liegt (der "**Vorzeitige Rückzahlungstag**") und wird den vorzeitigen Rückzahlungsbetrag im Hinblick auf die Schuldverschreibungen an die Anleihegläubiger zahlen oder eine entsprechende Zahlung veranlassen, im Einklang mit den maßgeblichen Steuergesetzen oder sonstigen gesetzlichen oder behördlichen Vorschriften und in Einklang mit und gemäß diesen Anleihebedingungen. Zahlungen von Steuern oder vorzeitigen Rückzahlungsgebühren sind von den Anleihegläubigern zu tragen und die Emittentin übernimmt keine Haftung hierfür.

Wobei:

"**Rechtsänderung**" bedeutet, dass (i) aufgrund des Inkrafttretens von Änderungen der Gesetze oder Verordnungen (einschließlich aber nicht beschränkt auf Steuergesetze) oder (ii) der Änderungen der Auslegung von gerichtlichen oder behördlichen Entscheidungen, die für die entsprechenden Gesetze oder Verordnungen relevant sind (einschließlich der Aussagen der Steuerbehörden), die Emittentin feststellt, dass die Kosten, die mit ihren Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen verbunden sind, wesentlich gestiegen sind (einschließlich aber nicht beschränkt auf Erhöhungen der Steuerverpflichtungen, der Senkung von steuerlichen Vorteilen oder anderen negativen Auswirkungen auf die steuerrechtliche Behandlung), falls solche Änderungen an oder nach dem Begebungstag wirksam werden;

"**Absicherungs-Störung**" bedeutet, dass die Emittentin nicht in der Lage ist, unter Anwendung wirtschaftlich vernünftiger Bemühungen, (i) Transaktionen abzuschließen, fortzuführen oder abzuwickeln bzw. Vermögenswerte zu erwerben, auszutauschen, zu halten oder zu veräußern, welche die Emittentin zur Absicherung von Preisrisiken im Hinblick auf ihre Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen für notwendig erachtet, oder sie (ii) nicht in der Lage ist, die Erlöse aus den Transaktionen bzw. Vermögenswerten zu realisieren, zurückzugewinnen oder weiterzuleiten; und

"**Gestiegene Absicherungs-Kosten**" bedeutet, dass die Emittentin im Vergleich zum Begebungstag einen wesentlich höheren Betrag an Steuern, Abgaben, Aufwendungen und Gebühren (außer Maklergebühren) entrichten muss, um (i) Transaktionen abzuschließen, fortzuführen oder abzuwickeln bzw. Vermögenswerte zu erwerben, auszutauschen, zu halten oder zu veräußern, welche die Emittentin zur Absicherung von Preisrisiken im Hinblick auf ihre Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen für notwendig erachtet oder (ii) Erlöse aus den Transaktionen bzw. Vermögenswerten zu realisieren, zurückzugewinnen oder weiterzuleiten, unter der Voraussetzung, dass Beträge, die sich nur erhöht haben, weil die Kreditwürdigkeit der Emittentin zurückgegangen ist, nicht als Gestiegene Absicherungs-Kosten angesehen werden.]

[Im Fall von nachrangigen Schuldverschreibungen einfügen:

- ([3]) *Vorzeitige Rückzahlung aus regulatorischen oder steuerlichen Gründen.* Soweit die Schuldverschreibungen nicht mehr [als nachrangiges Kapital im Sinne des § 23 Abs 8 BWG oder, nach Inkrafttreten der CRR,] als Tier 2 im Sinne des Art 60 CRR (oder einer die Kapitaladäquanz der Emittentin regelnden Nachfolgebestimmung) der Emittentin angerechnet werden oder soweit gesetzlich (insbesondere nach [§ 23 Abs 8 BWG oder] Art 60 lit j CRR)

zulässig, wegen einer Änderung der geltenden steuerlichen Behandlung der Schuldverschreibungen, ist die Emittentin berechtigt, jederzeit vor dem Fälligkeitstag alle Schuldverschreibungen zu kündigen und zu ihrem Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag samt bis zum für die Rückzahlung festgesetzten Tag (ausschließlich) aufgelaufener Zinsen an die Anleihegläubiger zurückzuzahlen, vorausgesetzt, dass (i) die FMA oder eine Nachfolgebehörde oder jede andere Behörde, die für die Bankenaufsicht für Kapitaladäquanzzwecke der Emittentin verantwortlich ist, einer Rückzahlung der Schuldverschreibungen nach dieser Bestimmung vorweg zustimmt, sofern eine solche Zustimmung an dem für die Rückzahlung festgesetzten Tag zwingend erforderlich ist, (ii) die Emittentin nicht weniger als dreißig und nicht mehr als sechzig Tage vor der beabsichtigten Rückzahlung der Schuldverschreibungen die Anleihegläubiger von der Kündigung verständigt, wobei eine solche Kündigung unwiderruflich ist, und (iii) wenn dies gesetzlich zwingend vorgesehen ist, die Emittentin zuvor Kapital in gleicher Höhe und zumindest gleicher Eigenmittelqualität beschafft hat.

Hinweis: Im Falle einer vorzeitigen Rückzahlung nach diesem Absatz ist den zuständigen Aufsichtsbehörden nachzuweisen, dass das auslösende Ereignis nicht vorhersehbar war.

- ([4])** Mit Ausnahme des § 5 (1) und (3) ist die Emittentin nicht berechtigt, die Schuldverschreibungen vor dem Fälligkeitstag zurückzuzahlen. Die Anleihegläubiger sind nicht berechtigt, die Schuldverschreibungen vor Fälligkeit zu kündigen.]

§ 6 (Zahlungen)

- (1)** *Währung.* Zahlungen von Kapital und Zinsen auf Schuldverschreibungen erfolgen in der festgelegten Währung (siehe § 1 (1)).
- (2)** *Zahlungen.* Die Zahlung von Kapital und Zinsen erfolgt, vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Vorschriften, über die Zahlstelle(n) [**bei Verwahrung bei der OeKB einfügen:** zur Weiterleitung an die Clearing Systeme] oder nach deren Anweisung durch Gutschrift auf die jeweilige für den Anleihegläubiger depoführende Stelle.
- (3)** *Zahlungen an einem Geschäftstag.* Fällt der Fälligkeitstag einer Zahlung in einer Fixzinsperiode in Bezug auf eine Schuldverschreibung auf einen Tag, der kein Geschäftstag (wie nachstehend definiert) ist, wird der Fälligkeitstag gemäß der Geschäftstag-Konvention (wie nachstehend definiert) verschoben. Sollte ein für die Zahlung von Kapital vorgesehener Tag verschoben werden, haben Anleihegläubiger keinen Anspruch auf Zahlung vor dem angepassten Fälligkeitstag und sind nicht berechtigt, weitere Zinsen und sonstige Zahlungen aufgrund dieser Verschiebung zu verlangen.

Fällt der Fälligkeitstag einer Zahlung in einer variablen Zinsperiode in Bezug auf eine Schuldverschreibung auf einen Tag, der kein Geschäftstag (wie nachstehend definiert) ist, wird der Fälligkeitstag gemäß der Geschäftstag-Konvention (wie nachstehend definiert) verschoben. Sollte ein für die Zahlung von Kapital [**im Fall von nicht-angepassten Zinsperioden einfügen:** und Zinsen] vorgesehener Tag verschoben werden, haben Anleihegläubiger keinen Anspruch auf Zahlung vor dem angepassten Fälligkeitstag und sind nicht berechtigt, weitere Zinsen und sonstige Zahlungen aufgrund dieser Verschiebung zu verlangen.

[Falls die festgelegte Währung EUR ist, einfügen:

"Geschäftstag" ist jeder Tag (außer einem Samstag oder Sonntag), an dem (i) jedes Clearing System in Betrieb ist und (ii) alle für die Abwicklung von Zahlungen in Euro wesentlichen Teile

des Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer System (TARGET2) in Betrieb sind und Zahlungen in Euro abwickeln.]

[Falls die festgelegte Währung nicht EUR ist, einfügen:

"**Geschäftstag**" ist jeder Tag (außer einem Samstag oder Sonntag), an dem (i) jedes Clearing System in Betrieb ist und (ii) die Banken in **[maßgebliche(s) Finanzzentrum(en) einfügen]** (das "**maßgebliches Finanzzentrum (oder –zentren)**") für Geschäfte (einschließlich Devisenhandelsgeschäfte und Fremdwährungseinlagengeschäfte) in der festgelegten Währung geöffnet sind.]

[Sofern Folgender-Geschäftstag-Konvention zur Anwendung kommt, einfügen:

Fällt ein im Sinne dieser Anleihebedingungen für eine Zahlung maßgeblicher Tag [während einer Fixzinsperiode] [und] [während einer variablen Zinsperiode] auf einen Tag, der kein Geschäftstag ist, wird der betreffende Tag auf den nächstfolgenden Geschäftstag verschoben.]

[Sofern Modifizierter-Folgender-Geschäftstag-Konvention zur Anwendung kommt, einfügen:

Fällt ein im Sinne dieser Anleihebedingungen für eine Zahlung maßgeblicher Tag [während einer variablen Zinsperiode] auf einen Tag, der kein Geschäftstag ist, wird der betreffende Tag auf den nächstfolgenden Geschäftstag verschoben, es sei denn, jener würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall wird der betreffende Tag auf den unmittelbar vorausgehenden Geschäftstag vorgezogen.]

- (4) *Bezugnahmen.* Bezugnahmen in diesen Anleihebedingungen auf das Kapital der Schuldverschreibungen schließen, soweit anwendbar, den Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen, den Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen, den Wahrrückzahlungsbetrag (Call), den Wahrrückzahlungsbetrag (Put), sowie jeden Aufschlag sowie sonstige auf oder in Bezug auf die Schuldverschreibungen fälligen Beträge mit ein.
- (5) *Gerichtliche Hinterlegung.* Die Emittentin ist berechtigt, beim zuständigen Gericht Kapitalbeträge zu hinterlegen, die von den Anleihegläubigern nicht innerhalb von zwölf Monaten nach dem maßgeblichen Fälligkeitstag beansprucht worden sind, auch wenn die Anleihegläubiger sich nicht in Annahmeverzug befinden. Soweit eine solche Hinterlegung erfolgt, und auf das Recht der Rücknahme verzichtet wird, erlöschen die Ansprüche der Anleihegläubiger gegen die Emittentin.
- (6) *Verzugszinsen.* Wenn die Emittentin eine fällige Zahlung auf die Schuldverschreibungen aus irgendeinem Grund nicht leistet, wird der ausstehende Betrag ab dem Tag der Fälligkeit (einschließlich) bis zum Tag der vollständigen Zahlung (ausschließlich) mit Verzugszinsen in Höhe von zwei Prozentpunkten über dem Basiszinssatz verzinst. Dabei ist der Basiszinssatz, der am letzten Kalendertag eines Halbjahres gilt, für das nächste Halbjahr maßgebend.

§ 7 **(Besteuerung)**

- (1) Sämtliche Zahlungen von Kapital und Zinsen in Bezug auf die Schuldverschreibungen werden ohne Einbehalt oder Abzug von Steuern, Abgaben, Festsetzungen oder behördlichen Gebühren jedweder Art (die "**Steuern**") geleistet, die von der Republik Österreich oder einer ihrer Gebietskörperschaften oder Behörden mit der Befugnis zur Erhebung von Steuern auferlegt, erhoben, eingezogen, einbehalten oder festgesetzt werden, es sei denn, ein solcher Einbehalt oder Abzug ist oder wird in Zukunft gesetzlich vorgeschrieben. In diesem Fall wird die Emittentin die betreffenden Steuern einbehalten oder abziehen, und die einbehaltenen oder abgezogenen

Beträge an die zuständigen Behörden zahlen. Die Emittentin ist nicht verpflichtet, wegen eines solchen Einbehalts oder Abzugs zusätzliche Beträge an Kapital und/oder Zinsen zu zahlen.

- (2) *Steuerhinweis.* Hinweise zur steuerlichen Behandlung der Inhaber der Schuldverschreibungen sind dem Basisprospekt über das Programm zur Begebung von Schuldverschreibungen vom 17.06.2013 zu entnehmen, wobei für die Aktualität der Steueraussagen keine Haftung übernommen wird.

§ 8 (Verjährung)

Ansprüche gegen die Emittentin auf Zahlungen hinsichtlich der Schuldverschreibungen verjähren, sofern diese nicht innerhalb von dreißig Jahren (im Falle des Kapitals) und innerhalb von drei Jahren (im Falle von Zinsen) geltend gemacht werden.

§ 9 (Beauftragte Stellen)

- (1) *Hauptzahlstelle.* Die Emittentin handelt als Hauptzahlstelle in Bezug auf die Schuldverschreibungen (die "**Hauptzahlstelle**" und zusammen mit allfällig bestellten zusätzlichen Zahlstellen, jeweils eine "**Zahlstelle**").

[Falls weitere Zahlstellen ernannt werden einfügen:

[Die zusätzliche(n) Zahlstelle(n):

Zahlstelle(n): **[Firmenwortlaut und Geschäftsanschrift der zusätzlichen Zahlstelle(n) einfügen]**]

- (2) *Berechnungsstelle.* Die **[Firmenwortlaut und Geschäftsanschrift der Berechnungsstelle einfügen]** handelt als Berechnungsstelle für die Schuldverschreibungen (die "**Berechnungsstelle**").
- (3) *Ersetzung.* Die Emittentin behält sich das Recht vor, die Ernennung der Hauptzahlstelle, allfälliger zusätzlicher Zahlstellen und der Berechnungsstelle jederzeit anders zu regeln oder zu beenden und eine andere Hauptzahlstelle oder zusätzliche oder andere Zahlstellen oder Berechnungsstellen zu ernennen. Sie wird sicherstellen, dass jederzeit (i) eine Hauptzahlstelle und eine Berechnungsstelle und (ii) eine Zahlstelle in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union, sofern dies in irgendeinem Mitgliedsstaat der Europäischen Union möglich ist, die nicht gemäß der Richtlinie 2003/48/EG des Rates oder einer anderen die Ergebnisse des Ministerrattreffens der Finanzminister der Europäischen Union vom 26.-27. November 2000 umsetzenden Richtlinie der Europäischen Union bezüglich der Besteuerung von Kapitaleinkünften oder gemäß eines Gesetzes, das eine solche Umsetzung bezweckt, zur Einbehaltung oder zum Abzug von Quellensteuern oder sonstigen Abzügen verpflichtet ist. Die Zahlstellen und die Berechnungsstelle behalten sich das Recht vor, jederzeit anstelle ihrer jeweils benannten Geschäftsstelle eine andere Geschäftsstelle in derselben Stadt oder demselben Land zu bestimmen, Mitteilungen hinsichtlich aller Veränderungen im Hinblick auf die Hauptzahlstelle, die Zahlstellen oder die Berechnungsstelle erfolgen unverzüglich durch die Emittentin gemäß § 11.
- (4) *Kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis.* Die Zahlstellen und die Berechnungsstelle handeln ausschließlich als Beauftragte der Emittentin und übernehmen keine Verpflichtungen gegenüber den Anleihegläubigern; es wird dadurch kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis

zwischen ihnen und den Anleihegläubigern begründet. Die Emittentin kann sich bei Ausübung ihrer Rechte gemäß diesen Anleihebedingungen der Zahlstellen und/oder der Berechnungsstelle bedienen.

- (5) *Verbindlichkeit der Festsetzungen.* Alle Bescheinigungen, Mitteilungen, Gutachten, Festsetzungen, Berechnungen, Quotierungen und Entscheidungen, die von der Emittentin, einer Zahlstelle und/oder der Berechnungsstelle für die Zwecke dieser Anleihebedingungen gemacht, abgegeben, getroffen oder eingeholt werden, sind (sofern nicht ein offensichtlicher Irrtum vorliegt) für die Emittentin, die Zahlstelle(n) und die Anleihegläubiger bindend.
- (6) *Haftungsausschluss.* Weder die Zahlstelle(n), noch die Berechnungsstelle übernehmen eine Haftung für irgendeinen Irrtum oder eine Unterlassung oder irgendeine darauf beruhende nachträgliche Korrektur in der Berechnung oder Veröffentlichung irgendeines Betrags oder einer Festlegung in Bezug auf die Schuldverschreibungen, außer im Falle von grober Fahrlässigkeit und Vorsatz.

§ 10 (Schuldnerersetzung)

- (1) *Ersetzung.* Die Emittentin ist jederzeit berechtigt, ohne Zustimmung der Anleihegläubiger eine andere Gesellschaft, die direkt oder indirekt von der Emittentin kontrolliert wird, als neue Emittentin für alle sich aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen ergebenden Verpflichtungen mit schuldbefreiender Wirkung für die Emittentin an die Stelle der Emittentin zu setzen (die "**Neue Emittentin**"), sofern
 - (a) die Neue Emittentin sämtliche Verpflichtungen der Emittentin aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen übernimmt;
 - (b) die Emittentin, sofern eine Zustellung an die Neue Emittentin außerhalb der Republik Österreich erfolgen müsste, einen Zustellungsbevollmächtigten in der Republik Österreich bestellt;
 - (c) die Neue Emittentin sämtliche für die Schuldnerersetzung und die Erfüllung der Verpflichtungen aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen erforderlichen Genehmigungen erhalten hat;
 - (d) die Emittentin unbeding und unwiderruflich die Verpflichtungen der Neuen Emittentin aus den Schuldverschreibungen zu Bedingungen garantiert, die sicherstellen, dass jeder Anleihegläubiger wirtschaftlich mindestens so gestellt wird, wie er ohne die Ersetzung stehen würde; und
 - (e) die Neue Emittentin in der Lage ist, sämtliche zur Erfüllung der aufgrund der Schuldverschreibungen bestehenden Zahlungsverpflichtungen erforderlichen Beträge in der festgelegten Währung [**bei Verwahrung bei der OeKB einfügen:** an das Clearing System] zu zahlen, und zwar ohne Abzug oder Einbehalt von Steuern oder sonstigen Abgaben jedweder Art, die von dem Land (oder den Ländern), in dem (in denen) die Neue Emittentin ihren Sitz oder Steuersitz hat, auferlegt, erhoben oder eingezogen werden.
- (2) *Bezugnahmen.*
 - (a) Im Fall einer Schuldnerersetzung gemäß § 10 (1) gilt jede Bezugnahme in diesen Anleihebedingungen auf die "Emittentin" als eine solche auf die "Neue Emittentin" und jede

Bezugnahme auf die Republik Österreich als eine solche auf den Staat, in welchem die Neue Emittentin steuerlich ansässig ist.

- (b) In § 7 gilt, falls eine solche Bezugnahme aufgrund des vorhergehenden Absatzes fehlen würde, eine alternative Bezugnahme auf die Republik Österreich als aufgenommen (zusätzlich zu der Bezugnahme nach Maßgabe des vorstehenden Satzes auf den Staat, in welchem die Neue Emittentin steuerlich ansässig ist).
- (3) *Bekanntmachung und Wirksamwerden der Ersetzung.* Die Ersetzung der Emittentin ist gemäß § 11 mitzuteilen. Mit der Mitteilung über die Ersetzung wird die Ersetzung wirksam und die Emittentin und im Fall einer wiederholten Anwendung dieses § 10 jede frühere neue Emittentin von ihren sämtlichen Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen frei (unbeschadet der Garantie gemäß § 10 (1) (d)). Im Fall einer solchen Schuldnerersetzung wird ein Nachtrag zu dem Prospekt mit einer Beschreibung der neuen Emittentin erstellt.

§ 11 (Mitteilungen)

- (1) *Mitteilungen.* Die Schuldverschreibungen betreffende Mitteilungen, die zwingend in einer Tageszeitung in Österreich veröffentlicht werden müssen, werden im Amtsblatt zur Wiener Zeitung veröffentlicht oder, falls diese ihr Erscheinen einstellt, in einer anderen Tageszeitung mit Verbreitung in ganz Österreich. Die Schuldverschreibungen betreffende Mitteilungen, die nicht zwingend in einer Tageszeitung veröffentlicht werden müssen, sind wirksam erfolgt, wenn diese auf der Website [**Webseite einfügen**] abgerufen werden können oder wenn sie den Anleihegläubigern direkt oder über die für sie maßgeblichen depotführenden Stellen zugeleitet werden.

[Im Fall der Verwahrung bei der OeKB einfügen:

- (2) *Mitteilung an das Clearing System.* Die Emittentin ist berechtigt, eine Zeitungsveröffentlichung nach § 11 (1) durch eine Mitteilung an das Clearing System (gemäß § 1 (4)) zur Weiterleitung an die Anleihegläubiger zu ersetzen.]

§ 12 (Unwirksamkeit. Änderungen)

- (1) *Salvatorische Klausel.* Sollten zu irgendeinem Zeitpunkt eine oder mehrere der Bestimmungen der Anleihebedingungen unwirksam, unrechtmäßig oder undurchsetzbar gemäß dem Recht eines Staates sein oder werden, dann sind diese Bestimmungen im Hinblick auf die betreffende Jurisdiktion nur im notwendigen Ausmaß unwirksam, ohne die Gültigkeit, Rechtmäßigkeit und Durchsetzbarkeit der verbleibenden Bestimmungen der Anleihebedingungen zu berühren oder zu verhindern.
- (2) *Änderungen.* Die Emittentin ist berechtigt, in diesen Anleihebedingungen ohne Zustimmung der Anleihegläubiger offensichtliche Schreib- oder Rechenfehler oder sonstige offensichtliche Irrtümer zu berichtigen, widersprüchliche oder lückenhafte Bestimmungen zu ändern bzw zu ergänzen, wobei nur solche Änderungen bzw Ergänzungen zulässig sind, die unter Berücksichtigung der Interessen der Emittentin für die Anleihegläubiger zumutbar sind, dh deren finanzielle Situation nicht wesentlich verschlechtern. Eine Pflicht zur Bekanntmachung von Änderungen bzw Ergänzungen dieser Bedingungen besteht nicht, soweit die finanzielle Situation der Anleihegläubiger nicht wesentlich verschlechtert wird. Im Falle von

Schuldverschreibungen, die als aufsichtsrechtliche Eigenmittel angerechnet werden, darf sich durch Änderungen und/oder Ergänzungen keine Änderung der Qualität der Eigenmittel ergeben.

§ 13

(Begebung weiterer Schuldverschreibungen und Ankauf)

- (1) *Begebung weiterer Schuldverschreibungen.* Die Emittentin ist jederzeit berechtigt, ohne Zustimmung der Anleihegläubiger weitere Schuldverschreibungen mit den gleichen Bedingungen (gegebenenfalls mit Ausnahme des Begebungstages, des Verzinsungsbeginns und/oder des Ausgabepreises) in der Weise zu begeben, dass sie mit den Schuldverschreibungen eine einheitliche Serie bilden.
- (2) *Ankauf.* Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit Schuldverschreibungen im Markt oder anderweitig zu jedem beliebigen Preis zu kaufen. Die von der Emittentin erworbenen Schuldverschreibungen können nach Wahl der Emittentin von ihr gehalten, weiterverkauft oder bei der Zahlstelle zur Entwertung eingereicht werden. **[Im Fall von nachrangigen Schuldverschreibungen einfügen:** Der Ankauf der Schuldverschreibungen ist allenfalls nur im Rahmen bestimmter gesetzlicher Beschränkungen zulässig.]

§ 14

(Anwendbares Recht. Erfüllungsort. Gerichtsstand)

- (1) *Anwendbares Recht. Erfüllungsort.* Form und Inhalt der Schuldverschreibungen sowie die vertraglichen und außervertraglichen Rechte und Pflichten der Anleihegläubiger und der Emittentin im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen bestimmen sich ausschließlich nach dem Recht der Republik Österreich unter Ausschluss seiner Regelungen des internationalen Privatrechts soweit diese die Anwendbarkeit fremden Rechts zur Folge hätten. Erfüllungsort ist Salzburg, Republik Österreich.
- (2) *Gerichtsstand.* Nicht-ausschließlicher Gerichtsstand für alle sich aus den in diesen Anleihebedingungen geregelten Rechtsverhältnissen ergebenden Rechtsstreitigkeiten mit der Emittentin ist, soweit gesetzlich zulässig, Salzburg, Österreich. Die Gerichtsstandsvereinbarung beschränkt nicht das Recht eines Anleihegläubigers, wenn und soweit durch anwendbare Gesetze angeordnet, Verfahren vor einem Verbrauchergerichtsstand anzustrengen.

6.2 MUSTER DER ENDGÜLTIGEN BEDINGUNGEN

[Datum einfügen]

Endgültige Bedingungen

der

[Emissionsbezeichnung einfügen]

begeben unter dem

Programm zur Begebung von Schuldverschreibungen

vom 17.06.2013

der

Volksbank Salzburg eG

Serie [●]

ISIN [●]

Emissionspreis: [●] % des Nennbetrags [, freibleibend] [plus [●] % Ausgabeaufschlag

Begebungstag: [●]

Endfälligkeitstag: [●]

EINLEITUNG

Dieses Dokument enthält die Endgültigen Bedingungen (die "**Endgültigen Bedingungen**") einer Emission von Schuldverschreibungen (die "**Schuldverschreibungen**") der Volksbank Salzburg eG, die unter dem Programm zur Begebung von Schuldverschreibungen (das "**Programm**") begeben wird. Diese Endgültigen Bedingungen werden für den in Artikel 5 (4) der Richtlinie 2003/71/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 4. November 2003 (geändert durch die Richtlinie 2010/73/EU des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 24. November 2010) (die "**Prospektrichtlinie**") genannten Zweck bereitgestellt und sind gemeinsam mit dem Programm zur Begebung von Schuldverschreibungen vom 17.06.2013 (der "**Prospekt**") [und dem (den) Nachtrag (Nachträgen) dazu vom [●] (der/die "**Nachtrag/äge**") zu lesen.

Um sämtliche Angaben zu den Schuldverschreibungen zu erhalten, sind diese Endgültigen Bedingungen, der Prospekt und etwaige Nachträge zusammen zu lesen. Der Prospekt und allfällige Nachträge sowie Dokumente, auf die allenfalls in diesen Endgültigen Bedingungen oder im Prospekt verwiesen wird, können bei jeder Zahlstelle und am Sitz der Emittentin während der üblichen Geschäftszeiten eingesehen werden und Kopien dieser Dokumente und der Endgültigen Bedingungen sind bei diesen Stellen kostenlos erhältlich.

Eine emissionsbezogene Zusammenfassung (die "**Emissionsbezogene Zusammenfassung**") der Schuldverschreibungen ist diesen Endgültigen Bedingungen als Anlage 1 beigefügt.

TEIL I ANLEIHEBEDINGUNGEN

[Falls die für die jeweilige Serie der Schuldverschreibungen maßgebliche Variante der Muster-Anleihebedingungen vervollständigt und eingefügt wird, hier einfügen].

[Falls die für die jeweilige Serie der Schuldverschreibungen maßgebliche Variante der Muster-Anleihebedingungen durch Verweis auf eine dieser im Prospekt als Variante 1 bis 4 der Muster-Anleihebedingungen enthaltenen Varianten (einschließlich der jeweils enthaltenen bestimmten weiteren Optionen) bestimmt wird, einfügen:

Dieser Teil 1 der Endgültigen Bedingungen ist in Verbindung mit den Muster-Anleihebedingungen für Schuldverschreibungen der Volksbank Salzburg eG in der [Variante 1 - Fixer Zinssatz] [Variante 2 – Nullkupon-Anleihe] [Variante 3 - Variabler Zinssatz] [Variante 4 - Fixer und danach variabler Zinssatz] (die "**Muster-Anleihebedingungen**"), die im Prospekt abgedruckt sind, zu lesen. Begriffe, die im Teil 1 dieser Endgültigen Bedingungen nicht anders definiert sind, haben die gleiche Bedeutung, wie sie in den Muster-Anleihebedingungen festgelegt sind.

Die Leerstellen in den auf die Schuldverschreibung anwendbaren Bestimmungen der Muster-Anleihebedingungen gelten als durch die in den Endgültigen Bedingungen enthaltenen Angaben ausgefüllt, als ob die Leerstellen in den betreffenden Bestimmungen der Muster-Anleihebedingungen durch diese Angaben ausgefüllt wären. Sämtliche Bestimmungen der Muster-Anleihebedingungen, die sich auf alternative oder wählbare Bestimmungen dieser Endgültigen Bedingungen beziehen, die weder angekreuzt oder die gestrichen werden, gelten hinsichtlich dieser Schuldverschreibungen als aus den Muster-Anleihebedingungen gestrichen. Die gemäß den vorstehenden Regeln vervollständigten Muster-Anleihebedingungen stellen die Anleihebedingungen der Schuldverschreibungen dar (die "**Bedingungen**").

- | | | | |
|------------|--|---------------------------|---|
| § 1 | Währung. Stückelung. | Form. Verbriefung. | Emissionsart. Verwahrung |
| | (Erst-) Begebungstag | | <input checked="" type="checkbox"/> |
| | Festgelegte Währung | | <input checked="" type="checkbox"/> |
| | Gesamtnennbetrag | | <input checked="" type="checkbox"/> |
| | Nennbetrag | | <input checked="" type="checkbox"/> |
| | Clearing System | | <input type="checkbox"/> CSD.Austria - OeKB,
1011 Wien, Strauchgasse 3 |
| | | | <input type="checkbox"/> nicht anwendbar / Verwahrung bei der Emittentin |
| § 2 | Rang | | <input type="checkbox"/> Nicht-nachrangig / senior |
| | | | <input type="checkbox"/> Nachrangkapital |
| § 3 | Zinsen | | |
| | <input type="checkbox"/> <i>Fixe Verzinsung (Variante 1)</i> | | <i>[Falls nicht anwendbar, Unterabsätze streichen.]</i> |
| | <input type="checkbox"/> <i>Gleichbleibender Zinssatz</i> | | <i>[Falls nicht anwendbar, Unterabsätze</i> |

			<i>streichen.]</i>
	Verzinsungsbeginn		[●]
	Frequenz		<input type="checkbox"/> monatlich
			<input type="checkbox"/> quartalsweise
			<input type="checkbox"/> halbjährlich
			<input type="checkbox"/> jährlich
	Zinssatz		[●]
<input type="checkbox"/>	<i>Ansteigender Zinssatz</i>		[Falls nicht anwendbar, Unterabsätze streichen.]
	Verzinsungsbeginn		[●]
	Zinssatz	vom (einschließlich)	bis (einschließlich)
	[Zinssätze einfügen	[Daten einfügen]	[Daten einfügen]
	% per annum]		
			[weitere Zeilen einfügen]
	Zinszahlungstag		[●]
	Erster Zinszahlungstag		[●]
	Zinstagequotient		<input type="checkbox"/> Actual/Actual (ICMA)
			<input type="checkbox"/> 30/360
			<input type="checkbox"/> Actual/360
<input type="checkbox"/>	<i>Nullkupon (Variante 2)</i>		
<input type="checkbox"/>	<i>Variable Verzinsung (Variante 3)</i>		[Falls nicht anwendbar, Unterabsätze streichen.]
	Frequenz		<input type="checkbox"/> monatlich
			<input type="checkbox"/> quartalsweise
			<input type="checkbox"/> halbjährlich
			<input type="checkbox"/> jährlich
	Verzinsungsbeginn		[●]
	Zinszahlungstag(e)		[●]
	Erster Zinszahlungstag		[●]
<input type="checkbox"/>	EURIBOR		[Falls nicht anwendbar, Unterabsätze streichen.]
	Referenzsatz		[ein/drei/sechs/zwölf]-Monats Euribor
	Partizipationsfaktor		[●]
	Marge		<input type="checkbox"/> plus
			<input type="checkbox"/> minus
			[●]
<input type="checkbox"/>	CMS		[Falls nicht anwendbar, Unterabsätze streichen.]

(Constant Maturity Swap)

- Jahres-Swap-Satz [ein/zwei/fünf/zehn/zwanzig/dreißig]-Jahres CMS
Der mittlere Swapsatz gegen den [drei/sechs]-
Monats Euribor
- Partizipationsfaktor
- Marge plus
 minus
- Mindestzinssatz % per annum] [Nicht anwendbar]
- Höchstzinssatz % per annum] [Nicht anwendbar]
- Zinsfeststellungstag [**Anzahl einfügen**] [Londoner] [Frankfurter]
[New-Yorker] / [TARGET]-Geschäftstag vor
[Beginn/Ende] der jeweiligen Zinsperiode
- Zinstagequotient Actual/Actual (ICMA)
 30/360
 Actual/360
- Fixer und danach variabler Zinssatz* [Falls nicht anwendbar, Unterabsätze streichen.]
(Variante 4)
- Verzinsungsbeginn
- Ende der Fixzinsperiode
- Fixer Zinssatz
- Fixer Zinszahlungstag
- Erster fixer Zinszahlungstag
- Letzter fixer Zinszahlungstag
- Frequenz monatlich
 quartalsweise
 halbjährlich
 jährlich
- Variable Zinszahlungstag(e)
- Erster variabler Zinszahlungstag
- Referenzsatz für variablen Zinssatz: [Falls nicht anwendbar, Unterabsätze streichen.]
EURIBOR
- Referenzsatz [ein/drei/sechs/zwölf]-Monats Euribor
- Partizipationsfaktor
- Marge plus
 minus

- CMS (Constant Maturity Swap) *[Falls nicht anwendbar, Unterabsätze streichen.]*
- Jahres-Swap-Satz *[ein/zwei/fünf/zehn/zwanzig/dreißig]-Jahres CMS*
Der mittlere Swapsatz gegen den [drei/sechs]-
Monats Euribor
- Partizipationsfaktor **[●]**
- Marge plus
 minus
[●]
- Referenzsatz oder Zinssatz der Vorperiode *[Falls nicht anwendbar, Unterabsätze streichen.]*
- Referenzsatz *[drei/sechs/neun/zwölf]-Monats Euribor*
- Marge plus
 minus
[●]
- Ergebnis einer Berechnung zweier Zinssätze *[Falls nicht anwendbar, Unterabsätze streichen.]*
- Partizipationsfaktor **[●]**
- Referenzsatz 1 *[ein/zwei/fünf/zehn/zwanzig/dreißig]-Jahres CMS*
Der mittlere Swapsatz gegen den [drei/sechs]-
Monats Euribor
- Referenzsatz 2 *[ein/zwei/fünf/zehn/zwanzig/dreißig]-Jahres CMS*
Der mittlere Swapsatz gegen den [drei/sechs]-
Monats Euribor
- Zielkupon *[Falls nicht anwendbar, Unterabsätze streichen.]*
- Höhe des Zielkupon **[●]** %
- Mindestzinssatz **[●]** % per annum
- Höchstzinssatz **[●]** % per annum
- Zinsfeststellungstag **[Anzahl einfügen]** [Londoner] [Frankfurter]
[New-Yorker] / [TARGET]-Geschäftstag vor
[Beginn/Ende] der jeweiligen Zinsperiode
- Zinstagequotient für Fixzinsperioden Actual/Actual (ICMA)
 30/360
 Actual/360
- Zinstagequotient für variable Zinsperioden Actual/Actual (ICMA)
 30/360
 Actual/360
- Bestimmungen über Stückzinsen bei unterjährigen Käufen und/oder Verkäufen

sind Stückzinsen [in der Fixzinsperiode] [in der variablen Zinsperiode] zahlbar

bei unterjährigen Käufen / Verkäufen sind Stückzinsen [in der variablen Zinsperiode] mindestens zum Mindestzinssatz zahlbar

bei unterjährigen Käufen / Verkäufen sind Stückzinsen zum jeweiligen Zinssatz zahlbar

bei unterjährigen Käufen / Verkäufen sind Stückzinsen [in der Fixzinsperiode] [in der variablen Zinsperiode] nicht zahlbar

§ 4 Rückzahlung

Rückzahlungsbetrag [●]

Endfälligkeitstag [●]

§ 5 Vorzeitige Kündigung / Rückzahlung

Vorzeitige Kündigung nach Wahl der Emittentin [Falls nicht anwendbar, Unterabsätze streichen.]

Wahrückzahlungstag(e) (Call)

[]

[]

Wahrückzahlungsbeträge (Call)

[]

[]

Kündigungsfrist (Call) [●]

Differenzbetrag [●] [Nicht anwendbar]

Keine vorzeitige Kündigung nach Wahl der Emittentin

Vorzeitige Kündigung nach Wahl der Anleihegläubiger [Falls nicht anwendbar, Unterabsätze streichen.]

Mindestkündigungsfrist (Put) [●]

Höchstkündigungsfrist (Put) [●]

Wahrückzahlungstage (Put)

[]

[]

Wahrückzahlungsbeträge (Put)

[]

[]

Keine vorzeitige Kündigung nach Wahl der Anleihegläubiger

Vorzeitige Rückzahlung bei Vorliegen einer Rechtsänderung, einer Absicherungs-Störung und/oder Gestiegenen Absicherungs-Kosten [Falls nicht anwendbar, Unterabsätze streichen.]

Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag [●] [Nicht anwendbar]

§ 6 Zahlungen

Zahlungen nicht angepasst

- | | |
|--|--|
| | <input type="checkbox"/> angepasst |
| | <input type="checkbox"/> nicht anwendbar |
| <input type="checkbox"/> Zahlungen bei einer Fixzinsperiode
(Variante 4) | <input type="checkbox"/> nicht angepasst |
| | <input type="checkbox"/> angepasst |
| <input type="checkbox"/> Zahlungen bei einer variablen Zinsperiode
(Variante 4) | <input type="checkbox"/> nicht angepasst |
| Geschäftstag | <input type="checkbox"/> angepasst |
| | [Falls die festgelegte Währung EUR ist, diese
und die folgende Zeile löschen] |
| <input type="checkbox"/> Maßgebliche Finanzzentren | <input checked="" type="checkbox"/> [●] |
| Geschäftstagkonvention | <input type="checkbox"/> Folgender-Geschäftstag-Konvention |
| | <input type="checkbox"/> Modifizierte-Folgender-Geschäftstag-
Konvention |
| | <input type="checkbox"/> nicht anwendbar |
| <input type="checkbox"/> Geschäftstagkonvention bei einer
Fixzinsperiode | <input type="checkbox"/> Folgender-Geschäftstag-Konvention |
| (Variante 4) | <input type="checkbox"/> Modifizierte-Folgender-Geschäftstag-
Konvention |
| <input type="checkbox"/> Geschäftstagkonvention bei einer
variablen Zinsperiode | <input type="checkbox"/> Folgender-Geschäftstag-Konvention |
| (Variante 4) | <input type="checkbox"/> Modifizierte-Folgender-Geschäftstag-
Konvention |
| § 9 Beauftragte Stellen | |
| Weitere Zahlstellen | <input type="checkbox"/> [●] |
| Berechnungsstelle | <input type="checkbox"/> [●] |
| § 11 Mitteilungen | |
| Webseite | <input checked="" type="checkbox"/> [●] |

TEIL II
ZUSÄTZLICHE ANGABEN ZU DEN SCHULDVERSCHREIBUNGEN UND DEM ANGEBOT

Konditionen des Angebots

Angebotskonditionen	[Keine] [<i>Einzelheiten angeben</i>]
Regelungen und Angabe des Zeitpunkts für die öffentliche Bekanntmachung des Angebotsbetrags.	[●] [Nicht anwendbar]
Angebotsfrist	[●]
Beschreibung des Antragsverfahrens	[●]
Angebotsfrist, während der die spätere Weiterveräußerung oder endgültige Platzierung der Schuldverschreibungen durch Finanzintermediäre erfolgen kann	[●]
Beschreibung der Möglichkeit zur Reduzierung der Zeichnungen und der Art und Weise der Erstattung des zu viel gezahlten Betrags an die Zeichner	[Nicht anwendbar] [<i>Einzelheiten angeben</i>]
Methode und Fristen für die Bedienung der Schuldverschreibungen und ihre Lieferung	[Nicht anwendbar] [<i>Einzelheiten angeben</i>]
Modalitäten und Termin für die Veröffentlichung der Ergebnisse des Angebots	[<i>Einzelheiten einfügen</i>]

Preisfestsetzung

Emissionspreis	[●] % des Nennbetrags [, freibleibend] [plus [●] % Ausgabeaufschlag]
Kosten, die speziell dem Zeichner oder Käufer über die banküblichen Spesen in Rechnung gestellt werden.	[●] [Nicht anwendbar]
Steuern, die speziell dem Zeichner oder Käufer in Rechnung gestellt werden.	[●] [Nicht anwendbar]

Platzierung und Übernahme (Underwriting)

Koordinatoren des Angebots (und sofern der Emittentin oder Bieter bekannt, Name und Anschrift derjenigen, die das Angebot in den verschiedenen Staaten platzieren)	[●]
--	-----

Provisionen

Management – und Übernahmeprovision	[●]
Verkaufsprovision	[●]

Andere

[●]

Zulassung zum Handel und Handelsmodalitäten

Börsennotierung

Keine

Weitere Angaben

*Gründe für das Angebot und Verwendung
des Emissionserlöses*

Geschätzter Nettobetrag der Erträge [●]

Geschätzte Gesamtkosten der Emission [●]

Rendite [●][Nicht anwendbar]

Interessenkonflikte [●][Nicht anwendbar]

Beschlüsse, Ermächtigungen und [●]
Genehmigungen, aufgrund derer die
Schuldverschreibungen begeben werden

Es gelten die im Prospekt Nicht anwendbar

wiedergegebenen Anwendbar

Verkaufsbeschränkungen

Zusätzliche Verkaufsbeschränkungen [●]
(einfügen)

Die Emittentin übernimmt die Verantwortung für die in diesen Endgültigen Bedingungen enthaltenen Informationen wie im Prospekt bestimmt. Hinsichtlich der hierin enthaltenen und als solche gekennzeichneten Informationen von Seiten Dritter gilt Folgendes: (i) Die Emittentin bestätigt, dass diese Informationen zutreffend wiedergegeben worden sind und – soweit es der Emittentin bekannt ist und sie aus den von diesen Dritten zur Verfügung gestellten Informationen ableiten konnte – keine Fakten ausgelassen wurden, deren Fehlen die reproduzierten Informationen unzutreffend oder irreführend gestalten würden; (ii) die Emittentin hat diese Informationen nicht selbständig überprüft und übernimmt keine Verantwortung für ihre Richtigkeit.

ANLAGE 1

Emissionsspezifische Zusammenfassung **[Emissionsspezifische Zusammenfassung einfügen]**

[Drafting Note: *Die Zusammenfassung der einzelnen Emission enthält die zentralen Angaben der Zusammenfassung des Prospekts sowie die relevanten Bestandteile der Endgültigen Bedingungen. Die emissionsspezifische Zusammenfassung enthält Folgendes:*

- a) *die nur für die einzelne Emission relevanten Angaben aus der Zusammenfassung des Prospekts;*
- b) *die nur für die einzelne Emission relevanten, im Prospekt genannten Optionen, wie sie in den endgültigen Bedingungen festgelegt wurden;*
- c) *die im Prospekt ausgelassenen, in den endgültigen Bedingungen genannten relevanten Angaben.*

Beziehen sich die endgültigen Bedingungen auf verschiedene Wertpapiere, die sich nur in einigen sehr beschränkten Einzelheiten unterscheiden (zB Emissionskurs oder Fälligkeitstermin) so kann für all diese Wertpapiere eine einzige Zusammenfassung der einzelnen Emission angefügt werden, sofern die Angaben zu den verschiedenen Wertpapieren klar voneinander getrennt sind.]

7. BESTEUERUNG

Diese Zusammenfassung erhebt keinen Anspruch auf eine vollständige Beschreibung aller möglichen steuerlichen Aspekte und behandelt auch nicht spezifische Situationen, die für einzelne potenzielle Anleger von Bedeutung sein könnten. Sie beruht auf der Gesetzeslage und Rechtsprechung sowie der veröffentlichten Finanzverwaltungspraxis den derzeit gültigen Erlässen der Steuerbehörden sowie deren jeweiliger Auslegung, wobei sämtliche dieser Grundlagen jederzeitigen Abänderungen unterworfen sein können. Derartige Änderungen können auch rückwirkend wirksam werden und sich daher negativ auf die beschriebenen steuerlichen Folgen auswirken. Es wird daher empfohlen, dass potenzielle Käufer der Schuldverschreibungen und bezüglich der steuerlichen Folgen des Kaufs, Besitzes und Verkaufs ihre Rechts- und Steuerberatung konsultieren. Steuerliche Risiken im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen trägt der Käufer der Schuldverschreibungen.

Ist die Emittentin depotführende Stelle, übernimmt die Emittentin die Verantwortung für die Einbehaltung der Steuern an der Quelle. Wird die Auszahlung über eine andere auszuzahlende Stelle in Österreich abgewickelt übernimmt diese Stelle die Verantwortung für die Einbehaltung von Steuern an der Quelle.

7.1 BESTEUERUNG IN ÖSTERREICH

Dieser Abschnitt zur Besteuerung enthält eine kurze Zusammenfassung des Verständnisses der Emittentin betreffend einige wichtige Grundsätze, die im Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Halten und der Veräußerung der Schuldverschreibungen in der Republik Österreich bedeutsam sind. Die Zusammenfassung erhebt nicht den Anspruch, sämtliche steuerliche Überlegungen vollständig wiederzugeben und geht auch nicht auf besondere Sachverhaltsgestaltungen ein, die für einzelne potenzielle Anleger von Bedeutung sein können. Die folgenden Ausführungen sind genereller Natur und hierin nur zu Informationszwecken enthalten. Diese Ausführungen sollen keine rechtliche oder steuerliche Beratung darstellen und auch nicht als solche ausgelegt werden. Des Weiteren nimmt diese Zusammenfassung nur auf solche Anleger Bezug, die in Österreich der unbeschränkten Einkommen- oder Körperschaftsteuerpflicht unterliegen. Sie basiert auf den derzeit gültigen österreichischen Steuergesetzen, der bisher ergangenen höchstrichterlichen Rechtsprechung sowie den Richtlinien der Finanzverwaltung und deren jeweiliger Auslegung, die alle Änderungen unterliegen können. Solche Änderungen können auch rückwirkend eingeführt werden und die beschriebenen steuerlichen Folgen nachteilig beeinflussen. Potenziellen Käufern der Schuldverschreibungen wird empfohlen, wegen der steuerlichen Folgen des Kaufs, des Haltens sowie der Veräußerung der Schuldverschreibungen ihre rechtlichen und steuerlichen Berater zu konsultieren. Das steuerliche Risiko aus den Schuldverschreibungen trägt der Käufer. Es ist generell darauf hinzuweisen, dass die Finanzverwaltung bei strukturierten Finanzprodukten, mit denen auch steuerliche Vorteile verbunden sein können, eine kritische Haltung einnimmt.

7.1.1 Allgemein

Die nachfolgende Darstellung beschränkt sich auf Schuldverschreibungen, die nach dem 31.03.2012 entgeltlich erworben wurden und somit der - durch das Budgetbegleitgesetz (BBG) 2011 (BGBl I 2010/111), das Abgabenänderungsgesetz (AbgÄG) 2011 (BGBl I 2011/76) und das Budgetbegleitgesetz (BBG) 2012 (BGBl I 2011/112) novellierten - Rechtslage unterliegen. Beim Anleihegläubiger handelt es sich aus österreichischer Sicht um eine Kapitalgesellschaft oder eigennützige Privatstiftung, die ihrer Offenlegungsverpflichtung nach § 13 Körperschaftsteuergesetz (KStG) nachgekommen ist, oder eine natürliche Person, welche die Schuldverschreibungen im Privat- oder Betriebsvermögen erwirbt. Die Darstellung beschränkt sich daher auf einen allgemeinen Überblick der österreichischen steuerlichen Konsequenzen für die genannten Anlegergruppen.

7.1.2 Ertragsteuerliche Konsequenzen für in Österreich unbeschränkt steuerpflichtige Anleihegläubiger

7.1.2.1 Schuldverschreibungen

7.1.2.1.1 Natürliche Personen (Privatvermögen)

Bei unbeschränkt steuerpflichtigen natürlichen Person, welche die Schuldverschreibungen im Privatvermögen halten, sind alle Einkünfte aus den Schuldverschreibungen als Einkünfte aus Kapitalvermögen nach § 27 Abs 1 Einkommensteuergesetzes (nachstehend EStG) steuerpflichtig. Die Einkünfte nach § 27 Abs 1 EStG umfassen Einkünfte aus der Überlassung des Kapitals (§ 27 Abs 2 EStG), Einkünfte aus realisierten Wertsteigerungen des Kapitalvermögens (§ 27 Abs 3 EStG) sowie Einkünfte aus Derivaten (§ 27 Abs 4 EStG).

Einkünfte aus Kapitalvermögen nach § 27 Abs 2 EStG (zB laufende Zinsen) sowie realisierte Wertsteigerungen des Kapitalvermögens nach § 27 Abs 3 EStG unterliegen grundsätzlich dem besonderen Steuersatz von 25% (§ 27a Abs 1 EStG). Bei Inlandsverwahrung hat die depotführende oder auszahlende Stelle die Kapitalertragsteuer (KESt) von 25% abzuziehen (§ 93 Abs 1 EStG), sofern ein öffentliches Angebot in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht nach § 27a Abs 2 Z 2 EStG gegeben ist; mit der Einbehaltung der KESt ist die Endbesteuerungswirkung für einkommensteuerliche Zwecke verbunden (§§ 27a Abs 1 und 97 Abs 1 EStG). Bei Auslandsverwahrung sind Einkünfte aus den Schuldverschreibungen im Rahmen der persönlichen Einkommensteuererklärung anzugeben; der besondere Steuersatz von 25% ist anzuwenden. Liegt kein öffentliches Angebot in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht vor, so gelangt der progressive Steuersatz von bis zu 50% zur Anwendung (§ 33 Abs 1 EStG).

Entsteht bei Rückzahlung oder Veräußerung ein Verlust, kann dieser grundsätzlich mit anderen Einkünften aus Kapitalvermögen verrechnet werden. Die Verrechnung hat im Rahmen der persönlichen Einkommensteuererklärung und vorbehaltlich der Verlustausgleichsbeschränkungen des § 27 Abs 8 EStG zu erfolgen (§ 97 Abs 2 EStG). Bei Inlandsverwahrung der Schuldverschreibungen hat – beim Vorliegen des öffentlichen Angebotes in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht – die depotführende Stelle ab dem 1. Jänner 2013 den Verlustausgleich vorzunehmen (§ 93 Abs 6 EStG).

Gemäß § 27a Abs 5 EStG kann der Anleihegläubiger die Option auf die Besteuerung nach dem Normalsteuersatz des § 33 Abs 1 EStG ausüben (Option zur Regelbesteuerung), sofern

er – unter Beachtung des Normalsteuersatzes – zu einem niedrigeren als dem linearen Steuersatz von 25% besteuert wird. Gegebenenfalls sind Einkünfte aus den Schuldverschreibungen – zusammen mit anderen sondersteuersatzpflichtigen Kapitalerträgen – im Rahmen der Steuererklärung anzugeben. Die allenfalls einbehaltene KESt wird auf die zu erhebende Einkommensteuer angerechnet und mit dem übersteigenden Betrag dem Anleihegläubiger zurück erstattet.

Der steuerpflichtige Betrag entspricht bei Einkünften aus der Überlassung des Kapitals nach § 27 Abs 2 EStG dem Bruttobetrag der Zinszahlungen (§ 27a Abs 3 Z 1 EStG). Als Einkünfte aus realisierten Wertsteigerungen des Kapitalvermögens nach § 27 Abs 3 EStG und Einkünften aus Derivaten nach § 27 Abs 4 EStG ist grundsätzlich die Differenz zwischen dem (ungekürzten) Veräußerungserlös und den Anschaffungskosten, jeweils einschließlich der Stückzinsen, zugrunde zu legen (§ 27a Abs 3 Z 2 EStG). Bei auf Fremdwährung lautenden Schuldverschreibungen hat eine Umrechnung im Anschaffungszeitpunkt und im Veräußerungszeitpunkt in EUR zu erfolgen. Die Fremdwährungskomponente stellt einen Teil des Veräußerungsgewinnes bzw -verlustes dar.

Nebenkosten der Anschaffung oder Veräußerung dürfen nicht abgezogen werden. Ebenso wenig sind sonstige im Zusammenhang mit dem Halten der Schuldverschreibungen angefallene Werbungskosten abzugsfähig (§ 20 Abs 2 EStG), sofern die Schuldverschreibungen im Rahmen eines öffentlichen Angebots in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht begeben werden.

7.1.2.2 Natürliche Personen (Betriebsvermögen)

Die vorstehenden Grundsätze für natürliche Personen, welche die Schuldverschreibungen im Privatvermögen halten, gelten für – im Betriebsvermögen natürlicher Personen gehaltene – Schuldverschreibungen sinngemäß, jedoch unter Beachtung folgender Besonderheiten: Die Einkünfte gelten als betriebliche Einkünfte. Gewinne und Verluste unterliegen – beim Vorliegen eines öffentlichen Angebotes in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht – als Einkünfte aus realisierten Wertsteigerungen nach § 27 Abs 3 EStG dem besonderen Steuersatz von 25% und – im Rahmen der Veranlagung – der Endbesteuerung (§ 97 Abs 1 EStG). Betriebsausgaben im Zusammenhang mit dem Erwerb, der Veräußerung oder des Haltens der Schuldverschreibungen dürfen im Rahmen der Veranlagung in eingeschränktem Ausmaß berücksichtigt werden (§ 6 Z 2 lit c EStG). Eine Verlustverrechnung durch die depotführende Stelle ist ausgeschlossen und hat im Rahmen der jährlichen Veranlagung zu erfolgen.

7.1.2.3 Privatstiftungen (Privatvermögen)

Die vorstehenden Grundsätze für natürliche Personen, welche die Schuldverschreibungen im Privatvermögen halten, gelten für (eigennützige, dh nicht gemeinnützige) Privatstiftungen sinngemäß, jedoch unter Beachtung folgender Besonderheiten: Statt der KESt bzw des besonderen Steuersatzes von 25% ist – beim Vorliegen eines öffentlichen Angebotes in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht – das Regime der Zwischenbesteuerung mit dem Körperschaftsteuersatz von 25% anzuwenden (§§ 13 Abs 3 und 22 Abs 2 KStG). Ansonsten ist der Körperschaftsteuersatz von 25% anzuwenden. Bei Inlandsverwahrung der Schuldverschreibungen findet die Befreiung von der KESt nach § 94 Z 12 EStG Anwendung. Die Option nach § 27a Abs 5 EStG ist nicht anwendbar.

7.1.2.4 Kapitalgesellschaften und Privatstiftungen (Betriebsvermögen)

Einkünfte aus den Schuldverschreibungen unterliegen als Einkünfte aus Gewerbebetrieb dem Körperschaftsteuersatz von 25%. Bei Privatstiftungen und bei Kapitalgesellschaften kann die Befreiung von der Kapitalertragsteuer nach § 94 Z 5 EStG zur Anwendung kommen. Allfällige Substanzgewinne und -verluste werden im Rahmen der betrieblichen Einkünfte erfasst. Es ist der Körperschaftsteuersatz von 25% anzuwenden.

7.1.3 Ertragsteuerliche Konsequenzen für in Österreich beschränkt steuerpflichtige Anleihegläubiger

Natürliche Personen und Kapitalgesellschaften, die in Österreich nicht unbeschränkt steuerpflichtig sind, unterliegen mit ihren Erträgen aus den Schuldverschreibungen nicht der österreichischen Einkommen- bzw Körperschaftsteuer, sofern die Einkünfte daraus nicht zum inländischen Betriebsvermögen oder dem land- und forstwirtschaftlichen Vermögen gehören. Bei Verwahrung der Schuldverschreibungen auf einem österreichischen Depot kommt es auch zum keinem KEST-Abzug durch das kuponanzahlende Kreditinstitut (§ 94 Z 13 EStG).

7.1.4 Erbschafts- und Schenkungssteuer

In Österreich wird keine Erbschafts- oder Schenkungssteuer erhoben. Die unentgeltliche Übertragung der Schuldverschreibungen unter Lebenden unterliegt jedoch grundsätzlich der Meldeverpflichtung nach § 121a der Bundesabgabenordnung. Bei einer unentgeltlichen Übertragung der Schuldverschreibungen auf eine österreichische Privatstiftung oder eine damit vergleichbare Vermögensmasse fällt Stiftungseingangssteuer an. Grundsätzlich beträgt der Stiftungseingangssteuersatz 2,5%. Dieser erhöht sich auf 25%, sofern unter anderem mit dem Ansässigkeitsstaat der Stiftung oder einer vergleichbaren Vermögensmasse keine umfassende Amts- und Vollstreckungshilfe besteht.

7.1.5 Andere Steuern

In Österreich fallen anlässlich des Erwerbs und der Veräußerung der Schuldverschreibungen keine Rechtsgeschäftsgebühren, Kapitalverkehrssteuern oder ähnliche Steuern an.

7.2 ZINSRICHTLINIE

7.2.1 Richtlinie des Rates 2003/48/EG vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen

Am 3. Juni 2003 hat der Rat der Europäischen Union die Richtlinie 2003/48/EG im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen (die Zinsbesteuerungsrichtlinie) angenommen. Seit dem 1. Juli 2005 sind im Rahmen der Zinsbesteuerungsrichtlinie alle Mitgliedstaaten verpflichtet, die Steuerbehörden eines anderen Mitgliedstaates mit Informationen über Zinszahlungen oder vergleichbare Erträge zu versorgen, die von einer Zahlstelle in einem Mitgliedstaat an eine natürliche Person in einem anderen Mitgliedstaat gezahlt wurden. Österreich und Luxemburg erheben, solange sie nicht an dem Informationsaustausch teilnehmen, stattdessen für einen Übergangszeitraum eine Quellensteuer auf solche Zahlungen, die derzeit 35% beträgt. Der Übergangszeitraum begann am 1. Juli 2005 und endet mit Ablauf des ersten Veranlagungszeitraums, der auf die Zustimmung bestimmter nicht EU-Mitgliedstaaten zu

einem Informationsaustausch über Zinszahlungen folgt (das Ende des Übergangszeitraums ist ferner vom Abschluss bestimmter anderer Abkommen hinsichtlich des Informationsaustauschs mit bestimmten anderen Staaten abhängig). Vergleichbare Regelungen sind gegebenenfalls aufgrund anderer, aufgrund der Zinsrichtlinie abgeschlossener Abkommen auf Zinszahlungen von einer Zahlstelle in bestimmten Jurisdiktionen, die nicht EU-Mitgliedstaaten sind, an eine natürliche Person in einem EU-Mitgliedstaat anwendbar (zum Teil auch im umgekehrten Fall).

Am 13. November 2008 hat die Europäische Kommission einen Vorschlag zur Änderung der Zinsbesteuerungsrichtlinie veröffentlicht, der eine Erweiterung der oben genannten Informationspflichten nach sich ziehen würde. Das Europäische Parlament sowie der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss haben am 24. April 2009 bzw. am 13. Mai 2009 zu dem Vorschlag der Europäischen Kommission Stellung genommen. Eine zweite Überprüfung der Zinsbesteuerungsrichtlinie wurde am 2. März 2012 veröffentlicht.

7.2.2 Österreich

In Österreich wurde die Richtlinie des Rates 2003/48/EG vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen mit dem EU-Quellensteuergesetz (EU-QuStG) (BGBl I 2004/33) umgesetzt. Bei natürlichen Personen, die in Österreich der beschränkten Einkommensteuerpflicht unterliegen, können daher laufende Zinsen und der positive Unterschiedsbetrag der EU-Quellensteuer nach dem EU-QuStG in Höhe von 35% unterliegen. Voraussetzung ist, dass die natürliche Person als wirtschaftlicher Eigentümer der Zinsen zu sehen ist und seinen Wohnsitz innerhalb der Europäischen Union hat.

Für die Anwendung der EU-Quellensteuer ist zudem erforderlich, dass die Erträge aus den vorliegenden Schuldverschreibungen als Zinszahlung im Sinne von § 6 Abs 1 EU-QuStG zu sehen sind. Davon ist insbesondere bei laufend gezahlten Zinsen auszugehen.

Keine EU-Quellensteuer ist zu erheben, wenn der wirtschaftliche Eigentümer der österreichischen Zahlstelle eine vom Wohnsitzfinanzamt seines Wohnsitzstaates auf seinen Namen ausgestellte Bescheinigung nach § 10 Abs 2 EU-QuStG bzw. Art 13 Abs 2 Richtlinie 2003/EG/48 vorlegt. Die Bescheinigung muss folgende Angaben enthalten: Name, Anschrift und Steuer- oder sonstige Identifizierungsnummer oder in Ermangelung einer solchen, das Geburtsdatum und Geburtsort des wirtschaftlichen Eigentümers, Name und Anschrift der Zahlstelle, Kontonummer des wirtschaftlichen Eigentümers oder in Ermangelung einer solchen, Kennzeichen des Wertpapiers. Die Bescheinigung gilt für einen Zeitraum von drei Jahren ab Ausstellung.

7.3 FINANZTRANSAKTIONSSTEUER

Dem Richtlinienvorschlag der Europäischen Kommission zur Umsetzung der verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer vom 14.2.2013 folgend, soll in 11 teilnehmenden Mitgliedstaaten (Belgien, Deutschland, Estland, Frankreich, Griechenland, Italien, Portugal, Österreich, Slowakei, Slowenien und Spanien) mit 1.1.2014 eine Finanztransaktionssteuer eingeführt werden.

Die Finanztransaktionssteuer soll alle Finanztransaktionen an den organisierten Märkten sowie den außerbörslichen Handel entsprechend dem Ansässigkeitsprinzip bzw. dem Emissionsprinzip umfassen. Voraussetzung ist daher die Ansässigkeit einer

Transaktionspartei (Ansässigkeitsprinzip) oder die Emission des Finanzproduktes (Emissionsprinzip) in einem der elf teilnehmenden Mitgliedstaaten. Bemessungsgrundlage ist der Kauf- oder Marktpreis bzw der Nominalbetrag der im Zuge der Transaktion geschuldeten Gegenleistung. Der anzuwendende Mindeststeuersatz soll 0,1% betragen. Alle an der Finanztransaktion beteiligten – natürlichen und juristischen – Parteien haften gesamtschuldnerisch für die Entrichtung der Finanztransaktionssteuer. Die Verwirklichung eines steuerwirksamen Tatbestandes und somit das Entstehen des Steueranspruchs muss für alle Transaktionsparteien einzeln geprüft werden.

Entsprechend dem derzeitigen Richtlinienentwurf zur Finanztransaktionssteuer vom 14.2.2013 würde folglich jeder Verkauf, Kauf oder Austausch der Schuldverschreibungen grundsätzlich der Finanztransaktionssteuer unterliegen. Die Ausgestaltung der Finanztransaktionssteuer ist gegenwärtig Gegenstand von Verhandlungen der teilnehmenden Mitgliedstaaten. Änderungen des Kommissionsentwurfs der Richtlinie zur Finanztransaktionssteuer vom 14.2.2013 sind daher jederzeit möglich. Aufgrund der gegenwärtig andauernden Verhandlungen ist das In Kraft treten einer Richtlinie zur Finanztransaktionssteuer weder in zeitlicher noch in inhaltlicher Hinsicht voraussehbar. Ebenso wenig können die steuerlichen Konsequenzen aus dem Verkauf, Kauf oder Tausch der Schuldverschreibungen in dieser Hinsicht abschließend beurteilt werden.

8. ZEICHNUNG UND VERKAUF

8.1 VERKAUFSBESCHRÄNKUNGEN

Dieser Prospekt darf in keinem Land außerhalb Österreichs veröffentlicht werden, in dem Vorschriften über die Registrierung, Zulassung oder sonstige Vorschriften im Hinblick auf ein Angebot von Wertpapieren entgegenstehen können. Insbesondere darf der Prospekt nicht in die Vereinigten Staaten von Amerika verbracht werden.

Die unter diesem Prospekt begebenen Schuldverschreibungen der Emittentin werden nicht nach den Vorschriften des U.S. Securities Act 1933 registriert und unterliegen als Inhaberpapiere bestimmten Vorschriften des U.S. Steuerrechtes. Abgesehen von bestimmten Ausnahmen, die im U.S. Steuerrecht festgelegt werden, dürfen die Schuldverschreibungen weder innerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika noch an U.S. Personen (wie in den maßgebenden Vorschriften definiert) angeboten, verkauft oder geliefert werden.

Öffentliche Angebote von Schuldverschreibungen werden in Österreich erfolgen. In allen anderen EWR Staaten, in welchen eine Umsetzung der EU-Prospekt-Richtlinie erfolgt ist, ist ein öffentliches Angebot nicht zulässig, ausgenommen es handelt sich um ein Angebot, das keine Pflicht zur Veröffentlichung eines Prospekts auslöst.

Unter einem "**öffentlichen Angebot**" der Schuldverschreibungen in einem EWR-Mitgliedstaat ist eine Mitteilung an das Publikum in jeder Form und auf jede Art und Weise zu verstehen, die ausreichende Informationen über die Angebotsbedingungen enthält, um die Anleger in die Lage zu versetzen, sich für den Kauf oder die Zeichnung der Schuldverschreibungen zu entscheiden, wobei auch allenfalls in einem Mitgliedstaat geltende abweichende Definitionen eines "öffentlichen Angebots" zusätzlich Anwendung finden.

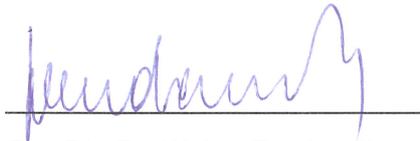
HAFTUNGSERKLÄRUNG

Die Volksbank Salzburg eG (die Emittentin) mit Sitz in Salzburg und der Geschäftsanschrift Saint-Julien-Straße 12, 5020 Salzburg, übernimmt die Haftung für die in diesem Prospekt enthaltenen Informationen und erklärt, die erforderliche Sorgfalt angewendet zu haben, um sicherzustellen, dass die in diesem Prospekt enthaltenen Angaben ihres Wissens nach richtig sind und keine Tatsachen ausgelassen worden sind, die die Aussage des Prospekts wahrscheinlich verändern können.

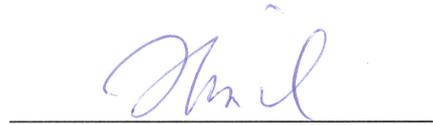
Salzburg, am 17.06.2013

Volksbank Salzburg eG

als Emittentin



Gen.Dir. Dr. Walter Zandanell



VDir.Dr. Andreas Hirsch

GLOSSAR UND ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

Zur leichteren Lesbarkeit finden sich nachstehend bestimmte Abkürzungen und Definitionen, die in diesem Prospekt verwendet werden. Die Leser dieses Prospekts sollten immer die vollständige Beschreibung eines in diesem Prospekt enthaltenen Ausdrucks verwenden.

"30/360"	meint im Hinblick auf die Berechnung des Zinsbetrages auf eine Schuldverschreibung die Anzahl von Tagen des Zinsberechnungszeitraums, dividiert durch 360, wobei die Anzahl der Tage auf der Grundlage eines Jahres von 360 mit zwölf Monaten zu 30 Tagen zu ermitteln ist (es sei denn, (A) der letzte Tag des Zinsberechnungszeitraumes fällt auf den 31. Tag eines Monats, während der erste Tag des Zinsberechnungszeitraumes weder auf den 30. noch auf den 31. Tag eines Monats fällt, wobei in diesem Fall der diesen Tag enthaltende Monat nicht als ein auf 30 Tage gekürzter Monat zu behandeln ist, oder (B) der letzte Tag des Zinsberechnungszeitraumes fällt auf den letzten Tag des Monats Februar, wobei in diesem Fall der Monat Februar nicht als ein auf 30 Tage verlängerter Monat zu behandeln ist)
"Anleihebedingungen"	meint die Muster-Anleihebedingungen gemeinsam mit den Endgültigen Bedingungen im Sinne von Artikel 26 (5) der Prospektverordnung
"Absicherungs-Störung"	wie in § 5 (3) der Muster-Anleihebedingungen definiert
"Abwicklungs-Instrumente"	meint die den zuständigen Aufsichtsbehörden übertragenen Abwicklungsbefugnisse
"ACT/360"	meint im Hinblick auf die Berechnung des Zinsbetrages auf eine Schuldverschreibung die tatsächliche Anzahl von Tagen des Zinsberechnungszeitraums, dividiert durch 360
"Actual/Actual (ICMA)"	meint im Hinblick auf die Berechnung des Zinsbetrages auf eine Schuldverschreibung falls der Zinsberechnungszeitraum gleich oder kürzer als die Zinsperiode ist, innerhalb welcher er fällt, die tatsächliche Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum, dividiert durch das Produkt (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in der jeweiligen Zinsperiode und (B) der Anzahl der Zinsperioden, die normalerweise in einem Jahr enden
"Amortisationsbetrag"	meint den vorgesehenen Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibung am Endfälligkeitstag, abgezinst mit einem jährlichen Satz in Höhe eines Satzes, der einem Amortisationsbetrag in Höhe des Ausgabepreises der Schuldverschreibungen entspräche, würden diese am Begebungstag auf ihren Emissionspreis abgezinst, auf Basis einer jährlichen Verzinsung bereits aufgelaufener Zinsen

"Anleihegläubiger"	meint die Inhaber von Schuldverschreibungen
"Bail-In"	Verlustbeteiligung von Schuldabschreibung
"Bail-In Instrument"	meint die Ausübung der Abschreibungs- und Umwandlungsbefugnisse (i) zur Rekapitalisierung eines Kreditinstituts in einem Umfang, der ausreichend ist, um es wieder in die Lage zu versetzen, den Zulassungsbedingungen zu genügen und die Tätigkeiten auszuüben, für die es zugelassen ist, oder (ii) zur Umwandlung in Eigenkapital – oder Reduzierung des Nennwerts – der auf ein Brückeninstitut übertragenen Forderungen oder Schuldtitel mit dem Ziel, Kapital für das Brückeninstitut bereitzustellen
"Begebungstag"	meint den Tag, an dem die Emittentin gemäß den Bestimmungen der Muster-Anleihebedingungen Schuldverschreibungen begibt (wie in § 1 (1) der Muster-Anleihebedingungen definiert)
"Bildschirmseite"	meint die jeweilige Bildschirmseite EURIBOR oder ISDAFIX, auf der ein maßgeblicher Zinssatz angezeigt wird
"BWG"	Bankwesengesetz
"Berechnungsstelle"	meint die Berechnungsstelle für die Schuldverschreibungen (wie in § 9 (2) der Muster-Anleihebedingungen definiert)
"BIRG"	Gesetzesentwurf der österreichischen Bundesregierung vom 20.2.2012 zum Bankeninterventions- und -restrukturierungsgesetz
"Clearing System"	wie in § 1 (4) der Muster-Anleihebedingungen definiert
"CRD IV"	Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. April 2013 zu dem Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die zusätzliche Beaufsichtigung der Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen und Wertpapierfirmen eines Finanzkonglomerats
"CRR¹⁰"	Legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. April 2013 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des

¹⁰ Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 16.04.2013 im Hinblick auf den Erlass der Verordnung (EU) Nr. .../2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen, wie am Tag der Prospektbilligung veröffentlicht. Diese Fassung kann sich bis zum Inkrafttreten der CRR und danach ändern.

	Europäischen Parlaments und des Rates über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen
"CSD.Austria"	CentralSecuritiesDepository.Austria, die Wertpapiersammelbank der Oesterreichischen Kontrollbank Aktiengesellschaft
"Dauerglobalurkunde"	meint eine Dauersammelurkunde gemäß § 24 lit b Depotgesetz, durch die jede Serie von Schuldverschreibungen verbrieft wird
"Differenzbetrag"	wie in § 5 (2) der Muster-Anleihebedingungen definiert
"Emissionsbezogene Zusammenfassung"	siehe Anlage 1 der Endgültigen Bedingungen
"Emittentin"	Volksbank Salzburg eG
"Endfälligkeitstag"	meint den Tag, an dem die Schuldverschreibungen zu ihrem Rückzahlungsbetrag zurückgezahlt werden
"Endgültige Bedingungen"	meint die endgültigen Bedingungen einer Serie von Schuldverschreibungen im Sinne von Artikel 26 (5) der Prospektverordnung
"Eurozone"	bezeichnet das Gebiet derjenigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die gemäß dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft (unterzeichnet in Rom am 25. März 1957), geändert durch den Vertrag über die Europäische Union (unterzeichnet in Maastricht am 7. Februar 1992), den Amsterdamer Vertrag vom 2. Oktober 1997 und den Vertrag von Lissabon vom 13. Dezember 2007, in seiner jeweiligen Fassung, eine einheitliche Währung eingeführt haben oder jeweils eingeführt haben werden.
"festgelegte Währung"	Währung in der die Schuldverschreibungen von der Emittentin am Begebungstag begeben werden (wie in § 1 (1) der Muster-Anleihebedingungen definiert)
"festgelegte Zeit"	Zeitpunkt, zu dem der Zinssatz auf der jeweiligen Bildschirmseite angezeigt wird
"FMA"	die österreichischen Finanzmarktaufsichtsbehörde
"Fitch"	Fitch Ratings
"fixe Zinsperiode"	Der Zeitraum ab dem Verzinsungsbeginn (einschließlich) bis zu dem Kalendertag (einschließlich), der dem ersten fixen Zinszahlungstag vorangeht, sowie jeden folgenden Zeitraum ab dem fixen Zinszahlungstag (einschließlich) bis zu dem Kalendertag (einschließlich), der dem unmittelbar folgenden letzten fixen Zinszahlungstag vorangeht
"fixer Zinssatz"	wie in den Muster-Anleihebedingungen definiert
"fixer Zinszahlungstag"	der Tag eines jeden Jahres, an dem die Zinsen zahlbar sind
"FBSchVG"	Gesetz betreffend fundierte Bankschuldverschreibungen (BGBl

	1905/2013 in der geltenden Fassung)
"Gestiegene Absicherungs-Kosten"	bedeutet, dass die Emittentin im Vergleich zum Begebungstag einen wesentlich höheren Betrag an Steuern, Abgaben, Aufwendungen und Gebühren (außer Maklergebühren) entrichten muss, um Transaktionen abzuschließen, fortzuführen oder abzuwickeln bzw. Vermögenswerte zu erwerben, auszutauschen, zu halten oder zu veräußern, welche die Emittentin zur Absicherung von Preisrisiken im Hinblick auf ihre Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen für notwendig erachtet
"Globalurkunde"	siehe "Dauerglobalurkunde"
"GuV"	Gewinn- und Verlustrechnung
"Geschäftstag"	ist jeder Tag (außer einem Samstag oder Sonntag), an dem (i) jedes Clearing System in Betrieb ist und (ii) die Banken im maßgeblichen Finanzzentrum für Geschäfte (einschließlich Devisenhandelsgeschäfte und Fremdwährungseinlagengeschäfte) in der festgelegten Währung geöffnet sind
"Höchstzinssatz"	der für eine bestimmte Zinsperiode festgelegte, höchste anwendbare Zinssatz
"Hauptzahlstelle"	wie in § 9 (1) der Muster-Anleihebedingungen definiert
"IFRS"	International Financial Reporting Standards
"ISDA Fixing"	Die auf der Bildschirmseite ISDAFIX veröffentlichten Swap-Sätze werden als ISDA-Fixing bezeichnet. Isdafix ist ein Bildschirmservice, welches die durchschnittlichen Swap Sätze für die sechs Hauptwährungen (Euro, Hong Kong Dollar, japanische Yen, britisches Pfund, schweizer Franken und US Dollar) für ausgewählte Laufzeiten auf täglicher Basis veröffentlicht.
"Instrument der Ausgliederung von Vermögenswerten"	die Übertragung von Vermögenswerten und Rechten eines Kreditinstituts auf eine eigens für die Vermögensverwaltung gegründete Zweckgesellschaft, deren alleiniger Eigentümer eine oder mehrere öffentliche Stellen ist
"Instrument des Brückeninstituts"	die Übertragung von Vermögenswerten, Rechten oder Verbindlichkeiten eines Kreditinstituts auf ein Brückeninstitut, das sich vollständig im Eigentum einer oder mehrerer öffentlicher Stellen befindet
"Instrument der Unternehmensveräußerung"	die Übertragung von Eigentumstiteln, Vermögenswerten, Rechten oder Verbindlichkeiten eines Kreditinstituts auf einen Erwerber
"ISIN"	International Securities Identification Number
"Kapital-Aberkennungs-Ereignis"	wie in § 5 (3) der Muster-Anleihebedingungen definiert

"KMG"	Kapitalmarktgesetz
"Kuratorengesetz"	Gesetz vom 24. April 1874 betreffend die gemeinsame Vertretung der Rechte der Besitzer von auf Inhaber lautenden oder durch Indossament übertragbaren Teilschuldverschreibungen und die bürgerliche Behandlung der für solche Teilschuldverschreibungen eingeräumten Hypothekarrechte, RGBl. Nr. 49/1874, idgF.
"Marge"	Ein Zu- oder Abschlag per annum innerhalb einer bestimmten Zinsperiode
"MTF"	MTF (Multilateral Trading Facility) gemäß der Richtlinie 2004/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21.04.2004 über Märkte für Finanzinstrumente (" MiFID ") sowie gemäß § 1 Z 9 WAG 2007. Die MTF ist ein von der Wiener Börse AG betriebenes multilaterales Handelssystem, an dem Finanzinstrumente gehandelt werden, die keine gesetzlich geregelten Zulassungsvoraussetzungen erfüllen müssen und deren Emittenten keine Transparenzpflichten im Sinne der Richtlinie 2004/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15.12.2004 einzuhalten haben. Insiderhandel und Marktmanipulation sind ebenso wie auf geregelten Märkten untersagt. Die Wiener Börse AG betreibt den Dritten Markt als MTF
"Marktzinsniveau"	Zinssätze auf den Geld- und Kapitalmärkten für vergleichbare Schuldverschreibungen
"MiFID"	Richtlinie 2004/39/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21.4.2004 über Märkte für Finanzinstrumente
"Mindestzinssatz"	der für eine bestimmte Zinsperiode festgelegte, niedrigste anwendbare Zinssatz
"Muster-Anleihebedingungen"	die Bedingungen für die verschiedenen, in vier unterschiedlichen Varianten unter diesem Programm begebenen, Kategorien von Wertpapieren
"Nachtrag/äge"	Nachtrag oder Nachträge zum Prospekt
"Nennbetrag"	wie in § 1 (1) der Muster-Anleihebedingungen definiert
"Neue Emittentin"	eine andere Gesellschaft, die direkt oder indirekt von der Emittentin kontrolliert wird und als neue Emittentin für alle sich aus oder im Zusammenhang mit den Schuldverschreibungen ergebenden Verpflichtungen mit schuldbefreiender Wirkung für die Emittentin an die Stelle der Emittentin tritt
"Notifizierung"	Übermittlung von Bescheinigungen durch die FMA an eine zuständige Behörde eines EWR Staates über die Billigung des Prospekts, aus denen hervorgeht, dass der Prospekt gemäß der EU-Prospekt-Richtlinie erstellt wurde

"Option"	Jede der Muster-Anleihebedingungen für eine Variante verfügt im Hinblick auf die Verzinsung über weitere Optionen, die in den Endgültigen Bedingungen ausgewählt werden.
"ÖVAG"	Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft
"Programm"	Programm zur Begebung von Schuldverschreibungen
"Prospekt"	Basisprospekt zum Programm zur Begebung von Schuldverschreibungen
"Prospektrichtlinie"	Richtlinie 2003/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4.11.2003
"Prospektverordnung"	Verordnung (EG) NR 809/2004 der Kommission vom 29.4.2004 zur Umsetzung der Richtlinie 2003/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die in Prospekten enthaltenen Angaben sowie die Aufmachung, die Aufnahme von Angaben in Form eines Verweises und die Veröffentlichung solcher Prospekte sowie die Verbreitung von Werbung in der Fassung der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 862/2012 der Kommission vom 4.6.2012
"Rechtsänderung"	bedeutet, dass (i) aufgrund des Inkrafttretens von Änderungen der Gesetze oder Verordnungen oder (ii) der Änderungen der Auslegung von gerichtlichen oder behördlichen Entscheidungen, die für die entsprechenden Gesetze oder Verordnungen relevant sind, die Emittentin feststellt, dass die Kosten, die mit ihren Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen verbunden sind, wesentlich gestiegen sind, falls solche Änderungen an oder nach dem Begebungstag wirksam werden;
"Referenzbanken"	bedeutet die Euro-Zone Hauptgeschäftsstellen von vier großen Banken im Euro-Zonen Interbankenmarkt, die jeweils von der Berechnungsstelle ausgewählt werden
"Referenzsatz"	Der für eine Zinsperiode maßgebliche Zinssatz, der je nach Option für eine Variante auf der jeweiligen Bildschirmseite EURIBOR oder ISDAFIX angezeigt wird
"Relevante Regeln"	meint die Kapitalregeln, die auf die Emittentin anwendbar sind, in der jeweils geltenden Fassung, einschließlich der Umsetzung der CRD IV und/oder der CRR
"Risikofaktoren"	Risiken, die eine Anlage in die Schuldverschreibungen beinhaltet (siehe Abschnitt zu Risikofaktoren)
"RRD"	Vorschlag der Europäischen Kommission vom 6.6.2012 für eine neue Richtlinie zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen – COM (2012) 280 final/2 "Recovery and Resolution Directive"
"Rückzahlungsbetrag"	Betrag, zu dem die Schuldverschreibungen am Fälligkeitstag

	zurück gezahlt werden
"RWA"	Risikogewichtete Aktiva (Risk Weighted Assets)
"Schuldabschreibungs-Instrument"	Befugnis der zuständigen Aufsichtsbehörden nach der Krisenmanagement-Richtlinie, bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen das Grundkapital eines Kreditinstituts abschreiben zu können und bestimmte Kapitalinstrumente abschreiben oder in Eigenkapital des Kreditinstituts umwandeln zu können
"Schuldverschreibungen"	meint die unter diesem Programm begebenen Schuldverschreibungen
"Securities Act"	United States Securities Act of 1933
"Serie"	die Schuldverschreibungen werden in Serien begeben
"Spread"	Renditeabstand bestimmter Finanzanlagen zu als risikolos geltenden Anlagen
"Steuern"	Steuern, Abgaben, Festsetzungen oder behördlichen Gebühren jedweder Art
"TARGET2"	Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer System
"Tier 2 Kapital"	meint Ergänzungskapital gemäß der CRR
"TARGET-Geschäftstag"	bezeichnet einen Tag, an dem das TARGET2 System betriebsbereit ist
"Variante"	Eine der vier im Hinblick auf ihre Verzinsung unterschiedliche Ausgestaltungsmöglichkeiten der Schuldverschreibungen
"Vereinigte Staaten"	bezeichnet die Vereinigten Staaten von Amerika (einschließlich deren Bundesstaaten und des District of Columbia) sowie deren Territorien (einschließlich Puerto Rico, U.S. Virgin Islands, Guam, American Samoa, Wake Island und Northern Mariana Islands)
"Verzinsungsbeginn"	Zeitpunkt, ab dem die Schuldverschreibungen bezogen auf ihren Nennbetrag bis zum Verzinsungsende verzinst werden.
"Verzinsungsende"	Zeitpunkt, zu dem der Zinslauf der Schuldverschreibungen endet
"Volksbanken-Verbund"	Die Gesamtheit der Mitglieder und der von den Mitgliedern gebildete Kreditinstitute-Verbund gemäß § 30a BWG, bestehend aus der Volksbank Primärstufe (insgesamt 62 Primärbanken), der ÖVAG und der SCHULZE-DELITZSCH-HAFTUNGSGENOSSENSCHAFT registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
"Vorzeitige Rückzahlungsbetrag"	wie in § 5 (3) der Muster-Anleihebedingungen definiert

"Wesentliche Verträge"	die in Kapitel 5.14 angeführten von der Emittentin abgeschlossenen Verträge
"Wahlrückzahlungsbetrag (Call)"	wie in § 5 (1) der Muster-Anleihebedingungen definiert
"Wahlrückzahlungsbetrag (Put)"	wie in § 5 (2) der Muster-Anleihebedingungen definiert
"Wahlrückzahlungstag (Call)"	wie in § 5 (1) der Muster-Anleihebedingungen definiert
"Wahlrückzahlungstag (Put)"	wie in § 5 (2) der Muster-Anleihebedingungen definiert
"Zahlstelle"	wie in § 9 (1) der Muster-Anleihebedingungen definiert
"Zielkupon"	meint die Summe aller maximalen jährlichen Zinszahlungen
"Zinsberechnungszeitraum"	bezeichnet einen beliebigen Zeitraum im Hinblick auf die Berechnung des Zinsbetrages auf eine Schuldverschreibung
"Zinsfeststellungstag"	bezeichnet einen bestimmten Geschäftstag vor Beginn oder Ende der maßgeblichen Zinsperiode
"Zinsperiode"	bezeichnet den Zeitraum ab dem Verzinsungsbeginn (einschließlich) bis zu dem Kalendertag (einschließlich), der dem ersten Zinszahlungstag vorangeht, sowie jeder folgende Zeitraum ab einem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zu dem Kalendertag (einschließlich), der dem unmittelbar folgenden Zinszahlungstag vorangeht
"Zinstagequotient"	bezeichnet im Hinblick auf die Berechnung des Zinsbetrages auf eine Schuldverschreibung für einen Zinsberechnungszeitraum das Verhältnis einer bestimmten Anzahl von Tagen im Zinsberechnungszeitraum zur Anzahl der Tage der Zinsperiode
"Zinssatz"	der jeweilige Zinssatz in Prozent per annum mit dem die jeweilige Serie von Schuldverschreibungen verzinst ist
"Zinszahlungstag"	Tag, an dem die Zinsen nachträglich zahlbar sind
"Zuständige Behörde"	meint die österreichische Finanzmarktaufsichtsbehörde oder eine Nachfolgebehörde oder jede andere Behörde, die für die Bankenaufsicht für Kapitaladäquanzzwecke der Emittentin verantwortlich ist.
"zukunftsgerichtete Aussagen"	die in diesem Prospekt enthaltenen zukunftsgerichteten Aussagen, die nicht historische Tatsachen sind

EMITTENTIN

Volksbank Salzburg eG

Saint-Julien-Straße 12
5020 Salzburg,
Österreich

HAUPTZAHLSTELLE

Volksbank Salzburg eG

Saint-Julien-Straße 12
5020 Salzburg,
Österreich

ABSCHLUSSPRÜFER

Österreichischer Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch)

Löwelstraße 14
1013 Wien
Österreich

VERZEICHNIS DER ANHÄNGE

Anhang /A Finanzinformationen für das Geschäftsjahr 2011

Jahresabschluss 2011

Anhang zum Jahresabschluss 2011

Lagebericht 2011

Bestätigungsvermerk 2011

Anhang /B Finanzinformationen für das Geschäftsjahr 2012

Jahresabschluss 2012

Anhang zum Jahresabschluss 2012

Lagebericht 2012

Bestätigungsvermerk 2012

			Kontrollsumme	51652,107614	
AKTIVA	€	€	€	Vorjahr in T€	
1. Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken und Postgiroämtern			14.460.708,46		13.237
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind:					
a) Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere		25.113.493,73		18.589	
b) zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassene Wechsel		--,-	25.113.493,73	--	18.589
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig		204.224.900,44		202.590	
b) sonstige Forderungen		8.913.630,26	213.138.530,70	6.978	209.568
4. Forderungen an Kunden			1.725.963.952,96		1.682.459
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) von öffentlichen Emittenten		--,-		--	
b) von anderen Emittenten		14.165.834,93	14.165.834,93	18.538	18.538
<i>darunter:</i>					
<i>eigene Schuldverschreibungen</i>	--,-			--	
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			6.592.537,35		4.874
7. Beteiligungen			20.068.701,06		57.423
<i>darunter:</i>					
<i>an Kreditinstituten</i>	19.119.839,70			24.626	
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			5.314.300,00		5.084
<i>darunter:</i>					
<i>an Kreditinstituten</i>	--,-			--	
9. Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens			520.430,94		562
10. Sachanlagen			26.317.563,65		26.001
<i>darunter:</i>					
<i>Grundstücke und Bauten, die vom Kreditinstitut im Rahmen seiner eigenen Tätigkeit genutzt werden</i>	14.180.852,61			13.559	
11. Eigene Aktien oder Anteile sowie Anteile an einer herrschenden oder an mit Mehrheit beteiligten Gesellschaft			--,-		--
<i>darunter:</i>					
<i>Nennwert</i>	--,-			--	
12. Sonstige Vermögensgegenstände			1.574.531,54		2.424
13. Gezeichnetes Kapital, das eingefordert, aber noch nicht eingezahlt ist			--,-		--
14. Rechnungsabgrenzungsposten			1.358.833,74		1.695
SUMME DER AKTIVA			2.054.589.419,06		2.040.459
Posten unter der Bilanz					
1. Auslandsaktiva			201.784.769,83		199.590

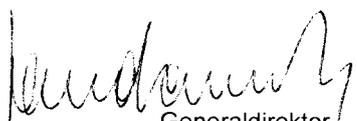
PASSIVA	€	€	€	Vorjahr in T€	
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig		359.145.484,06		263.027	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>231.601.766,60</u>	590.747.250,66	217.540	480.567
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen		818.630.255,03		840.352	
darunter:					
aa) täglich fällig	278.286.200,45			326.406	
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	540.344.054,58			513.946	
b) Sonstige Verbindlichkeiten		<u>409.212.602,30</u>	1.227.842.857,33	482.894	1.323.247
darunter:					
aa) täglich fällig	315.384.678,48			356.493	
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	93.827.923,82			126.401	
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen		--,--		--	
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		<u>36.783.000,00</u>	36.783.000,00	37.402	37.402
4. Sonstige Verbindlichkeiten			4.925.684,69		4.324
5. Rechnungsabgrenzungsposten			1.529.266,89		1.847
6. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Abfertigungen		3.702.297,00		3.512	
b) Rückstellungen für Pensionen		3.343.890,00		3.448	
c) Steuerrückstellungen		3.949.095,15		1.329	
d) sonstige		<u>4.169.737,20</u>	15.165.019,35	6.414	14.705
6. A Fonds für allgemeine Bankrisiken			35.000.000,00		35.000
7. Nachrangige Verbindlichkeiten			20.390.083,65		21.440
8. Ergänzungskapital			16.000.000,00		16.000
9. Gezeichnetes Kapital			21.389.602,00		21.524
10. Kapitalrücklagen					
a) gebundene		2.284.369,82		2.284	
b) nicht gebundene		<u>--,--</u>	2.284.369,82	--	2.284
11. Gewinnrücklagen					
a) gesetzliche Rücklage		--,--		--	
b) satzungsmäßige Rücklagen		6.492.072,14		6.353	
c) andere Rücklagen		<u>43.711.199,42</u>	50.203.271,56	43.395	49.748
12. Haftrücklage gemäß § 23 Abs. 6 BWG			31.067.087,22		31.067
13. Bilanzgewinn			1.062.797,72		1.121
14. unversteuerte Rücklagen					
a) Bewertungsreserve auf Grund von Sonderabschreibungen		--,--		--	
b) sonstige unversteuerte Rücklagen		<u>199.128,17</u>	199.128,17	178	178
darunter:					
Investitionsrücklage gemäß					
aa) § 9 EStG 1988	--,--			--	
Investitionsfreibetrag gemäß					
bb) § 10 EStG 1988	--,--			--	
Mietzinsrücklage gemäß					
cc) § 11 EStG 1988	--,--			--	
Übertragungsrücklage gemäß					
dd) § 12 EStG 1988	--,--			--	
SUMME DER PASSIVA			2.054.589.419,06		2.040.459
Posten unter der Bilanz					
1. Eventualverbindlichkeiten			162.488.249,31		129.673
darunter:					
a) Akzente und Indossamentverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln	--,--			--	
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten	162.488.249,31			129.673	
2. Kreditrisiken			179.199.435,43		167.898
darunter: Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften	--,--			--	
3. Verbindlichkeiten aus Treuhandgeschäften			5.668.383,87		6.476
4. Anrechenbare Eigenmittel gemäß § 23 Abs. 14			204.861.084,68		210.451
darunter:					
Eigenmittel gemäß § 23 Abs. 14 Z 7	--,--			--	
5. Erforderliche Eigenmittel gemäß § 22 Abs. 1			112.763.368,23		113.674
darunter: erforderliche Eigenmittel gemäß § 22 Abs. 1 Z 1 und 4	112.763.368,23			113.674	
6. Auslandspassiva			150.374.089,55		158.003
7. Hybrides Kapital gemäß § 24 Abs. 2 Z. 5 und 6			--,--		--

Kontrollsumme 51652,107614

	€	€	€	Vorjahr in T€	
1. Zinsen und ähnliche Erträge			61.582.728,03		54.018
darunter:					
aus festverzinslichen Wertpapieren	2.472.937,93			1.695	
2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			-23.404.968,39		-18.242
I. NETTOZINSERTRAG			38.177.759,64		35.775
3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen					
a) Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren		153.206,87		132	
b) Erträge aus Beteiligungen		61.477,82		711	
c) Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen		--,--	214.684,69	--	844
4. Provisionserträge			16.330.655,60		17.651
5. Provisionsaufwendungen			-871.635,73		-974
6. Erträge aus Finanzgeschäften			2.828,89		2
7. Sonstige betriebliche Erträge			3.128.397,14		2.566
II. BETRIEBSERTRÄGE			56.982.690,23		55.865
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand		-22.274.123,39		-21.402	
darunter:					
aa) Löhne und Gehälter	-16.349.832,34			-15.972	
bb) Aufwand für gesetzlich vorgeschriebene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-4.444.635,24			-4.309	
cc) sonstiger Sozialaufwand	-283.139,88			-264	
dd) Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-706.509,47			-705	
ee) Dotierung der Pensionsrückstellung	105.016,00			215	
ff) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	-595.022,46			-366	
b) sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)		-10.934.337,70	-33.208.461,09	-10.650	-32.053
9. Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 9 und 10 enthaltenen Vermögensgegenstände			-1.936.307,30		-1.882
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen			-951.471,66		-789
III. BETRIEBSAUFWENDUNGEN			-36.096.240,05		-34.725
IV. BETRIEBSERGEBNIS			20.886.450,18		21.140
11.+12. Saldo aus Wertberichtigungen auf Forderungen sowie Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen sowie zu Wertpapieren der Liquiditätsreserve			23.523.976,32		-12.876
13.+14. Saldo aus Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind und auf Beteiligungen, sowie Erträge aus Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind			-37.234.292,66		937
V. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT			7.176.133,84		9.201

	€	€	€	Vorjahr in T€	
15. Außerordentliche Erträge		--,--		--	
<i>darunter:</i>					
<i>Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken</i>	--,--			--	
16. Außerordentliche Aufwendungen		--,--		--	
<i>darunter:</i>					
<i>Zuweisungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken</i>	--,--			--	
17. Außerordentliches Ergebnis (Zwischensumme aus Posten 15 und 16)			--,--	--	
18. Steuern vom Einkommen und Ertrag			-5.870.366,72	-2.851	
19. Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 18 auszuweisen			-123.364,31	-106	
VI. JAHRESÜBERSCHUSS			1.182.402,81	6.243	
Rücklagenbewegung	Dotierung (-)	Auflösung (+)		Dotierung (-)	Auflösung (+)
a) gebundene Kapitalrücklagen	--,--	--,--		--	--
b) nicht gebundene Kapitalrücklagen	--,--	--,--		--	--
c) gesetzliche Gewinnrücklage	--,--	--,--		--	--
d) satzungsmäßige Gewinnrücklagen	-26.533,65	--,--		-23	--
e) andere Gewinnrücklagen	-72.027,67	--,--		-5.088	--
f) Haftrücklage gemäß § 23 Abs. 6 BWG	--,--	--,--		--	--
g) Bewertungsreserve auf Grund von Sonderabschreibungen	--,--	--,--		--	--
h) Investitionsrücklage gemäß § 9 EStG 1988	--,--	--,--		--	--
i) Investitionsfreibetrag gemäß § 10 EStG 1988	--,--	--,--		--	--
j) Mietzinsrücklage gemäß § 11 EStG 1988	--,--	--,--		--	--
k) Übertragungsrücklage gemäß § 12 EStG 1988	--,--	--,--		--	--
l) andere unbesteuerbare Rücklagen	-66.246,62	45.202,85		-9	--
20. Rücklagenbewegung	-164.807,94	45.202,85	-119.605,09	-5.121	-- -5.121
VII. JAHRESGEWINN			1.062.797,72	1.121	
21. Gewinnvortrag			--,--	--	
VIII. BILANZGEWINN			1.062.797,72	1.121	

Salzburg, am 24. April 2012

Volksbank Salzburg eG**Vorstand:**


Generaldirektor
Dr. Walter Zandanell



Vorstandsdirektor
Mag. Dr. Andreas Hirsch

Volksbank Salzburg eG

ANHANG zum JAHRESABSCHLUSS 2011

Die Vergleichswerte des Vorjahres wurden auf volle Tausend Euro abgerundet und sind im Anhang in Klammern angemerkt, in der Summenbildung sind daher Rundungsdifferenzen nicht auszuschließen.

1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Aufstellung des Jahresabschlusses 2011 erfolgte nach den Bestimmungen des Bankwesengesetzes und des Unternehmensgesetzbuches. Bei der Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt.

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und der Generalnorm aufgestellt, die die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens fordern.

Dem Vorsichtsprinzip wurde unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Bankgeschäftes Rechnung getragen.

Die bisher angewandten Bewertungsmethoden wurden bei der Erstellung des vorliegenden Jahresabschlusses beibehalten.

Die Form der Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in ausländischen Währungen wurden mit dem entsprechenden Mittelkurs bewertet.

Devisentermingeschäfte wurden grundsätzlich mit dem Devisenterminkurs angesetzt.

Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die durch Devisentermingeschäfte oder sonstige Sicherungsgeschäfte gedeckt waren, wurden unter Berücksichtigung dieser Geschäfte bewertet.

2. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

Der Ansatz von Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und sonstigen Anteilsrechten erfolgte zu Anschaffungskosten, sofern nicht anhaltende Verluste eine außerplanmäßige Abschreibung erforderlich machten.

Der Ansatz der in anderen Aktivposten enthaltenen Wertpapiere des Anlagevermögens erfolgte zu den Anschaffungskosten, niedrigeren Rückzahlungsbeträgen gemäß § 56 Abs. 2 BWG oder niedrigeren Marktwerten am Bilanzstichtag unter Beachtung des gemilderten Niederstwertprinzips. Vom Wahlrecht der zeitanteiligen Abschreibung gemäß § 56 Abs. 2 BWG wurde Gebrauch gemacht.

Die direkte und indirekte Beteiligung am Spitzeninstitut wurde im Ausmaß von € 37.251.068,88 beschrieben.

Bei Wertpapieren mit einem Buchwert von € 10.000.000,00 (19.933 T€) wurden außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von € 224.500,00 (1.707 T€) nach § 204 Abs. 2 UGB nicht vorgenommen, da davon auszugehen ist, dass die Wertminderung nicht von Dauer ist. Die Wertminderung ist voraussichtlich deshalb nicht von Dauer, da keine Verschlechterung der Bonität des Emittenten anzunehmen ist.

Der Unterschiedsbetrag bei festverzinslichen Wertpapieren des Anlagevermögens zwischen den Anschaffungskosten und den niedrigeren Rückzahlungsbeträgen, der gemäß § 56 Abs. 2 BWG zeitanteilig abgeschrieben wird, beträgt € 93.800,00 (99 T€).

Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden und sonstige Forderungen wurden, soweit sie dem Umlaufvermögen gewidmet sind, zum strengen Niederstwert bewertet.

Der Ansatz der Wertpapiere des Umlaufvermögens erfolgte zum strengen Niederstwertprinzip.

Der Unterschiedsbetrag gemäß § 56 Abs. 4 BWG zwischen den Anschaffungskosten und den höheren Marktwerten der zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere des Umlaufvermögens beträgt € 155.120,00 (169 T€).

ZUM BÖRSEHANDEL ZUGELASSENE WERTPAPIERE NACH § 64 ABS. 1 Z 10 BWG:

Börsennotierte Wertpapiere	31.12.2011 in €	Vorjahr in T€
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	14.032.751,56	18.263
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	218.850,00	218
Beteiligungen	2.517.810,00	7.921

Nicht börsennotierte Wertpapiere	31.12.2011 in €	Vorjahr in T€
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.200,00	0

ZUM BÖRSEHANDEL ZUGELASSENE WERTPAPIERE - ART DER BEWERTUNG (§ 64 ABS. 1 Z 11 BWG):

Die Zuordnung zum Anlage- oder Umlaufvermögen - Bankbuch bzw Handelsbuch - richtet sich im jeweiligen Einzelfall nach der Entscheidung der zuständigen Gremien.

Anlagevermögen	31.12.2011 in €	Vorjahr in T€
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	14.032.751,56	18.263
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	218.850,00	218

Umlaufvermögen	31.12.2011 in €	Vorjahr in T€
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.200,00	0

Das Volumen der im Wertpapier-Handelsbuch enthaltenen Wertpapiere beträgt € 6.092.970,54 (3.319 T€).

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Anteile an verbundenen Unternehmen gemäß § 228 Abs. 3 UGB setzen sich wie folgt zusammen (Angaben in Euro):

Firmenname / Sitz	Anteil am Kapital in %	Geschäftsjahr	Eigenkapital des letzten Geschäftsjahres	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres
BBG Beratungs- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H.	100	2011	3.444.163,72	-609.316,85
VOBA Treuhand und Verwaltungsgesellschaft mbH	100	2011	637.046,04	10.018,30
V.I.P. Volksbank Immobilienprojekte VOBA Treuhand- und Verwaltungs- gesellschaft mbH & Co KG	100	2011	-5.480.889,31	780.249,72

Mit folgenden Unternehmen besteht eine Gruppenbesteuerung:

- VOBA Treuhand- und Verwaltungsgesellschaft mbH
- Domus IC Leasinggesellschaft m.b.H.
- Forum IC Leasinggesellschaft m.b.H.
- BBG Beratungs- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H.
- Freizeitcenter Betriebsführungs GmbH
- Volksbank Salzburg Immobilien GmbH
- Volksbank Salzburg Leasing Gesellschaft m.b.H.
- Sporthotel Betriebsführungs GmbH

Verbriefte und unverbrieft Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

	31.12.2011 in €	Vorjahr in T€
Forderungen an Kreditinstitute	213.091.786,93	209.444
Forderungen an Kunden	219.000,00	270
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	14.160.546,10	18.538

Nachrangige Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

	31.12.2011 in €	Vorjahr in T€
Forderungen an Kunden	30.000,00	0

Verbriefte und unverbrieft Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

	31.12.2011 in €	Vorjahr in T€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	471.886.626,10	362.823

Verbriefte und unverbrieft Forderungen an verbundene Unternehmen:

	31.12.2011 in €	Vorjahr in T€
Forderungen an Kunden	60.624.923,71	64.360

Verbriefte und unverbrieft Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen:

	31.12.2011 in €	Vorjahr in T€
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	543.605,13	255

Die Abschreibung des Firmenwertes wurde im Hinblick auf die voraussichtliche Nutzungsdauer mit 15 Jahren angesetzt (Buchwert per 31. Dezember 2011: € 403.972,94, per 31. Dezember 2010: 461 T€).

Die Buchwerte bebauter und unbebauter Grundstücke betragen zum Bilanzstichtag € 2.856.582,28 (2.944 T€).

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet, vermindert um planmäßige Abschreibungen. Die planmäßigen Abschreibungen werden linear vorgenommen. Die Abschreibungsdauer beträgt für Gebäude zwischen 33,3 und 50 Jahren, für die Betriebs- und Geschäftsausstattung zwischen 3 und 20 Jahren und für die immateriellen Vermögensgegenstände zwischen 3 und 15 Jahren.

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben und im Anlagenspiegel als Zu- und Abgang erfasst.

Anlagevermögen (§ 226 Abs. 1 UGB in Verbindung mit § 43 Abs. 1 BWG):

Anlagevermögen der Aktivpositionen	Ansch. / Herstell. - kosten 1.1.	Zugänge im GJ	Abgänge im GJ	Umbuchung im GJ	Ansch. / Herstell. - kosten 31.12.	Zuschreibungen im GJ	kumul. Abschr.	Buchwert per 31.12.	Buchwert d. VJ in T€	Abschreibung im GJ
2.a) Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	1.492.800	0	0	0	1.492.800	0	0	1.492.800	1.492	0
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	18.298.300	20.480.500	-24.685.000	0	14.093.800	0	61.048	14.032.752	18.263	29.980
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.500.000	0	0	0	3.500.000	0	1.850.750	1.649.250	1.649	0
7. Beteiligungen	105.925.531	0	0	0	105.925.531	0	85.856.830	20.068.701	57.423	37.354.815
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	5.084.300	230.000	0	0	5.314.300	0	0	5.314.300	5.084	0
9. Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	1.741.826	54.664	0	0	1.796.490	0	1.276.059	520.431	562	96.300
10. Sachanlagen	52.691.436	2.550.348	-1.677.602	0	53.564.182	0	27.246.619	26.317.563	26.001	1.840.007
12. Sonstige Vermögensgegenstände	3.970	4.116	0	0	8.086	0	0	8.086	3	0
Gesamtsumme	188.738.163	23.319.628	-26.362.602	0	185.695.189	0	116.291.306	69.403.883	110.477	39.321.102

In den Aktivposten sind folgende Vermögensgegenstände nachrangiger Art enthalten:

	31.12.2011 in €	Vorjahr in T€
Forderungen an Kunden	30.000,00	0

Verbindlichkeiten wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach dem Teilwertverfahren auf Basis eines Rechnungszinssatzes von 3,5 % unter Zugrundelegung der Berechnungstabellen von Pagler-Pagler berechnet.

Die steuerlich zulässige Rückstellung beträgt € 2.863.781,00 (2.935 T€); der versteuerte Teil der Pensionsrückstellung beträgt € 480.109,00 (512 T€).

Die Abfertigungsrückstellungen werden nach finanzmathematischen Grundsätzen auf Basis eines Rechnungszinssatzes von 3,5 % unter Beachtung des Fachgutachtens Nr. 78 des Instituts für Betriebswirtschaft, Steuerrecht und Organisation der Kammer der Wirtschaftstreuhänder (KFS/RL2) ermittelt.

In den sonstigen Rückstellungen wurden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips alle im Zeitpunkt der Bilanzerstellung erkennbaren Risiken sowie der Höhe und dem Grunde nach ungewisse Verbindlichkeiten mit den Beträgen berücksichtigt, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich sind.

Die sonstige Rückstellungen umfassen vor allem Steuern, Erfolgprämien, nicht konsumierte Urlaube, Zeitausgleich, Eventualverpflichtungen, Jubiläumsgelder sowie Prüfungs- und Prozessaufwand.

Die im Geschäftsjahr 2011 aufgenommenen nachrangigen Verbindlichkeiten wurden unter der Bedingung eingegangen, dass diese Verbindlichkeiten im Falle der Liquidation oder des Konkurses erst nachrangig nach allen anderen nicht nachrangigen Gläubigern befriedigt werden.

Unter bestimmten Voraussetzungen sehen die vereinbarten Nachrangbedingungen auch die Möglichkeit von vorzeitigen Rückzahlungen und/oder der Umwandlung in Kapital oder eine andere - nicht nachrangige - Form der Verbindlichkeit vor.

Im Geschäftsjahr wurden für nachrangige Verbindlichkeiten Aufwendungen in Höhe von € 1.379.035,28 (1.416) geleistet.

Ergänzungs- und Nachrangkapital im Eigenbestand

	31.12.2011 in €	Vorjahr in T€
Ergänzungskapital	1.295.000,00	205

Die Veränderung der Anzahl der Mitglieder, der Geschäftsanteile, der darauf geleisteten Beträge und Haftsummen stellt sich im Geschäftsjahr wie folgt dar:

	Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	darauf geleistete Beträge	Haftsummen
Stand Anfang 2011	6.666	332.455	7.314.010	36.570.050
Zugänge 2011	46	3.436	75.592	377.960
Abgänge 2011	142	8.186	180.092	900.460
Stand Ende 2011	6.570	327.705	7.209.510	36.047.550

Es besteht eine Garantieerklärung gegenüber der sektoralen Sicherungseinrichtung in Höhe von € 6.732.348,36.

In den Aktivposten sind auf Fremdwährung lautende Aktiva im Gesamtbetrag von € 184.630.478,54 (198.432 T€) enthalten, der Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Passiva beträgt € 184.870.231,34 (199.696 T€).

Zum Bilanzstichtag bestanden folgende Derivate (Volumen):

	31.12.2011 in € Volumen	31.12.2011 in € Marktwert	Vorjahr in T€ Volumen	Vorjahr in T€ Marktwert
Zinsswaps	8.000.000,00	67.909,82	8.000	218
Zinssatzoptionen	113.429.121,28	0,00	121.457	0
Devisentermingeschäfte	975.004,29	0,00	159	0

Die Berechnung des beizulegenden Zeitwertes (Marktwertes) bei den derivativen Finanzinstrumenten erfolgte nach der "marked to model" - Methode unter Zugrundelegung der zum Bilanzstichtag aktuellen EZB Währungskurse, soweit es sich um Geschäfte in Fremdwährung handelt sowie den aktuellen Zinskurven für Zinsinstrumente und Volatilitätskurven für Optionsgeschäfte.

Optionsprämien sind in der Bilanzposition 1.14 und 2.5 mit einem Buchwert von € 2.631.233,09 ausgewiesen.

Zur Absicherung von Zinsrisiken aus Verbindlichkeiten an Kunden (Eigenemissionen) werden Zinsswaps im Rahmen eines Micro-Hedge eingesetzt.

Die Hedgegeschäfte werden für einen Zeitraum von 4 bis 10 Jahren abgeschlossen.

Nicht täglich fällige Forderungen und Guthaben:

	Betrag in €	Vorjahr in T€
bis drei Monate	71.465.434,82	100.173
mehr als drei Monate bis ein Jahr	189.931.903,95	185.650
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	506.867.652,45	427.144
mehr als 5 Jahre	902.925.046,82	908.859

Nicht täglich fällige Verpflichtungen:

	Betrag in €	Vorjahr in T€
bis drei Monate	409.725.483,39	370.405
mehr als drei Monate bis ein Jahr	356.437.770,01	224.388
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	65.936.423,43	190.509
mehr als 5 Jahre	33.674.068,17	72.585

Im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr werden Forderungen aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von € 7.135.068,76 fällig.

Von den vom Kreditinstitut selbst begebenen Schuldverschreibungen stehen im nächsten Geschäftsjahr € 8.021.000,00 (3.168 T€) zur Tilgung an.

Verpflichtungen aus Leasingverträgen:

	Betrag in €	Vorjahr in T€
für das folgende Geschäftsjahr	160.811,59	151
für die folgenden fünf Geschäftsjahre	804.057,95	758

Verpflichtungen aus Mietverträgen:

	Betrag in €	Vorjahr in T€
für das folgende Geschäftsjahr	1.566.840,36	1.582
für die folgenden fünf Geschäftsjahre	7.834.201,80	7.913

Es bestehen nicht in der Bilanz ausgewiesene Patronatserklärungen gegenüber der VOBA Treuhand- und Verwaltungsgesellschaft mbH (als Komplementär der V.I.P. Volksbank Immobilienprojekte VOBA Treuhand- und Verwaltungsgesellschaft mbH & Co KG), der Forum IC Leasinggesellschaft m.b.H. und der Freizeitcenter Betriebsführungs GmbH.

Die abgeschlossenen Zinsswaps dienen zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos. Diese Zinsswaps wirken sich mit einem Betrag von € 86.774,16 (174 T€) auf das Zinsergebnis aus.

In der Position Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen sind Aufwendungen für Abfertigungen in Höhe von € 508.276,20 (288 T€) enthalten.

Im Geschäftsjahr 2011 fielen Aufwendungen für die Prüfung des Jahresabschlusses in Höhe von € 147.136,01 (152 T€) an.

In der Position sonstige betriebliche Erträge sind mit € 2.066.980,00 (1.452 T€) im Wesentlichen Erträge aus Fremdwährungskonvertierungen enthalten.

Von den sonstigen betrieblichen Aufwendungen entfallen € 561.029,03 (627 T€) auf laufende Beiträge an sektorale Unterstützungseinrichtungen.

Die Bildung unversteuerter Rücklagen hat die Ertragsteuerbelastung des Geschäftsjahres um € 15.766,07 (9 T€) reduziert.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag beinhalten das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und die Steuerumlage der Gruppenmitglieder.

Zum Bilanzstichtag errechnet sich ein gemäß § 198 Abs. 10 UGB aktivierbarer Steuerabgrenzungsbetrag in Höhe von € 12.135.306,67 (6.084 T€). Die Genossenschaft hat vom gesetzlichen Wahlrecht Gebrauch gemacht und keine Aktivierung vorgenommen.

Folgende Gewinnverteilung soll den Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt werden:

Zuweisung an die satzungsmäßige Rücklage € 106.279,77, Dividenden auf Geschäftsanteile € 363.140,76, Dividenden auf Partizipationskapital € 412.409,20, Zuweisung des Restbetrages von € 180.967,99 an die freie Gewinnrücklage. Eine Ausschüttung erfolgt nur dann, wenn keine gesetzliche Regelung oder eine mit der Republik Österreich getroffene Vereinbarung dagegen spricht.

3. Angaben über Organe und Arbeitnehmer

Während des Geschäftsjahres waren durchschnittlich 337 (335) Angestellte und 6 (6) Arbeiter beschäftigt.

Kredite an Vorstand und Aufsichtsrat

	31.12.2011 in € Vorstand	31.12.2011 in € Aufsichtsrat	Vorjahr in T€ Vorstand	Vorjahr in T€ Aufsichtsrat
Gewährte Kredite	97.567,20	0,00	14	40
Kredittilgungen im Geschäftsjahr	26.575,60	67.197,10	0	78

Die Bedingungen betreffend Laufzeit und Besicherung sind marktkonform.

Aufwand für Abfertigung und Pensionen

	im Geschäftsjahr in € Aufwand für Abfertigungen und Pensionen	im Vorjahr in T€ Aufwand für Abfertigungen und Pensionen
Vorstand und ehemalige Vorstände	196.075,91	153
Sonstige Arbeitnehmer	1.000.440,02	703

Die Gesamtbezüge der im Geschäftsjahr aktiven und ehemaligen Geschäftsleiter bzw. Vorstände beliefen sich auf € 805.485,96 (779 T€).

Die Gesamtbezüge der im Geschäftsjahr tätigen Mitglieder des Aufsichtsrates beliefen sich auf € 28.810,00 (21 T€). An ehemalige Mitglieder des Aufsichtsrates und deren Hinterbliebene wurden keine Zahlungen geleistet.

Vorstand und zugleich Geschäftsleiter gemäß § 2 Z 1 BWG:

Herr Generaldirektor Dr. Walter Zandanell (Vorsitzender),

Herr Vorstandsdirektor Mag. Dr. Andreas Hirsch (Vorsitzender-Stellvertreter),

Aufsichtsrat:

Herr Dr. Roland Reichl (Vorsitzender),

Herr Dr. Anton Fischer (Vorsitzender-Stellvertreter),

Herr Ing. Franz Asen,

Herr Johann Peter Präauer,

Herr Mag. Dr. Martin Winner,
vom Betriebsrat in den Aufsichtsrat delegiert:

Frau Gabriele Gugerbauer-Kreuzmayr,
Herr Thomas Joch,

Herr Andreas Weber

Salzburg, am 24. April 2012

Volksbank Salzburg eG

Vorstand:



Generaldirektor

Dr. Walter Zandanell



Vorstandsdirektor

Mag. Dr. Andreas Hirsch

Lagebericht der Volksbank Salzburg eG

1. Wirtschaftliche Entwicklung des Umfelds

Die Perspektiven für die Weltwirtschaft haben sich seit dem Sommer 2011 deutlich eingetrübt. Die Zuspitzung der Schuldenkrise fiel mit einer Abschwächung des - immer noch kräftigen - Wachstums in den Schwellenländern zusammen. Die Finanzmärkte zeigten sich skeptisch gegenüber den Fortschritten in der Bekämpfung der Schuldenproblematik; dies führte zu einer Neubewertung der Risiken und einem Anstieg der Renditen auf Staatsanleihen. Die USA sind zwar nicht von Rezessionsgefahren bedroht, die nach wie vor sehr angespannte Lage auf dem US-amerikanischen Immobilienmarkt und die hohe Verschuldung der privaten Haushalte dämpfen aber die kurz- bis mittelfristigen Wachstumsaussichten.

Das Wachstum in China schwächte sich zunehmend ab, bleibt aber mit +9,1 % sehr hoch.

Die Konjunktur im Euroraum hat sich nach einem guten ersten Quartal 2011 deutlich abgeschwächt. Im zweiten und dritten Quartal war nur noch ein geringes Wachstum von jeweils +0,2 % zu verzeichnen. Die Schuldenkrise verschärfte sich vor allem in Italien und Spanien, obwohl auch die Risikoaufschläge für andere Länder deutlich anstiegen. Die Lage in Griechenland spitzte sich zu.

Die negativen Auswirkungen auf die Finanzierungsbedingungen und das Vertrauen haben sich darüber hinaus dämpfend auf das Tempo des Wirtschaftswachstums im Euro-Währungsgebiet ausgewirkt.

Die österreichische Wirtschaft verlor zwar Ende 2011 weiter an Schwung, gleichzeitig gibt es aber zu Jahresbeginn 2012 auch Anzeichen für eine Stabilisierung. Für das Gesamtjahr 2011 ergibt sich dank starker Vorquartale dennoch ein Wachstum von 3,3 %.

Die Exporte waren im Jahr 2011 die wichtigste Konjunkturstütze, sie sind aber auch am stärksten von der Abschwächung betroffen.

Die realen Haushaltseinkommen wurden durch die hohe Inflation belastet und wuchsen trotz guter Beschäftigungsentwicklung nur schwach.

Die Arbeitslosenquote sank im Jahr 2011 auf 4,2 %. Die Stagnation der Wirtschaftsleistung im vierten Quartal und die Arbeitsmarktindikatoren deuten jedoch auf eine bevorstehende Abkühlung am Arbeitsmarkt hin.

Die Inflation sollte den Erwartungen zufolge im Jahresverlauf 2012 auf unter 2 % sinken.

Der EZB-Rat hat am 8. Dezember 2011 beschlossen, die Leitzinsen um 25 Basispunkte zu senken.

Der Wirtschaftsausblick ist weiterhin mit hoher Unsicherheit und verstärkten Abwärtsrisiken behaftet. Die Ratingherabstufung von Österreich und anderen europäischen Ländern wirkt sich zusätzlich negativ aus.

Die allgemeine wirtschaftliche Lage in Österreich gibt die Rahmenbedingungen für die Unternehmen der Region vor. Das allgemeine Konjunkturklima der Wirtschaftsregion Salzburg hat sich im Verlauf des Jahres 2011 von einer sehr guten zu einer gedämpfteren Aussicht verschoben.

2. Wirtschaftliche Entwicklung der Bank

Unser Selbstverständnis

Wir verstehen uns als genossenschaftlich organisierte Regionalbank für das Bundesland Salzburg und das angrenzende Umland. Wir bekennen uns zu unserer Verankerung im österreichischen Volksbankenverbund und zum genossenschaftlichen Förderauftrag. Wir gestalten unsere Beziehungen partnerschaftlich, sind politisch unabhängig und wirtschaftlich selbstständig. Wir sehen Marktwirtschaft und Ethik als ideale Symbiose für den Umgang mit unseren Kunden und unseren Mitarbeitern. Wir sind offen für alle Neuerungen, die für unsere Kunden spürbaren Nutzen stiften und/oder uns die Arbeit erleichtern. Wir erbringen unsere Dienstleistungen mit größtmöglicher Qualität. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen und Technologie ist für uns selbstverständlich.

Unsere Geschäftsfelder

Mit unseren Dienstleistungen decken wir den Bedarf des gewerblichen Mittelstandes, der freien Berufe und unserer Privatkunden. Außerhalb unserer Kernkompetenzen bedienen wir uns unserer Partner im österreichischen und internationalen Volksbankenverbund.

Unsere Grundwerte

Vertrauenswürdigkeit, Ehrlichkeit und Offenheit sind Werte, die unser Handeln prägen. Ob Kunde oder Mitarbeiter, bei uns steht der Mensch im Mittelpunkt. „Vertrauen verbindet“ ist Richtschnur unseres gesamten Handelns. Im Rahmen unserer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft unterstützen wir vor allem soziale und karitative Projekte.

Unser Vertriebssystem

Der persönliche Kontakt zu unseren Kunden ist uns ein besonderes Anliegen. Wir verfügen über ein modernes und leistungsfähiges Filialnetz. 11 Filialen befinden sich im Stadtgebiet von Salzburg, weitere 21 Filialen sind in den anderen Bezirken des Bundeslandes Salzburg verteilt, eine Filiale befindet sich im oberösterreichischen Bad Ischl. Zusätzlich stehen unseren Kunden elektronische Vertriebswege (Internetbanking, Volksbank Office Banking) rund um die Uhr zur Verfügung. Kundentermine in- und außerhalb der Filiale – unabhängig von den Öffnungszeiten – gehören zu unserem Betreuungsstandard.

Unser Verbund

Die Volksbank Salzburg eG ist Mitglied des Volksbankenverbundes, wobei die Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft (ÖVAG) als Spitzeninstitut fungiert und der Österreichische Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) einerseits als Revisionsverband die gesetzliche Prüfung durchführt und andererseits als Interessensvertretung auf nationaler und internationaler Ebene fungiert.

Die internationale Ratingagentur für Bankratings - FitchRatings - hat den Volksbanken Verbund und die Volksbanken im März 2012 mit einem Langfrist-Rating von „A“ bewertet. Das Langfrist-Rating ist für die Kreditwürdigkeit und damit die Bedienung der langfristigen Verbindlichkeiten einer Bank ausschlaggebend. Der Ausblick ist "stabil". Der Verbund bleibt systemrelevant. Auch das kurzfristige IDR-Rating von "F1" und das sogenannte "Viability Rating" ("bb-") - dieses gibt es nur für den Volksbanken-Verbund - wurden bestätigt. Beim Viability-Rating - der Einstufung der Kreditwürdigkeit ohne Hilfe von außen - steht der Volksbanken-Verbund aber unter Beobachtung. Fitch würdigt grundsätzlich die Stärkung des Viability Ratings durch die geplante Kapitalerhöhung bei der ÖVAG durch die Republik Österreich. Ebenfalls positiv beurteilt werden die übrigen Maßnahmen seitens der Eigentümer der ÖVAG, die zusätzlich Stabilität bringen sollten.

Bestandsentwicklung

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Vergleich zu 2010 um 0,7 % und betrug zum 31.12.2011 € 2.054,6 Millionen.

Die Kreditpolitik war weiterhin auf ein qualitatives Wachstum ausgerichtet. Die Forderungen an Kunden konnten gegenüber dem Vorjahr um 2,6 % auf € 1.726,0 Millionen gesteigert werden. Der Anteil der Fremdwährungskredite am Gesamtkreditvolumen betrug 9,8 % und wurde somit gegenüber dem Vorjahr (11,1 %) neuerlich reduziert.

Im Einlagengeschäft verminderten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und die verbrieften Verbindlichkeiten um 7,1 % auf € 1.264,6 Millionen. Dafür verantwortlich sind im Wesentlichen Abgänge im Bereich der Festgeldveranlagungen von Großkunden, wo aufgrund teilweiser irrationaler Marktkonditionen bewusst auf Einlagenvolumina verzichtet wurde.

Die Spareinlagen reduzierten sich im Geschäftsjahr 2011 um 2,6 % auf € 818,6 Millionen. Verantwortlich für diese Entwicklung war vor allem der harte Konditionenwettbewerb in allen Einlagensparten. Außerdem haben zahlreiche Kunden die Zinssituation zum Anlass genommen, bestehende Einlagen für vorzeitige Kreditrückzahlungen und Investitionen zu verwenden. Positiv ist die Volumensentwicklung beim Online-Sparen mit einem Zuwachs von 14,4 % zu vermerken.

Die Eigenmittel der Genossenschaft verringerten sich um 2,7 % auf € 204,9 Millionen. Mit 15,7 % der Bemessungsgrundlage liegt die Eigenmittelquote bezogen auf das Kreditrisiko (Vorjahr: 16,1 %) deutlich über dem gesetzlichen Mindestfordernis von 8 %. Die Kernkapitalquote bezogen auf das Kreditrisiko beträgt 10,7 % (Vorjahr: 10,6 %). Auf das Kernkapital entfielen 68,1 % (Vorjahr: 66,2 %) und auf die ergänzenden Eigenmittel 31,9 % (Vorjahr: 33,8 %) der vorhandenen Eigenmittel.

Die gemäß § 25 BWG erforderliche Liquidität war zu jedem Zeitpunkt in ausreichendem Maße vorhanden.

Ertragslage

Der Nettozinsenertrag hat sich im Berichtszeitraum um 6,7 % auf € 38,2 Millionen oder 1,86 % (Vorjahr: 1,75 %) der Bilanzsumme erhöht.

Die Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen reduzierten sich auf € 0,2 Millionen oder 0,01 % (Vorjahr: 0,04 %) der Bilanzsumme. Grund dafür ist, dass auf eine phasenkongruente Dividendenausschüttung bei zwei Beteiligungen verzichtet wurde.

Die Provisionserträge verringerten sich um insgesamt 7,5 % auf € 16,3 Millionen und betragen 0,80 % (Vorjahr: 0,87 %) der Bilanzsumme. Der Rückgang bei den Provisionserträgen resultiert überwiegend aus geringeren Erträgen aus dem Wertpapiergeschäft und aufgrund einmalig hoher Konvertierungserträge im Vorjahr.

Der Sachaufwand erhöhte sich um 2,7 % auf € 10,9 Millionen oder 0,53 % (Vorjahr: 0,52 %) der Bilanzsumme.

Der Personalaufwand erhöhte sich gegenüber dem Jahr 2010 um 4,1 % auf € 22,3 Millionen oder 1,08 % (Vorjahr: 1,05 %) der Bilanzsumme. Dies betrifft im Wesentlichen Valorisierungen und kollektivvertragliche Vorrückungen.

Der „Kosten-Ertrags-Koeffizient“ ist eine Kennzahl, die über die Effizienz eines Unternehmens Auskunft gibt (Verhältnis der Betriebsaufwendungen zu den Betriebserträgen). Der Kosten-Ertrags-Koeffizient veränderte sich im Vergleichszeitraum moderat von 62,2 % auf 63,4 %.

Das Betriebsergebnis reduzierte sich im Berichtsjahr 2011 geringfügig um 1,2 % auf € 20,9 Millionen. Das Betriebsergebnis liegt mit 1,02 % (Vorjahr: 1,04 %) der Bilanzsumme deutlich über dem sektoralen Durchschnitt.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit verminderte sich aufgrund der Neubewertung der direkten und indirekten Beteiligung an der ÖVAG im Jahr 2011 auf € 7,2 Millionen oder 0,35 % (Vorjahr: 0,45 %) der Bilanzsumme.

Investitionen

Durch kontinuierliche Neu- und Ersatzinvestitionen verfügen wir über ein modern ausgestattetes, effizientes Netz an Geschäftsstellen und Arbeitsplätzen. Im Jahr 2011 wurde die Filiale Leogang mit einer vergrößerten Geschäftsfläche neu gestaltet.

Mitarbeiter

Der Mitarbeiterstand erhöhte sich auf Vollzeitbasis von 335 auf durchschnittlich 337 Personen. Der überwiegende Teil davon ist in unseren 33 Filialen beschäftigt.

Qualifizierte und motivierte MitarbeiterInnen sind ein Erfolgsfaktor unserer Bank. Auf die Aus- und Weiterbildung der MitarbeiterInnen wurde auch im abgelaufenen Jahr großer Wert gelegt, um unseren Kunden ein hohes Beratungsniveau zu bieten. Neben den fachlichen Kenntnissen stellt insbesondere die soziale Kompetenz der Mit-

arbeiterInnen einen wichtigen Faktor für eine vertrauensvolle Kundenbeziehung dar. Dies wird uns durch die hohe Kundenzufriedenheit bestätigt.

In den Ausbildungsprogrammen werden individuelle Karriere- und Lebensplanungen berücksichtigt. Neu eintretende MitarbeiterInnen absolvieren eine intensive interne Basisausbildung. Im Jahr 2011 wurden insgesamt 2.094 Seminartage bzw. 6,2 Seminartage pro Angestellten (Vorjahr: 5,0 Tage) von den MitarbeiterInnen absolviert.

Im Rahmen eines leistungsorientierten Entlohnungssystems partizipieren alle MitarbeiterInnen entsprechend ihrer individuellen Leistung am wirtschaftlichen Erfolg unserer Bank. Unser Erfolgsanalyse- und Planungssystem (EAP) liefert die objektiven Grundlagen dafür.

3. Risikobericht

Gemäß § 39 BWG hat die Bank ein Risikomanagementsystem eingerichtet, das alle wesentlichen bankgeschäftlichen und bankbetrieblichen Risiken umfasst und limitiert.

Die Bank orientiert sich bei der Steuerung ihrer Risiken an einer Risikostrategie, die die risikopolitischen Leitlinien der Bank umfasst. Der Vorstand legt mindestens einmal jährlich für alle wesentlichen Risiken ein Risikobudget und Risikolimits fest, die auch dem Aufsichtsrat präsentiert werden. Darüber hinaus ist ein bankinternes Frühwarnsystem eingerichtet, um frühzeitig reagieren zu können, wenn die Risiken in die Nähe der Limits gelangen. Die Überwachung der Einhaltung der Limits erfolgt laufend durch das Risiko-Controlling, das nach verbundeinheitlichen Standards und Richtlinien arbeitet.

Kreditrisiken

Unsere Entscheidungen sind von hohem Risikobewusstsein getragen. Unserer geschäftspolitischen Maxime „Qualität vor Quantität“ kommt gerade in der Kreditpolitik zentrale Bedeutung zu.

Die Volksbank Salzburg eG beschränkt ihre Kreditvergaben im Wesentlichen auf ihr regionales Umfeld, da durch die Nähe zum Kunden die Bedürfnisse der Kunden, aber auch die mit der Kreditvergabe verbundenen Risiken besser eingeschätzt werden können. Zur Verbesserung der Kreditstreuung werden größere Kredite zum Teil konsortial mit dem Spitzeninstitut abgewickelt.

Die für das Adressenausfallsrisiko eines Kreditgeschäfts bedeutsamen qualitativen und quantitativen Aspekte werden einer angemessenen Risikoanalyse unterzogen, wobei die Intensität dieser Tätigkeit von Art, Umfang, Komplexität und Risikogehalt des Engagements abhängt.

Die Volksbank Salzburg eG setzt zur Beurteilung der Adressenausfallsrisiken moderne Rating-Instrumente ein. Auf dieser Basis werden mit einem Portfoliomodell ein erwarteter Verlust und ein unerwarteter Verlust errechnet, die sowohl in die Risikoberechnung des Kunden als auch in jene der Bank einfließen.

Auch eine allfällige Verschlechterung der Bonität der Kreditnehmer während der Laufzeit der Kredite wird im Rahmen von Simulationsrechnungen (Stress-Szenarien) berücksichtigt.

Währungsrisiken aus Fremdwährungskrediten werden durch eine währungsgleiche Refinanzierung und gegebenenfalls durch Devisenswaps ausgeschlossen, bei Tilgungsträgerkrediten erfolgt eine laufende Überwachung der Entwicklung der Tilgungsträger. Auch dem spezifischen Risiko aus Fremdwährungskrediten wird Rechnung getragen.

Für die Kreditrisiken wird im Rahmen des Risiko-Limitsystems in angemessener Höhe Risikodeckungsmasse vorgehalten.

Marktpreisrisiken

Die Volksbank Salzburg verfolgt eine vergleichsweise konservative Veranlagungspolitik, die sektorale Vorgaben über die Risikostreuung und das Veranlagungsuniversum berücksichtigt. Von der Werthaltigkeit der Anleihen des Spitzeninstituts wird ausgegangen, da im Hinblick auf die geplante Umstrukturierung des Verbundes eine Herabstufung des Ratings nicht erwartet wird.

Darüber hinaus wird nur bei Emittenten mit bester Bonität (Investment Grade) und in risikoarme Produkte veranlagt.

Das bedeutendste Risiko im Rahmen der Marktrisiken stellt das Zinsänderungsrisiko dar. Das Zinsänderungsrisiko wird von einem Risiko-Komitee analysiert und gegebenenfalls durch Zinsswaps oder andere Maßnahmen abgesichert. In diesem Aktiv-Passiv-Komitee sind neben dem Vorstand alle für diesen Bereich maßgeblichen Führungskräfte vertreten. Maßnahmen werden bei regelmäßigen Sitzungen der Geschäftsleitung mit den verantwortlichen Führungskräften beraten und beschlossen. Im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung werden allenfalls auch derivative Finanzinstrumente in Form von Hedgegeschäften zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos eingesetzt. Die Frühwarngrenzen sind so gesetzt, dass die im BWG vorgesehenen Grenzen jederzeit eingehalten werden.

Die Summe der Marktpreisrisiken wird im Rahmen des Risiko-Limitsystems ebenfalls mit Risikodeckungsmasse angemessen unterlegt.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken werden im Volksbankensektor bereits seit Jahren durch zahlreiche Maßnahmen wie ein gemeinsames Rechenzentrum, eine Back-Office Gesellschaft, eine eigene Rechtsdatenbank, spezialisierte Schulungen über die Volksbankakademie usw. begrenzt bzw. vermieden.

Darüber hinaus ist ein der Größe der Bank und der Komplexität der Geschäftsfälle angemessenes Internes Kontrollsystem (IKS) implementiert, das durch laufende Systemprüfungen der Internen Revision unterstützt wird.

Für operationelle Risiken wird im Risikomanagement durch einen pauschalen Zuschlag angemessen vorgesorgt.

Beteiligungsrisiken

Die Messung von Beteiligungsrisiken wird aufgrund der Heterogenität und der gebotenen Anforderung an ein effektives Modell für die typischerweise gehaltenen Beteiligungen einer Volksbank individuell, je nach Beteiligungskategorie, vorgenommen.

Eine „kreditersetzende“ Beteiligung wird im Rahmen des Kreditrisikos abgebildet. Eine „veranlagungsorientierte“ Beteiligung wird im Rahmen des Marktpreisrisikos berücksichtigt. Eine „bankbetriebsorientierte“ Beteiligung ist im Rahmen des operationellen Risikos abgebildet. Eine „geschäftorientierte“ Beteiligung wird in das Gesamtbank-Risikomanagement der Bank einbezogen. Eine „sektoral bedingte“ Beteiligung wird durch einen pauschalen Abschlag des Buchwertes abgebildet, der je nach Szenario unterschiedlich ist und im Volksbankensektor einheitlich vorgegeben wird.

Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung der ÖVAG wurde eine Neubewertung der direkten und indirekten Beteiligung am Spitzeninstitut durchgeführt. In der Folge wurde die Beteiligung zur Gänze abgeschrieben, beim PS-Zertifikat wurde eine außerplanmäßige Abschreibung auf den Börsenkurs Luxemburg von 22,25 vorgenommen.

Sonstige Risiken

Für sonstige, derzeit nicht bekannte oder messbare Risiken wird ein Puffer vorgehalten.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko wird grundsätzlich im Rahmen der sektoralen Aufgabenverteilung innerhalb des Verbundes vom Spitzeninstitut verantwortet (lender of last resort). Die interne Liquiditätssituation innerhalb der nächsten 13 Monate wird genau erhoben und zur Liquiditätssteuerung im Verbund an die ÖVAG übermittelt.

Abdeckung der Risiken mit Risikodeckungsmasse der Bank

Zumindest quartalsweise werden alle wesentlichen Risiken nach sektoralen Vorgaben erfasst und zu einer Gesamtrisikodarstellung zusammengeführt. Dabei werden die errechneten Risikopotentiale der Risikodeckungsmasse der Bank gegenübergestellt.

Die Risikodeckungsmasse der Bank ergibt sich vor allem aus gebildeten Vorsorgen, dem geplanten Betriebsergebnis und den verfügbaren Eigenmitteln, soweit sie die gesetzlichen Mindestanforderungen übersteigen. Damit ist sichergestellt, dass auch für den sehr unwahrscheinlichen Fall, dass alle Risiken innerhalb eines Jahres gleichzeitig eintreten, vorgesorgt ist und noch immer der reguläre Bankbetrieb mit den gesetzlich erforderlichen Eigenmitteln aufrecht erhalten werden kann. Die Risikodeckungsmasse muss immer und zu jeder Zeit größer sein als die Summe der errechneten Risikopotentiale.

Zur Überprüfung einer ausreichenden Risikotragfähigkeit der Bank in außergewöhnlich kritischen Situationen wird die Risikosituation durch verschiedene Ausfallsszenarien im Kreditbereich, verschiedene realwirtschaftliche Szenarien, zusätzliche Zinsszenarien und höhere Pauschalansätze bei den Marktpreisrisiken nochmals fiktiv erhöht. Die Bank limitiert ihre Risiken so, dass alle diese Szenarien verkraftet

werden können. Dadurch ist sichergestellt, dass auch bei extrem ungünstigen Entwicklungen kein Gläubiger der Bank Verluste erleidet.

Der Risikobericht wird den Aufsichtsorganen zur Kenntnis gebracht. Maßnahmen zur Gegensteuerung unerwünschter Entwicklungen werden bei regelmäßigen Sitzungen der Geschäftsleitung mit den verantwortlichen Führungskräften beraten und allenfalls durch den Aufsichtsrat beschlossen.

Risikosituation

Die Risikosituation der Volksbank Salzburg eG wird aufgrund der oben dargestellten Maßnahmen, der Ergebnisse aus dem Risikomanagement und des Vergleichs mit anderen Regionalbanken als sehr zufriedenstellend beurteilt. Die Volksbank Salzburg eG hat im Geschäftsjahr 2011 trotz ÖVAG-Abwertung sowohl die eigenen als auch die sektoralen Frühwarnlimits stets eingehalten.

4. Nachtragsbericht

Die Republik Österreich und die Volksbanken haben sich am 27. Februar 2012 auf eine Vereinbarung zur nachhaltigen Stabilisierung der Österreichischen Volksbanken-Aktiengesellschaft geeinigt. Ziel und Zweck der vereinbarten Maßnahmen ist die Sanierung der Österreichischen Volksbanken-Aktiengesellschaft und deren Umbau zu einer nachhaltigen Verbundbank nach § 30a BWG. In dieser Vereinbarung wurde auch eine Kapitalherabsetzung der Österreichischen Volksbanken-Aktiengesellschaft mit gleichzeitiger Kapitalerhöhung beschlossen, an der sich die Republik Österreich und die Volksbanken beteiligen. Damit kommt es zu einer Teilverstaatlichung der Österreichischen Volksbanken-Aktiengesellschaft.

Mit dem neuen Modell ist für die Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft und den gesamten Volksbanken-Kreditinstitute-Verbund eine nachhaltige solide Kapital- und Liquiditätsausstattung gesichert.

Die Umsetzung des Modells ist abhängig von

- der beihilfenrechtlichen Genehmigung durch die Europäische Kommission,
- der Zustimmung der Finanzmarktaufsicht gem. § 30a BWG,
- den Generalversammlungsbeschlüssen der einzelnen Volksbanken,
- dem Hauptversammlungsbeschluss der Österreichischen Volksbanken-Aktiengesellschaft,
- der kartellrechtliche Bewilligung gem. § 12 KartG,
- den Firmenbucheintragungen,
- dem Zustandekommen des Volksbanken-Kreditinstitute-Verbunds und
- der Umsetzung der Vereinbarung mit der Republik Österreich.

Das Modell basiert auf Artikel 3 der Richtlinie 2006/48/EG und orientiert sich am erfolgreichen Modell der niederländischen Rabobank. Damit müssen die aufsichtsrechtlichen Erfordernisse von den Volksbanken gemeinsam im Verbund erfüllt werden. Das neue Verbundmodell bietet den Miteigentümern und Kunden der regionalen Volksbanken noch höhere Sicherheit, stärkt die dezentralen Volksbanken und führt zu einer engen Zusammenarbeit mit der neu entstehenden Verbundbank.

5. Voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung – Ausblick 2012

Die Entwicklung in Europa verläuft derzeit sehr heterogen. Die EU-Mitgliedstaaten außerhalb des Euroraums haben im Durchschnitt eine höhere Dynamik aufzuweisen als die Euro-Länder. Von den zentral- und osteuropäischen Ländern – die aufgrund ihres anhaltenden Aufholprozesses höheres Wachstumspotential vorzuweisen haben – sticht vor allem Polen hervor, das aufgrund einer starken Inlandsnachfrage von den Auswirkungen der Finanzkrise weniger betroffen war. Von den nordischen Ländern hat Schweden die Krise am besten gemeistert. Die Kombination aus der Abwertung der schwedischen Krone und einer expansiven Geld- und Fiskalpolitik hat zu ein-drucksvollen Wachstumsraten nach der Krise geführt.

Im Euroraum wird 2012 zunächst mit einer Stagnation oder sogar mit einem leichten Rückgang der Wirtschaftsleistung gerechnet, bevor es wieder – unter der Annahme keiner weiteren Zuspitzung der Staatsschuldenkrise – zu einem moderaten Wachstum kommen soll. Von den Ländern, die Finanzhilfen von der europäischen Staaten-gemeinschaft erhalten, befindet sich nur Irland auf einem moderaten Erholungspfad. Portugal hat – ebenso wie Griechenland - eine sehr schwierige Konsolidierungspha-se vor sich.

In Österreich ist im Jahr 2012 aufgrund der deutlichen Verschlechterung der außen-wirtschaftlichen Rahmenbedingungen voraussichtlich mit einer schwachen Konjunk-tur zu rechnen. Im Einklang mit der unterstellten globalen Erholung und dem ange-nommenen Abklingen der mit der Staatsschuldenkrise verbundenen Vertrauensver-luste sollte es im Jahr 2013 zu einer Beschleunigung des Wachstums kommen.

Wirtschaftliche Entwicklung der Volksbank Salzburg eG – Ausblick 2012

Im kommenden Geschäftsjahr wird die Volksbank Salzburg eG ihre Vertriebsbemü-hungen schwerpunktmäßig auf die Ausweitung des Kredit- und Einlagenvolumens und eine weitere Intensivierung des Dienstleistungsgeschäftes legen, um die Markt-anteile und die Kundenpartnerschaft weiter auszubauen.

Die Modernisierung des Zweigstellennetzes soll 2012 mit der Erneuerung der Ge-schäftsstellen in Schüttdorf, St. Johann, Itzling und Saalbach fortgesetzt werden.

Mit unserer schlagkräftigen Vertriebsstruktur, moderner Technik und bestens ge-schultem Personal sind die Voraussetzungen zur Erreichung unserer betriebswirt-schaftlichen Ziele geschaffen.

Die bedarfsgerechte Betreuung unserer Privat- und Kommerzkunden soll zu einem überdurchschnittlichen Wachstum in diesen Segmenten führen. Eine wettbewerbsfä-hige Konditionenpolitik und eine nachhaltig hohe Beratungsqualität werden zur Errei-chung dieses Zieles beitragen.

Auf Basis unseres ertrags- und kostenbewussten Geschäftsmodells ist auch im Jahr 2012 eine überdurchschnittliche Ertragskraft zu erwarten. Das dafür notwendige Pro-dukt- und Dienstleistungsangebot wird ständig den Kundenerfordernissen angepasst.

Eine sorgfältige und ausgewogene Geschäftspolitik auf Basis der erarbeiteten Risikostrategie soll dazu beitragen, dass die erreichte Innenfinanzierung zu einer weiteren Stärkung der Eigenmittel führt.

Angesichts der positiven Ergebnisse in den ersten Monaten des laufenden Geschäftsjahres ist auch 2012 mit einer erfolgreichen Entwicklung der Volksbank Salzburg eG zu rechnen.

6. Forschung und Entwicklung

Im Bereich Forschung und Entwicklung wurden keine Aktivitäten gesetzt.

Salzburg, am 24. April 2012

Volksbank Salzburg eG

Vorstand:


Generaldirektor
Dr. Walter Zandanel


Vorstandsdirektor
Mag. Dr. Andreas Hirsch

Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der Volksbank Salzburg eG, Salzburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner bis 31. Dezember 2011 unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die Bilanz zum 31. Dezember 2011, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2011 endende Geschäftsjahr sowie eine Zusammenfassung der wesentlichen angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und sonstige Anhangangaben.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und für die Buchführung

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind für die Buchführung sowie für die Aufstellung eines Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es aufgrund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Landesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es aufgrund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Genossenschaft abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31. Dezember 2011 sowie der Ertragslage der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner bis 31. Dezember 2011 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

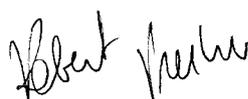
Ohne den Bestätigungsvermerk einzuschränken, weisen wir darauf hin, dass zwischen der Genossenschaft und der Österreichischen Volksbanken-Aktiengesellschaft bzw. Konzernunternehmen der Österreichischen Volksbanken-Aktiengesellschaft maßgebliche Geschäftsbeziehungen bestehen. Hinsichtlich der Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung der Österreichischen Volksbanken-Aktiengesellschaft sowie der Umsetzung des neuen Verbundmodells verweisen wir auf die Ausführungen des Vorstandes im Lagebericht (unter Abschnitt „Nachtragsbericht“).

Aussagen zum Lagebericht

Der Lagebericht ist aufgrund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Lagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Genossenschaft erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht.

Der Lagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Wien, 24. April 2012



Ing. Mag. Robert Preiner



Mag. Gerhard Mitmasser

Eingetragene Revisoren

**Österreichischer
Genossenschaftsverband**
(S c h u l z e - D e l i t z s c h)

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Für abweichende Fassungen (z.B. Verkürzung oder Übersetzung in andere Sprachen) sind die Vorschriften des § 281 Abs. 2 UGB zu beachten.

Kontrollsumme 186329,459096

AKTIVA	€	€	€	Vorjahr in T€
1. Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken und Postgiroämtern			16.040.274,10	14.460
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind:				
a) Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere		42.502.209,77		25.113
b) zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassene Wechsel		--,--	42.502.209,77	-- 25.113
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		228.643.832,09		204.224
b) sonstige Forderungen		8.425.454,92	237.069.287,01	8.913 213.138
4. Forderungen an Kunden			1.692.532.742,88	1.725.963
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) von öffentlichen Emittenten		--,--		--
b) von anderen Emittenten		12.091.672,23	12.091.672,23	14.165 14.165
darunter:				
eigene Schuldverschreibungen	--,--			--
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			7.067.304,31	6.592
7. Beteiligungen			26.256.122,64	20.068
darunter:				
an Kreditinstituten	18.356.009,70			19.119
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			6.214.300,00	5.314
darunter:				
an Kreditinstituten	--,--			--
9. Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens			477.930,52	520
10. Sachanlagen			28.846.001,61	26.317
darunter:				
Grundstücke und Bauten, die vom Kreditinstitut im Rahmen seiner eigenen Tätigkeit genutzt werden	16.279.151,90			14.180
11. Eigene Aktien oder Anteile sowie Anteile an einer herrschenden oder an mit Mehrheit beteiligten Gesellschaft			--,--	--
darunter:				
Nennwert	--,--			--
12. Sonstige Vermögensgegenstände			4.569.931,55	1.574
13. Gezeichnetes Kapital, das eingefordert, aber noch nicht eingezahlt ist			--,--	--
14. Rechnungsabgrenzungsposten			1.035.062,63	1.358
SUMME DER AKTIVA			2.074.702.839,25	2.054.589
Posten unter der Bilanz				
1. Auslandsaktiva			168.531.603,68	201.784

PASSIVA	€	€	€	Vorjahr in T€	
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig		139.292.952,10		359.145	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		468.933.317,26	608.226.269,36	231.601	590.747
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen		764.954.609,28		818.630	
darunter:					
aa) täglich fällig	257.569.312,97			278.286	
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	507.385.296,31			540.344	
b) Sonstige Verbindlichkeiten		445.296.709,14	1.210.251.318,42	409.212	1.227.842
darunter:					
aa) täglich fällig	350.281.955,55			315.384	
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	95.014.753,59			93.827	
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen		--,--		--	
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		56.829.000,00	56.829.000,00	36.783	36.783
4. Sonstige Verbindlichkeiten			4.829.725,91		4.925
5. Rechnungsabgrenzungsposten			1.491.320,96		1.529
6. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Abfertigungen		4.154.648,00		3.702	
b) Rückstellungen für Pensionen		3.322.879,00		3.343	
c) Steuerrückstellungen		--,--		3.949	
d) sonstige		3.929.758,29	11.407.285,29	4.169	15.165
6. A Fonds für allgemeine Bankrisiken			35.000.000,00		35.000
7. Nachrangige Verbindlichkeiten			21.278.566,81		20.390
8. Ergänzungskapital			15.550.000,00		16.000
9. Gezeichnetes Kapital			21.369.670,00		21.389
10. Kapitalrücklagen					
a) gebundene		2.284.369,82		2.284	
b) nicht gebundene		--,--	2.284.369,82	--	2.284
11. Gewinnrücklagen					
a) gesetzliche Rücklage		--,--		--	
b) satzungsmäßige Rücklagen		6.616.171,09		6.492	
c) andere Rücklagen		47.202.109,15	53.818.280,24	43.711	50.203
12. Haftrücklage gemäß § 23 Abs. 6 BWG			31.067.087,22		31.067
13. Bilanzgewinn			1.093.891,57		1.062
14. unversteuerte Rücklagen					
a) Bewertungsreserve auf Grund von Sonderabschreibungen		--,--		--	
b) sonstige unversteuerte Rücklagen		206.053,65	206.053,65	199	199
darunter:					
Investitionsrücklage gemäß					
aa) § 9 EStG 1988	--,--			--	
Investitionsfreibetrag gemäß					
bb) § 10 EStG 1988	--,--			--	
Mietzinsrücklage gemäß					
cc) § 11 EStG 1988	--,--			--	
Übertragungsrücklage gemäß					
dd) § 12 EStG 1988	--,--			--	
SUMME DER PASSIVA			2.074.702.839,25		2.054.589
Posten unter der Bilanz					
1. Eventualverbindlichkeiten			214.380.993,28		162.488
darunter:					
a) Akzepte und Indossamentverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln	--,--			--	
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten	214.380.993,28			162.488	
2. Kreditrisiken			180.462.964,28		179.199
darunter: Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften	--,--			--	
3. Verbindlichkeiten aus Treuhandgeschäften			5.958.383,87		5.668
4. Anrechenbare Eigenmittel gemäß § 23 Abs. 14			209.665.658,33		204.861
darunter:					
Eigenmittel gemäß § 23 Abs. 14 Z 7	--,--			--	
5. Erforderliche Eigenmittel gemäß § 22 Abs. 1			--,--		112.763
darunter: erforderliche Eigenmittel gemäß § 22 Abs. 1 Z 1 und 4	--,--			112.763	
6. Auslandspassiva			170.981.813,58		150.374
7. Hybrides Kapital gemäß § 24 Abs. 2 Z. 5 und 6			--,--		--

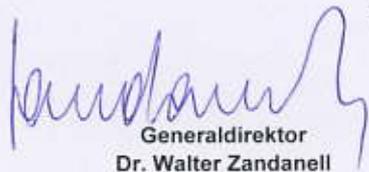
Kontrollsumme 186329,459096

	€	€	€	Vorjahr in T€	
1. Zinsen und ähnliche Erträge			57.270.594,05		61.582
<i>darunter:</i>					
<i>aus festverzinslichen Wertpapieren</i>	1.777.907,88			2.472	
2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			-21.049.195,25		-23.404
I. NETTOZINSERTRAG			36.221.398,80		38.177
3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen					
a) Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren		226.542,64		153	
b) Erträge aus Beteiligungen		1.203.853,43		61	
c) Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen		320.000,00	1.750.396,07	--	214
4. Provisionserträge			15.675.814,32		16.330
5. Provisionsaufwendungen			-837.938,60		-871
6. Erträge aus Finanzgeschäften			16.777,90		2
7. Sonstige betriebliche Erträge			1.227.293,05		3.128
II. BETRIEBSERTRÄGE			54.053.741,54		56.982
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand		-22.629.890,40		-22.274	
<i>darunter:</i>					
aa) Löhne und Gehälter	-16.529.335,11			-16.349	
bb) Aufwand für gesetzlich vorgeschriebene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-4.468.057,83			-4.444	
cc) sonstiger Sozialaufwand	-268.068,50			-283	
dd) Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-722.769,96			-706	
ee) Dotierung der Pensionsrückstellung	21.011,00			105	
ff) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	-662.670,00			-595	
b) sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)		-11.002.834,79	-33.632.725,19	-10.934	-33.208
9. Wertberichtigungen auf die in den Aktivposten 9 und 10 enthaltenen Vermögensgegenstände			-2.175.739,38		-1.936
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen			-921.896,90		-951
III. BETRIEBSAUFWENDUNGEN			-36.730.361,47		-36.096
IV. BETRIEBSERGEBNIS			17.323.380,07		20.886
11.+12. Saldo aus Wertberichtigungen auf Forderungen sowie Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen sowie zu Wertpapieren der Liquiditätsreserve			-4.991.961,51		23.523
13.+14. Saldo aus Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind und auf Beteiligungen sowie Erträge aus Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet sind			-7.717.264,33		-37.234
V. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT			4.614.154,23		7.176

	€	€	€	Vorjahr in T€
15. Außerordentliche Erträge		--,--		--
<i>darunter:</i>				
<i>Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken</i>	--,--			--
16. Außerordentliche Aufwendungen		--,--		--
<i>darunter:</i>				
<i>Zuweisungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken</i>	--,--			--
17. Außerordentliches Ergebnis (Zwischensumme aus Posten 15 und 16)			--,--	--
18. Steuern vom Einkommen und Ertrag			49.753,90	-5.870
19. Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 18 auszuweisen			-235.330,16	-123
VI. JAHRESÜBERSCHUSS			4.428.577,97	1.182
Rücklagenbewegung	Dotierung (-)	Auflösung (+)		Dotierung (-) Auflösung (+)
a) gebundene Kapitalrücklagen	--,--	--,--		-- --
b) nicht gebundene Kapitalrücklagen	--,--	--,--		-- --
c) gesetzliche Gewinnrücklage	--,--	--,--		-- --
d) satzungsmäßige Gewinnrücklagen	-17.819,18	--,--		-26 --
e) andere Gewinnrücklagen	-3.309.941,74	--,--		-72 --
f) Haftrücklage gemäß § 23 Abs. 6 BWG	--,--	--,--		-- --
g) Bewertungsreserve auf Grund von Sonderabschreibungen	--,--	--,--		-- --
h) Investitionsrücklage gemäß § 9 EStG 1988	--,--	--,--		-- --
i) Investitionsfreibetrag gemäß § 10 EStG 1988	--,--	--,--		-- --
j) Mietzinsrücklage gemäß § 11 EStG 1988	--,--	--,--		-- --
k) Übertragungsrücklage gemäß § 12 EStG 1988	--,--	--,--		-- --
l) andere un versteuerte Rücklagen	-63.320,23	56.394,75		-66 45
20. Rücklagenbewegung	-3.391.081,15	56.394,75	-3.334.686,40	-164 45 -119
VII. JAHRESGEWINN			1.093.891,57	1.062
21. Gewinnvortrag			--,--	--
VIII. BILANZGEWINN			1.093.891,57	1.062

Salzburg, am 25. April 2013

Volksbank Salzburg eG


 Generaldirektor
 Dr. Walter Zandaneil

Vorstand:


 Vorstandsdirektor
 Mag. Dr. Andreas Hirsch

Volksbank Salzburg eG

ANHANG zum JAHRESABSCHLUSS 2012

Die Vergleichswerte des Vorjahres wurden auf volle Tausend Euro abgerundet und sind im Anhang in Klammern angemerkt, in der Summenbildung sind daher Rundungsdifferenzen nicht auszuschließen.

1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Aufstellung des Jahresabschlusses 2012 erfolgte nach den Bestimmungen des Bankwesengesetzes und des Unternehmensgesetzbuches. Bei der Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt.

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und der Generalnorm aufgestellt, die die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens fordern.

Dem Vorsichtsprinzip wurde unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Bankgeschäftes Rechnung getragen.

Bei der Berechnung der Abfertigungsrückstellung nach finanzmathematischen Grundsätzen und der Pensionsrückstellung nach versicherungsmathematischen Grundsätzen wurde der Rechnungszinssatz von 3,5 % auf 3 % geändert. Dadurch erhöht sich die Abfertigungsrückstellung um € 196.472,00 und die Pensionsrückstellung um € 107.353,00.

Die Form der Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung ist gegenüber dem Vorjahr unverändert.

Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in ausländischen Währungen wurden mit dem entsprechenden Mittelkurs bewertet.

Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die durch sonstige Sicherungsgeschäfte gedeckt waren, wurden unter Berücksichtigung dieser Geschäfte bewertet.

2. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

Der Ansatz von Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und sonstigen Anteilsrechten erfolgte zu Anschaffungskosten, sofern nicht anhaltende Verluste eine außerplanmäßige Abschreibung erforderlich machten.

Die direkte und indirekte Beteiligung am Spitzeninstitut wurde im Ausmaß von € 7.715.081,57 (37.251 T€) auf den niedrigeren Teilwert abgeschrieben. Die Bewertung erfolgte auf Basis eines Gutachtens der BDO Financial Advisory Services GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft unter Berücksichtigung der wesentlichen Synergieeffekte, wie Refinanzierungsvorteile, günstige Gewichtung der Aktiva ("RWA-Gewichtung") und Konsortialgeschäft.

Der Ansatz der in anderen Aktivposten enthaltenen Wertpapieren des Anlagevermögens erfolgte zu den Anschaffungskosten, niedrigeren Rückzahlungsbeträgen gemäß § 56 Abs. 2 BWG oder niedrigeren Marktwerten am Bilanzstichtag unter Beachtung des gemilderten Niederstwertprinzips.

Vom Wahlrecht der zeitanteiligen Abschreibung gemäß § 56 Abs. 2 BWG wurde Gebrauch gemacht.

Bei Wertpapieren mit einem Buchwert von € 10.000.000,00 (10.000 T€) wurden außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von € 2.000,00 (224 T€) nach § 204 Abs. 2 UGB nicht vorgenommen, da davon auszugehen ist, dass die Wertminderung nicht von Dauer ist. Die Wertminderung ist voraussichtlich deshalb nicht von Dauer, da keine Verschlechterung der Bonität des Emittenten anzunehmen ist.

Der Unterschiedsbetrag bei festverzinslichen Wertpapieren des Anlagevermögens zwischen den Anschaffungskosten und den niedrigeren Rückzahlungsbeträgen, der gemäß § 56 Abs. 2 BWG zeitanteilig abgeschrieben wird, beträgt € 1.429.800,00 (93 T€).

Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden und sonstige Forderungen wurden, soweit sie dem Umlaufvermögen gewidmet sind, zum strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Der Ansatz der Wertpapiere des Umlaufvermögens erfolgte zum strengen Niederstwertprinzip.

Der Unterschiedsbetrag gemäß § 56 Abs. 4 BWG zwischen den Anschaffungskosten und den höheren Marktwerten der zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere des Umlaufvermögens beträgt € 716.213,33 (155 T€).

ZUM BÖRSEHANDEL ZUGELASSENE WERTPAPIERE NACH § 64 ABS. 1 Z 10 BWG:

<i>Börsennotierte Wertpapiere</i>	31.12.2012 in €	Vorjahr in T€
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	12.004.811,68	14.032
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,00	218
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	1.753.980,00	2.517

<i>Nicht börsennotierte Wertpapiere</i>	31.12.2012 in €	Vorjahr in T€
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0,00	5

ZUM BÖRSEHANDEL ZUGELASSENE WERTPAPIERE - ART DER BEWERTUNG (§ 64 ABS. 1 Z 11 BWG):

Die Zuordnung zum Anlage- oder Umlaufvermögen - Bankbuch bzw Handelsbuch - richtet sich im jeweiligen Einzelfall nach der Entscheidung der zuständigen Gremien.

<i>Anlagevermögen</i>	31.12.2012 in €	Vorjahr in T€
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	12.004.811,68	14.032
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,00	218

<i>Umlaufvermögen</i>	31.12.2012 in €	Vorjahr in T€
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0,00	5

Das Volumen der im Wertpapier-Handelsbuch enthaltenen Wertpapiere beträgt € 5.636.904,31 (6.092 T€).

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Die Anteile an verbundenen Unternehmen gemäß § 228 Abs. 3 UGB setzen sich wie folgt zusammen (Angaben in Euro):

Firmenname / Sitz	Anteil am Kapital in %	Geschäftsjahr	Eigenkapital des letzten Geschäftsjahres	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres
VOBA Treuhand- und Verwaltungsgesellschaft mbH	100	2012	1.458.537,93	241.491,89
BBG Beratungs- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H.	100	2012	4.400.028,96	955.865,24
V.I.P. Volksbank Immobilienprojekte VOBA Treuhand- und Verwaltungsgesellschaft mbH & Co KG	100	2012	-4.643.046,62	837.842,69

Mit folgenden Unternehmen besteht eine Gruppenbesteuerung:

- VOBA Treuhand- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Domus IC Leasinggesellschaft m.b.H.,
- Forum IC Leasinggesellschaft m.b.H., BBG Beratungs- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H.,
- Volksbank Salzburg Immobilien GmbH, Volksbank Salzburg Leasing Gesellschaft m.b.H.,
- Sporthotel Betriebsführungs GmbH, Freizeitcenter Betriebsführungs GmbH

Mit Einführung des § 30a BWG wurden die Ausnahmebestimmungen gemäß § 30 Abs. 4 Z 3 BWG für Kreditinstitutsgruppen erweitert. Als Mitglied des Kreditinstitute-Verbundes entfällt daher für die Volksbank die Verpflichtung, einen Konzernabschluss gemäß § 59 BWG aufzustellen.

Verbriefte und unverbiefte Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

	31.12.2012 in €	Vorjahr in T€
Forderungen an Kreditinstitute	236.979.467,16	213.091
Forderungen an Kunden	30.000,00	219
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	12.091.672,23	14.160

Nachrangige Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

	31.12.2012 in €	Vorjahr in T€
Forderungen an Kunden	30.000,00	30

Verbriefte und unverbiefte Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht:

	31.12.2012 in €	Vorjahr in T€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	447.290.987,95	471.886

Verbriefte und unverbiefte Forderungen an verbundene Unternehmen:

	31.12.2012 in €	Vorjahr in T€
Forderungen an Kunden	61.336.308,70	60.624

Verbriefte und unverbiefte Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen:

	31.12.2012 in €	Vorjahr in T€
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	392.015,32	543

Die Abschreibung des Firmenwertes wurde im Hinblick auf die voraussichtliche Nutzungsdauer mit 15 Jahren angesetzt (Buchwert per 31. Dezember 2012: € 346.262,52, Vorjahr: 403 T€).

Die Buchwerte bebauter und unbebauter Grundstücke betragen zum Bilanzstichtag € 3.401.555,51 (2.856 T€).

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet, vermindert um planmäßige Abschreibungen. Die planmäßigen Abschreibungen werden linear vorgenommen. Die Abschreibungsdauer beträgt für Gebäude zwischen 33,3 und 50 Jahren, für die Betriebs- und Geschäftsausstattung zwischen 3 und 20 Jahren und für die immateriellen Vermögensgegenstände zwischen 3 und 15 Jahren.

Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben und im Anlagenspiegel als Zu- und Abgang erfasst.

Anlagenpiegel (§ 226 Abs. 1 UGB in Verbindung mit § 43 Abs. 1 BWG; alle Angaben in Euro):

Anlagevermögen der Aktivpositionen	Ansch. / Herstell. - kosten 1.1.	Zugänge im GJ	Abgänge im GJ	Umbuchung im GJ	Ansch. / Herstell. - kosten 31.12.	Zuschreibungen im GJ	kumul. Abschr.	Buchwert 31.12.	Buchwert VJ in T€	Abschreibung im GJ
2.a) Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere	1.492.800	11.356.000	0	0	12.848.800	0	48.084	12.800.716	1.492	48.084
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	14.093.800	0	2.020.000	0	12.073.800	0	68.988	12.004.812	14.032	22.871
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.500.000	0	383.600	0	3.116.400	0	1.686.000	1.430.400	1.649	0
7. Beteiligungen	105.925.531	13.902.503	0	0	119.828.034	0	93.571.911	26.256.123	20.068	7.715.082
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	5.314.300	900.000	0	0	6.214.300	0	0	6.214.300	5.314	0
9. Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	1.796.490	70.304	818	0	1.865.976	0	1.388.045	477.931	520	112.804
10. Sachanlagen	53.564.182	4.612.152	2.191.586	0	55.984.748	0	27.138.746	28.846.002	26.317	2.062.935
12. Sonstige Vermögensgegenstände	8.086	0	0	0	8.086	0	0	8.086	8	0
Gesamtsumme	185.695.189	30.840.959	4.596.004	0	211.940.144	0	123.901.774	88.038.370	69.400	9.961.776

In den Aktivposten sind folgende Vermögensgegenstände nachrangiger Art enthalten:

	31.12.2012 in €	Vorjahr in T€
Forderungen an Kunden	2.927.233,80	30

Verbindlichkeiten wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Die Mündelgeldspareinlagen betragen zum Bilanzstichtag € 4.079.076,46. Der dafür gewidmete Deckungsstock besteht aus mündelsicheren Wertpapieren und beläuft sich auf € 5.637.730,83.

Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen nach dem Teilwertverfahren auf Basis eines Rechnungszinssatzes von 3 % unter Zugrundelegung der Berechnungstafeln von Pagler-Pagler berechnet.

Die steuerlich zulässige Rückstellung beträgt € 2.765.209,00 (2.863 T€); der versteuerte Teil der Pensionsrückstellung beträgt € 557.670,00 (480 T€).

Die Abfertigungsrückstellungen werden nach finanzmathematischen Grundsätzen auf Basis eines Rechnungszinssatzes von 3 % unter Beachtung des Fachgutachtens Nr. 78 des Instituts für Betriebswirtschaft, Steuerrecht und Organisation der Kammer der Wirtschaftstreuhänder (KFS/RL2) ermittelt.

In den sonstigen Rückstellungen wurden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips alle im Zeitpunkt der Bilanzerstellung erkennbaren Risiken sowie der Höhe und dem Grunde nach ungewisse Verbindlichkeiten mit den Beträgen berücksichtigt, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich sind.

Die sonstigen Rückstellungen umfassen vor allem Erfolgsprämien, nicht konsumierte Urlaube, Zeitausgleich, Eventualverpflichtungen, Jubiläumsgelder, Prüfungsaufwand sowie die Ausgleichszahlung an den Bund.

Die im Geschäftsjahr aus Handesbeständen der Volksbank ausgegebenen nachrangigen Verbindlichkeiten wurden unter der Bedingung eingegangen, dass diese Verbindlichkeiten im Falle der Liquidation oder des Konkurses erst nachrangig nach allen anderen nicht nachrangigen Gläubigern befriedigt werden.

Unter bestimmten Voraussetzungen sehen die vereinbarten Nachrangbedingungen auch die Möglichkeit von vorzeitigen Rückzahlungen und/oder der Umwandlung in Kapital oder eine andere - nicht nachrangige - Form der Verbindlichkeit vor.

Im Geschäftsjahr wurden für nachrangige Verbindlichkeiten Aufwendungen in Höhe von € 1.347.381,20 (1.379 T€) geleistet.

Ergänzungs- und Nachrangkapital im Eigenbestand

	31.12.2012 in €	Vorjahr in T€
Ergänzungskapital	1.059.000,00	1.295

Die Veränderung der Anzahl der Mitglieder, der Geschäftsanteile, der darauf geleisteten Beträge und Haftsummen stellt sich im Geschäftsjahr wie folgt dar:

	Anzahl der Mitglieder	Anzahl der Geschäftsanteile	darauf geleistete Beträge	Haftsummen
Stand Anfang 2012	6.570	327.705	7.209.510	36.047.550
Zugänge 2012	152	7.280	160.160	800.800
Abgänge 2012	126	7.656	168.432	842.160
Stand Ende 2012	6.596	327.329	7.201.238	36.006.190

Mit Inkrafttreten des Kreditinstitute-Verbundes nach § 30a BWG sind die Bestimmungen über das Mindesteigenmittelerfordernis gemäß § 22 BWG von der Zentralorganisation für den Verbund auf konsolidierter Basis einzuhalten. Zum Bilanzstichtag würde sich für die Volksbank ein Eigenmittelerfordernis in Höhe von € 109.399.986,25 errechnen. Die Eigenmittel zum Bilanzstichtag betragen € 209.665.658,33.

Es besteht eine Garantierklärung gegenüber der sektoralen Sicherungseinrichtung in Höhe von € 7.072.172,40 (6.732 T€).

In den Aktivposten sind auf Fremdwährung lautende Aktiva im Gesamtbetrag von € 160.878.824,92 (184.630 T€) enthalten, der Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Passiva beträgt € 161.105.021,91 (184.870 T€).

Zum Bilanzstichtag bestanden folgende Termingeschäfte (Volumen):

	31.12.2012 in € Volumen	31.12.2012 in € Marktwert	Vorjahr in T€ Volumen	Vorjahr in T€ Marktwert
Zinsswaps	1.000.000,00	39.906,66	8.000	67
Zinssatzoptionen	102.948.323,88	0,00	113.429	0
Devisentermingeschäfte	0,00	0,00	975	0

Die Berechnung des beizulegenden Zeitwertes (Marktwertes) bei den derivativen Finanzinstrumenten erfolgte nach der "marked to model" - Methode unter Zugrundelegung der zum Bilanzstichtag aktuellen EZB Währungskurse, soweit es sich um Geschäfte in Fremdwährung handelt sowie den aktuellen Zinskurven für Zinsinstrumente und Volatilitätskurven für Optionsgeschäfte. Optionsprämien sind in der Bilanzposition 1.14 und 2.5 mit einem Buchwert von € 2.045.854,41 (2.631 T€) ausgewiesen.

Zur Absicherung von Zinsrisiken aus Verbindlichkeiten an Kunden (Eigenemissionen) werden Zinsswaps im Rahmen eines Micro-Hedge eingesetzt.

Die Hedgegeschäfte werden für einen Zeitraum von 4 bis 10 Jahren abgeschlossen.

Nicht täglich fällige Forderungen und Guthaben:

	31.12.2012 in €	Vorjahr in T€
bis drei Monate	85.928.164,04	71.465
mehr als drei Monate bis ein Jahr	210.305.176,58	189.932
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	481.776.980,29	506.868
mehr als 5 Jahre	860.041.936,12	902.925

Nicht täglich fällige Verpflichtungen:

	31.12.2012 in €	Vorjahr in T€
bis drei Monate	303.081.638,55	409.725
mehr als drei Monate bis ein Jahr	386.481.523,95	356.438
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	355.754.154,12	65.936
mehr als 5 Jahre	26.016.050,54	33.674

Im auf den Bilanzstichtag folgenden Geschäftsjahr werden Forderungen aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren in Höhe von € 13.334.811,68 (7.135 T€) fällig.

Von den vom Kreditinstitut selbst begebenen Schuldverschreibungen stehen im nächsten Geschäftsjahr € 8.318.000,00 (8.021 T€) zur Tilgung an.

Wertpapiere der Position 1.2 in Höhe von € 36.708.283,47 und Kundenforderungen der Position 1.4 in Höhe von € 32.769.536,42 dienen als Sicherstellung für Verbindlichkeiten Dritter und sind in den Eventualverbindlichkeiten enthalten.

Verpflichtungen aus Leasingverträgen:

	31.12.2012 in €	Vorjahr in T€
für das folgende Geschäftsjahr	137.495,35	160
für die folgenden fünf Geschäftsjahre	687.476,75	804

Verpflichtungen aus Mietverträgen:

	31.12.2012 in €	Vorjahr in T€
für das folgende Geschäftsjahr	1.582.466,63	1.566
für die folgenden fünf Geschäftsjahre	7.912.333,15	7.834

Es bestehen nicht in der Bilanz ausgewiesene Patronatserklärungen gegenüber der VOBA Treuhand- und Verwaltungsgesellschaft mbH (als Komplementär der V.I.P.Volksbank Immobilienprojekte VOBA Treuhand- und Verwaltungsgesellschaft mbH & Co KG), der Forum IC Leasinggesellschaft m.b.H. und der Freizeitcenter Betriebsführungs GmbH.

Die Volksbank ist als zugeordnetes Kreditinstitut Teil des Kreditinstitute-Verbundes (Haftungs- und Liquiditätsverbund) mit der Österreichischen Volksbanken-Aktiengesellschaft als Zentralorganisation iSd § 30a BWG.

Die Leistungsverpflichtung der einzelnen dem Kreditinstitute-Verbund zugeordneten Kreditinstitute aus dem Haftungsverbund beschränkt sich auf jenen Betrag, den das zugeordnete Kreditinstitut leisten kann, ohne unter die in den aufsichtsrechtlichen Vorschriften für einzelne Kreditinstitute, die keinem Kreditinstitute-Verbund gemäß § 30a BWG angehören, vorgesehenen Mindesteigenmittelerfordernisse zu fallen. Darüberhinaus übernimmt die Volksbank für eine allenfalls gewährte Bundeshaftung für die Zentralorganisation eine anteilige Ausfallhaftung für die von der Zentralorganisation dafür zu leistende Haftungsprovision.

In der Position Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen sind Aufwendungen für Abfertigungen in Höhe von € 568.864,97 (508 T€) enthalten.

Im Geschäftsjahr fielen Aufwendungen für die Prüfung des Jahresabschlusses in Höhe von € 145.452,90 (147 T€) an.

In der Position sonstige betriebliche Erträge sind mit € 682.040,00 (682 T€) im Wesentlichen Vergütungen der Tochter- und Enkelgesellschaften enthalten.

Von den sonstigen betrieblichen Aufwendungen entfallen € 589.347,70 (561 T€) auf laufende Beiträge an sektorale Unterstützungseinrichtungen.

Die Bildung unverteuerter Rücklagen hat die Ertragsteuerbelastung des Geschäftsjahres um € 15.205,73 (15 T€) reduziert.

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag beinhalten das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und die Steuerumlage der Gruppenmitglieder.

Zum Bilanzstichtag errechnet sich ein gemäß § 198 Abs. 10 UGB aktivierbarer Steuerabgrenzungsbetrag in Höhe von € 11.503.574,85 (12.135 T€). Die Genossenschaft hat vom gesetzlichen Wahlrecht Gebrauch gemacht und keine Aktivierung vorgenommen.

Folgende Gewinnverteilung soll den Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt werden, vorbehaltlich, dass die bestehenden Auflagen für die Dividendenzahlung erfüllt werden:

Zuweisung an die satzungsmäßige Rücklage € 164.083,74, Dividenden auf Geschäftsanteile € 222.993,84, Dividenden auf Partizipationskapital € 267.038,80 und Zuweisung des Restbetrages von € 439.775,19 an die freie Gewinnrücklage.

3. Angaben über Organe und Arbeitnehmer

Während des Geschäftsjahres waren durchschnittlich 331 (337) Angestellte und 5 (6) Arbeiter beschäftigt.

Kredite an Vorstand und Aufsichtsrat

	im Geschäftsjahr		im Vorjahr	
	Vorstand in €	Aufsichtsrat in €	Vorstand in T€	Aufsichtsrat in T€
Gewährte Kredite	13.921,60	0,00	97	0
Kreditteilungen im Geschäftsjahr	8.281,30	65.039,70	26	67

Die Bedingungen betreffend Laufzeit und Besicherung sind marktkonform.

Aufwand für Abfertigung und Pensionen

	im Geschäftsjahr Aufwand für Abfertigungen und Pensionen in €	im Vorjahr Aufwand für Abfertigungen und Pensionen in T€
Vorstand und leitende Angestellte	229.525,48	196
Sonstige Arbeitnehmer	1.134.903,48	1.000

Die Gesamtbezüge der im Geschäftsjahr aktiven und ehemaligen Geschäftsleiter bzw. Vorstände beliefen sich auf € 808.046,82 (805 T€).

Die Gesamtbezüge der im Geschäftsjahr tätigen Mitglieder des Aufsichtsrates beliefen sich auf € 30.370,00 (28 T€). An ehemalige Mitglieder des Aufsichtsrates und deren Hinterbliebene wurden keine Zahlungen geleistet.

Die Erfüllung des genossenschaftlichen Förderauftrages erfolgt durch entsprechende Aktivitäten zur Mitgliederförderung und Mitgliederbindung. Darüber hinaus werden für die Mitglieder umfassende Beratungs- und Informationsdienstleistungen erbracht.

Vorstand und Geschäftsleiter gemäß § 2 Z 1 BWG:

Herr Generaldirektor Dr. Walter Zandanel (Vorsitzender),

Herr Vorstandsdirektor Mag. Dr. Andreas Hirsch (Vorsitzender-Stellvertreter),

Aufsichtsrat:

Herr Dr. Roland Reichl (Vorsitzender),

Herr Dr. Anton Fischer (Vorsitzender-Stellvertreter),

Herr Ing. Franz Asen,

Herr Johann Peter Präauer,

Herr Mag. Dr. Martin Winner,

vom Betriebsrat delegiert:

Frau Gabriele Gugerbauer-Kreuzmayr,

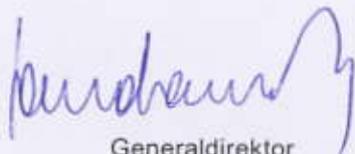
Herr Thomas Joch,

Herr Andreas Weber

Salzburg, am 25. April 2013

Volksbank Salzburg eG

Vorstand:



Generaldirektor
Dr. Walter Zandaneil



Vorstandsdirektor
Mag. Dr. Andreas Hirsch

Die Genossenschaft ist beim Landesgericht als Handelsgericht Salzburg unter der Firmenbuchnummer FN 39405z eingetragen.

Die Offenlegung gemäß § 26 BWG erfolgt im Internet auf der Homepage der Österreichischen Volksbanken-Aktiengesellschaft unter www.volksbank.com.

Lagebericht der Volksbank Salzburg eG

1. Wirtschaftliche Entwicklung des Umfelds

Die internationalen Finanzmärkte stehen weiterhin unter dem Einfluss der europäischen Staatsschuldenkrise. Obwohl geld- und finanzpolitische Maßnahmen stabilisierend wirkten, bleiben die Risiken für die Finanzmarktstabilität auf hohem Niveau.

Die Weltwirtschaft hat im Laufe des Jahres 2012 deutlich an Schwung verloren und bleibt fragil. Während sich seit Mitte des Jahres beispielsweise der Ausblick für die US-amerikanische und die chinesische Wirtschaft gebessert hat, wurden die Prognosen für den Euroraum zurückgenommen. Die notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen haben sich negativ auf das Wirtschaftswachstum des Euroraums und vermehrt auch auf die Region Zentral-, Ost- und Südeuropa (CESEE) ausgewirkt.

Österreich als exportorientierte Volkswirtschaft hat das schwache internationale Umfeld im Laufe des Jahres 2012 deutlich zu spüren bekommen. Für 2012 ergibt sich damit ein reales Exportwachstum von lediglich 0,7 %. Da vom Außenhandel nur schwache Impulse kommen, sind die Unternehmen auch mit ihren Investitionen zurückhaltend. Die Wohnbauinvestitionen entwickeln sich hingegen – gestützt durch die zuletzt stark steigenden Immobilienpreise – wesentlich günstiger.

Die schon seit einigen Jahren anhaltende Schwäche des privaten Konsums hat sich zuletzt noch verstärkt aufgrund der ungünstigen Entwicklung der realen Haushaltseinkommen und der schwachen Reallohnentwicklung.

Der Arbeitsmarkt hat sich bis zur Jahresmitte 2012 sehr dynamisch entwickelt. In der zweiten Jahreshälfte hat die Beschäftigungsdynamik jedoch nachgelassen und die Arbeitslosenquote ist auf 4,4 % gestiegen.

Die seit Mitte des Jahres 2012 wieder gestiegene Inflation wird sich von durchschnittlich 2,5 % im Jahresverlauf 2013 wieder deutlich abschwächen.

Das Kreditwachstum der nicht finanziellen Unternehmen zeigte in Österreich nach wie vor positive Wachstumsraten im Vergleich zum Euroraum.

Das Einlagenwachstum betrug in den ersten drei Quartalen 2012 nur noch 1,3 %.

Die Entwicklung an den Wertpapierbörsen verlief im Jahr 2012 äußerst freundlich. Die globalen Aktienmärkte konnten 2012 je nach Region mehrheitlich deutlich zulegen.

Während FED, Bank of England und Bank of Japan die Leitzinsen weiterhin nahe Null hielten, senkte die Europäische Zentralbank den Leitzins auf 0,75 %. Der 3-Monats-Euribor sank im Jahresverlauf auf 0,18 %. Die Rendite 10-jähriger deutscher Staatsanleihen sank auf unter 1,20 %.

Das globale Wirtschaftswachstum wird auch 2013 äußerst verhalten ausfallen und das Zinsniveau dürfte weiter tief bleiben.

2. Wirtschaftliche Entwicklung der Bank

Unser Selbstverständnis

Wir verstehen uns als genossenschaftlich organisierte Regionalbank für das Bundesland Salzburg und das angrenzende Umland. Wir bekennen uns zu unserer Verankerung im österreichischen Volksbankenverbund und zum genossenschaftlichen Förderauftrag. Wir gestalten unsere Beziehungen partnerschaftlich, sind politisch unabhängig und wirtschaftlich selbstständig. Wir sehen Marktwirtschaft und Ethik als ideale Symbiose für den Umgang mit unseren Kunden und unseren Mitarbeitern. Wir sind offen für alle Neuerungen, die für unsere Kunden spürbaren Nutzen stiften und/oder uns die Arbeit erleichtern. Wir erbringen unsere Dienstleistungen mit größtmöglicher Qualität. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Ressourcen und Technologie ist für uns selbstverständlich.

Unsere Geschäftsfelder

Mit unseren Dienstleistungen decken wir den Bedarf des gewerblichen Mittelstandes, der freien Berufe und unserer Privatkunden. Außerhalb unserer Kernkompetenzen bedienen wir uns unserer Partner im österreichischen und internationalen Volksbankenverbund.

Unsere Grundwerte

Vertrauenswürdigkeit, Ehrlichkeit und Offenheit sind Werte, die unser Handeln prägen. Ob Kunde oder Mitarbeiter, bei uns steht der Mensch im Mittelpunkt. „Vertrauen verbindet“ ist Richtschnur unseres gesamten Handelns. Im Rahmen unserer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft unterstützen wir vor allem soziale und karitative Projekte.

Unser Vertriebssystem

Der persönliche Kontakt zu unseren Kunden ist uns ein besonderes Anliegen. Wir verfügen über ein modernes und leistungsfähiges Filialnetz. 11 Filialen befinden sich im Stadtgebiet von Salzburg, weitere 21 Filialen sind in den anderen Bezirken des Bundeslandes Salzburg verteilt, eine Filiale befindet sich im oberösterreichischen Bad Ischl. Zusätzlich stehen unseren Kunden elektronische Vertriebswege (Internetbanking, Volksbank Office Banking) rund um die Uhr zur Verfügung. Kundentermine in- und außerhalb der Filiale – unabhängig von den Öffnungszeiten – gehören zu unserem Betreuungsstandard.

Unser Verbund

Die Volksbank ist Mitglied des Volksbankenverbundes, wobei die Österreichische Volksbanken Aktiengesellschaft als Spitzeninstitut fungiert und der Österreichische Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) einerseits als Revisionsverband die gesetzliche Prüfung durchführt und andererseits als Interessenvertretung auf nationaler und internationaler Ebene fungiert.

Die Republik Österreich und die Volksbanken haben sich 2012 auf eine nachhaltige Lösung zur Stabilisierung der Österreichischen Volksbanken Aktiengesellschaft (ÖVAG) geeinigt. Auf Grund des Gruppentagbeschlusses vom 27. Februar

2012 haben sich die Volksbanken gemeinsam mit der ÖVAG zu einem Kreditinstitute-Verbund nach § 30a BWG zusammengeschlossen, der mit 01. Oktober 2012 in Kraft getreten ist. Weiters wurde das Kapital der ÖVAG um 70 % herabgesetzt und gleichzeitig haben der Bund und die Volksbanken im Wege einer Kapitalerhöhung frisches Kapital zugeführt.

Ziel und Zweck dieser vereinbarten Maßnahme ist die Sanierung und der Umbau der ÖVAG zu einer nachhaltigen Verbundbank nach § 30a BWG.

Die internationale Ratingagentur für Bankratings – FitchRatings - hat den Volksbanken Verbund im November 2012 neuerlich mit einem Langfrist-Rating von „A“ (stabiler Ausblick) bewertet.

Das Langfrist-Rating ist für die Kreditwürdigkeit und damit die Bedienung der langfristigen Verbindlichkeiten einer Bank ausschlaggebend. Fitch hat gleichzeitig das Viability Rating mit "bb-" bestätigt.

Bestandsentwicklung

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Vergleich zu 2011 um 1,0 % und betrug zum 31. Dezember 2012 € 2.074,7 Millionen.

Die Forderungen an Kunden verminderten sich gegenüber dem Vorjahr um 1,9 % auf € 1.692,5 Millionen. Verantwortlich für diese Entwicklung war vor allem die konjunkturbedingt rückläufige Investitionstätigkeit unserer Kunden. Der Anteil der Fremdwährungskredite am Gesamtkreditvolumen betrug 8,9 % und wurde somit gegenüber dem Vorjahr (9,8 %) neuerlich reduziert.

Im Einlagengeschäft konnten die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und die verbrieften Verbindlichkeiten um 0,2 % auf € 1.267,1 Millionen gesteigert werden.

Die Spareinlagen reduzierten sich im Geschäftsjahr 2012 um 6,6 % auf € 765,0 Millionen. Verantwortlich für diese Entwicklung war vor allem der harte Konditionenwettbewerb in allen Einlagensparten. Außerdem haben zahlreiche Kunden die Zinssituation zum Anlass genommen, bestehende Einlagen für vorzeitige Kreditrückzahlungen und Investitionen zu verwenden. Positiv ist die Volumensentwicklung beim Online-Sparen mit einem Zuwachs von 43,8 % zu vermerken.

Die Eigenmittel der Genossenschaft sind um 2,3 % auf € 209,7 Millionen gestiegen. Mit 16,6 % der Bemessungsgrundlage liegt die Eigenmittelquote bezogen auf das Kreditrisiko (Vorjahr: 15,7 %) deutlich über dem gesetzlichen Mindestfordernis von 8 %. Die Kernkapitalquote bezogen auf das Kreditrisiko beträgt 11,3 % (Vorjahr: 10,7 %). Auf das Kernkapital entfielen 68,3 % (Vorjahr: 68,1 %) und auf die ergänzenden Eigenmittel 31,7 % (Vorjahr: 31,9 %) der vorhandenen Eigenmittel.

Die gesetzlichen Liquiditätsvorschriften wurden im Berichtszeitraum jederzeit ausreichend erfüllt.

Ertragslage

Durch den Rückgang der Nettozinsspanne hat sich der Nettozinsenertrag im Berichtszeitraum um 5,1 % auf € 36,2 Millionen oder 1,75 % (Vorjahr: 1,86 %) der Bilanzsumme reduziert. Dies ist vor allem auf die erhöhten Refinanzierungskosten und die geringeren Zinserträge für die Liquiditätshaltung bei der ÖVAG zurückzuführen.

Die Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen erhöhten sich auf € 1,8 Millionen oder 0,08 % (Vorjahr: 0,01 %) der Bilanzsumme.

Die Provisionserträge verringerten sich um insgesamt 4,0 % auf € 15,7 Millionen und betragen 0,76 % (Vorjahr: 0,80 %) der Bilanzsumme. Der Rückgang bei den Provisionserträgen resultiert überwiegend aus geringeren Erträgen aus dem Wertpapier- und Versicherungsgeschäft.

Der Sachaufwand erhöhte sich um 0,6 % auf € 11,0 Millionen oder 0,53 % (Vorjahr: 0,53 %) der Bilanzsumme.

Der Personalaufwand erhöhte sich gegenüber dem Jahr 2011 um 1,6 % auf € 22,6 Millionen oder 1,09 % (Vorjahr: 1,08 %) der Bilanzsumme. Dies betrifft im Wesentlichen Valorisierungen und kollektivvertragliche Vorrückungen.

Der „Kosten-Ertrags-Koeffizient“ ist eine Kennzahl, die über die Effizienz eines Unternehmens Auskunft gibt (Verhältnis der Betriebsaufwendungen zu den Betriebserträgen). Der Kosten-Ertrags-Koeffizient veränderte sich im Vergleichszeitraum von 63,4 % auf 68,0 %.

Das Betriebsergebnis reduzierte sich im Berichtsjahr 2012 um 17,1 % auf € 17,3 Millionen. Das Betriebsergebnis liegt mit 0,83 % (Vorjahr: 1,02 %) der Bilanzsumme über dem sektoralen Durchschnitt.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit verminderte sich aufgrund der Neubewertung der direkten und indirekten Beteiligung an der ÖVAG im Jahr 2012 auf € 4,6 Millionen oder 0,22 % (Vorjahr: 0,35 %) der Bilanzsumme.

Investitionen

Durch kontinuierliche Neu- und Ersatzinvestitionen verfügen wir über ein modern ausgestattetes, effizientes Netz an Geschäftsstellen und Arbeitsplätzen. Im Jahr 2012 wurde die Filialen St. Johann und Schüttdorf mit einer vergrößerten Geschäftsfläche neu gestaltet.

Mitarbeiter

Der Mitarbeiterstand reduzierte sich auf Vollzeitbasis von 337 auf durchschnittlich 331 Personen. Der überwiegende Teil davon ist in unseren 33 Filialen beschäftigt.

Qualifizierte und motivierte MitarbeiterInnen sind ein Erfolgsfaktor unserer Bank. Auf die Aus- und Weiterbildung der MitarbeiterInnen wurde auch im abgelaufenen Jahr großer Wert gelegt, um unseren Kunden ein hohes Beratungsniveau zu bieten. Neben den fachlichen Kenntnissen stellt insbesondere die soziale Kompetenz der Mit-

arbeiterInnen einen wichtigen Faktor für eine vertrauensvolle Kundenbeziehung dar. Dies wird uns durch die hohe Kundenzufriedenheit bestätigt.

In den Ausbildungsprogrammen werden individuelle Karriere- und Lebensplanungen berücksichtigt. Neu eintretende MitarbeiterInnen absolvieren eine intensive interne Basisausbildung. Im Jahr 2012 wurden insgesamt 2.034 Seminartage bzw. 6,2 Seminartage pro Angestellten (Vorjahr: 6,2 Tage) von den MitarbeiterInnen absolviert.

Im Rahmen eines leistungsorientierten Entlohnungssystems partizipieren alle MitarbeiterInnen entsprechend ihrer individuellen Leistung am wirtschaftlichen Erfolg unserer Bank. Unser Erfolgsanalyse- und Planungssystem (EAP) liefert die objektiven Grundlagen dafür.

3. Risikobericht

Gemäß § 39 BWG hat die Bank ein Risikomanagementsystem eingerichtet, das alle wesentlichen bankgeschäftlichen und bankbetrieblichen Risiken umfasst und limitiert. Darüber hinaus ist die Bank in einen Verbund nach § 30a eingebunden, in dem unter anderem das interne Risikomanagement gemäß § 39a BWG und die Risikosteuerung des gesamten Verbundes von der ÖVAG verantwortet wird.

Die Bank orientiert sich bei der Steuerung ihrer Risiken an einer Risikostrategie, die die risikopolitischen Leitlinien der Bank und die Risikostrategie des gesamten § 30a Verbundes umfasst. Die Bank legt mindestens einmal jährlich für alle wesentlichen Risiken ein Risikobudget und Risikolimits fest, die auch dem Aufsichtsrat vorgelegt werden. Darüber hinaus ist ein bankinternes Frühwarnsystem eingerichtet, um frühzeitig reagieren zu können, wenn die Risiken in die Nähe der Limite gelangen. Die Überwachung der Einhaltung der Limite erfolgt laufend durch das Risiko-Controlling. Das Risiko-Controlling arbeitet nach den verbundeinheitlichen Standards und Richtlinien des § 30a-Verbundes.

Kreditrisiken

Unsere Entscheidungen sind von hohem Risikobewusstsein getragen. Unserer geschäftspolitischen Maxime „Qualität vor Quantität“ kommt gerade in der Kreditpolitik zentrale Bedeutung zu.

Die Volksbank Salzburg eG beschränkt ihre Kreditvergaben im Wesentlichen auf ihr regionales Umfeld, da durch die Nähe zum Kunden die Bedürfnisse der Kunden, aber auch die mit der Kreditvergabe verbundenen Risiken besser eingeschätzt werden können. Zur Verbesserung der Kreditsteuerung werden größere Kredite zum Teil konsortial mit dem Spitzeninstitut abgewickelt.

Die für das Adressenausfallsrisiko eines Kreditgeschäfts bedeutsamen qualitativen und quantitativen Aspekte werden einer angemessenen Risikoanalyse unterzogen, wobei die Intensität dieser Tätigkeit von Art, Umfang, Komplexität und Risikogehalt des Engagements abhängt.

Die Volksbank Salzburg eG setzt zur Beurteilung der Adressenausfallsrisiken moderne Rating-Instrumente ein. Auf dieser Basis werden mit einem Portfoliomodell ein

erwarteter Verlust und ein unerwarteter Verlust errechnet, die sowohl in die Risikoberechnung des Kunden als auch in jene der Bank einfließen.

Auch eine allfällige Verschlechterung der Bonität der Kreditnehmer während der Laufzeit der Kredite wird im Rahmen von Simulationsrechnungen (Stress-Szenarien) berücksichtigt.

Währungsrisiken aus Fremdwährungskrediten werden durch eine währungsgleiche Refinanzierung geschlossen. Die Bank berechnet das spezifische Risiko aus Fremdwährungskrediten und Tilgungsträgerkrediten im Hinblick auf Wechselkurse-, Zinssatz- und Sicherheiten-Veränderungen und zeigt die Auswirkungen auf den Einzelkredit, das Blanko-Risiko als auch auf Gesamtportfolioebene auf. Bei Tilgungsträgerkrediten erfolgt darüber hinaus eine laufende Überwachung der Entwicklung der Tilgungsträger.

Für die Kreditrisiken wird im Rahmen des Risiko-Limitsystems in angemessener Höhe Risikodeckungsmasse vorgehalten.

Marktpreisrisiken

Die Volksbank Salzburg eG verfolgt eine vergleichsweise konservative Veranlagungspolitik, die verbundliche Vorgaben über die Risikostreuung und das Veranlagungsuniversum berücksichtigt. Die Veranlagungen erfolgen vor allem innerhalb des Sektors beim Spitzeninstitut, bei Emittenten mit bester Bonität (Investment Grade) und in risikoarme Produkte.

Das bedeutendste Risiko im Rahmen der Marktrisiken stellt das Zinsänderungsrisiko dar. Das Zinsänderungsrisiko wird von einem Risiko-Komitee analysiert und gegebenenfalls durch Zinsswaps oder andere Maßnahmen abgesichert. In diesem Aktiv-Passiv-Komitee sind neben dem Vorstand alle für diesen Bereich maßgeblichen Führungskräfte vertreten. Maßnahmen werden bei regelmäßigen Sitzungen der Geschäftsleitung mit den verantwortlichen Führungskräften beraten und beschlossen. Im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung werden allenfalls auch derivative Finanzinstrumente in Form von Hedgegeschäften zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos eingesetzt. Die Frühwarngrenzen sind so gesetzt, dass die im BWG vorgesehenen Grenzen jederzeit eingehalten werden.

Die Summe der Marktpreisrisiken wird im Rahmen des Risiko-Limitsystems ebenfalls mit Risikodeckungsmasse angemessen unterlegt.

Operationelle und sonstige Risiken

Operationelle Risiken werden im Volksbankensektor bereits seit Jahren durch zahlreiche Maßnahmen wie ein gemeinsames Rechenzentrum, eine Back-Office Gesellschaft, eine eigene Rechtsdatenbank, spezialisierte Schulungen über die Volksbankakademie usw. begrenzt bzw. vermieden.

Darüber hinaus ist ein der Größe der Bank und der Komplexität der Geschäftsfälle angemessenes Internes Kontrollsystem (IKS) implementiert, das durch laufende Systemprüfungen der Internen Revision unterstützt wird.

Für den Eintritt operationeller Risiken oder sonstiger, derzeit nicht bekannter oder messbarer Risiken wird im Risikomanagement durch einen pauschalen Zuschlag (pauschaler Risikoansatz) vorgesorgt.

Beteiligungsrisiken

Die Messung von Beteiligungsrisiken wird aufgrund der Heterogenität und der gebotenen Anforderung an ein effektives Modell für die typischerweise gehaltenen Beteiligungen einer Volksbank individuell, je nach Beteiligungskategorie, vorgenommen.

Eine „kreditersetzende“ Beteiligung wird im Rahmen des Kreditrisikos abgebildet. Eine „veranlagungsorientierte“ Beteiligung wird im Rahmen des Marktpreisrisikos berücksichtigt. Eine „bankbetriebsorientierte“ Beteiligung ist im Rahmen des operationellen Risikos abgebildet. Eine „geschäftorientierte“ Beteiligung wird in das Gesamtbank-Risikomanagement der Bank einbezogen. Eine „verbundlich bedingte“ Beteiligung wird durch einen pauschalen Abschlag des Buchwertes abgebildet, der je nach Szenario unterschiedlich ist und im Volksbankensektor einheitlich vorgegeben wird.

Aufgrund der negativen wirtschaftlichen Entwicklung der ÖVAG wurde eine Neubewertung der direkten und indirekten Beteiligung am Spitzeninstitut durchgeführt. In der Folge wurde die Beteiligung um 50 % wertberichtigt, beim PS-Zertifikat wurde eine außerplanmäßige Abschreibung auf den Börsenkurs Luxemburg von 15,50 vorgenommen, wobei in diesem Zusammenhang auf die Ausführungen im Anhang verwiesen wird.

Unter Berücksichtigung der bestehenden Geschäftsbeziehungen sowie der Struktur der Forderungen gegenüber der ÖVAG und der umgesetzten Restrukturierungsmaßnahmen der ÖVAG unter Mitwirkung der Republik Österreich sehen wir trotz derzeitiger schwieriger wirtschaftlicher Situation des Spitzeninstitutes derzeit keinen Handlungsbedarf hinsichtlich weiterer Risikovorsorgen.

Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko wird grundsätzlich im Rahmen der sektoralen Aufgabenverteilung innerhalb des Verbundes vom Spitzeninstitut verantwortet (lender of last resort). Die interne Liquiditätssituation innerhalb der nächsten 13 Monate wird genau erhoben und zur Liquiditätssteuerung im Verbund an die ÖVAG übermittelt.

Abdeckung der Risiken mit Risikodeckungsmasse der Bank

Zumindest quartalsweise werden alle wesentlichen Risiken nach sektoralen Vorgaben erfasst und zu einer Gesamtrisikodarstellung zusammengeführt. Dabei werden die errechneten Risikopotentiale der Risikodeckungsmasse der Bank gegenübergestellt.

Die Risikodeckungsmasse der Bank ergibt sich vor allem aus gebildeten Vorsorgen, dem geplanten Betriebsergebnis und den verfügbaren Eigenmitteln, soweit sie die gesetzlichen Mindestanforderungen übersteigen. Damit ist sichergestellt, dass auch für den sehr unwahrscheinlichen Fall, dass alle Risiken innerhalb eines Jahres gleichzeitig eintreten, vorgesorgt ist und noch immer der reguläre Bankbetrieb mit den gesetzlich erforderlichen Eigenmitteln aufrecht erhalten werden kann.

Die Risikodeckungsmasse muss immer und zu jeder Zeit größer sein als die Summe der errechneten Risikopotentiale.

Zur Überprüfung einer ausreichenden Risikotragfähigkeit der Bank in außergewöhnlich kritischen Situationen wird die Risikosituation durch verschiedene Ausfallsszenarien im Kreditbereich, verschiedene realwirtschaftliche Szenarien, zusätzliche Zinsszenarien und höhere Pauschalansätze bei den Marktpreisrisiken nochmals fiktiv erhöht. Die Bank limitiert ihre Risiken so, dass alle diese Szenarien verkraftet werden können. Dadurch ist sichergestellt, dass auch bei extrem ungünstigen Entwicklungen kein Gläubiger der Bank Verluste erleidet.

Der Risikobericht wird den Aufsichtsorganen zur Kenntnis gebracht. Maßnahmen zur Gegensteuerung unerwünschter Entwicklungen werden bei regelmäßigen Sitzungen der Geschäftsleitung mit den verantwortlichen Führungskräften beraten und allenfalls durch den Aufsichtsrat beschlossen.

Risikosituation

Die Risikosituation der Volksbank Salzburg eG wird aufgrund der oben dargestellten Maßnahmen, der Ergebnisse aus dem Risikomanagement und des Vergleichs mit anderen Regionalbanken als angemessen beurteilt. Die Volksbank Salzburg eG hat im Geschäftsjahr 2012 sowohl die eigenen als auch die verbundlichen Frühwarnlimits stets eingehalten.

4. Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, die auf den vorliegenden Jahresabschluss wesentliche Auswirkungen haben könnten.

5. Prognosebericht

Die Volksbanken werden im Sinne ihrer Kunden noch enger zusammen rücken und ihre Effizienz steigern.

Die Umgestaltung des Genossenschaftsverbundes zielt darauf ab, das Erfolgsmodell der regional verankerten, eigenständigen Genossenschaftsbanken den aktuellen Erfordernissen anzupassen.

Im kommenden Geschäftsjahr wird die Volksbank Salzburg eG ihre Vertriebsbemühungen schwerpunktmäßig auf die Ausweitung des Kredit- und Einlagenvolumens und eine weitere Intensivierung des Dienstleistungsgeschäftes legen, um die Marktanteile und die Kundenpartnerschaft weiter auszubauen.

Die Modernisierung des Zweigstellennetzes soll 2013 mit der Erneuerung der Geschäftsstellen in Saalfelden, Saalbach, Itzling und Altenmarkt fortgesetzt werden.

Mit unserer schlagkräftigen Vertriebsstruktur, moderner Technik und bestens geschultem Personal sind die Voraussetzungen zur Erreichung unserer betriebswirtschaftlichen Ziele geschaffen.

Die bedarfsgerechte Betreuung unserer Privat- und Kommerzkunden soll zu einem moderaten Wachstum in diesen Segmenten führen. Eine wettbewerbsfähige Konditionenpolitik und eine nachhaltig hohe Beratungsqualität werden zur Erreichung dieses Zieles beitragen.

Auf Basis unseres ertrags- und kostenbewussten Geschäftsmodells ist auch im Jahr 2013 eine im Sektorvergleich überdurchschnittliche Ertragskraft zu erwarten. Das dafür notwendige Produkt- und Dienstleistungsangebot wird ständig den Kundenerfordernissen angepasst.

Eine sorgfältige und ausgewogene Geschäftspolitik auf Basis der erarbeiteten Risikostrategie soll dazu beitragen, dass die erreichte Innenfinanzierung zu einer weiteren Stärkung der Eigenmittel führt.

Angesichts der positiven Ergebnisse in den ersten Monaten des laufenden Geschäftsjahres ist auch 2013 mit einer erfolgreichen Entwicklung der Volksbank Salzburg eG zu rechnen.

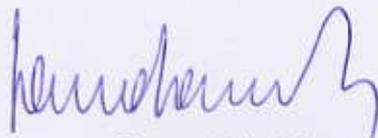
6. Forschung und Entwicklung

Im Bereich Forschung und Entwicklung wurden keine Aktivitäten gesetzt.

Salzburg, am 25. April 2013

Volksbank Salzburg eG

Vorstand:



Generaldirektor
Dr. Walter Zandanell



Vorstandsdirektor
Mag. Dr. Andreas Hirsch

Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der Volksbank Salzburg eG, Salzburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner bis 31. Dezember 2012 unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die Bilanz zum 31. Dezember 2012, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2012 endende Geschäftsjahr sowie eine Zusammenfassung der wesentlichen angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und sonstige Anhangangaben.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und für die Buchführung

Die gesetzlichen Vertreter der Genossenschaft sind für die Buchführung sowie für die Aufstellung eines Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es aufgrund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es aufgrund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Genossenschaft abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der Genossenschaft zum 31. Dezember 2012 sowie der Ertragslage der Genossenschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner bis 31. Dezember 2012 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Ohne den Bestätigungsvermerk einzuschränken, weisen wir darauf hin, dass zwischen der Genossenschaft und der Österreichischen Volksbanken-Aktiengesellschaft maßgebliche Geschäftsbeziehungen bestehen. Hinsichtlich der Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung der Österreichischen Volksbanken-Aktiengesellschaft verweisen wir auf die Ausführungen des Vorstandes im Anhang (unter Abschnitt "Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung") sowie im Lagebericht (unter Abschnitt "Risikobericht").

Aussagen zum Lagebericht

Der Lagebericht ist aufgrund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Lagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Genossenschaft erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht.

Der Lagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Job Nr.: 2013-0396

Prospekt gebilligt

17. Juni 2013

Wien, 25. April 2013



Ing. Mag. Robert Preiner

Mag. Gerhard Mitmasser

Eingetragene Revisoren

**Österreichischer
Genossenschaftsverband**
(Schulze-Delitzsch)

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Für abweichende Fassungen (z.B. Verkürzung oder Übersetzung in andere Sprachen) sind die Vorschriften des § 281 Abs. 2 UGB zu beachten.